NEUES ROTES FORUM

3/73

JUNI 1973
4. Jahrgang
Preis: 2.50

ZUR ARBEIT IN DEN GEWERKSCHAFTEN

POLITISCHER BERICHT DES ZA DER KG(NRF)

THESEN ZUR POLITIK DER AKTIONSEINHEIT

IMPERIALISMUS UND WELTMARKTBEWEGUNG
(Rezension des Buches von Christel Neusüß)

GELTUNG DES WERTGESETZES IM SOZIALISMUS

KRITIK AM ARTIKEL "DIE RESTAURATION DES KAPITALISMUS IN DER SOWJETUNION"

INHALT:

ZUR ARBEIT IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Vorbemerkung..... S. 3

Resolution zur Arbeit in den Gewerkschaften..... S. 7

Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften
Erläuterungen zur Resolution des ZA der KG(NRF)
über die Arbeit in den Gewerkschaften..... S. 8

Bemerkungen zur Gewerkschaftsfrage..... S. 11

Politischer Bericht des ZA der KG(NRF) für die
Delegiertenversammlung vom 18.-20.Mai 1973..... S. 30

Thesen zur Politik der Aktionseinheit und die
Auseinandersetzungen über die Vietnamdemonstration
am 14.1.73 in Bonn..... S. 38

Imperialismus und Weltmarktbewegung
Rezension des Buches von Christel Neusüß..... S. 42

Geltung des Wertgesetzes im Sozialismus..... S. 52

Kritik am Artikel "Die Restauration des Kapitalismus
in der Sowjetunion"..... S.54

NEUES ROTES FORUM 3/73

Das Neue Rote Forum ist das theoretische Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg. Eine von ihr beauftragte Redaktion hat bisher die Zeitschrift redigiert und herausgegeben.

Im Neuen Roten Forum wurden die Stellungnahme zum Programm der westdeutschen Kommunisten und der Programmentwurf selber veröffentlicht, das die Programmkommission der Organisationen des Bremer Kommuniques, zu denen auch die Kommunistische Gruppe (NRF) gehört, ausgearbeitet hat. Ebenso wurde die Debatte über die Stellungnahme breit dokumentiert.

Die BK-Organisationen werden sich auflösen und auf der Basis eines Programms und eines Statuts eine einheitliche Organisation gründen und aufbauen. Damit soll die ideologische und organisatorische Vereinheitlichung der westdeutschen Kommunisten mit dem Ziel des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei einen wichtigen Schritt vorwärts gebracht werden.

Fortsetzung S.61

Preiserhöhung

Wir sind gezwungen, den Preis für das NRF noch einmal zu erhöhen. Den galoppierenden Preisanstieg kennt jeder. Bei uns sind es die Papierpreise. Hinzu kommt, daß das NRF jetzt von einem Composer gesetzt wird, was auch den finanziellen Aufwand erhöht. Außerdem wollen wir in die Lage kommen, den Buchhandlungen den normalen Rabatt gewähren zu können. Die im Vergleich immer noch knappe Kalkulation kann nur aufrechterhalten werden durch den kostenlosen Arbeitseinsatz einer Reihe Genossen.
Das NRF kostet also jetzt **DM 2.50!**
Redaktion

ZUR ARBEIT IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Vorbemerkung

Die richtige Linie der Kommunisten für die Arbeit in den Gewerkschaften ist von entscheidender Bedeutung für den Wiederaufbau der KPD als einer Massenpartei, die mit den Kämpfen der Arbeiter verbunden ist und diese Kämpfe anleiten kann. Die Herausarbeitung der richtigen Linie für die Gewerkschaftsarbeit ist umso wichtiger als sich die Auseinandersetzung in den Gewerkschaften zuspitzt, die Unzufriedenheit der Mitgliedermassen mit der Politik der bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften wächst, die Gewerkschaftsbürokratie eine systematische Ausschlußwelle gegen die Kommunisten und alle klassenbewußten Kollegen einleitet und die Kommunisten in dieser entscheidenden Frage des Klassenkampfes uneins und durch äußerst schwerwiegende Differenzen gespalten sind.

Die Unzufriedenheit der Mitgliedermassen mit der Politik der bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften wächst.

Die Politik der Gewerkschaftsbürokratie gerät in dem Maße in die Krise, wie die Entwicklung der objektiven Verhältnisse die Arbeiterklasse zu entschlossenem Lohnkampf zwingt, wenn sie ihren Reallohn verteidigen oder gar verbessern will. Die ganze Politik der Gewerkschaftsführung beruht objektiv auf der **Unterordnung** der Interessen der Arbeiter unter die Interessen der Kapitalistenklasse und des kapitalistischen Staates. Diese Politik, die sich subjektiv als Politik der **Klassenzusammenarbeit** und der **Klassenversöhnung** darstellt, gerät in **offenen** Widerspruch zu den Interessen der Arbeiter in dem Maße, wie die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Kapitalisteninteressen mittelbar auf eine fühlbare Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse hinausläuft. Solange dies nicht der Fall ist und dies ist keineswegs ständig der Fall, kann die Politik der Klassenzusammenarbeit und der Klassenversöhnung als Politik im Interesse der Arbeiter selber erscheinen. Die Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus in Westdeutschland bildete während einer ganzen Reihe von Jahren die objektive Grundlage für eine relativ erfolgreiche Politik der Klassenzusammenarbeit und der Klassenversöhnung der Gewerkschaftsführung. Diese Politik bedeutet nicht unbedingt einen Verzicht auf gewerkschaftliche Kampfmittel, beschränkt deren Einsatz aber auf den Kampf für Ziele, die mit einer reibungslosen Entwicklung des Kapitalismus vereinbar sind. Im wesentlichen beschränkt sie den Streikkampf auf die Grundlage der Klassenzusammenarbeit selber, d. h. auf die Abwehr eines **offenen** Lohndiktats und eines **offenen** Lohnstopps. Gegenwärtig geht durch die Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus die objektive Grundlage für die Politik der Klassenversöhnung und Klassenzusammenarbeit zu Bruch. Die wachsende Ausbeutung im Betrieb durch verschärfte Rationalisierung und Arbeitshetze geht heute nicht mehr Hand in Hand mit einer mehr oder weniger stetigen Verbesserung des Reallohns breiter Arbeiterschichten. Vielmehr werden die Verbesserungen des Bruttonominallohns,in steigendem Maße durch die Ausplünderung von Seiten des kapitalistischen Staatsapparats mittels eines zum Aberwitz verkehrten progressiven Lohn- und Einkommenssteuersystems und eines Systems von Verbrauchersteuern und durch die Ausplünderung auf dem Warenmarkt zunehmend völlig aufgefressen. Da diese Entwicklung der Tendenz des westdeutschen Imperialismus selbst entspringt und sich aus dem Ausufern des imperialistischen Staatsapparats und der staatlichen Ausgaben, sowie aus der Exportabhängigkeit des westdeutschen Kapitalismus ergibt, führt sie notwendig zu einer dauerhaften Krise der Politik der Klassenzusammenarbeit und der Klassenversöhnung. Der Schein, als liege diese Politik auch im Interesse der Arbeiterklasse, kann nicht mehr aufrechterhalten werden.

Auch wenn die Arbeitermassen selbst noch voller reformistischer Illusionen stecken, geraten sie in einer solchen Situation notwendig in Widerspruch zu den klassenversöhnlerischen und reformistischen Führern. Deren "höhere" Interessen, nämlich den Kapitalismus und den kapitalistischen Staat zu verteidigen, geraten in Widerspruch zu den unmittelbaren Interessen der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verteidigen.

Dieser Widerspruch hat seinen deutlichen Ausdruck in den letzten Tarifrunden gefunden und wird gegenwärtig überall dort ausgetragen, wo die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften auf die breiten Mitgliedermassen stoßen. In den beiden einzigen Tarifauseinandersetzungen, in denen die Gewerkschaftsführung ihre Abschlüsse den Mitgliedermassen zur Urabstimmung vorlegen mußte, wurden diese Abschlüsse mehrheitlich abgelehnt. Nur die Tatsache, daß die Belegschaften der kleinen Betriebe in solchen Abstimmungen im allgemeinen naturgemäß hinter den Belegschaften der Großbetriebe herhinken, hat die Führung der IG-Metall und der IG-Druck vor einer völligen Niederlage in den Urabstimmungen im Stahlbereich Nordrhein-Westfalens und im Druckgewerbe bewahrt. Diese Urabstimmungsergebnisse zeigen, daß es der Gewerkschaftsbürokratie keineswegs gelungen ist, die Arbeiter wieder an die Zügel zu nehmen, wie sie sich nach 1969 vorgenommen hatte. Dies beweisen auch die verschiedenen von der Gewerkschaft nicht unterstützten Streiks im Gefolge der Stahltarifrunde.

Die dieser Entwicklung zugrundeliegenden Widersprüche werden sich in der nächsten Zeit zweifellos verschärfen. Eine Verbesserung des Reallohns wird in Zukunft nicht mehr am grünen Tisch und bei friedlichem Ausgleich zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung entlang von staatlichen Lohnleitlinien möglich sein. Diese Entwicklung wird aber keineswegs spontan zu einer

Offensive der Arbeiterklasse führen und zur Herausbildung des revolutionären Klassenbewußtseins. Sie wird auch nicht automatisch zu einer entscheidenden Auseinandersetzung mit den Klassenversöhnlern in den eigenen Reihen und in der eigenen Organisation führen. Umso wichtiger wird die Arbeit der Kommunisten in den elementaren Massenorganisationen des Proletariats, den Gewerkschaften.

Es war eine Zeitlang bei manchen Marxisten-Leninisten Sitte, die Arbeit in den Gewerkschaften zu unterschätzen und zu verachten. Dieser grundsätzliche Fehler ist noch nicht überwunden, wenn er auch inzwischen unter neuer Verkleidung auftritt.

Die DGB-Gewerkschaften haben in den letzten Jahren ihre Bedeutung als Massenorganisationen aufrechterhalten. Es waren in den DGB-Gewerkschaften organisiert:

Jahr	insgesamt	davon Arbeiter	in %
1950	5.449.990	4.534.565	83,2
1967	6.407.733	4.922.721	76,8
1968	6.375.972	4.863.591	76,0
1970	6.712.547	5.008.713	75,8
1971	6.868.662	5.153.000	75,0

Die Mitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften steigt also absolut. Nur zwischen 1967 und 1968 ging sie leicht zurück. Der prozentuale Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft sinkt eher langsamer als ihr prozentualer Anteil an der "erwerbstätigen Bevölkerung" und ist in den Gewerkschaften wesentlich höher.

Die Entwicklung wichtiger Einzelgewerkschaften verläuft so:

	1950	1968	1971
IG Bau, Steine Erden	405.536	503.388	511.699
IG Bergbau und Energie	580.661	409.750	392.571
IG Chemie, Papier,Keramik	409.998	533.814	613.057
IG Drupa	133.074	140.510	150.831
Gew. Eisenbahner Dtschlands	426.059	401.581	425.693
IG Metall	1.352.010	1.964.864	2.312.294
ÖTV	726.004	964.192	993.879

Alle Einzelgewerkschaften, deren Branche nicht durch eine Rationalisierungswelle wesentlich verkleinert wurde, haben also absolut an Mitgliedern zugenommen und zwar teilweise beträchtlich. Bedeutend ist vor allem der Mitgliederzuwachs der IG-Metall zwischen 1968 und 1971. Hier zeigt sich, daß die Septemberstreiks, die zum großen Teil im Organisationsbereich der IG-Metall stattfanden, nicht etwa zur Schwächung, sondern zur Stärkung der IG-Metall führten. Darin drückt sich eine allgemeine Erfahrung der Arbeiterbewegung aus: überall dort, wo erfolgreiche Kämpfe geführt werden und sei es auch ohne die Gewerkschaft, führt dies zur Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades. Das zeigt, die Gewerkschaften sind nach wie vor die elementaren Organisationen der Arbeiterklasse und die Politik der Klassenzusammenarbeit und der Klassenversöhnung der Gewerkschaftsführung hat heute sowenig wie jemals daran etwas geändert. Z. B. hatten die Gewerkschaften den größten Mitgliederzustrom, den sie jemals hatten, unmittelbar nach ihrem ersten großen Verrat und während ihres zweiten großen Verrats, also nach dem Ende des 1. Weltkrieges, in dem sie sich offen auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie geschlagen hatten und während der Revolution von 1918, in der sie die Herrschaft der Bourgeoisie gegen den Spartakusbund und die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse verteidigten. Gerade damals hatten die Freien Gewerkschaften 8 Millionen Mitglieder, einen Stand, den sie bis jetzt noch nie wieder erreicht haben. Auch heute werden die Gewerkschaften bei weiterer Verschärfung des Klassenkampfes nur dann an Mitgliedern verlieren, wenn die Arbeiterklasse insgesamt an Kampfkraft verliert. Selbst im Verlauf der Weltwirtschaftskrise, in der die Sabotage der Amsterdamer Gewerkschaftsführer (Amsterdam,Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der von den Klassenversöhnlern der II. Internationale beherrscht war.) wahrlich zum Himmel stank, hat sich die Mitgliederzahl der meisten Amsterdamer Gewerkschaften nicht verringert, sondern erhöht.

"Die Besonderheit der Gewerkschaftsbewegung bestand gerade darin, daß die Offensive der Bourgeoisie gegen die Gewerkschaftsrechte, die Versuche in einer Reihe von Ländern, die Gewerkschaften gleichzuschalten (Polen, Ungarn usw.), der Abbau der Sozialversicherung, der Lohnraub die Arbeiter zwangen, sich noch fester um die Gewerkschaften zusammenzuschließen, obwohl die reformistischen Führer es an Widerstand gegen die Angriffe fehlen ließen. Denn die Arbeiter wollten und wollen in der Gewerkschaft den kampfbereiten Verteidiger ihrer brennenden Klasseninteressen sehen. Das erklärt die Tatsache, daß die Mehrzahl der Amsterdamer Gewerkschaften – in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Belgien, Schweden,Holland, in der Schweiz usw. – in den letzten Jahren ihre Mitgliederzahl erhöht hat. Der Amerikanische Gewerkschaftsverband hat in den letzten zwei Jahren seine Mitgliederzahl ebenfalls bedeutend erhöht." (Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, VII. Weltkongreß, 1935, in: VII. Weltkongreß der KI, Referate etc., Ffm 1971, S. 113)

Die Gewerkschaften sind im wörtlichen Sinn elementare Organisationen der Arbeiterklasse, so elementar, daß auch der größte Verrat der Gewerkschaftsführer, die Masse der Arbeiter vom Beitritt nicht abhalten kann, wenn sie zu kämpfen beginnen. Das sollte jeder Kommunist aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen.

Ausschlußwelle

Die klassenversöhnlerische Gewerkschaftsführung hat aus der Geschicht der Arbeiterbewegung gut gelernt. Sie weiß, daß die objektive Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus notwendig den Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeiter, die nur im Kampf verteidigt werden können, und den Interessen der bürgerlichen Machthaber verschärft. Sie weiß aber auch, daß die Interessen der Arbeiter die Arbeiter an die gwerkschaftliche Organisation binden. Deshalb hat die klassenversöhnlerische Gewerkschaftsführung gegenwärtig nur eine Furcht: daß die Kommunisten aufgrund einer richtigen Linie für die Arbeit in den Gewerkschaften den Kampf gegen ihre Politik aufnehmen bzw. fortsetzen, und den Klassenkampf mit dem Kampf um die Gewerkschaften verbinden. Deshalb leiten sie zielstrebig die Ausschlußwelle gegen alle Kommunisten und klassenbewußte Kollegen ein und rechtfertigen sie mit der angeblichen Gewerkschaftsfeindlichkeit und dem angeblichen Spaltertum der Kommunisten. Dabei gehen ihnen die DKP-Revisionisten hervorragend zur Hand. Wenn die Kommunisten auf diese Ausschlußwelle mit schwachen

Nerven und moralischer Aufgeregtheit reagieren, statt den Kampf gegen die Ausschlußwelle mit einer beharrlichen Forderung ihrer sachlichen Arbeit in den Gewerkschaften zu verbinden, dann haben sie den Kampf um die Gewerkschaften schon verloren, bevor sie ihn richtig begonnen haben. In vielen Betrieben und Gewerkschaften haben die Kommunisten überhaupt erst in den gewerkschaftlichen Jugendgruppen und den Jugendvertretungen eine gewisse Position errungen. Diese Positionen sind schneller verloren, als sie errungen werden, wenn sie nicht entlang einer korrekten Linie für den Kampf im ganzen Betrieb und in der Gewerkschaft verteidigt werden. Diese Linie kann nicht in der Beschimpfung der Gewerkschaftsbonzen und in der Verächtlichmachung der Gewerkschaften bestehen, sondern nur in der hartnäckigen Verteidigung der Alltagsinteressen der Arbeiter und in sachlicher und genau dokumentierter Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie. **Jedes Flugblatt der Zelle und der Organisation muß so verfaßt sein, daß der Inhalt des Flugblattes und seine Form ohne Abstriche von jedem Genossen gegenüber jedem Kollegen und in jeder gewerkschaftlichen Versammlung vertreten werden kann.** Viele von den Genossen, die gegenwärtig an Betriebszeitungen der verschiedenen Organisationen mitarbeiten, Betriebsflugblätter schreiben und in den kommunistischen Zeitungen gegen die Gewerkschaftsführung polemisieren, sind vielleicht noch niemals in die Verlegenheit gekommen, diese schriftlichen Ausarbeitungen mündlich in einer Betriebs- oder Gewerkschaftsversammlung vertreten zu müssen oder haben, wenn sie in die Verlegenheit kamen, Abstriche vom Inhalt und Form des Flugblattes gemacht. Jeder Genosse aber muß wissen, daß in der Agit-Prop der Kommunisten alles so zu stehen hat, daß es jeder Kommunist oder klassenbewußte Kollege ohne Abstriche in Inhalt und Form gegenüber seinen Kollegen im Betrieb oder in einer Gewerkschaftsversammlung vertreten kann.

Die Gewerkschaftsbürokratie versucht gegenwärtig die Kommunisten aus Betrieb und Gewerkschaft hinauszutreiben. Sie können das versuchen, weil die Kommunisten noch schwach sind und weil die Masse der Kollegen die gewerkschaftliche Organisation über die Solidarität mit einzelnen Kollegen stellt. Trotz der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus und der Auseinandersetzung in den Gewerkschaften haben die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften, wenn auch ihr politischer Einfluß schwächer wird, noch viele Trümpfe in der Hand. Umso schlimmer, daß manche Kommunisten den Kampf um die Gewerkschaften führen wollen so wie Kinder Billard spielen: ohne Kenntnis der Regeln und des Einsatzes.

Die Differenzen unter den Kommunisten und die Notwendigkeit des Kampfes gegen alle rechts- und linksopportunistischen Fehler.

Gegenwärtig vertreten verschiedene angeblich kommunistische Organisationen eine opportunistische Linie in der Gewerkschaftsarbeit. Dieser Opportunismus drückt sich sowohl in rechten wie in linken Fehlern aus. Die rechten Fehler bestehen darin, daß das Auftreten als kommunistische Gewerkschafter und als kommunistische Fraktion aufgegeben wird, zugunsten einer GO oder RGO, die sich auf gewerkschaftliche Aktivitäten beschränkt. Am deutlichsten tritt dieser Fehler bei der Gruppe "Roter Morgen" (KPD/ML) auf, die nachdem sie aufgrund ihrer falschen politischen Linie beim Aufbau von Betriebszellen gescheitert ist und den Aufbau von kommunistischen Fraktionen niemals in Angriff genommen hat, Gewerkschaftsoppositionsgruppen aufbauen will, um überhaupt in der Arbeiterklasse Fuß zu fassen. Ähnliche Fehler zeigen sich auch bei der RGO der Gruppe "Rote Fahne". So beschrieb z. B. ein der Vertreter der RGO auf einer Veranstaltung in Heidelberg die Tätigkeit der RGO als gemeinsame Diskussion mit Kollegen, die auch mit der Politik der Gewerkschaftsführung unzufrieden sind. Das sind aber ganz normale Tätigkeiten jedes kommunistischen Arbeiters, die keineswegs eine besondere Organisationsform nötig machen. Es ist doch klar, daß jeder Genosse bei jeder Gelegenheit Agitation und Propaganda betreibt. Der Fehler besteht darin, auf Grundlage der Kritik an der Gewerkschaftsführung eine feste Organisierung durchführen zu wollen. Die Kommunisten kämpfen in den Gewerkschaften, um die gewerkschaftlich organisierten Massen für den Kommunismus zu gewinnen. Dazu brauchen sie zweierlei: feste kommunistische Betriebszellen und in jeder gewerkschaftlichen Versammlung und in jedem gewerkschaftlichen Gremium eine organisierte kommunistische Fraktionsarbeit. Um die Massen für den Kommunismus zu gewinnen, nutzen sie alle erkämpfbaren Wahlfunktionen der Gewerkschaft aus. Wenn es den Kommunisten nicht gelingt auf diese Weise an die Kollegen heranzukommen, dann wird es ihnen erst recht nicht durch den Aufbau einer RGO und von GO-Gruppen gelingen.

Der linksopportunistische Fehler besteht darin, die Arbeit in den Gewerkschaften auf den Aufbau eigener Verbände auszurichten statt auf die Eroberung der Gewerkschaften. Die GO der KPD/ML ist heute schon die Karikatur neuer Parallelverbände. Sie besitzt ein eigenes Programm, ein eigenes Statut,zieht selbständig Mitgliedsbeiträge ein, gibt ein eigenes Organ heraus und hat das Ziel, einen neuen Gewerkschaftsapparat aufzubauen. Das ist also von daher schon eine neue Gewerkschaft. Es fehlt ihr nur eins: die Mitglieder. Deshalb heißt es dann auch, an die Gründung neuer Gewerkschaften sei nie gedacht. Der Rahmen ist also da, und die Mitglieder hofft man zu gewinnen. Die GO ist im Ansatz schon eine neue Gewerkschaft,aber sie getraut sich noch nicht, sich so zu nennen. Die Farce wäre sonst zu deutlich.

Die RGO der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) hat keine klare Organisationsstruktur und besteht bis jetzt aus Kongressen und der Parole "Stärkt die RGO". Neuerdings ist dieser Parole der Zusatz hinzugefügt worden: "Hinein in die Gewerkschaften". Allerdings sollen in den Betrieben RGO-Gruppen aufgebaut werden. Was das sein wird, ist fraglich, wahrscheinlich eine Verdoppelung der Zelle, sofern eine vorhanden . Die GRF(KPD) weist es gegenwärtig von sich, neue Gewerkschaften aufbauen zu wollen. Das will sie erst in der revolutionären Situation machen. Wie grotesk es bei der Geburt solcher Windeier zugeht, zeigt sich daran, wie die Geschichte der KPD von diesen Leuten als Tummelplatz genutzt wird. 1930 hatte die RGO die Parole "Hinein in die Gewerkschaften" gestrichen und endgültig Kurs auf die Gründung neuer Verbände genommen. Die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) hatte diese ursprüngliche Parole zunächst nicht aufgenommen; neuerdings hat sie sie aufgenommen, um zu zeigen, daß sie noch nicht bei 1930, sondern erst bei 1928 angelangt ist.

Obwohl die Frage der Arbeit in den Gewerkschaften natürlich eine taktische Frage ist, müssen die Kommunisten auch für diese Frage taktische **Grundsätze** erarbeiten und festlegen. Ist der taktische Grundsatz dieser Arbeit der Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes und der Eroberung der Gewerkschaften für den Kommunismus oder ist der Grundsatz dieser Arbeit der Aufbau neuer Gewerkschaften und die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in reformistische, klassenversöhnlerische Gewerkschaften und eine revolutionäre Gewerkschaft. Der Grundsatz für die Arbeit der Kommunisten in der Gewerkschaft ist der

Kampf für die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes und die Eroberung der Gewerkschaften für den Kommunismus, weil die gewerkschaftlichen Mitgliedermassen für die proletarische Revolution gewonnen und die besten Bedingungen für die Errichtung des Sozialismus geschaffen werden können. Aus diesem taktischen Grundsatz folgt, daß die Kommunisten die bestehenden Gewerkschaften nicht spalten wollen und ihre Arbeit darauf abstellen, die Spaltung der Gewerkschaften durch die Reformisten und Revisionisten zu bekämpfen. Bei Gewerkschaftsausschlüssen kämpfen sie für die Wiedereingliederung der Ausgeschlossenen. Selbst wenn es den Reformisten und Revisionisten gelingen sollte, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten, kämpfen die Kommunisten für die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes. Warum tun sie das? Weil sie alles daran setzen die Hochburgen des Reformismus und Revisionismus in der Arbeiterklasse zu stürmen und nirgendwo den Reformisten und Revisionisten einen festen Stützpunkt in der Arbeiterklasse einräumen. Das heißt: natürlich können wir es nicht prinzipiell und ein für allemal ausschließen, daß die Kommunisten auf die Unterdrückungs- und Spaltungsmanöver der bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften mit dem Aufbau neuer Verbände reagieren müssen. Was wir aber prinzipiell ausschließen können, ist, daß wir **bei Existenz von Massengewerkschaften** neue Verbände **anstreben** werden. Heißt das, daß wir die Einheit der Gewerkschaften um jeden Preis anstreben? Nein, das heißt es nicht. Das heißt aber, daß wir die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in einer Organisation für die beste Voraussetzung halten, um die gewerkschaftlich organisierten Massen für den Kommunismus zu gewinnen. Deshalb halten wir es für falsch, die Arbeit in den Gewerkschaften von vornherein mit der Absicht aufzunehmen, die Voraussetzungen für neue Verbände zu schaffen.

Wir stellen uns hier ganz bewußt auf die Generallinie der Komintern für die Arbeit in den Gewerkschaften, die auf dem II. Weltkongreß aufgestellt wurde und auch später niemals revidiert, sondern nur durch linke Abweichungen entstellt wurde. Diese Generallinie ist die Eroberung der Gewerkschaften für den Kommunismus. Hauptaufgabe ist dabei, die gewerkschaftlich organisierten Massen für den Kommunismus zu gewinnen. Aber da diese Massen gewerkschaftlich organisiert sind, können sie nicht gewonnen werden, wenn nicht gleichzeitig der Kampf um die gewerkschaftliche Organisation geführt wird. Deshalb lehnen wir jede schematische Trennung zwischen der Eroberung der Massen und der Eroberung des gewerkschaftlichen Apparats ab. Der Kampf um die Gewerkschaften ist kein friedlicher Prozeß ohne Erschütterungen; er ist nicht vom allgemeinen Klassenkampf getrennt. Wie dieser Kampf im Einzelnen verläuft, kann niemand sagen; sicher aber ist, daß wir die Mitglieder der Gewerkschaften niemals gewinnen werden, wenn wir nicht gerade im Kampf um den Apparat den Massen voranschreiten und diesen Apparat den Klassenversöhnlern teilweise aus den Händen schlagen. Das gilt vor allem für die Vertrauensleutekörper und die Delegiertengremien, das gilt aber auch für Tarifkommissionen und Ortsvorstände. Natürlich werden die Gewerkschaften erst während und nach der proletarischen Revolution vollständig erobert werden können. Das aber ist ein Argument für die proletarische Revolution und nicht gegen die Perspektive der Eroberung der Gewerkschaften.

Verbindung der Taktik der selbständigen Führung der Streikkämpfe mit dem Kampf um die Gewerkschaften.

Die Gruppe "Roter Morgen" (KPD/ML) und die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) tun so, als ob aus der Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse gegenwärtig Kämpfe und Streiks auch ohne und gegen die Gewerkschaftsführung und ihre Agenten in den Betrieben einleiten muß und daß die Kommunisten diese Kämpfe vorbereiten und wenn möglich und sinnvoll auch auslösen müssen, als ob daraus zwangsläufig die Organisationsform der RGO bzw. GO folgen würde. Das halten wir nicht für richtig. Es muß das Ziel der Kommunisten sein, durch ihre eigene und direkte ideologische, politische und organisatorische Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften in die Lage zu kommen, solche Kämpfe vorzubereiten. Denn wenn die Kommunisten nicht unmittelbar unter den Massen in Betrieb und Gewerkschaften arbeiten, werden sie nicht in der Lage sein, diese Kämpfe zu führen. Es war schon der Fehler der klassischen RGO-Politik, daß sie in einer Situation, in der die Kommunisten nur sehr begrenzt in der Lage waren, diese Aufgaben zu erfüllen, den Ausweg aus dieser Schwäche in einem neuen organisatorischen Hebel suchte, nämlich der RGO, der sich dann auch prompt letztenendes als wirkungslos erwies. Einerseits tun die Genossen oft so, als wären von der Gewerkschaftsführung unabhängige Streiks ohne die Führung der Kommunisten überhaupt unmöglich, andererseits wollen sie die Führung gar nicht direkt anstreben. Bei der Gruppe "Roter Morgen" (KPD/ML), die gerade die Notwendigkeit eines oppositionellen Gewerkschafts**apparats** ins Zentrum ihrer Begründung für die GO stellt, übersieht, daß es gerade die Aufgabe der Partei ist, die selbständigen Kämpfe der Arbeiter zu koordinieren, für die Bildung von Kampfleitungen etc. einzutreten und die ganze Arbeiterklasse zur Unterstützung der selbständigen Streiks in einzelnen Betrieben oder Bereichen zu mobilisieren. Im übrigen ist es natürlich grundsätzlich falsch eine neue gewerkschaftliche Organisation aus der Notwendigkeit eines neuen autonomen Apparats zu begründen.

Wir meinen, daß auch der Versuch, alle möglichen Argumente aus der Geschichte der RGO-Politik herbeizuholen, um ihre Neuauflage zu begründen, nichts daran ändert, daß es sich hier um eine ausgeklügelte Sache handelt, die sich aus organisationsopportunistischen Überlegungen ergibt und nicht aus der konkreten Analyse der konkreten Situation und den Aufgaben der Kommunisten. Das liegt durchaus auf der Linie jener Organisationen, die sich zuerst das viel zu große Gewand der Partei der Arbeiterklasse anlegten und sich nun auch das Gewand der (R)GO anlegen. Genauso wie ihre respektiven Parteigründungen zunächst Verwirrung schufen, letztenendes aber durch die Verschärfung des ideologischen Kampfes zur Klarheit der Kommunisten beitrugen, wird auch der neue Einfall dieser Organisationen zur Klarheit unter den Kommunisten beitragen.

Um die Auseinandersetzung um die Linie für die Arbeit in den Gewerkschaften voranzutreiben, drucken wir im folgenden zwei Stellungnahmen des ZA ab und einen Diskussionsartikel des Genossen U. B.. Der Abdruck dieses Artikels hat sich verspätet, weil das letzte NRF ausschließlich der Programm-Debatte gewidmet war. Der Artikel wurde Anfang Januar abgeschlossen und geht deshalb auf die seitherigen Auseinandersetzungen nicht ein.

Resolution zur Arbeit in den Gewerkschaften

BAUEN WIR EINE STARKE KOMMUNISTISCHE FRAKTION IN DEN GEWERKSCHAFTEN AUF!

Die folgende Resolution des ZA der KG (NRF) hat eine doppelte Aufgabe. Einerseits soll sie den Standpunkt der KG (NRF) zur Frage des Kampfes in der Gewerkschaft klarstellen und in die Auseinandersetzung zwischen den Marxisten-Leninisten, die um diese Frage geführt werden muß, eingreifen. Andererseits soll sie den Kollektiven der Kommunistischen Gruppe ihre nächsten Aufgaben zuweisen. Die Kollektive sollen ihre praktische Arbeit anhand dieser Resolution überprüfen und eine Debatte über die Fragen einleiten.

Eine klare Stellungnahme war notwendig, da sich der Prozeß der ideologischen Loslösung der Arbeitermassen von der Bourgeoisie gegenwärtig beschleunigt und weiter beschleunigen wird. In den Gewerkschaften haben große Teile der Arbeiterklasse das Vertrauen in die bürgerlichen Machthaber, die in den Gewerkschaften das Ruder in der Hand halten, verloren. Wenn die Kommunisten in dieser Lage nicht offen auftreten, offen die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der KP propagieren, wenn sie nicht alle ihre praktischen Schritte mit dieser Propaganda verbinden, dann müssen die Arbeitermassen in die Arme der Bourgeoisie zurückfallen. Die Kommunisten dürfen der Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Machthabern unter gar keinen Umständen ausweichen, sie müssen jede Möglichkeit nutzen, diese Menschen vor den Arbeitermassen zu entlarven, dürfen sich keinesfalls in "oppositionellen" Gewerschaftergruppen verstecken. Den Arbeitern, die das Vertrauen in die bürgerliche Führung verloren haben, dürfen die Kommunisten nicht vorspiegeln, auf der Grundlage einzig dieser Unzufriedenheit könne eine Strategie und Taktik, die geeignet ist, die bürgerlichen Machthaber zu schlagen, entworfen und durchgesetzt werden.

Der naheliegende Fehler, sich an unklare oppositionelle Strömungen in der Arbeiterklasse anzuhängen, kommt in der jungen kommunistischen Bewegung häufig vor. Allen Versuchen, die unternommen werden, einen solchen Fehler zur richtigen Taktik emporzuheben und ihn als Gewerkschaftsopposition zu organisieren, werden wir entschieden entgegentreten und den Kampf gegen solche Ansichten, die der Arbeiterklasse schaden und sie zurückwerfen müssen, nicht scheuen.

RESOLUTION ZUR ORGANISIERUNG DES KAMPFES IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Verschiedene Sektierergruppen gehen in den letzten Wochen verstärkt mit der Vorstellung der Gewerkschaftsopposition hausieren und versuchen Verwirrung zu stiften.

Selbst der KB Bremen hat in letzter Zeit in leichtsinniger Weise die "Gewerkschaftsopposition" als Organisationsform für den Kampf in den Gewerkschaften propagiert. Auch in unsrer eigenen Agitation und Propaganda ist bei verschiedenen Gelegenheiten von der Herausbildung der Gewerkschaftsopposition die Rede gewesen.

Der Zentralausschuß stellt hierzu fest:

Es ist die Aufgabe der Kommunisten, die breiten Massen der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution und den Kommunismus zu gewinnen. Dies ist auch das Ziel der Arbeit in den Massenorganisationen des Proletariats und vor allem in den Gewerkschaften.

Um die Masse der Arbeiterklasse zu gewinnen, organisieren sich die Kommunisten in Zellen, die im Betrieb die Belegschaft im Kampf organisieren. In den Gewerkschaften bilden die Mitglieder der Zelle die kommunistische Fraktion auf Betriebsebene, sie treten auf allen Ebenen der gewerkschaftlichen Meinungsbildung auch als solche auf. Dies gilt für Mitgliederversammlungen und Vertrauensleutekörper. Es ist die Aufgabe der betrieblichen Gewerkschaftsfraktion, auf diesen Ebenen jeweils in konkreten Fragen und Kämpfen Mehrheiten für die klassenbewußte und kommunistische Linie zu gewinnen. Um diese Mehrheiten zu gewinnen, führen die Kommunisten mit allen Kollegen Beratungen und Besprechungen durch, deren Unterstützung der richtigen Linie in diesen konkreten Fragen und Kämpfen gewonnen werden kann. Sie versuchen aber nicht, diese Kollegen in einer besonderen "Gewerkschaftsopposition" zu organisieren, genausowenig wie die Kommunisten selber als oppositionelle Gewerkschafter auftreten.

Auf allen überbetrieblichen Ebenen der gewerkschaftlichen Meinungsbildung bilden die Kommunisten ebenfalls kommunistische Fraktionen und treten als solche auf. Dies gilt für Ortsvereinsversammlungen, Delegiertenversammlungen, Gewerkschaftstage, Tarifkommissionen etc..Auch hier dient die Arbeit der Kommunisten der Gewinnung der **Mehrheit der Arbeiterklasse** für die kommunistische Linie, wenn auch zunächst nur in einzelnen Fragen und Kämpfen. Dieser Aufgabe ist das Auftreten in den Vertretungskreisen untergeordnet, z. B. werden die kommunistischen Vertreter niemals bereit sein, **zugunsten einer Mehrheit in den Vertretungskörperschaften** Kompromisse einzugehen, die den Klasseninteressen schaden.

Auch auf der überbetrieblichen Ebene werden die Kommunisten in jeder Frage mit allen Kollegen, mit denen dies möglich und sinnvoll ist, zusammenarbeiten, um eine möglichst breite Basis für die richtige Linie zu schaffen. Aber auch hier werden sie keine besonderen Organisationsformen in den Gewerkschaften propagieren.

Um den Kampf in den Gewerkschaften führen zu können, ist die Voraussetzung der Aufbau und die Stärkung der kommunistischen Zellen im Betrieb. Dort wo Zellen existieren, müssen die Sympathisanten zielstrebig und in organisierter Form an die Arbeit in den Zellen herangeführt werden. Dort wo noch keine Zellen existieren, müssen die Sympathisanten möglichst schnell in die Lage versetzt werden, sich als kommunistische Zelle im Betrieb zu konstituieren.

Die Zellen sind die Grundeinheiten der selbständigen Organisation der Arbeiterklasse. In der Gewerkschaft geben wir diese politische und organisatorische Selbständigkeit nicht auf, sondern treten als politische Fraktion auf. Nur so können wir die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften schlagen und die Masse der Gewerkschaftsmitglieder zunächst in bestimmten Fragen für unsere Linie gewinnen, um sie immer fester auf der Linie der proletarischen

Revolution und des Aufbaus des Sozialismus, d. h. auf der Linie der Kommunisten und nicht etwa einer Linie der Gewerkschaftsopposition zusammenschließen. Um den Kampf um die Mehrheit der Mitglieder in den Gewerkschaften überhaupt organisieren zu können, sind die Zellen die eine Voraussetzung. Die andere Voraussetzung ist, daß wir überhaupt erst wieder den formellen Kampfboden für diese Auseinandersetzung herstellen, den die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften liquidiert und teilweise sogar aus dem Bewußtsein der Mitglieder verdrängt haben. Der Kampf für die Durchführung von Mitgliederversammlungen auf Abteilungs- und Betriebsebene, für ordentliche Sitzungen der Vertrauensleute und Berichterstattung über diese Mitgliederversammlungen, für Rechenschaftslegung der Vertreter und die Durchführung wirklicher Wahlen aller Vertreter ist daher von entscheidender Bedeutung. Diesen Kampf führen wir als Gewerkschafter und Kommunisten und nicht als "oppositionelle" Gewerkschafter.

Von den genannten Aufgaben lenkt das Gerede vom Aufbau der Gewerkschaftsopposition lediglich ab. Es zeigt außerdem ein völlig opportunistisches Verständnis des Kampfes in den Gewerkschaften als eines Kampfes zwischen Regierung und Opposition, zwischen Mehrheit und Minderheit. In Wirklichkeit ist aber der Kampf in den Gewerkschaften der Kampf der Kommunisten um die Masse der Arbeiterklasse, die durch die Gewerkschaftsführung und die SPD **politisch** an die Bourgeoisie gebunden wird. Diesen Kampf müssen wir politisch und organisiert, d. h. als Partei führen. Ohne die Partei aufgebaut zu haben und starke kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften gebildet zu haben, vom Aufbau einer Gewerkschaftsopposition auch nur zu reden, ist reiner Opportunismus. Wenn aber die Pseudoparteien mit ihrem Geschrei von der Gewerkschaftsopposition hervortreten, dann soll das nur über die Unfähigkeit hinwegtäuschen, tatsächlich Zellen in den Betrieben und Fraktionen in den Gewerkschaften aufzubauen.

Verabschiedet vom ZA der KG (NRF) am 30.12.1972

Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften

ERLÄUTERUNGEN ZUR RESOLUTION DES ZA DER KG (NRF) ÜBER DIE ARBEIT IN DEN GEWERKSCHAFTEN

In der ARBEITER-ZEITUNG Nr.11 vom Januar 1973 wurde eine Resolution des Zentralausschußes der Kommunistischen Gruppe (NRF) zur Arbeit in den Gewerkschaften veröffentlicht. Aufgrund der Diskussion dieser Resolution in der Gruppe sieht sich der Zentralausschuß veranlaßt, die wichtigsten Punkte noch einmal darzustellen und zu erläutern.

Die Gewerkschaften sind die elementarste Organisation der Arbeiter. Nur mit Hilfe des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses können die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft ihre Lebenslage einigermaßen verteidigen oder gar für einige Zeit verbessern. Die Kommunisten arbeiten in den Gewerkschaften, obwohl die gewerkschaftliche Organisation und der gewerkschaftliche Kampf an der Ausbeutung selber nichts ändern kann. Sie arbeiten in den Gewerkschaften, um die Mehrheit der Mitglieder von der Unversöhnlichkeit ihrer Interessen mit den Interessen der Kapitalisten zu überzeugen. Sie tun das, indem sie gerade in den Alltagskämpfen mutig für die Arbeiterinteressen einstehen und gleichzeitig die Beschränkheit des bloß gewerkschaftlichen Kampfes aufzeigen.

Gerade umgekehrt gehen die Klassenversöhnler von SPD und DKP an die Frage heran. Indem sie von der Vereinbarkeit der Interessen der Arbeiterklasse mit denen der Kapitalistenklasse ausgehen, landen sie schließlich bei der offenen Sabotage des Kampfes um die Alltagsinteressen. Die Klassenversöhnler haben gegenwärtig den Gewerkschaftsapparat fest in der Hand und benützen ihn, um die Arbeiter am Kampf zu hindern. Das führt notwendig zur Unzufriedenheit zahlreicher Gewerkschaftsmitglieder mit der Gewerkschaftsführung. Viele Mitglieder geraten in mehr oder weniger offenen Gegensatz zur Gewerkschaftsspitze und zum gesamten Gewerkschaftsapparat.

Unsere Resolution beantwortet die Frage: Wie verhalten wir Kommunisten uns in diesem innergewerkschaftlichen Kampf? Führen wir ihn als ideologischen und politischen Kampf, um die Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaften für den Kommunismus zu gewinnen, führen wir ihn als Kampf gegen die bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft, das heißt als Klassenkampf, oder führen wir ihn mit dem Ziel, die oppositionellen Gewerkschafter auf Grundlage eines gewerkschaftlichen Programms und eines eigenen Statuts als Sonderbund in den bestehenden Gewerkschaften und als Keim neuer Gewerkschaften zu organisieren?

Die Resolution entscheidet sich eindeutig für den ersten, für Kommunisten einzig gangbaren Weg. Der zweite Weg ist sowohl opportunistisch (die Kommunisten sollen sich als oppositionelle Gewerkschafter tarnen) als auch sektiererisch (an die Stelle kommunistischer Politik unter der Masse der Gewerkschaftsmitlieder soll die Selbstagitation in kleinen, aber reinen revolutionären Gewerkschaftsoppositionsgruppen treten).

Der erste Weg ist nur gangbar, wenn wir dem Wiederaufbau der KPD und dem Aufbau und der Festigung kommunistischer Zellen im Betrieb den Vorrang einräumen. Denn ohne selbständige politische Organisierung der Vorhut der Arbeiterklasse können die Klassenversöhnler von SPD und DKP weder innerhalb noch außerhalb der Gewerkschaften geschlagen werden.

In den Gewerkschaften schließen sich die Kommunisten auf jeder Ebene zu kommunistischen Fraktionen zusammen und kämpfen in jeder Frage um die Mehrheit für ihre Linie. In der einen Frage (z. B. Aufstellung einer ausreichenden Lohnforderung in Mark und Pfennig) wird dies leichter sein als in der anderen Frage (z. B. Streik gegen Entlassungen). Das heißt, der Kampf um die Mehrheit stellt sich jedesmal

neu als politische Aufgabe, auch wenn aufgrund guter und hartnäckiger Überzeugungsarbeit ein Teil der Kollegen schließlich in allen gewerkschaftlichen Fragen ständig mit uns geht.

Schon diese Überlegung zeigt, daß es falsch ist, wenn die Kommunisten um sich herum eine fest organisierte Gewerkschaftsopposition aufbauen wollten. Einerseits würde diese fest organisierte Gewerkschaftsopposition uns daran hindern, direkt und unmittelbar an die Mitgliedermassen heranzukommen, andererseits würde diese Gewerkschaftsopposition notwendig auf schwankendem Boden stehen und in Wirklichkeit gar keinen festen Charakter annehmen. Deshalb ist der richtige organisatorische Hebel im Kampf um die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder die kommunistische Fraktion selbst und nichts sonst. Nur sie kann die notwendige Festigkeit und Flexibilität entwickeln, die im äußerst komplizierten Kampf in den Gewerkschaften unbedingt notwendig ist. Im Kampf um die Mehrheit in **betrieblichen Mitgliederversammlungen** ,auf denen alle Zellenmitglieder die kommunistische Fraktion bilden, auf **Vertrauensleutesitzungen** , auf denen alle in der betreffenden Gewerkschaft organisierten Kommunisten die kommunistische Fraktion bilden, und in den **örtlichen und überörtlichen Vertretungsgremien** , in denen die kommunistischen Vertreter die kommunistische Fraktion bilden, stützen sich die kommunistischen Fraktionen auf sämtliche Verbindungen und Kontakte der kommunistischen Organisation, um in allen anstehenden Fragen von vornherein ein möglichst einheitliches Vorgehen mit möglichst vielen Kollegen zu sichern. Zu diesem Zweck benutzen sie alle in Frage kommenden publizistischen Mittel der Organisation, sowie alle Möglichkeiten der mündlichen Agitation. Zu bestimmten Anlässen führen sie auch gemeinsame Vorbesprechungen und Versammlungen mit interessierten Kollegen durch. Aber die Kommunisten versuchen nicht, diesen Verbindungen und Kontakten auf **gewerkschaftsoppositioneller Ebene** einen festen organisatorischen Rahmen zu geben, weil die Organisierung der Arbeiterklasse über den bestehenden gewerkschaftlichen Rahmen hinaus Aufgabe der **Grundeinheiten** der Zellen der kommunistischen Organisation ist und nicht Aufgabe ihrer Fraktionen in der Gewerkschaft und weil im gewerkschaftlichen Rahmen selber jede zusätzliche gewerkschaftoppositionelle Organisierung auf Verdoppelung und letztlich auf Spaltung der gewerkschaftlichen Organisation hinauslaufen muß. Die Kommunisten aber sind Vorkämpfer der **Einheit der Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes** . Für diese Einheit kämpfen sie, indem sie in den Gewerkschaften selber die Linie des Klassenkampfes vertreten und durchsetzen.

Gegen diese klare Linie der Resolution des Zentralausschußes sind von seiten des Harvester-Kollektivs Bedenken erhoben worden. Die Genossen befürchten, wir würden damit überhaupt auf eine organisierte Zusammenarbeit mit den Kollegen verzichten, die in verschiedenen Fragen des betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampfes unsere Auffassung teilen, unsere umfassenden politischen Auffassungen aber nicht teilen. Diese Befürchtung ist nicht richtig, denn selbstverständlich arbeiten sowohl die Zelle im Betrieb als auch die jeweilige Fraktion in der Gewerkschaft mit diesen Kollegen organisiert zusammen; nur organisieren die Zelle, bzw. die Fraktion, diese Zusammenarbeit direkt und unmittelbar ohne einen neuen, über die bestehende gewerkschaftliche Organisation hinausgehenden organisatorischen Rahmen künstlich in die Welt zu setzen. Die gewerkschaftliche Organisation einerseits und die organisierte Initiative der Kommunisten andererseits genügen vollständig, um eine organisierte Zusammenarbeit mit allen Kollegen zu ermöglichen, die diese Zusammenarbeit wollen. Ein anderes Verständnis von organisierter Zusammenarbeit würde die Aufgaben der Kommunisten bloß verdecken.

Das Harvester-Kollektiv befürchtet weiter, die Resolution betrachte die Gewerkschaften lediglich als Rekrutierungsfeld. Das Gegenteil ist der Fall. Wir halten die Gewerkschaften für so elementare Organisationen der Arbeiterklasse, daß wir den Kampf um die Gewerkschaften für eine unabdingbare Aufgabe aller Kommunisten halten. Kommen wir im Kampf um die Gewerkschaften nicht voran, dann können wir Reformismus und Revisionismus niemals schlagen. Dann kann das Proletariat die politische Macht nicht erobern und nicht mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen. Gerade deshalb führen wir den Kampf um die Gewerkschaften nicht nur als Kampf um die Mehrheit der Mitglieder, wie die Linkssektierer der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) und der Gruppe "Roter Morgen" (KPD/ML), sondern sagen den Kollegen, daß sie um die Organisation selber und um ihren Funktionärsapparat kämpfen müssen.

Der Kampf zwischen der klassenversöhnlerischen und der klassenkämpferischen Linie in den Gewerkschaften ist kein Kampf Basis gegen Apparat, Mitglieder gegen Funktionäre, Vielmehr geht es darum: **Was für einen Apparat** braucht die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, **was für Funktionäre** brauchen die Mitglieder? Große Teile des heutigen Apparats der Gewerkschaften sind mit dem kapitalistischen Staatsapparat verschmolzen oder nehmen kapitalistische Unternehmerfunktionen wahr. Diese Teile des Apparats können nicht erobert werden, sondern müssen **grundsätzlich** als **arbeiterfeindliche Institutionen** bekämpft werden. Hier steht die Frage wie bei dem Staatsapparat selber und den Apparaten der Konzerne. Sie werden in der proletarischen Revolution zerschlagen,bzw. **nach** der Eroberung der politischen Macht vom Proletariat übernommen und für den Aufbau des Sozialismus in Gang gesetzt.

Bei den Vertrauensleutekörpern und den ehrenamtlichen Funktionärskörpern überhaupt und teilweise auch bei örtlichen, regionalen und zentralen Verwaltungsstellen stellt sich die Sache aber nicht so dar. Hier führen wir keinen Kampf **gegen** diesen Apparat, sondern um diesen Apparat, damit er im Interesse der Mitglieder arbeitet und von den Mitgliedern zur Organisierung des Kampfes eingesetzt werden kann. Wir führen keinen Kampf gegen Funktionäre ganz allgemein, sondern für die Absetzung klassenversöhnlerischer Funktionäre und für die Wahl klassenkämpferischer Funktionäre.

Deshalb wenden wir uns gegen jeden Rückzug auf eine Gewerkschaftsopposition, die auf diesen Kampf grundsätzlich verzichtet. Wir führen den Kampf in den Gewerkschaften unter den Parolen:

"Für klassenbewußte und kampfstarke Gewerkschaften"
und
"Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse".

Diese Parolen bezeichnen notwendige Aufgaben **auf dem Weg zur proletarischen Revolution.** Wie weit sie vor der proletarischen Revolution verwirklicht werden können, wird sich im Kampf selber zeigen. Den Rahmen für eine organisierte Einheit mit den Kollegen, die diese Parolen für richtig halten, schaffen wir durch die schrittweise Durchsetzung dieser Parolen in den Gewerkschaftenselber und nirgendwo sonst. Von einer künstlichen und schädlichen Trennung von diesen Kollegen, die das Harverster-Kollektiv befürchtet, kann also keine Rede sein.

In der Resolution des Zentralausschußes wird mehrmals betont, daß die kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften auch als solche auftreten sollen. Das Harvester-Kollektiv befürchtete in seiner Stellungnahme gegenüber dem Zentralausschuß, das könne unerfahrene Genossen zu

leichtsinnigem Auftreten veranlassen. Wir meinen natürlich nicht, daß unsere Genossen um jeden Preis offen auftreten sollen oder ihre Mitgliedschaft in der Kommunistischen Gruppe (NRF) auf jeden Fall offenlegen sollen. Wir meinen aber, daß alle Genossen so offen wie möglich auftreten sollen und mit ihren Auffassungen nicht hinterm Berg halten sollen. "So offen wie möglich, so verdeckt wie nötig" muß unsere Richtlinie für das Auftreten im Betrieb und in den Gewerkschaften lauten und nicht umgekehrt: "So verdeckt wie möglich und so offen wie nötig". Vor allem sollten die politischen Auffassungen der Kommunisten nicht verheimlicht werden, auch dann nicht, wenn es nötig ist, die Mitgliedschaft in der KG (NRF) zu verbergen.Die bisherigen Erfahrungen gehen eher dahin, daß die organisatorischen Verbindungen der Genossen dem Verfassungsschutz und ähnlichen Stellen kein Geheimnis bleiben, daß aber die politischen Auffassungen der Genossen den Kollegen im Betrieb und in den Gewerkschaften nur in geringem Maß bekannt werden.Leichtsinn in organisatorischen Fragen und übertriebene Vorsicht in ideologischen und politischen Fragen sind oft in unserer Gruppe festzustellen. Das bedeutet, daß der Verfassungsschutz weniger gefürchtet wird als die zunächst manchmal ablehnende und oft skeptische Haltung der Kollegen gegenüber unseren politischen Auffassungen. Die organisatorische Verbindung zwischen den Genossen ist in manchen Fällen zweifellos dem Verfassungsschutz schon bekannt, bevor die einzelnen Genossen mit dem Versuch der offenen Überzeugungsarbeit gegenüber den Kollegen überhaupt begonnen haben. Beide Fehler, Leichtsinn in organisatorischen Fragen und übertriebene Vorsicht beim politischen Auftreten, sind Kinderkrankheiten und müssen überwunden werden.

In der Diskussion über die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften sind zwei weitere wichtige Fragen sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Gruppe aufgetaucht.
1. Wenn es auch falsch ist, eine selbständig organisierte Gewerkschaftsopposition aufzubauen, ist es dann nicht richtig, wenigstens "gewerkschaftliche Gruppen" zu organisieren.
2. Wenn es auch gegenwärtig falsch ist, eine selbständig organisierte Gewerkschaftsopposition aufzubauen, kann es nicht in der Zukunft richtig sein?

1. ORGANISIERTE GEWERKSCHAFTSOPPOSITION ODER GEWERKSCHAFTLICHE GRUPPEN: EINE FALSCHE ALTERNATIVE ZWISCHEN ZWEI FALSCHEN WEGEN

Das ZK des KB Bremen kritisiert in der "Wahrheit" 1/73 das Konzept der Gewerkschaftsopposition und empfiehlt stattdessen den Aufbau gewerkschaftlicher Gruppen. Kann es aber die Aufgabe der Kommunisten sein, "gewerkschaftliche Gruppen" aufzubauen und was ist das überhaupt? Das Konzept richtet sich offenbar an den in manchen Betrieben existierenden betrieblichen Gewerkschaftsjugendgruppen aus, die oft von jungen Kommunisten aufgebaut worden sind und in denen die jungen Kommunisten gute gewerkschaftliche Arbeit leisten. Was sind diese betrieblichen Gewerkschaftsjugendgruppen ihrem Wesen nach? Sie sind regelmäßige Treffen der aktiven jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder und tragen auf der einen Seite Keime von gewerkschaftlichen Arbeitskreisen, auf der anderen Seite Keime von Mitgliederversammlungen der in der Abteilung befindlichen Gewerkschaftsmitglieder in sich. In diesen beiden Richtungen müssen die vorhandenen Ansätze in den betrieblichen Gewerkschaftsjugendgruppen vorangetrieben werden, wenn sie nicht in unverbindlicher Wurstelei stehenbleiben sollen.

Ist es nun richtig, in Anlehnung an die existierenden betrieblichen Gewerkschaftsjugendgruppen gewerkschaftliche Betriebsgruppen zu propagieren?

Natürlich ist es sinnvoll, überall mitzumachen, wo sich auch nur drei Gewerkschafter regelmäßig treffen. Aber unser Ziel kann doch nicht sein "gewerkschaftliche Gruppen" aufzubauen, wo mehr oder weniger verbindlich über betriebliche und gewerkschaftliche Probleme gesprochen wird. Stattdessen müssen wir **direkt** die Zellen stärken, Sympathisanten an die Zelle heranziehen und auf gewerkschaftlicher Ebene demokratische Strukturen erkämpfen, in denen in Mitgliederversammlungen auf Abteilungs-,Werks- und Ortsebene, auf Vertrauensleute- und Delegiertenversammlungen unsere Fraktion den Kampf um die Mehrheit entfalten kann. Natürlich werden wir alle Initiativen für gewerkschaftliche Arbeitskreise und Schulungsabende unterstützen und selbst Initiative ergreifen, um solche Aktivitäten in Gang zu bringen, die der Stärkung der Kampfkraft dienen; die Bildung von unbestimmten "gewerkschaftlichen Gruppen" kann aber doch niemals unsere Linie in der Organisierung des Kampfes um die Gewerkschaften sein. Diese "gewerkschaftlichen Gruppen" könnten weder öffentlich auftreten, noch irgendwelche, die Gewerkschaften bindenden Beschlüsse fassen; sie wären weder Fisch noch Fleisch, bestenfalls eine Verlegenheitslösung. Nach unserer Meinung steht hinter solchen Konzepten nichts anderes als die Furcht, offen als kommunistische Organisation an die gewerkschaftlichen Mitgliedermassen heranzutreten.

NEUES ROTES FORUM

SONDERNUMMERN :

August 72 :
Kampf zweier Linien in der KP Chinas - Dokumente mit einer Einleitung der Redaktion
72 Seiten, Preis : 2.50 DM

Januar 73 :
Wichtige Artikel aus vergriffenen Nummern des Neuen Roten Forum und des Roten Forum

Wider das Gründungsfieber
Neue Mittelklasse und Proletariat
Zur Außenpolitik der VR China
Kampf dem Zirkelwesen
u. a.

ACHTUNG! SONDERNUMMER :
November 1972

Das Programm der westdeutschen Kommunisten - Stellungnahme der Programmkommission der Kommuniqué-Organisationen - BKA Freiburg, KB Bremen, KB Göttingen, KB Osnabrück, KB Wolfsburg, KG (NRF) Mannheim/Heidelberg

2. DIE EINHEIT DER GEWERKSCHAFTEN AUF DEM BODEN DES KLASSENKAMPFES IST DAS PRINZIP UNSERER ARBEIT IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Daraus folgt, daß wir zu keinem Zeitpunkt, die Bildung neuer Gewerkschaften anstreben werden, und deshalb auch keine selbständig organisierte Gewerkschaftsopposition aufbauen werden als Keimform neuer Gewerkschaften. Wenn die Klassenversöhnler die Spaltung der Gewerkschaften anstreben und klassenbewußte Kollegen ausschließen, dann führen wir den Kampf gegen die Spaltung und versuchen nicht, sie selber organisatorisch zu festigen. Wenn es uns nicht gelingt, die Klassenversöhnler in den Gewerkschaften zu isolieren und zu schlagen, dann wird es uns erst recht nicht gelingen, die Mitgliedermassen der Gewerkschaften in neuen Gewerkschaftsorganisationen zusammenzufassen. Durch den Versuch, neue Gewerkschaften aufzubauen, werden die Kommunisten die bürgerlichen Machthaber niemals gefährden, sondern ihnen die Einheitsgewerkschaften überlassen und sich selber isolieren. Da die Einheitsgewerkschaften das Monopol auf Tarifabschlüsse haben, würden solche neue Gewerkschaften auf dieser Ebene sowieso keine Alternative bieten. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder Kommunisten haben eine starke Basis unter den Gewerkschaftsmitgliedern; dann wäre es eine Dummheit, eigene Gewerkschaften aufbauen zu wollen, und den Kampf um die Einheitsgewerkschaften aufzugeben. Oder die Kommunisten haben noch keine starke Basis unter den Gewerkschaftsmitgliedern, dann wäre es eine Lächerlichkeit, eigene Gewerkschaften aufbauen zu wollen. Die Gewerkschaftsopposition als Organisation mit eigenem Programm und Statut ist aber überhaupt nur sinnvoll, wenn man neue Gewerkschaften aufbauen will. Da das aber bei Existenz der Einheitsgewerkschaften Unsinn ist, ist auch der Aufbau einer Gewerkschaftsopposition als selbständige Organisation weder heute noch morgen im Interesse der Kommunisten.

Unser Ziel ist die **politische** Organisierung der Arbeiterklasse und der Sieg über die Klassenversöhnler in den Gewerkschaften durch die Gewinnung der Mitgliedermassen für den Kommunismus. Diesem Ziel kann ein Versuch die klassenbewußten Kollegen **auf gewerkschaftlicher Basis unabhängig von den bestehenden Gewerkschaften** zu organisieren, **niemals** dienen.

ZENTRALAUSSCHUSS DER KOMMUNISTISCHEN GRUPPE (NRF)

In diesen Erläuterungen findet an verschiedenen Stellen eine Auseinandersetzung mit Bedenken des Harvester-Kollektivs gegen die Resolution des ZA zur Arbeit in den Gewerkschaften statt. Diese Bedenken sind in zwei Besprechungen eines Beauftragten des ZA mit dem Harvester-Kollektiv ausgeräumt worden. In der zweiten Besprechung wurden die abgedruckten Erläuterungen des ZA vorgetragen und von den Mitgliedern des Harvester-Kollektivs gebilligt.

Bemerkungen zur Gewerkschaftsfrage

VERSUCH EINER KLARSTELLUNG

Nach den seit 1933 andauernden Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse und der mit der scheinbaren Aussetzung des Krisenzyklus zwischen 1945 und 1966, dem allgemeinen Boom nach dem Krieg sowie der erfolgreichen Isolierung und Zerschlagung der KPD durch die westdeutsche Bourgeoisie verbundenen Desorientierung, haben fortgeschrittene Teile der Arbeiterklasse in den letzten Jahren – auch an der Gewerkschaftsspitze vorbei – wirtschaftliche Kämpfe geführt. Diese Kollegen stellen neben denjenigen Teilen der Arbeiterjugend, die sich im Gefolge der Protestbewegung ein antiimperialistisches Bewußtsein erworben haben, den fortgeschrittensten Teil der westdeutschen Arbeiterklasse dar. Die Unterscheidung zwischen denjenigen Kollegen, die in den letzten Jahren ihre Kampferfahrung aus vorwiegend wirtschaftlichen Kämpfen erworben haben und denjenigen Teilen der Arbeiterjugend, die im Verlauf der Protestbewegung ein antiimperialistisches Bewußtsein entwickelten, ist zur Feststellung der unterschiedlichen historischen Ausgangspunkte von Bedeutung, darf jedoch nicht als starre Trennung zwischen beiden Gruppen verstanden werden. Denn im Prozeß der allgemeinen Verschärfung der Widersprüche und der zunehmend erfolgreicheren politischen Erziehungsarbeit der Kommunisten verzahnen sich beide Gruppen im Klassenkampf gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie und deren Staatsapparat.

Diese Entwicklung hat zu einer ziemlich grundlegenden Veränderung des Verhältnisses der Arbeiterklasse und insbesondere der Gewerkschaftsmitglieder zur Politik der Gewerkschaftsführung geführt. Mit welcher Sorge diese die eingetretene Entwicklung betrachtet, zeigen beispielsweise das interne Rundschreiben des IGM-Hauptvorstandes nach den Septemberstreiks von 1969 und die Stellungnahmen der Arbeitsdirektoren in der Montanindustrie, die auf dem vorletzten Gewerkschaftstag der IGM im Jahre 1971 zirkulierten. Nach Jahren politischer Friedhofsruhe in den Gewerkschaften und der damit einhergehenden unangefochtenen Herrschaft der SPD-Linie hat sich der elementare Widerspruch zwischen Gewerkschaftsführung und Mitgliedermassen wieder entfaltet, an Fragen wie der Stellung der Gewerkschaften zur Konzertierten Aktion, der innergewerkschaftlichen Beschlußfassung über Form und Höhe von Lohnforderungen, der Wahl der Tarifkommissionen, der Verhandlungs- und Kampfstrategie in Tarifrunden und auch in der Frage des allgemeinen Selbstverständnisses der Gewerkschaften – Ordnungsfaktor oder Kampforganisation. Die Reaktion der Gewerkschaftsspitze besteht im beschleunigten Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, der Zunahme von Ausschlüssen und Maßregelungen gegenüber kritischen Gewerkschaftsmitgliedern und andererseits einem zunehmend demagogischeren Anknüpfen an vorhandene Reformillusionen und raffinierten taktischen Tricks gegenüber den Belegschaften, wie z. B. dem ständigen Wechselspiel mit Urabstimmung, Geheimverhandlungen, Schlichtung, Punktstreiks etc.. In all ihren Manövern hat die Gewerkschaftsspitze einen treuen Gefolgsmann in der DKP-Spitze und einem Großteil der DKP-Betriebsräte in Großbetrieben, die auf alle Betrugsmanöver der Gewerkschaftsspitze wie Pawlowsche Hunde reagieren und Ausschlüssen und Maßregelungen von klassenbewußten Gewerkschaftern in zahl-

reichen Fällen vorbehaltslos und lautstark zugestimmt haben. Damit wird der Gewerkschaftsspitze ermöglicht, ständig eine Unterscheidung vor der Arbeiterklasse vorzunehmen in (DKP-)Kommunisten, die gute, konstruktive Gewerkschafter sind und gewerkschaftsschädigende, destruktive Kommunisten, die Feinde der Gewerkschaften, weil Feinde der SPD-Linie sind.

Aus all dem folgt, daß die bestehende Opposition in den Gewerkschaften zum jetzigen Zeitpunkt noch äußerst zersplittert, politisch heterogen und mit reformistischen und revisionistischen Illusionen behaftet ist. Dies ergibt sich logisch als Auswirkung der noch begrenzten Kampferfahrungen, die nach jahrelanger Versumpfung des Klassenkampfes erst in letzter Zeit wieder gesammelt wurden. Vielfach macht sich das Unbehagen und die Kritik der Kollegen jedoch noch ausschließlich an Einzelaspekten in der Politik der Gewerkschaftsführung fest und ist noch keineswegs Ausdruck eines allumfassenden entwickelten Klassenbewußtseins. Trotzdem ist es richtig, diese Kollegen, neben denjenigen proletarischen Jugendlichen, die durch die Protestbewegung – zumeist losgelöst von der betrieblichen Auseinandersetzung – beeinflußt wurden, als den gegenwärtig fortgeschrittensten Teil der Arbeiterklasse zu betrachten. Als solcher kommt diesen Kollegen natürlich für den Aufbau der kommunistischen Partei, die über die Entfaltung der Dialektik von politischem und ökonomischem Kampf die Verschmelzung von spontaner, tradeunionistischer Arbeiterbewegung und Kommunismus erst herstellt, entscheidende Bedeutung zu.

> *"Die agitatorische Einwirkung auf die Masse muß in breitester, sowohl ökonomischer als auch politischer Agitation bei allen Anlässen und zu allen Erscheinungsformen jeder Art von Unterdrückung bestehen, in einer Agitation, die wir benutzen müssen, um eine immer größere Zahl von Arbeitern in die Reihen der revolutionären sozialdemokratischen Partei hineinzuziehen, um den politischen Kampf in allen erdenklichen Erscheinungsformen zu begünstigen, um diesen Kampf aus seinen spontanen Formen hinüberzuleiten in die Form des Kampfes einer einheitlichen politischen Partei."* (Lenin, Werke Bd. 4, S. 288)

In der jungen kommunistischen Bewegung der BRD hat es in den letzten Jahren zahlreiche Versuche gegeben, die marxistisch-leninistischen Prinzipien über die Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf und die Erfahrungen der Kommunisten aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes auszuwerten und daraus Klarheit über die einzuleitenden Schritte auf diesem Gebiet zu gewinnen. Schon im Jahre 1970 wurde beispielsweise von der KPD/ML (Roter Morgen) der Versuch einer Zeitung für die Gewerkschaftsopposition mit dem Titel "Betrieb und Gewerkschaft" gestartet. Insgesamt müssen die unterschiedliche Schlüssigkeit, Klarheit und vor allem Richtigkeit dieser Versuche im Zusammenhang mit der besonderen historischen Entwicklung der kommunistischen Bewegung in der BRD gesehen werden. Der unterschiedliche Grad der Aneignung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus und die unterschiedlichen Vorstellungen über die Frage des Parteiaufbaus sowie die daraus abgeleiteten "Führungsansprüche" führten insbesondere in der KPD/ML-Bewegung zu den absonderlichsten Schwankungen. So führte z. B. die Unklarheit über den Parteiaufbau in den KPD/MLs dazu, die eigenen Betriebsgruppen abwechselnd als "Massenorganisationen der Partei" in den Betrieben bzw. als "Keime einer künftigen revolutionären Gewerkschaft" (Roter Morgen, April 1971) zu verstehen. Am realen Charakter dieser Betriebsgruppen haben die wechselnden Einschätzungen wohl wenig geändert.

Demgegenüber stellten die drei Artikel zur Gewerkschaftsfrage der damaligen KPD-AO (RPK 109/10, 112, 126/27) und die in der Programmatischen Erklärung der KG (NRF) (NRF 3/71) enthaltenen Aussagen zur Gewerkschaftsfrage einen erheblichen Fortschritt dar. Ausgehend von einer prinzipiellen Entwicklung des Verhältnisses von politischem und ökonomischem Kampf, der erneuten Darlegung der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes und der Aufgaben der Gewerkschaften und einer Einschätzung des Charakters der heutigen Gewerkschaften und der Politik der Gewerkschaftsspitze stellten diese Artikel die Notwendigkeit der Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften zur Gewinnung der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Linie der Kommunisten in den Vordergrund. Diese Artikel markieren einen wichtigen Wendepunkt der erfolgreichen Auseinandersetzung der jungen kommunistischen Bewegung mit den Vorstellungen der verschiedenen Spontaneisten-Organisationen (z. B. der Westberliner PL/PI), die die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse und des Kampfes der Kommunisten in den Gewerkschaften leugneten und stattdessen Konzepte wie das des Aufbaus von "Abteilungsgruppen" propagierten.

Solchen spontaneistischen Vorstellungen wurde in den Gewerkschaftsartikeln der RPK damals zurecht entgegengehalten:

"Der Kampf um die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ist auch heute die zentrale Aufgabe der Kommunisten. Die Gewerkschaften sind nach wie vor die einzigen Gesamtorganisationen und wichtigsten Massenorganisationen der Arbeiterklasse.(. . .)

Die bisherigen Klassenkämpfe haben bewiesen, daß die konsequente revolutionäre Arbeit in allen gewerkschaftlichen Massenorganisationen ein entscheidender Hebel zur engen Verbindung mit den arbeitenden Massen ist. Die wichtigste Aufgabe des gewerkschaftlichen Kampfes besteht darin, den Einfluß der kommunistischen Betriebszellen in den VL-Körpern und BR der Großbetriebe zu verankern. In jeder gewerkschaftlichen Institution, in der es mehrere kommunistische Kader gibt, muß eine kommunistische Fraktion gebildet werden. (. . .)

Wenn wir als Kommunisten es als unsere Aufgabe bezeichnen, die Tageskämpfe der Massen voranzutreiben, so tun wir dies nicht, um unter den Kollegen Illusionen über Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle zu schüren, nicht in dem Glauben, durch schrittweise Durchsetzung von Teilforderungen die Lage der Werktätigen grundlegend verbessern zu können. Wir tun dies gerade, um zu beweisen, daß der Kampf um die Willkür der Kapitalisten erfolglos bleibt, solange er sich auf den ökonomischen Kleinkrieg beschränkt. Indem die Arbeiterklasse den Kampf um ihre Tagesinteressen nur sichern kann, wenn sie den Kampf um sie mit dem grundlegenden Kampf um die Befreiung von der kapitalistischen Unterdrückung verbindet." (Rote Presse Korrespondenz, Nr. 112)

Die damalige KPD-AO wird es sich gefallen lassen müssen, daß man an ihren damaligen, richtigen Feststellungen ihre heutige Gewerkschaftslinie mißt.

Wenn es bei dem heutigen praktischen Stand der kommunistischen Bewegung in der BRD und der in ihr erreichten ideologischen Klarheit über die Grundfragen des Marxismus-Leninismus darum geht, bezogen auf die Frage des gewerkschaftlichen Kampfes der Kommunisten, ein Aktionsprogramm der Kommunisten für den Gewerkschaftskampf zu entwickeln, das auf der Klarheit über die Dialektik von politischem und ökonomischem Kampf, prinzipiellen Aussagen über die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse und den Charakter der heutigen Gewerkschaften und insbesondere der Politik ihrer Vorstände beruht, dann erfordert dies doch eine Auseinandersetzung mit

schädlichen Abweichungen in diesen Fragen. Um eine solche schädliche Abweichung handelt es sich, wenn in der gegenwärtigen Etappe von allen bestehenden "Parteien" die Losung "Für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition" zur Hauptlinie gemacht wird, mit welcher die oppositionellen Gewerkschafter um die jeweilige Partei zusammengeschlossen werden sollen. Wenn die konkreten Vorstellungen, die diese Organisationen jeweils mit dem Gebrauch dieser Losung verbinden, sich auch voneinander unterscheiden, so wird von allen letztlich doch derselbe Fehler gemacht: statt auf der Grundlage der allgemeinen Prinzipien des Marxismus-Leninismus für die vorgefundene Situation die Strategie und Taktik der Kommunisten zu bestimmen, wird der Versuch gemacht, sich durch eine "schematische Übernahme von taktischen Konzepten aus der Geschichte der Arbeiterbewegung" (NRF-Sondernummer) als möglichst prinzipienfest und konsequent darzustellen. Diese Vorgehensweise ist nicht von dem behaupteten Parteicharakter dieser Organisationen loszulösen, vielmehr findet der augenwischerische Charakter dieser Parteigründungen in der Frage des Gewerkschaftskampfes seine Entsprechung in der Augenwischerei, mit der diese Organisationen ihre Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften als Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition verstanden wissen wollen.

Den Vogel abgeschossen hat auf diesem Gebiet mal wieder die KPD/ML (Roter Morgen). Unter dem verheißungsvollen Titel "Das ist die revolutionäre Gewerkschaftslinie der KPD/ML" konnte man im "Roten Morgen" u. a. folgende Begründung für den RGO-Kurs lesen:
"Auch wenn die Hauptaufgabe lautet, in jedem Großbetrieb eine Zelle der KPD/ML aufzubauen, so kann dies doch nicht geschehen, indem man die Oppositionsbewegung links liegen läßt .....
Wir müssen aus der spontanen Gewerkschaftsopposition eine bewußte, eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition machen. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß aufgebaut werden ...
Organisiert Solidaritätskomitees. Reiht die Ausgeschlossenen, und die, die ihre Mitgliederbuch freiwillig hinschmeissen, in die Opposition ein. Organisiert Euch in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!" (RM 17, 28. Aug. 1972)

Das Motiv der KPD/ML (Roter Morgen) für diese "Weiterentwicklung" liegt augenscheinlich nicht in einer konsequenten Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit, die Masse der Gewerkschaftsmitglieder im Kampf um die Grundeinheiten der KP zusammenzuschließen. Vielmehr versucht die durch den Kampf gegen die "Liquidatoren" geschwächte KPD/ML neben den Versuchen, einer betrieblichen Verankerung und davon gesondert auch ihren Einfluß auf die oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder auszuüben. Wie auf diesem Weg, indem man den Aufbau von Betriebszellen und die Einflußnahme auf die Gewerkschaftsmitglieder, die man in einer "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" auffangen will, als gesonderte Dinge betachtet, aus der spontanen eine bewußte Opposition werden soll, bleibt völlig dunkel. Doch damit nicht genug. Mit der Aufforderung des "Roten Morgen" an seine Leser, sich in der – anscheinend schon bestehenden – "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" zu organisieren und dabei auch die, "die ihr Mitgliedsbuch freiwillig hinschmeissen" nicht zu vergessen, wird auch noch äußerst schädlichen, weil defätistischen Tendenzen in der Arbeiterklasse Vorschub geleistet. Zweifellos bestehende Neigungen fortschrittlicher Arbeiter, aus Wut und Enttäuschung sich aus den Gewerkschaften zurückzuziehen, sind keineswegs Ausdruck einer klaren Erkenntnis von deren Charakter zu betrachten, sondern gehen häufig einher mit allerlei kleinbürgerlichen Illusionen.

Die "Revolutionäre Gewerkschaftslinie" des "Roten Morgen" zeugt nicht nur von einem völligen Unverständnis der Aufgaben der Kommunisten und insbesondere der betrieblichen Grundeinheiten im gewerkschaftlichen Kampf, sondern ist von der Art und Weise, wie eine bestehende "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" als organisatorische Perspektive der unzufriedenen Gewerkschafter propagiert wird ein weiterer Beleg für den Karrikatur-Bolschewismus dieser Organisation.

Etwas diffiziler und keineswegs so platt verhält sich die Sache mit der "revolutionären Gewerkschaftsopposition" , die die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) aufbauen will. Nachdem diese Organisation auf der Grundlage ihrer im Rahmen der prinzipiellen Ausführungen bleibenden, gleichwohl korrekten Ausführungen in den oben zitierten beiden RPK-Artikeln die Fraktionsarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und die Verankerung ihrer Betriebszellen in den Vertrauensleutekörpern und Betriebsräten propagiert und angestrebt hatte, kam es auch hier zu einer "Weiterentwicklung" der Gewerkschaftslinie. Diese besteht seit dem Frühjahr 1972 im wesentlichen im Gebrauch der Parole "Für den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition". Dabei soll die Kleinschreibung des Wortes "revolutionär" darauf hindeuten, daß die Gründung "Roter Verbände" noch nicht unmittelbar bevorsteht, sondern eine weitere Stärkung der Opposition in den DGB-Gewerkschaften zur Voraussetzung hat.(1)

Der Propagierung dieser Hauptlosung für die Gewerkschaftsfrage war nicht, – wie bei kommunistischen Organisationen üblich – eine ideologische Begründung dieser "Weiterentwicklung" vorausgegangen, abgesehen von einem Artikel in der "Roten Fahne" Nr. 34, in dem am Beispiel des BVG-Arbeiter-Streiks in Berlin 1932 dargestellt wurde, was die RGO historisch war. In diesem Artikel wird zwar auf die sektiererischen Fehler der alten KPD in der Gewerkschaftsfrage hingewiesen, z. B. auf die Vernachlässigung der Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften, gleichwohl heißt es in diesem Artikel: "Es gilt, am grundsätzlich richtigen des nach 1928 eingeschlagenen Kurses festzuhalten." Ansonsten wurde die Notwendigkeit des Aufbaus der RGO vor der Arbeiterklasse nur noch aus den Verrätereien der Gewerkschaftsführung, den Lohnleitlinien-Abschlüssen in den Tarifrunden ,den 1.Mai-Saalfeiern der DGB-Spitze etc. begründet, z. B. in den Agitprop-Materialien der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) zum 1. Mai 1972.

Vermutlich hat es auch keine ausreichende interne Vereinheitlichung der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) über die Neufassung ihrer Gewerkschaftslinie gegeben. Für diese Vermutung spricht die Tatsache, daß in der Mairede des gewerkschaftlichen Maikomitees der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) in Berlin die Frage der Gründung "Roter Verbände" völlig offen gelassen und lediglich von der zahlenmässigen Stärke der Partei in den Gewerkschaften abhängig gemacht wurde. Dagegen wird sonst von dieser Organisation die Gründung "Roter Verbände" durchaus als verfrüht bezeichnet.

---

(1) Inzwischen ist die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) zur Großschreibung übergegangen. Der Sprachgebrauch in den verschiedenen Orten ist allerdings verschieden. (vgl. Rote Fahne vom 2.5.73 die Bilder von den Mai-Demonstrationen)

Abgesehen von dieser reichlich voluntaristischen Art der Begründung und Propagierung einer bestimmten Gewerkschaftslinie vor der Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung stellt sich in punkto Gewerkschaftskampf die Frage heute für die Kommunisten nicht in Form einer (mehr oder minder willkürlichen) Orientierung an einer bestimmten **taktischen Variante** kommunistischer Gewerkschaftspolitik aus der Geschichte der Arbeiterbewegung (etwa dem von der KPD zwischen 1928 und 1932 verfolgten RGO-Kurs). Heute fragt es sich, welche strategische und taktische Linie für den Kampf in den Gewerkschaften bezogen auf die momentane Etappe der Verschärfung der Widersprüche und des Parteibildungsprozesses einzuschlagen ist. Diese Strategie und Taktik wird nicht dadurch gewonnen, daß man sich in historische Gewänder kleidet, sondern indem man auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Erkenntnisse von der Dialektik von ökonomischem und politischem Kampf und unter Berücksichtigung der Lehren aus der Geschichte eine praktische Linie entwickelt.

Zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, nochmals auf die prinzipiellen Aufgaben kommunistischer Gewerkschaftsarbeit hinzuweisen.
Im Rahmen der Entfaltung der Dialektik von ökonomischen und politischen Kämpfen der Arbeiterklasse ist es Aufgabe der Kommunisten, durch die Verbindung des spontanen Kampfes der Massen um ihre Tagesinteressen (der noch nicht an sich politisch sein muß) mit dem politischen Kampf gegen Kapitalistenklasse, bürgerlichen Staatsapparat und das Gesamtsystem des Imperialismus, die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse herzustellen. Zur Erreichung dieser revolutionären Einheit, die die Voraussetzung für die siegreiche Durchführung der proletarischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist, ist die fraktionelle Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften von zentraler Bedeutung. Die Gewerkschaften sind die elementarsten und umfassendsten Klassenorganisationen der Arbeiter, mit denen diese hauptsächlich den Kampf um den Preis der Ware Arbeitskraft führen. Dieser Kampf verbleibt durchaus im Rahmen des bürgerlichen Systems und hebt den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital keineswegs auf. Der gewerkschaftliche Kampf ist also kein revolutionärer Kampf. Der gewerkschaftliche Kampf ist aber eine Schule des Klassenkampfes und kann unter Führung der Kommunisten mit dem politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf verbunden werden.

Die Herausbildung der Arbeiteraristokratie und ihre Konsequenzen in der Gewerkschaftsbewegung

Mit der Herausbildung des Imperialismus entwickelte sich innerhalb der Arbeiterbewegung aus der Strömung des Opportunismus eine klare Linie des Reformismus und Revisionismus. Diese stützt sich klassenmäßig auf eine aus den imperialistischen Extraprofiten bestochene "Arbeiteraristokratie".

"Unter den Verhältnissen des Krieges von 1914/15 wird der Opportunismus eben zum Sozialchauvinismus. Das Wesentliche am Opportunismus ist die Idee der Klassenzusammenarbeit (. . .).
Der Opportunismus wurde im Laufe von Jahrzehnten durch die Besonderheiten jener Entwicklungsepoche des Kapitalismus hervorgebracht, in der die verhältnismäßig friedliche und zivilisierte Existenz einer Schicht privilegierter Arbeiter diese "verbürgerlichte", ihnen gewisse Brocken von den Profiten des eigenen nationalen Kapitals zukommen ließ und sie von dem Elend, den Leiden und den revolutionären Stimmungen der ausgebeuteten und verelendeten Massen losriß (. . .).
Erstens ist die ökonomische Grundlage für den Chauvinismus und für den Opportunismus in der Arbeiterbewegung eine und dieselbe: das Bündnis der zahlenmässig geringen Oberschichten des Proletariats und des Kleinbürgertums, für die gewisse Brocken von den Privilegien "ihres" nationalen Kapitals abfallen, gegen die Masse der Proletarier, die Masse der Werktätigen und Unterdrückten überhaupt.
Zweitens ist der ideologisch-politische Inhalt beider Richtungen ein und derselbe. Drittens, im großen und ganzen entspricht die alte, der Epoche der II. Internationale (1889-1914) eigentümliche, Scheidung der Sozialisten in eine opportunistische und in eine revolutionäre Strömung der neuen Scheidung in Chauvinisten und Internationalisten." Lenin,"Gegen den Revisionismus", S.248/49, Berlin 1959).

Waren die Parteien der II. Internationale mit dem ersten imperialistischen Krieg endgültig zum organisierten Ausdruck der opportunistischen Linie der Klassenversöhnung geworden, so hatten die Revisionisten um Bernstein schon lange vor dem Kriege in den Gewerkschaftsführungen ihre treuesten Gefolgsleute gehabt. Diese, u. a. mit der Verwaltung und Ausdehnung der aus der Zeit der Sozialistengesetze stammenden Konsumgesellschaften beschäftigten Arbeiterbürokraten standen natürlich den Bernsteinschen Vorstellungen von der "wirtschaftlichen Durchdringung des Kapitalismus" äußerst aufgeschlossen gegenüber. Schon damals benutzten die Revisionisten ihre Positionen in den Gewerkschaftsvorständen dazu, mit den Mitteln des Massenausschlusses und der Maßregelung klassenbewußte Arbeiter gegen die Opposition vorzugehen. Anschauliche Beispiele dazu enthält das (ansonsten äußerst problematische) "Rote Gewerkschaftsbuch" der rechtsopportunistischen KPD-Opposition: *"Unter den oppositionellen Gewerkschaftsmitgliedern ist die Meinung weit verbreitet, daß Willkürakte der Gewerkschaftsbürokratie erst in der Nachkriegszeit zu verzeichnen und gewissermaßen eine Begleiterscheinung der parteipolitischen Gegensätze und Auseinandersetzungen seien. Ohne Zweifel haben die Methoden zur Bekämpfung der Opposition in der Nachkriegszeit entsprechend der allgemeinen Zuspitzung der Situation schärfere Formen angenommen. Auch sind die Konflikte sehr viel zahlreicher geworden. Unverkennbar ist auch, daß der parteipolitische Gegensatz dabei eine große Rolle spielt. Es muß aber hervorgehoben werden, daß die Gewerkschaftsbürokratie der Vorkriegszeit auch nicht zimperlich war, daß sie sich vor den rigorosesten Maßnahmen nicht scheute, obwohl sich diese zumeist gegen die eigenen Parteigenossen richteten. Einige Beispiele sollen das illustrieren:*

In Hamburg hat der auf zentraler Grundlage aufgebaute Verband der Schiffszimmerer in den Jahren 1888 und 1889 systematisch Streikbruch organisiert, um eine konkurrierende lokale Organisation niederzuringen. Das eine Mal geschah das mit der Begründung, daß erst die Werftarbeiter am Ostseestrand eine Lohnaufbesserung erhalten müßten, das andere Mal wurde das Streikziel der etwa 1000 lokal organisierten Zimmerer als zünftlerisch bezeichnet, der aussichtsreiche Streik, der gegen die Einführung des Stundenlohns an Stelle des bisher üblichen Taglohns geführt wurde, ist durch den organisierten Streikbruch kaputt gegangen.

Im Jahre 1911 sind in Berlin 38 Mitglieder des Buchdruckerverbandes ausgeschlossen worden, weil sie sich geweigert haben, Streikbrecherarbeit zu verrichten. Es handelte sich um Maschinenarbeiter der Firma Mosse und Ullstein, die es ablehnten, ihren streikenden Kollegen der Firma Scherl durch Leistung von Streikbrecherarbeit in den Rücken zu fallen. Deswegen sind tatsächlich 38 Maschinenarbeiter aus dem Buchdruckerverband ausgeschlossen worden (. . .). Eine besondere Heldentat hat die Metallarbeiter-Verbandsbürokratie aufzuweisen. Auf ihr Betreiben wurde auf dem Verbandstag in Breslau 1913 sämtliche Leipziger

Mandate für ungültig erklärt und die Delegation wieder nach Hause geschickt. Das geschah, weil die Leipziger Volkszeitung in dem Bericht über die Versammlung der Leipziger Metallarbeiter, in der die Aufstellung der Kandidaten erfolgt war, die Namen der Kandidaten mit den höchsten Stimmzahlen gesperrt gedruckt hatte. Es waren nämlich die Vertreter des radikalen Flügels, die die höchsten Stimmen erhalten hatten.
Diese wenigen Proben zeigen wohl zur Genüge, daß die Gewerkschaftsbürokraten um ihre Nachkriegsleistungen fertigzubringen, nicht mehr viel hinzulernen brauchen." Enderle etc.,"Das Rote Gewerkschaftsbuch", Berlin 1932, Reprint 1972

Diese Beispiele machen deutlich, daß mit der Entwicklung des Klassenversöhnlertums nicht nur eine offene Aufgabe des Endziels der Arbeiterbewegung einhergeht, sondern bereits in den praktischen Fragen des Tageskampfes der Arbeiterklasse ein offener Verrat an der Tagesordnung ist. Wie geschildert ist dies keineswegs erst seit der Weimarer Republik so, sondern hat seine Anfänge bereits in der Zeit vor dem ersten imperialistischen Krieg. In späteren Zeiten gipfelte diese Entwicklung im Ausschluß ganzer Bezirksverbände des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV). Dies zeigt, daß die Klassenversöhnler keineswegs von der teilweisen Liquidierung der eigenen Organisation zurückschrecken, um ihre Positionen im Apparat zu verteidigen. Im Zusammenhang mit der Charakterisierung des Opportunismus durch Lenin (siehe oben) kann man dies nur als folgerichtige Entwicklung kennzeichnen. Gerade aus diesen Gründen hiesse es den klassenmäßigen Gehalt des Klassenversöhnlertums nicht zu begreifen, würde man an einer Taktik der Eroberung des Gewerkschaftsapparats festhalten. (2)

Der Auszug aus dem "Roten Gewerkschaftsbuch" macht darüberhinaus aber auch deutlich, daß die heutigen Verrätereien der Gewerkschaftsspitze keineswegs etwas qualitativ neues sind, sondern frühe Parallelen in der Geschichte aufzuweisen sind. Insofern ist die bloße Anprangerung des Verrats, des AsAusschlusses und der Maßregelung von klassenbewußten Kollegen nicht ausreichend, um einen etwaigen Aufbau "Roter Verbände" vor der Arbeiterklasse als zwingende Notwendigkeit auszuweisen. Genau dies geschieht aber, wenn es im "Roten Morgen" heißt: *"Zerbrecht die Bonzenherrschaft – RGO!*
Welcher Kollege, ob organisiert oder unorganisiert – hat nicht schon zum hundertsten Mal den Verrat der Gewerkschaftsbonzen am eigenen Leibe erfahren. Die gekauften Arbeiterverräter benutzen den Gewerkschaftsapparat nicht dazu, Streikkämpfe zu führen, sondern um diese abzuwiegeln. Mancher Kollege hat versucht, durch aktive gewerkschaftliche Arbeit, durch Kritik und im Vertrauen auf demokratische Wahlen die Bonzenherrschaft zu bekämpfen. Jahrelang – immer umsonst." (Roter Morgen 17,1972).

Um dem Subjektivismus, der hinter solchen Aussagen sich verbirgt, genau auf die Spur zu kommen, der auch hinter denen der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) steckt, die völlig unvermittelt an das Ende jeglicher Veröffentlichung, die auch nur entfernt etwas mit dem gewerkschaftlichen Kampf zu tun hat, ihre Losung vom "Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition" setzt (nachprüfbar z. B. an ihren Flugblättern zur diesjährigen Metalltarifrunde), ist es notwendig, auf die Art und Weise einzugehen, wie gerade die letztgenannte Organisation sich an der Geschichte der Arbeiterbewegung orientiert.

Die Entwicklung der Gewerkschaftslinie der KPD und die Begründung des RGO-Kurses

Auf dem Gründungsparteitag der KPD 1918 kam es zunächst zu keinerlei Diskussion über die Gewerkschaftsfrage. Dies lag nicht nur an den anderen drängenden Aufgaben der Kommunisten in der aktuellen Situation der Novemberrevolution, sondern auch an der Ablehnung des gewerkschaftlichen Kampfes durch die Linksradikalen. Diese bezeichneten die Gewerkschaften als einen "der Hauptpfeiler des kapitalistischen Klassenstaates" und als "konterrevolutionäre Gebilde". Aus dem Unverständnis der Dialektik von ökonomischem und politischem Kampf und dem zunächst zwangsläufig trade-unionistischen Bewußtsein der Arbeiterklasse in Zeiten der relativen Stabilisierung, propagierten sie die im Zusammenhang der Novemberrevolution entstandenen Räte als die Organisation, mit der sowohl der ökonomische als auch der politische Kampf geführt werden sollte. Dabei übersahen sie den Zusammenhang von Rätebewegung und Novemberrevolution und das zwangsläufige Verschwinden der Räte im Abflauungsprozeß der deutschen Revolution.

---

(2) Anmerkung der Redaktion: Es hat in der Geschichte der kommunistischen Bewegung niemals eine "Taktik der Eroberung des Gewerkschafts- Apparats" gegeben. Deshalb kann auch kein Kommunist an dieser Taktik "festhalten". Es hat immer nur eine Taktik der Eroberung der Gewerkschaften gegeben. In dieser Taktik ist der Kampf um den Apparat dem Kampf um die Massen untergeordnet, aber da es um den Kampf um organisierte Massen geht, muß er mit dem Kampf um die Organisation verbunden sein und damit auch mit dem Kampf um den gewerkschaftlichen Apparat. Wie weit dieser Kampf um den Apparat Erfolge hat und welche Teile des Apparats erobert werden können, ist eine Frage, die sich in der Praxis entscheidet und nicht durch den Verzicht auf den Kampf. Einen richtigen Standpunkt nahm hierzu auf dem X.Plenum des EKKI (1929) Genosse Pjatnizki ein: "Über die Eroberung des Gewerkschaftsapparats: Früher, zur Zeit des IV.Kongresses der RGI, sprach man von der Möglichkeit der Eroberung des Apparats der reformistischen Gewerkschaften. Aber nach dem IV.Kongreß der RGI, gab es viele Fälle, in denen die Kommunistischen Parteien zwar viele einzelne örtliche Gewerkschaftsorganisationen eroberten, die übergeordneten Verbandsleitungen aber das Eigentum, die Kasse usw. an sich nahmen. Kann man nun jetzt nach diesen Tatsachen darauf bestehen, daß der Gewerkschaftsapparat erobert werden kann? Das ist unmöglich. Die Praxis hat das Gegenteil bewiesen. Aber ich bin dagegen, daß man die Frage so auffasst, daß wir uns nirgends, unter keiner Bedingung die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und des Gewerkschaftsapparats setzen können. Ich bin entschieden gegen eine solche Formulierung der Frage, wie sie von dem Genossen Losowski u.a. aufgefasst wird. Die Frage steht so, daß der Apparat nicht nur aus der Spitze besteht; auch in den unteren Gliedern der Gewerkschaften gibt es einen Apparat. Kann man das Institut der gewerkschaftlichen Vertrauensmännern in Fabriken und Werken, das als der untere Apparat der reformistischen Gewerkschaften aufzufassen ist, erobern? Man kann es. Die reformistischen Gewerkschaften werden dann anfangen, an Stelle der von uns eroberten und von allen Mitgliedern der Gewerkschaft in den Betrieben gewählten Vertrauensleute ihre eigenen einzusetzen, - ausgezeichnet! Wir werden dann gegen die so ernannten und für die früher gewählten Vertrauensleute agitieren. Wir werden dadurch zu einer Diskreditierung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in den Augen der Gewerkschaftsmitglieder beitragen. Lassen sich nun einzelne gewerkschaftliche Ortsorganisationen erobern. Zweifellos. Es gibt doch örtliche Vertretungen einzelner Gewerkschaften und Gewerkschaftsausschüsse in Deutschland, die in ihrer Mehrheit aus Kommunisten bestehen. Diese von der KPD eroberten örtlichen Gewerkschaftsorganisationen können einen Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokraten führen. Die Frage nach der Unmöglichkeit der Eroberung des Gewerkschaftsapparats läßt sich nicht in einer solch scharfen Weise entscheiden wie es Genosse Losowski in der RGI getan hat oder wie sie früher von dem Genossen Gey

Erst auf dem II. Weltkongreß der Komintern und der unmittelbar danach erfolgten Gründung der "Roten Gewerkschaftsinternationale" wurden klare Aussagen gemacht und den linksradikalen Tendenzen, die sich sogar in den Beschlüssen des I. Weltkongresses noch niedergeschlagen hatten, ein Ende gesetzt. In den auf dem II. Weltkongreß verabschiedeten "Leitsätzen über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die Kommunistische Internationale" heißt es u. a.: *"In Anbetracht des Hineinströmens gewaltiger Arbeitermassen in die Gewerkschaften, in Anbetracht des objektiven Charakters des wirtschaftlichen Kampfes, den die Massen im Gegensatz zur Gewerkschaftsbürokratie führen, müssen die Kommunisten in allen Ländern in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturze des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen.*
Sie müssen die Initiative zur Bildung von Gewerkschaften ergreifen, wo solche nicht existieren. Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, ohne dazu durch **außergewöhnliche** *Vergewaltigungsakte seitens der Gewerkschaftsbürokratie (Auflösung einzelner revolutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaften durch die opportunistischen Zentralen) oder durch ihre engherzige, aristokratische Politik der den großen Massen der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisationen versperrt, genötigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. Er droht die fortgeschrittensten, die klassenbewußtesten Arbeiter von den Massen zu trennen, die sich auf dem Wege zum Kommunismus befinden, und diese Massen an die opportunistischen Führer auszuliefern, die der Bourgeoisie in die Hände arbeiten."* (Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Berlin 1959, S.222).

Der Hintergrund dieser Aussagen – im Gegensatz zum späteren RGO-Kurs – liegt in der 1920 noch real vorliegenden Möglichkeit, die infolge der revolutionären Ereignisse, der Gründung der Komintern, und der nach ihrer weitgehenden Entlarvung in ihren Grundlagen völlig schwankenden II. (sozialdemokratischen) Internationale zu zerschlagen, damit den rechten Flügel des sozialdemokratischen "Internationalen Gewerkschaftsbundes" (Amsterdamer Internationale) zu isolieren und den linken Flügel der Amsterdamer auf die Seite der RGI zu ziehen. Eine solche Entwicklung war zum Zeitpunkt des Andauerns der revolutionären Welle keineswegs auszuschließen. Genau diese Überlegung war es auch, die die Komintern dazu bewog, bis 1925 den Kampf gegen die Reformisten unter der Parole der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu führen.

Diese taktische Linie wurde von der Komintern auch nach dem endgültigen Abflauen der revolutionären Welle und dem Einsetzen der Phase der revolutionären Stabilisierung beibehalten. Das geschah aus der völlig richtigen Einsicht, daß zu Zeiten der relativen Stabilisierung der größte Teil der Arbeiterklasse einem nur-gewerkschaftlichen Bewußtsein verhaftet ist und es für die Kommunisten gilt, den Trade-Unionismus durch die Entfaltung der Dialektik von politischem und ökonomischem Kampf und mittels spezifischer Organisationsformen auf das Niveau des politischen Kampfes zu heben. Gleichzeitig war schon auf dem 4. Weltkongreß der Komintern im Jahre 1922 klargestellt worden, was Eroberung der Gewerkschaften bedeutet:

"die Eroberung der Massen, die kommunistische Aufklärung dieser Massen, die kommunistische Organisierung der entwickeltsten Elemente, damit die ganze Gewerkschaft in allen ihren Verzweigungen von oben bis unten mit kommunistischem Bewußtsein durchdrungen wird. Erst wenn die Kommunisten selber organisiert sind und wissen, was sie wollen, dürfen sie die Initiative zur Vereinigung der gesamten Opposition übernehmen."

Diese richtige Linie hat sich allerdings zunächst nicht völlig in den einzelnen Sektionen der Komintern durchgesetzt. Vor allem in der deutschen Partei, in der die linksopportunistische Fischer-Maslow-Gruppe die Führung innehatte, wurde die Gewerkschaftslinie der Komintern lediglich verbal befolgt, in der Tat aber sabotiert. Unter der Hand wurde eine Austrittsbewegung unter den KPD-Mitgliedern eingeleitet, die Gewerkschaftsabteilung der Zentrale wurde aufgelöst, gewerkschaftsfeindliche Stimmungen in der Arbeiterklasse nicht bekämpft und sogar die vereinzelte Gründung von winzigen selbständigen Gewerkschaften vorgenommen. Diesen Abweichungen wurde erst durch die Absetzung der Fischer-Maslow-Gruppe und ihrer Verurteilung sowie der Wahl des "Thälmann-ZK" auf dem 10. Parteitag der KPD 1925 ein Ende gesetzt. Das "Thälmann-ZK" stellte sich entschieden auf den Boden der "Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern", die auf dem 5. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) verabschiedet worden waren und die vor allem die Umstellung der Parteiorganisationen auf Betriebszellen vorsah. Zur Gewerkschaftslinie heißt es in den "Thesen":
"Die Gewerkschaften bilden in der ganzen kapitalistischen Welt die wichtigste Form der Massen-(Gesamt)-Organisation des Proletariats. Sich dem Glauben hinzugeben, die Kommunisten könnten im Rahmen des Kapitalismus neben den Gewerkschaften irgendeine andere Massenform der Arbeiterorganisation improvisieren heißt, den Boden der Wirklichkeit verlassen." (EKKI-Thesen, 1925,Internationale Bd.6 E,S.20);

Folgerichtig bezeichnete das ZK der deutschen Partei in seinen "Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD" im Jahre 1925 die Gewerkschaftsarbeit als Hauptaufgabe in Zeiten der relativen Stabilisierung. "Die Hauptaufgabe der Partei liegt auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit" (Internationale Bd.6 E,S.25) und führte den Kampf gegen die klassenversöhnlerischen Verräter weiterhin unter der Parole der "Einheit der Gewerkschaftsbewegung" und wandte sich scharf gegen jede parteipolitische Festlegung der Gewerkschaften: *"Die Propaganda des parteipolitischen Charakters der Gewerkschaften, wie sie während einer Reihe von Jahren durch die polnische Partei unter Führung von*

---

formuliert worden ist. Diese Frage kann weder nach dem Rezept des Genossen Losowski noch nach dem Rezept des Genossen Gey behandelt werden. Es ist eine Illusion, daß die Partei imstande sein wird, den Zantralapparat irgendeiner Gewerkschaft in Deutschland zu erobern. Sobald die KPD in irgendeiner Gewerkschaft die Mehrheit für sich gewinnt, wird sie von den Reformisten aufgelöst werden. Sie behalten sich den Apparat, das Geld, die Häuser usw, der KPD wird die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder folgen. Aber das bedeutet noch nicht, daß die KPD nicht die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben für sich erobern kann." (Protokoll,S.809f.)

Diese Aussage gilt für eine vorrevolutionäre Periode. Für eine revolutionäre Periode stellt sich die Frage anders, z.B. stellte sie sich in der russischen Revolution anders; vgl.Piatnitzki auf dem XIII.Plenum des EKKI, Dezember 1933, in: Der Kampf der Gewerkschaften; Das Exekutivkomitee der Komintern zur Gewerkschaftsfrage, München 1971, S.191;193; aus den positiven Erfahrungen der Bolschewiki von 1917 und den negativen der KPD von 1923 schlussfolgerte er, und diese Schlußfolgerung gilt nach unserer Ansicht heute wie 1933: "Die Kommunistischen Parteien müssen unter Berücksichtigung der konkreten Situation in jedem Lande den Kampf für die Eroberung der Arbeiterorganisationen führen, genau so, wie das die Bolschewiki im Jahre 1917 "(taten).(a.a.O.,S.193)

Rosa Luxemburg insbesondere betrieben wurde, war ein großer Fehler, der Zeugnis ablegte für den Mangel jeglichen Verständnisses für die Rolle der Gewerkschaften als einer Organisation zur restlosen Erfassung aller Lohnarbeiter. Dieser Fehler erschwerte und erschwert es der Vorhut ernstlich, den richtigen Weg zur Annäherung an die gesamte Arbeiterklasse zu finden." (EKKI-Thesen, 1925, Internationale Bd.6 E,S. 19).

In Verfolgung dieser Linie gelang es der KPD, die Positionen, die während der Führung durch die Linkssektierer verloren gegangen waren, wieder zurückzuerobern und auszubauen. 1926 waren auch wieder 4/5 der KPD-Mitglieder gewerkschaftlich organisiert und durch den Aufbau von kommunistischen Fraktionen im Zusammenhang mit den Betriebszellen, gelang es nicht nur, diese Fraktionen in betrieblichen, sondern auch in überbetrieblichen Gewerkschaftsebenen zu verankern.

"Gegen Mitte des Jahres 1926 waren etwa 80 % der Parteimitglieder wieder in den Gewerkschaften. In 39 ADGB-Ortsausschüssen hatte die Opposition wieder die Mehrheit, und man kann aufgrund verschiedener Urabstimmungen behaupten, daß im Jahre 1927 wieder etwa ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder zur Opposition stand." (Enderle etc. Das Rote Gewerkschaftsbuch, S.133).

Die nächste Entwicklungsetappe in der Gewerkschaftstaktik der KPD ist bestimmt durch die einsetzende Weltwirtschaftskrise, in der sich die Gewerkschaftsführer als "Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus" (Fritz Tarnow, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes) bemühten.

Derselbe Tarnow hatte sich bereits 1925 auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau folgende bezeichnende Aussage entlocken lassen:
"Jeder von uns weiß, wenn er sich die Entwicklung der letzten Jahre ansieht, daß im Seelenleben der deutschen Arbeiterbewegung etwas gebrochen ist, es ist schon notwendig zu fragen, ob wir nicht in unserer Arbeiterbewegung und ganz besonders in unserer Gewerkschaftsbewegung eine Ideologie hineinbringen könnnen, an die die Massen glauben können, ein Ideal! – die Wirtschaftsdemokratie." ("Die Wirtschaft und die Gewerkschaften, Berlin 1925, zit. n. David, "Der Bankrott...").

Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie weist große Ähnlichkeit auf, mit den heute von der DKP propagierten "linken" Alternativentwürfen zur "paritätischen Mitbestimmung" und hatte im übrigen dieselbe Funktion in der Taktik der Klassenversöhnler wie das "Kampfziel paritätische Mitbestimmung" des heutigen DGB.

"Dieses Konzept ging davon aus, daß im 'organisierten Kapitalismus' den kapitalistischen Steuerungs- und Leitungsorganen die Leitungsorgane der "Arbeitnehmervertretungen" zur Seite gestellt werden müssen, um damit, zusammen mit dem klassenneutralen Staatsapparat die "Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften" zu gewährleisten. Dies wurde als "Demokratisierung der Wirtschaft" ausgegeben und als unmittelbare Vorstufe zum Sozialismus hingestellt." (Kommentar zu W. Bredel, Maschinenfabrik N & K, Oberbaum 1971,S. 143; siehe hierzu auch F.David, Der Bankrott des Reformismus, Berlin 1931, Reprint 1971: Die Wirtschaftsdemokratie, eine Illusion und eine Realität,S.85-108).

Wie sehr das Konzept der Wirtschaftsdemokratie von der Absicht bestimmt war, der "täglichen Kollaboration den Schein 'sozialistischer' Strategie zu geben" (Kommentar N & K,S.143) illustrieren auch die folgenden Zitate, die in vollendeter Zuspitzung die praktischen Konsequenzen jeglichen Klassenversöhnlertums beschreiben:

"Auch die Gewerkschaften sind noch nicht von dem Geist des Sozialismus erfüllt, der für sie und von ihnen gefordert werden muß. Nur möglichst hohe Löhne zu erzielen, ohne sich den ganzen Produktionsprozeß und seinen Zweck klarzumachen, geht nicht an. Möglichst hohe Produktion muß das allgemeine Ziel sein. (. . .) Der sozialistische Produktionsgeist (muß) auch schon in die kapitalistischen Betriebe hineingetragen werden . . . Wir müssen die kapitalistischen Betriebe so behandeln, als wären wir heute schon berufen, sie selber zu leiten . . . Der Sozialismus, nicht nur der kritische, sondern der aufbauende Sozialismus kann uns allein retten." (H.Peus (SPD),Sozialistischer Geist,in: "Sozialistische Monatshefte", Mai 1925)

"Die richtig aufgefaßte Arbeitsfreude ist ein Gefüge von freudigen Gefühlen und Stimmungen, lustvoller Befriedigung triebhafter Strebungen, die man während und zum Teil wegen der Arbeit erlebt . . . Man höre endlich auf, dem Arbeiter einreden zu wollen, daß er keine Arbeitsfreude haben kann. Man bemühe sich lieber nachzuforschen, welche Art von Arbeitsfreude er auch jetzt haben kann und was man tun muß, um sie recht groß zu gestalten. Nach dieser Tat schreitet unsere Zeit. Die Tat ist die planmäßige Arbeitsfreudepolitik . . . An die Seite der Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen, die einst den ausschließlichen Inhalt des gewerkschaftlichen Aufgabengebietes ausmachten, tritt in immer größerem Ausmaße die Beteiligung an der Aufbauarbeit in Wirtschaft und Gesellschaft, bis schließlich der Verteidigungskampf für die Arbeitnehmerinteressen in seiner Bedeutung gegenüber der Aufbauarbeit an einer neuen Wirtschaft und Gesellschaft relativ zurücktreten wird." (Karl Mars in einem Artikel im theoretischen Organ des ADGB "Die Arbeit" über "neue gewerkschaftliche Aufgaben" im Juni 1930, zit. n. David,Der Bankrott...).

Diese Aussagen führender Ideologen des Reformismus stellen keineswegs makabre Auswüchse dar, sondern müssen im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise gesehen werden. In der Zeit zwischen 1929 und 1933 führten diese Aussagen zu Konsequenzen, auf deren Grundlage erst der RGO-Kurs der KPD erklärbar ist.

Seit dem Einsetzen der Krise in Deutschland steigerte sich die Zahl der Arbeitslosen von 14,6 % (1929) auf 44,4 % (1932) und die Zahl der Kurzarbeiter von 7,5 % auf 22,6 %. 1932 sind nur noch 33 % vollbeschäftigt, demgegenüber gibt es 6-7 Millionen Arbeitslose. Auf der Grundlage der gigantisch angewachsenen industriellen Reservearmee erfolgte ein umfassender Angriff auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse. Bereits zwischen 1929 und 1930 fiel das durchschnittliche Wocheneinkommen der Industriearbeiter von 42,20 RM auf 36,95 RM und lag bereits damals um ca. 22 % unter dem Existenzminimum. Die Herabsetzung der Löhne erfolgte zunächst unter den Abbau des übertariflich gezahlten Lohnes, was eine Lohnsenkung um 11 % bedeutete. Daran anschließend erfolgte eine Senkung der Tariflöhne um nochmals durchschnittlich 167 %. Dies alles geschah ohne Widerstand und unter faktischer Billigung durch die Gewerkschaftsspitze, die sich, wie wir gesehen haben, in dieser Zeit Gedanken über "Arbeitsfreude" machte. Durch die Verstärkung der kapitalistischen Rationalisierung wurde die Arbeitshetze für den weiterbeschäftigten Teil der Arbeiterklasse radikal verschärft, was sich u. a. an den steigenden Unfallzahlen ablesen läßt. Ebenso zügig und umfassend wurden die Sozialleistungen abgebaut. So wurde ab 1930 Krankengeld erst ab dem 4.Tag der Arbeitsunfähigkeit bezahlt und für Krankenschein und Rezept je 50 Pf. erhoben. Die Arbeitslosenunterstützung wurde bis 1932 dreimal gekürzt, bis diese schließlich auf weniger als ein Drittel des staatlich errechneten Existenzminimums gesenkt war. Die Zahl derjenigen, die noch nicht einmal Arbeitslosenunterstützung erhielten, sondern sich mit Geldern

der Wohlfahrtsfürsorge durchschlagen mußten, betrug bereits Anfang 1930 680 000. (Zahlen aus J.Kuczynski, Die Lage der Arbeiter ... Bd.5 und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Kapitel IX.)

Die Politik der Gewerkschaftsvorstände bestand in dieser Situation darin, durch Sabotage und Organisierung des Streikbruchs durch Erwerbslose entstehende Streikkämpfe zu verhindern bzw. ihre Ausweitung zu unterbinden. Dabei paktierte sie mehr oder weniger offen mit dem Staatsapparat. Dieser setzte gegen die aufflackernden Massenstreiks das Mittel der staatlichen Zwangsschlichtung ein, die so zur Grundlage des Einsatzes von Polizei, Militär und SA gegen die streikenden Arbeiter gemacht wurde. Obwohl die Zwangsschlichtung einer faktischen Liquidierung der gewerkschaftlichen Tarifautonomie gleichkam, wurde diese von der Gewerkschaftsspitze keineswegs bekämpft, sondern stattdessen gegenüber empörten Gewerkschaftsmitgliedern immer wieder bekräftigt. So sagte Clemens Nörpel in seinem Referat auf dem 14. Gewerkschaftskongreß in Frankfurt/Main im September 1931:
"Die Gewerkschaften haben das Schlichtungswesen stets als eine staatspolitische Aufgabe anerkannt. Jeder Staat müsse, um die Interessen aller Staatsbürger wahrzunehmen, Machtmittel haben, diese Aufgaben durchzuführen. Diese Machtmittel können im allgemeinen polizeilicher oder strafrechtlicher Art sein. Im Bereich des kollektiven Arbeitsrechts sei das dem Sinn des Staates entsprechende Mittel die Schlichtung." (zit.n.David,S.125)

Derselbe Nörpel,Arbeitsrechtler des ADGB, schrieb in der Gewerkschaftszeitung Nr. 57 im Februar 1929:
"Die staatspolitische, von hoher Verantwortung getragene Einstellung, die insbesondere die Gewerkschaftskongresse des ADGB in Breslau 1925 und in Hamburg 1928 bekundet haben, ist die Garantie dafür, daß nicht die Gewerkschaften es sein werden, die die Autorität des Staates untergraben." (a. ,a.O.,S.124)

Diese Politik der Gewerkschaftsführung während der Weimarer Republik führte folgerichtig zur völligen Kapitulation vor dem Faschismus. "In konsequenter Wahrnehmung ihrer 'staatserhaltenden' Funktion, in der Unterstützung der Kapitaloffensive, gehen die Gewerkschaftsführer bis zur Grenze des Möglichen. Nachdem sie den Aufruf der KPD zum Generalstreik gegen den Papen-Putsch in Preußen am 20.Juli 1932 als 'Provokation' zurückgewiesen hatten, begann der am meisten reaktionäre Teil der ADGB-Führung, allen voran Leipart, der Vorsitzende des ADGB, mit den Nationalsozialisten und dem General Schleicher in Geheimverhandlungen über eine Eingliederung der Gewerkschaften in den sich zunehmend faschisierenden Staatsapparat zu treten." (Kommentar,Bredel,N & K.)

Am 21.3.1933 schrieb Leipart schließlich an Hitler:
"Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken. Ihre Aufgabe in dieser Hinsicht kann nur sein, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft in Bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung zuzuleiten, sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen auf diesem Gebiet dienstlich zu sein." (a. a. O.)

Die ab 1928 zu beobachtende Konsolidierung der rechten Fraktion in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und die Folgen der ab 1929 in Deutschland einsetzenden Krise verlangten von der KPD eine Ergänzung ihrer Gewerkschaftstaktik. Angesichts der Unternehmeroffensive und der Stillhalte- und Sabotagepolitik der ADGB-Spitze galt es, Anstrengungen zu unternehmen, um die weitere Verelendung der Massen zu stoppen und die Arbeiterklasse gegen den Faschismus zusammenzuschließen. Aus diesen Gründen wurde die richtige Taktik des "selbständigen Führens von Wirtschaftskämpfen" entwickelt.

Thälmann erklärte auf dem 10. Plenum des EKKI:
"Aus unserer Einschätzung der jüngsten Entwicklung ergibt sich auch die neue Taktik der Kommunistischen Internationale und der RGI. Wir haben bereits auf dem IX. Plenum eine Wendung vollzogen. Wir haben auf dem IV.RGI-Kongreß aufgrund der Ereignisse in der ganzen Welt eine neue Streikstrategie, neue Organisationsformen, neue Kampfmethoden herausgearbeitet. Der VI.Weltkongreß (der Komintern,der Verf.) hat diese Wendung in ihrer ganzen prinzipiellen Größe, in ihrer vollen Tragweite zur Durchführung gebracht."
("Wirtschaftskämpfe, Taktik und Aufgaben" aus:Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Reprint 1972 Hamburg (Roter Morgen)).

Die objektive Situation, in der diese neue Taktik zur Anwendung kam, wurde von Thälmann folgendermaßen beschrieben:
"Aber das Neue in der gegenwärtigen Situation ist nicht die Kapitaloffensive, sondern die Art und Weise, wie das Proletariat auf diese Offensive antwortet. Nehmen wir Deutschland seit dem Jahr 1924. Während der ersten Rationalisierungswelle führte die Bourgeoisie verschiedene Methoden der kapitalistischen Rationalisierung auf dem sozialen und technischen Gebiete durch. Der Raub des Achtstundentages, die ungeheure Verschlechterung der Lebensbedingungen und die ungeheure Steigerung des Ausbeutungsgrades der Arbeiter usw. ist uns allen bekannt. Trotz dieser Entwicklung ist die große technische Umwälzung im Produktionsprozeß mit allen ihren ungeheuren Ausbeutungsmethoden der Arbeiter vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928 von keinen Massen umfassender Wirtschaftskämpfe erfüllt gewesen. Die kleinen Kämpfe, die ausbrachen, trugen auf seiten des Proletariats in den meisten Fällen einen defensiven Charakter. Die Massen begegneten der Offensive des Kapitals nicht mit der Gegenoffensive zur Bekämpfung der kapitalistischen Rationalisierung.
Im Jahre 1928 sahen wir dagegen nicht nur in Deutschland, sondern auch in verschiedenen anderen Ländern den revolutionären Umschwung. So z. B. die große Ruhraussperrung, in der Stahlindustrie in Deutschland, wo Hunderttausende von Arbeitern das erste Mal seit Jahren gegen die Aussperrungsmethoden des Unternehmertums den Kampf aktiv aufnahmen, und was das wichtigste ist, das erste Mal die Schranken des Gewerkschaftslegalismus durchbrachen ..." (a.a.O.,S.185/86)

Gleichzeitig mit der so analysierten Entwicklung erfolgte die Aufgabe des taktischen Konzepts, wonach über die Isolierung des rechten Flügels der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eine Vereinigung von RGI und linkem Flügel der Amsterdamer zur Schaffung einer internationalen revolutionären Einheitsgewerkschaft führen sollte. So heißt es bei Thälmann 1928:
"Wir sehen in der letzten Zeit an verschiedenen Beispielen, daß die reformistischen Gewerkschaften auf die Durchführung von Lohnkämpfen verzichten. Wir kennen die allgemein bekannte Methode der Arbeitsgemeinschaft und des Wirtschaftsfriedens (...). Hier sehen wir ganz klar die Tendenz und die Praxis einer durchgehenden Verständigung des Unternehmertums mit den Gewerkschaften auf der Grundlage einer gegen das revolutionäre Proletariat gerichteten Front. Ausgehend von der Theorie des organisierten Kapitalismus und des Wirtschaftsfriedens entwickeln die Amsterdamer Gewerkschaften die Grundlinie ihrer **allgemeinen konterrevolutionären Praxis.**"(a.a.O.,S.187)

Im Rahmen der neuen Taktik des selbständigen Führens von Wirtschaftskämpfen wurde den "roten Betriebsräten" große Bedeutung beigemessen. So heißt es bei Thälmann:

"In den Januarbeschlüssen der Komintern von 1929 wurden die Fragen unserer Taktik bei den Betriebsrätewahlen viel schärfer gestellt, der Betriebsrat wurde als Organ der Kampfführung, der revolutionären Politik betrachtet." (a.a.O.,S.225) Aus diesem Grund hatte die KPD bereits 1928 in einer Reihe von ausgewählten Großbetrieben eigene rote Listen aufgestellt, wohingegen die Kommunisten bisher auf den Einheitslisten des ADGB kandidiert hatten. Das hatte zur Folge, daß die Gewerkschaftsbürokratie verstärkt dazu überging, kommunistische Kader aus den Gewerkschaften auszuschliessen.

"Wir müssen uns ohne Illusionen darüber klar sein, daß jeder neue Klassenkampf ,jede selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe große Opfer erfordern. Wir haben in Deutschland seit der Durchführung unserer neuen Taktik bei den Wirtschaftskämpfen und den Betriebsratswahlen etwa 1500 - 1700 Einzelausschlüsse. Aber außerdem sind große Abspaltungen von Zahlstellen zu verzeichnen, z. B. im Bergarbeiterverband, wo bereits ganze Zahlstellen ausgeschlossen wurden, oder im Metallarbeiterverband Berlin, wo der Ausschluß der Rohrleger vollzogen ist und wo die Frage des Ausschlusses der Schlosser und Dreher ganz offen gestellt wurde.
Bedeutet das, wenn von seiten der Reformisten solche Absplitterungen durchgeführt werden, daß wir unsere grundlegende, revolutionäre Taktik im allgemeinen ändern müssen? Keineswegs. Wir führen die ausgeschlossenen Zahlstellen weiter, erheben von den Mitgliedern Beiträge durch unsere Zahlstellen und Branchenleitungen, führen einen energischen Kampf auf konzentrierter Grundlage um die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen in den Verband." (a.a.O.,S.199/200)

Die Auseinandersetzung mit den "Rechten"

Im Laufe dieses deutlichen Kurswechsels kam es im Rahmen der Komintern zu Auseinandersetzungen mit den sogenannten Rechten und Versöhnlern. Diese wandten sich gegen die Taktik des "selbständigen Führens von Wirtschaftskämpfen" und beharrten auch in der neuen Situation auf der alten Taktik der Einheistfront von oben mit dem linken Flügel der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Diese Fraktion, in Deutschland repräsentiert durch Walcher und Enderle, die übrigens beide in der Gewerkschaftsabteilung des ZK arbeiteten, leugnete die grundsätzliche Veränderung der Bedingungen, wie sie durch die Rechtsentwicklung des ADGB und die einsetzende Krise gegeben war. Die Tatsache, daß die Periode der relativen Stabilisierung zuende war und die Kapitalisten begannen, im Bündnis mit den reformistischen Gewerkschaftsspitzen umfassende Angriffe auf die Arbeiterklasse zu starten, wurde von den "Rechten" nicht berücksichtigt, was in ihrer Politik objektiv zum Rechtsopportunismus führte. Den Rechten wurde von Thälmann auf dem X.EKKI-Plenum zurecht entgegengehalten:
"Natürlich ist unser Kampf um die Einheit der Gewerkschaften nicht ein Kampf, wie ihn sich die Rechten und Versöhnler vorstellen, ein Kampf für die 'Einheit um jeden Preis', sondern er ist ein Kampf um die revolutionäre Klassenlinie, für die Schaffung der revolutionären Einheit gegen die sozialfaschistischen Zersplitterer und Spalter der Gewerkschaften." (a.a.O.,S.199)
Im Zusammenhang mit der Opposition der "Rechten" gegen das Aufstellen von eigenen roten Listen zu den Betriebsratswahlen sagte Thälmann:
"Diese Entwicklung verstanden gewisse Teile unserer Partei nicht genügend. Verschiedene Genossen wollten lieber einen Kuhhandel eingehen, um eine Anzahl oppositioneller Delegierter auf eine einheitliche Betriebsratsliste zu bekommen, als eigene Listen aufstellen. Diese Politik hätte den Verzicht auf die revolutionäre Massenarbeit und auf den prinzipiellen Kampf gegen den Reformismus bedeutet." (a.a.O.,S.225)

Die Rechten und ein Teil der Versöhnler wurden nach dem VI.Weltkongreß ausgeschlossen. In Deutschland kam es darauf zur Gründung der KPD-Opposition, deren Führer Walcher und Enderle waren.

Bis dahin ist die Politik der KPD und der Komintern durchaus als korrekt zu bezeichnen. Es wäre falsch, aufgrund der späteren unheilvollen Entwicklung der RGO zu schließen, daß bereits die Taktik des selbständigen Führens von Wirtschaftskämpfen falsch war oder notwendig zu einer Gründung von "Roten Verbänden" und der damit verbundenen sträflichen Vernachlässigung der Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften hätte führen müssen. Solche Schlüsse aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zu ziehen, hiesse sich auf die Positionen der rechtsopportunistischen KPD-Opposition zu stellen.

Die neue Taktik des selbständigen Führens von Wirtschaftskämpfen basierte auf der Einsicht in die Notwendigkeit des Kampfes gegen die drohende Verelendung und einer Einschätzung der Rechtsentwicklung der Führung der Amsterdamer Gewerkschaften. Natürlich werden sich die Kommunisten in keiner Situation bei der Initiierung von Streiks von der klassenversöhnlerischen Gewerkschaftsspitze abhängig machen. Stattdessen werden sie die Frage nach der Notwendigkeit von wirtschaftlichen Kämpfen auf der Grundlage der Notwendigkeit des Kampfes um die Erhaltung des Werts der Ware Arbeitskraft und unter Berücksichtigung der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse sowie der Kräfteverhältnisse zwischen dieser und dem Klassenfeind entscheiden. Klar dabei ist, daß die Klassenversöhnler immer wieder versuchen werden, Kommunisten und andere klassenbewußte Arbeiter aus den Gewerkschaften auszuschließen.

Die Frage, ob es den Gewerkschaftsbonzen gelingt, die Kommunisten auf breiter Front aus den Gewerkschaften herauszuwerfen entscheidet sich daran, inwieweit es diese geschafft haben, durch Verankerung in den Betrieben und systematische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften die Arbeiterklasse für ihre Politik zu gewinnen.

Die selbständige Führung von Wirtschaftskämpfen war also keineswegs ein Fehler der KPD, noch stellen die Ausschlüsse von Kommunisten ein Indiz für einen solchen Fehler dar. Allerdings gab es schon damals politische Fehleinschätzungen der Komintern und der KPD, die sich auch auf die Gewerkschaftslinie auswirkten. Dies waren:
1.Die Einschätzung, bei den Abwehrkämpfen der Arbeiterklasse gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise handele es sich um eine Offensive der Arbeiterklasse.
"Diese wenigen Tatsachen kennzeichnen bereits den Übergang der Arbeiterschaft von der Defensive zum Gegenangriff und zur Offensive gegen das Unternehmertum." (Thälmann,a.a.O.,S.186)
Dazu kam später noch die Vorstellung, bei der Weltwirtschaftskrise handle es sich um die letzte und unentrinnbare Krise des Kapitalismus. (Diese Meinung wird z. B. von F. David in: Der Bankrott des Reformismus, vertreten.) Dies führte dazu, daß die Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse als unmittelbare Vorgefechte der proletarischen Revolution verstanden wurden.
"Wir können sagen, daß vom revolutionären Gesichtspunkt aus die jetzigen Wirtschaftskämpfe die Vorgefechte des großen Entscheidungskampfes sind." (Thälmann, a.a.O.,S.187)
2.Die Rechtsentwicklung der Gewerkschaften wurde als "Faschisierung" verstanden.
"Das beste Beispiel für die Faschisierung der Gewerkschaften bilden die deutschen Gewerkschaften. Die Bourgeoisie kann die Kapitaloffensive nur erfolgreich durchführen, wenn sie zu einer scharfen Wendung, zur Faschisierung ihrer Herrschaftsmethoden mit Hilfe der Sozialdemokratie über-

geht. In dem Maße, wie die Mittel der bürgerlichen Demokratie zur Unterdrückung und Ausbeutung nicht mehr ausreichen, in dem Maße, wie sich die diktatorischen und sozialfaschistischen Methoden der Bourgeoisie verschärfen, in demselben Maße wird sich auch zur gleichen Zeit der Prozeß der Beseitigung der Organisationsdemokratie in der Gewerkschaftsbewegung vollziehen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird zu einer größeren Aggressivität gegen die revolutionäre Front und zur verstärkten Faschisierung der Gewerkschaften im allgemeinen schreiten." (Thälmann, a.a.O.,S.195)

Der Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie wurde mit der Faschisierung der Gewerkschaften gleichgesetzt. Dieser Einschätzung liegen genau dieselben Irrtümer zugrunde, die auch zu der Einschätzung der Sozialdemokratie als "nur eine Strömung in der faschistischen Front" (Reimann, Tschechoslowakei, ebenfalls auf dem 10. Plenum des EKKI) geführt hatte.

Auf diese Fehleinschätzungen der Komintern wird später noch einzugehen sein, nämlich bei der Behandlung der Analyse der Geschichte durch diejenigen Organisationen, die am RGO-Kurs anzuknüpfen versuchen.

Dagegen ist es von äußerster Wichtigkeit, an der prinzipiellen Richtigkeit einer Taktik des selbständigen Führens von Wirtschaftskämpfen festzuhalten. Es wäre völlig falsch davon auszugehen, daß diese Taktik und damit verbundene Ausschlüsse aus den Gewerkschaften automatisch zur Gründung "Roter Verbände" führen müßte. Interessanterweise wird dieser Trugschluß sowohl von rechten Gruppierungen, wie dem "Sozialistischen Büro Offenbach" und den Sozialistischen Arbeiter-Gruppen (SAG) vertreten, als auch von den verschiedenen "Kommunistischen Parteien" der BRD, die damit ihr "Festhalten am grundsätzlich Richtigen des nach 1928 eingeschlagenen Kurses" zu begründen versuchen.

In Wahrheit verhielt es sich mit der Gewerkschaftslinie der KPD anders.
Was es praktisch heißt. selbständig Wirtschaftskämpfe zu führen, war von Thälmann so formuliert worden: *"Denn unsere neue Strategie, die man als einen Fortschritt auf dem Wege der Bolschewisierung bezeichnen kann, bedeutet nicht nur, daß wir den politischen Kurs ändern,* **sondern, daß wir mit dem politischen Kurs zu gleicher Zeit auch unsere gesamte Organisationsarbeit in den verschiedenen Kämpfen entsprechend der jeweiligen Situation ändern.** *Die führende Rolle der Kommunistischen Partei kommt darin zum Ausdruck, daß sie die Massen mobilisiert und sich bei der Vorbereitung und im Kampfe an die Spitze der Massen stellt. So haben wir heute, in der dritten Periode ganz neue Kampfformen. Wir haben Einheitsfrontorgane, Streikleitungen, Kampfleitungen, Maikomitees, Delegiertenkörper, Antikriegskomitees, Selbstschutzorgane usw. gebildet. Das ist nicht nur eine Erscheinung, die auf einzelne Länder zutrifft, sondern die einen internationalen Charakter trägt und tragen muß. (. . .)*
Wir haben wichtige Aufgaben auf diesem Gebiet. Ein vorbereitender Ausschuß in einem Betrieb muß z. B. die Initiative für die Vorbereitung und Durchführung eines Kampfes ergreifen. Er muß die Großbetriebe eines Industriezweiges zusammenfassen, er muß die Arbeiter des ganzen Industriezweiges gegen die Maßnahmen der Unternehmer mobilisieren. Wenn wir z. B. in fünf bis sechs Betrieben, wo wir stark sind, die Massen in den Kampf bringen, ist dies mitunter ein Ansporn für die Auslösung von Kämpfen in anderen Betrieben. In Deutschland können z. B. Kämpfe für zwischentarifliche Lohnerhöhungen auf diese Weise ausgelöst werden. Wir müssen, besonders in allen Groß- und Mittelbetrieben, aktive Betriebszellen, gut funktionierende Betriebszellen haben, die nicht nur die Aufgabe haben, die Lohnkämpfe vorzubereiten, sondern auch die Pflicht in das tägliche Leben des Betriebs alle politischen Fragen hineinzutragen."(a.a.O.,S.220)

'Als organisatorische Bindemittel und als bestimmte ständige Organisationen sind zu betrachten: Die roten Betriebsräte, der revolutionäre Vertrauensleutekörper oder, wie man in einigen anderen Ländern sagt, die Betriebsdelegiertenkörper und die Selbstschutzorgane, die auch einen ständigen Charakter annehmen können, und selbstverständlich unsere Zellen in den Betrieben, die als ständige Organe des politischen Zentrums, als Kontrollorgane der Partei in den Betrieben über die Durchführung der Politik zu wachen haben. Zur selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe ist **nicht nur die stärkere organisatorische und politische Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der roten Gewerkschaften notwendig,** *sondern es ist auch notwendig, daß wir der Streikbruchpolitik des reformistischen Apparats neue revolutionäre Massenorgane entgegenstellen, daß wir ferner gewisse Kampfffondsammlungen einleiten, um in äußersten Notfällen die kämpfenden Schichten des Proletariats durch die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse unterstützen zu können. (. . .) Die Entwicklung in der Zukunft wird die Kommunistische Partei und die aevolutionäre Gewerkschaftsbewegung zwingen, die Frage der größeren Streikkämpfe unabhängig von der kassenmässigen Unterstützung durch die reformistischen Gewerkschaften zu stellen, sie unabhängig zu machen von der absoluten Sicherung dieser finanziellen Seite."* (Thälmann,a.a.O.,S.221)

Bei allen diesen Aussagen, die durchaus im Rahmen des richtigen Konzepts des Führens von Wirtschaftskämpfen auch gegen die Gewerkschaftsspitze liegen, sind mit dem Begriff "revolutionäre Gewerkschaftsopposition" immer noch die kommunistischen Fraktionen der Betriebszellen und ihre Sympathisanten gemeint. Die selbständige Gründung Roter Verbände durch die einzelnen Sektionen wurde abgelehnt: *"Ich betone erneut aufs schärfste, daß sich unsere revolutionäre Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften in den Ländern mit "einheitlichen" reformistischen Gewerkschaften nicht geändert hat. Ich sage ferner, daß die Bildung und Organisierung neuer, revolutionärer Gewerkschaften in Deutschland heute nicht auf der Tagesordnung steht."* (Thälmann,a.a.O.,S.200)

"Die Zahl der einzeln Ausgeschlossenen schätzen wir jetzt ungefähr auf 1700 Genossen und sympathisierende Arbeiter. Diese Zahl wird sich in nächster Zeit noch um Hunderte erhöhen. Es sind die besten Kräfte, die in den Wirtschaftskämpfen, bei den Betriebsrätewahlen und auf allen Gebieten des proletarischen Kampfes mit uns gemeinsam ihren Mann stehen. Daß bei diesen revolutionären Klassenkämpfern das Bedürfnis vorhanden ist – insbesondere bei denjenigen, cie jahrzehntelang organisiert waren – ,ihre Organisationszugehörigkeit auf einer anderen Basis beizubehalten, ist ganz selbstverständlich. **Aber diese Stimmungen dürfen jetzt bei unserer Politik nicht ausschlaggebend sein.** *In dem Moment, wo wir von den Ausgeschlossenen Sonderbeiträge erheben und für sie Mitgliedskarten ausstellen, wo wir dazu schreiten, diese Ausgeschlossenen in neuen Organisationen zusammenzufassen oder vielleicht als Sektion einer anderen Massenorganisation anzugliedern, werden andere gute revolutionäre Klassenkämpfer auch zu ihren Klassenbrüdern kommen. Sie werden die reformistischen Gewerkschaften verlassen und auf die Tätigkeit in diesen reformistischen Gewerkschaften pfeifen.* **Dann werden unvermeidlich neue Organisationen entstehen, Aber diese Stimmungen dürfen jetzt bei unserer Politik nicht ausschlaggebend sein."** (Thälmann,a.a.O., S.202/203)

Mit diesen Worten dürfte Thälmann genau das ausgesprochen haben, was sich später real durchsetzte und ein wichtiges Moment dafür bildet, daß es der KPD trotz aller Be-

teuerungen nicht mehr gelungen ist, die Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften systematisch durchzuführen.

So kam es, daß beim Gründungskongreß der RGO in Deutschland Ende 1929 von Paul Merker, dem damaligen Vorsitzenden der Gewerkschaftsabteilung des ZK ausdrücklich betont wurde, daß die Gründung der RGO in Deutschland nicht auf die Gründung neuer Gewerkschaften hinauslaufen sollte. In der RGO sollten nur die aus den ADGB-Gewerkschaften Ausgeschlossenen und die Erwerbslosen, die vom ADGB nicht aufgenommen wurden, organisiert werden. Aufgabe der RGO sollte es darüber hinaus sein, die oppositionelle Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften anzuleiten.
Die Zwiespältigkeit dieser Lösung liegt in folgendem:
1.Das Verhältnis von Aufgaben der KPD in der Anleitung der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und Anleitungsaufgaben der RGO wurde nicht geklärt. Zwar hatte Thälmann andeutungsweise eine Gewichtung vorgenommen ("Wir haben in den Betrieben erstens die Betriebszellen, zweitens die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und drittens die Betriebsräte . . .",a.a.O.,S.247), aber trotzdem wurde nicht klar gestellt, in welchem Verhältnis die Arbeit der kommunistischen Fraktion der Betriebszellen gegenüber der Arbeit der RGO in den reformistischen Gewerkschaften stehen sollte.
2.Darüber hinaus wurde das Verhältnis von Fraktionsarbeit im ADGB und Tätigkeit der RGO für den gewerkschaftlichen Kampf der deutschen Arbeiterklasse insgesamt nie geklärt.
Eine äußerst widersprüchliche Aussage findet sich in Thälmanns Referat auf der 10.EKKI-Sitzung:
"Heute propagieren wir nicht mehr den unterschiedslosen Eintritt aller Arbeiter in die reformistischen Gewerkschaften, sondern nur den Eintritt der klassenbewußten revolutionären Arbeiter zur Stärkung der revolutionären Opposition. Diese Aufgabe ist keine leichte, sie ist ungeheuer schwierig. Unsere Aufgabe ist es, die Massen zum revolutionären Kampf zu erziehen, im Kampfe die Massen zu organisieren gegen den Widerstand der sozialfaschistischen Bürokratie, die verhindern will, daß die rebellierenden Massen zu den Gewerkschaften kommen. Erst im Kampfe für die Klasseninteressen, für die revolutionären Ziele gegen die Politik der Sozialfaschisten und Streikbrecher werden die unorganisierten Massen zur Überzeugung von der Notwendigkeit des Eintritts in die Gewerkschaften kommen." (a.a.O.,S.233)

Wollte man diesen Aussagen folgen, so hiesse das praktisch, daß die Organisierung in der RGO praktisch die Vorform sein sollte, welche eine Mitgliedschaft im ADGB erst vorbereiten und damit ermöglichen sollte. Eine ziemlich aberwitzige Vorstellung!
Nach dem 5. RGI-Kongreß 1930 ließ man den Versuch einer Klärung des Verhältnisses wahrscheinlich ganz sein, denn in den Thesen zum Referat Losowskys, des Generalsekretärs der RGI, hieß es wörtlich:
"Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole:'Hinein in die reformistischen Gewerkschaften', wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf die Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austritts der Anhänger der RGO aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist."

3.Ein weiterer Mangel lag darin, daß nie definitiv klargestellt wurde, was nach Meinung der Komintern und der RGI die Voraussetzungen für die Gründung "Roter Gewerkschaften" seien und was nicht. Alle entsprechenden Aussagen bleiben äußerst allgemein, so daß dem Linksopportunismus in dieser Frage Tür und Tor geöffnet wurde. Ein Beispiel für eine solche "allgemeine" Festlegung ist in den Thesen zu den Referaten von Thälmann und Losowsky vom 10. Plenum des EKKI gegeben:
"Die Bildung neuer Gewerkschaften ist nur möglich bei einem **Aufschwung** der Streikwelle, nur dort, wo der politische Kampf **eine starke Zuspitzung** erfahren hat, wo **bedeutende Massen** des Proletariats das sozialimperialistische Wesen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie bereits begriffen haben und wo diese Massen die Bildung einer neuen Gewerkschaft **aktiv unterstützen.** Aber selbst wenn alle diese Bedingungen gegeben sind, darf die Bildung neuer Gewerkschaften in Ländern, wo es keine selbständige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung gab (z. B.Deutschland) nur **von Fall zu Fall** erfolgen, **unter Berücksichtigung der gesamten objektiven Situation.**

Die organisatorische und politische Entwicklung der RGO

Zwischen 1929 und 1932 lag die höchste Mitgliederzahl der RGO nach eigenen Angaben zwischen 300 - 350 000, davon waren 200 000 Mitglieder der KPD. Demgegenüber hatte der ADGB 5 Millionen Mitglieder, davon etwa 4,2 Millionen Parteilose. Insgesamt hat der ADGB in dieser Zeit erheblich an Mitgliedern eingebüßt. Dies lag zum einen an dem von seiner Führung verfolgten Kurs des Wirtschaftsfriedens, der viele Kollegen dazu bewog, ihr Mitgliedsbuch hinzuschmeissen, zum anderen an den steigenden Erwerbslosenzahlen. Die Erwerbslosen wurden vom ADGB nicht weiter organisiert.
"Die Bauarbeiter-Internationale der Reformisten verlor im Jahre 1931 allein 71 846 Mitglieder. Der ADGB verlor im Jahre 1931 581 667 Mitglieder. Der deutsche Metallarbeiterverband weist 1931 einen Mitgliederrückgang von 113 713 (12,1 % der gesamten Mitgliedschaft), der Bergarbeiterverband 14 %, der Landarbeiterverband 20,7 %, der Baugewerkschaftsbund verlor 17,3 %, der Eisenbahnerverband 15,3 %, der Verband der Maschinisten und Heizer 24,7 % seiner Mitglieder." (Kommentar,Bredel, a.a.O.,S.156)

Im Rahmen des Konzeptes der RGO hätte es eigentlich so sein müssen, daß sowohl die aus Empörung über das Klassenversöhnlertum freiwillig Ausgetretenen, als auch die vom ADGB nicht mehr organisierten Erwerbslosen von der RGO erfaßt werden. Die RGO-Mitgliederzahl von 350 000 beweist, daß davon keine Rede sein konnte.

Im Frühjahr 1929 führte die RGO in der Berliner Metallindustrie eine Anzahl von Streiks durch, die allesamt mit Niederlagen endeten, so bei Terna, Fermasit, Lorenz und Loewe. In der Folge der nach kurzer Zeit wieder abgebrochenen Streiks gewannen die Sozialdemokraten und sogar die NSBO (Nationalsozialistische Betriebs-Organisation) in diesen Betrieben an Boden. Anfänglich gute Positionen der RGO wurden 1931 durch mangelhaft vorbereitete Streiks zunichte gemacht, so bei der Berliner Verkehrsgesellschaft, bei Opel, bei Ullstein und im Leuna-Werk.
An dieser Entwicklung war allerdings nicht nur die mangelnde Vorbereitung und organisatorische Schwäche der RGO schuld, sondern es gab auch ideologische Unklarheiten über die Frage, ob ökonomische oder politische Forderungen in diesen Teilstreiks an erster Stelle stehen sollten. Über diese Frage wurde ziemlich ausgiebige und kontrovers in der Zeitung der RGO, "Betrieb und Gewerkschaft", diskutiert. Dabei spielte die Position eine große Rolle, die besagte, Teilstreiks seien völlig nutzlos gegen den Lohnraub, man müsse diesen auf der Grundlage der geschaffenen Einheitsfront der Arbeiter mit dem Mittel des Generalstreiks bekämpfen und solle die betrieblichen Streiks deswegen von vornherein unter politische Losungen stellen. Die mangelnde Klarheit darüber, wie denn nun das Verhältnis von betrieblichen Teilkämpfen zum Generalstreik sei, führte dazu, daß es nicht gelang, punktuelle Streiks auszuweiten, weil ein Betrieb auf den anderen wartete. Zugleich isolierte sich

die RGO, indem sie von der Anlage ökonomische Streiks einfach durch Aufstellung politischer Forderungen zu politischen Streiks gegen das Notverordnungsregime zu machen suchte. Statt daß man aufgrund dieser Mißerfolge den RGO-Kurs auf seine Richtigkeit überprüft und **in der Praxis** entscheidende Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Fraktionsarbeit in den ADGB-Gewerkschaften auf der Grundlage stabilisierter Betriebszellen ergriffen hätte, ging man in der Folgezeit noch einen Schritt weiter. Schon auf dem V.Kongreß der RGI war die Streichung der Parole "Hinein in die reformistischen Gewerkschaften" für Deutschland und Polen beschlossen worden. Folgerichtig hieß es dann in der "Roten Fahne": daß, "die revolutionären Gewerkschafter in Deutschland den Kurs nehmen müssen, auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung." (RF,11.9.1930)

Thälmann erklärte im Gegensatz zu seinen Aussagen vom 10.EKKI-Plenum 1929 jetzt auf einmal," daß (die Einführung von Mitgliedsbüchern der RGO) der letzte und entscheidende Schritt beim Aufbau neuer Gewerkschaften und damit zur generellen Spaltung der deutschen Gewerkschaften ist." (zit.n. "Das Rote Gewerkschaftsbuch", S.138)

Die endgültige Schaffung "Roter Verbände"

Der erste "Rote Verband" ist in der Folge des Berliner Metallarbeiterstreiks von 1930 entstanden. In diesem Streik hatten unter Führung der RGO etwa 130 000 Arbeiter gegen eine geplante 15 % Lohnsenkung gestreikt, die dann durch die Hilfsdienste der Führung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) von den Kapitalisten trotz des Streiks durchgesetzt wurde. Darauf wurde der "Einheitsverband für Metallarbeiter Berlins" (EVfMB) gegründet, der von den 130 000 Streikenden allerdings nur 15 000 umfaßte. Nichtsdestoweniger schrieb ein führender Funktionär der RGO in der "Welt am Abend":
"Es wächst ein Roter Metallarbeiterverband aus dem Boden, der, wenn das Tempo so anhält, möglicherweise bald stärker sein wird als der DMV." (Welt am Abend, 27.10.1930,zit.n. Das Rote Gewerkschaftsbuch,S.138)
Auf dem 2. Reichskongreß der RGO im November 1930 wurde folgende euphorische Aussage gemacht:
"Die Schaffung des roten Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im Feuer des Massenstreiks und bei Zustrom großer Massen zur RGO, die den Verrat der reformistischen Bürokratie erkannten und mit großer Begeisterung die Gründung des roten Verbandes unterstützten, zeigt der deutschen Arbeiterklasse die Linie der weiteren Entwicklung der RGO und den Weg zur Schaffung der roten Industrieverbände."
Die Rote Fahne schrieb sogar am 6.Juni 1931:
"Die im DMV organisierten Kollegen müssen erkennen, daß sie von dieser Organisation nichts mehr zu erwarten haben. Sie müssen jetzt endlich begreifen, daß, solange sie diese gelbe Organisation unterstützen, eine Verbesserung ihrer Lebenslage nicht möglich ist . . . Darum gilt die Losung: Heraus aus dem DMV, Massenübertritt in den EVfMB."

Tatsächlich gewann der Rote Metallarbeiter-Verband nie einen nennenswerten Einfluß und war beim Streik der 22 000 BVG-Arbeiter 1932 so isoliert, daß es in den Berliner Metallbetrieben nirgends zu Solidaritätsmaßnahmen mit dem BVG-Streik kam. Auch der BVG-Streik scheiterte, weil es nicht gelang, die Bewegung auszuweiten. Trotz der immer wieder abgegebenen verbalen Hinweise auf die Notwendigkeit der gleichzeitigen Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften, näherte sich der Einfluß der Kommunisten im Deutschen Metallarbeiter-Verband dem absoluten Nullpunkt. Schon 1930, auf dem Verbandstag des DMV war unter den Delegierten kein einziger Kommunist mehr, das gleiche Bild bot sich auf dem ebenfalls 1930 stattfindenden Kongreß des ADGB. Zwischen 1931 und 1932 sank die Zahl der von der RGO gehaltenen Betriebsratssitze von 5,1 % auf 2,6 %. Weitere Beispiele der Isolierung schildert die rechtsopportunistische KPD-Opposition:
"Es gab bis zum Frühjahr 1929 keine gewerkschaftliche Organisation, die so fest und geschlossen unter kommunistischer Führung stand, wie die 4 000 Mitglieder zählende DMV-Rohrleger-Branche. Alle Versuche der DMV-Bürokratie, den geschickten kommunistischen Branchenführer Niederkirchner auszuschalten, hatte erst dann Erfolg, als Niederkirchner 1929 anfing, die RGO-Linie zu befolgen. Nun dauerte es nicht lange, bis die Ortsverwaltung einen Vorwand zum Ausschluß Niederkirchners gefunden hatte. Die Folge war die Gründung eines Roten Rohrleger-Verbandes. Als dann die DMV-Bürokratie mit Hilfe ihrer jetzt ganz unter reformistischer Führung stehenden Branche einen neuen Tarifvertrag abschloß, erkannte der "Rote Verband" diesen Tarif nicht an und proklamierte bei außerordentlich günstiger Konjunktur den Streik. Wenn irgendwo – nach der Theorie der RGO – Erfolgsmöglichkeiten für einen Streik gegeben waren, so war es hier der Fall. Es war eine Rote Gewerkschaft da, an der Spitze stand ein populärer Führer, gesammelt wurden über 60 000 Mark, die ganze KPD und IAH (Internationale Arbeiter-Hilfe) stand hinter der Bewegung, die Konjunktur war, wie gesagt, günstig, und trotzdem – eine vernichtende Niederlage. Noch katastrophaler waren auch hier wieder die Folgen. **Die nun ganz unter reformistischer Führung stehende DMV-Rohrlegerbranche hatte bald ebensoviel Mitglieder wie vor der Spaltung.**

Vor der Kriegszeit bis 1929 stand die Berliner Dreher-Branche ständig unter revolutionärer Führung, 1929 wurde die Spaltung der aus Kommunisten bestehenden Branchenleitung provoziert in der Absicht, zusammen mit der Rohrlegerbranche die Grundlage zu einem Roten Metallarbeiterverband zu schaffen. Das Ergebnis war, **daß von der 6 000 Mitglieder zählenden Dreher-Branche etwa 300 die Spaltung mitmachten.**"(Das Rote Gewerkschaftsbuch,S.140/141)

Wenn diese Aussagen der KPD-Opposition auch im Zusammenhang des "Roten Gewerkschaftsbuches" von der deutlichen Absicht diktiert sind, ihren eigenen Gewerkschaftslegalismus ("Wenn die RGO ihre Mitglieder verpflichtet, auf die Statuten und Beschlüsse der Gewerkschaften zu pfeifen, so macht sie ihnen auch dadurch ein erfolgreiches Wirken in den Gewerkschaften unmöglich",a.a.O.,S.136) zu rechtfertigen, so sind die angegebenen Fakten doch wichtig, um zu klaren Aussagen über die Gewerkschaftslinie der KPD zwischen 1928 und 1932 zu kommen. In diesem Zusammenhang sei hier nur noch wiedergegeben, welche Einschätzung der RGO-Strategie die SPD hatte. Im Zusammenhang mit dem Gründungskongreß der RGO im Dezember 1929 schreibt der "Vorwärts":
"Die Linie, die zur Säuberung der Gewerkschaften von kommunistischen Parolenschmieden führt, wird streng eingehalten. Das ist alles, was wir wünschen können." (Vorwärts,5.1.1930)
Man sieht schon aus diesem Abriß der Entwicklung der Gewerkschaftslinie der KPD zwischen 1928 und 1932, daß eine ziemliche Unverfrorenheit nötig ist, um zu Aussagen zu kommen wie:
"Es gilt, am grundsätzlich richtigen des nach 1928 eingeschlagenen Kurses festzuhalten!" (Rote Fahne Nr. 34, 14.Januar 1972)

Wollte die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) mit dieser Feststellung nur darauf hinweisen, daß die Kommunisten in der Frage betrieblicher Kämpfe sich nicht von den Klassenversöhnlern in den Gewerkschaftsspitzen abhängig machen dürfen und die Arbeiterklasse auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführer in den Kampf treten muß, dann wäre ihre Aussage zwar banal, aber immerhin richtig. Aber offen-

sichtlich steckt doch hinter dem "Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition" mehr als das. Dies zeigt sich z. B. daran, daß von dieser Organisation sogenannte "Nationale Konferenzen **der** oppositionellen Gewerkschaftler" abgehalten wurden, die faktisch den Charakter von Beratungen der in den Gewerkschaften organisierten Mitglieder und Sympathisanten dieser Organisation haben, was einmal mehr die sattsam bekannte Augenwischerei beweist.(3) Im Zusammenhang mit dem "Festhalten" an der Gewerkschaftslinie der Weimarer KPD stellen sich aber noch einige Fragen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Vor allem von den drei "Parteien" wird bei der Rechtfertigung ihrer Gewerkschaftslinie immer wieder darauf hingewiesen, daß es in der Zeit zwischen 1929 und 1930 in der KPD eine linke Abweichung gegeben habe, die die Hauptschuld an dem Scheitern des RGO-Kurses habe. Daß der RGO-Kurs im übrigen "an sich" richtig gewesen sei, lasse sich im übrigen auch aus der Selbstkritik der KPD und Komintern ersehen.

Diese wichtigen Fragen im Zusammenhang mit einer materialistischen Einschätzung des RGO-Kurses müssen noch geklärt werden, bevor eine Auseinandersetzung mit der heutigen Farce von RGO möglich ist.

Die "linken Abweichungen" in der KPD und ihre Auswirkungen auf die RGO-Taktik

Unter Führung Paul Merkers, des Vorsitzenden der Gewerkschaftsabteilung des ZK, entwickelte sich zwischen 1929 und 1930 eine neue Variante der Sozialfaschismustheorie. Diese neue Variante bestand in der völligen Negierung des Unterschieds zwischen SPD-Spitze und den proletarischen Anhängern der SPD. Stattdessen wurde die SPD als von oben bis unten einheitliche Vertreterin kapitalistischer Interessen eingeschätzt. Außerdem wurde der schon im Rahmen der "Sozialfaschismustheorie" verwischte Unterschied zwischen SPD und den Faschisten (siehe dazu NRF 3/72) von der Gruppe um Merker völlig geleugnet. (4) Zu welchen Blüten dies führte, zeigen die Zitate aus KPD-Zeitungen, die Hermann Remmele (ZK-Mitglied und zeitweise Stellvertreter Thälmanns) in seinem Artikel "Schritt halten" anführt. "Schritt halten" ist im Heft 5/6 der "Internationale", Jahrgang 1930,Reprint "Die Internationale" Bd.11,Ffm 1972, erschienen.

"Es ist klar, daß unsere Auseinandersetzung mit dem Sozialfaschismus, sowie die mit der Bourgeoisie, deren treuester Knecht er ist, nicht an irgendeinem Verhandlungstische, sondern nur auf den Schlachtfeldern der Entscheidungskämpfe und vor den Revolutionstribunalen der deutschen Räterepublik enden kann. Und das gilt natürlich vom kleinen sozialfaschistischen Betriebsrat, der in seinem Betrieb dem Unternehmer kommunistische Arbeiter denunziert, um zur Belohnung Meister zu werden, ganz genau so, wie seinen großen Brüdern Severing, Zörgiebel usw. . . . Unser Trommelfeuer auf die großen Zörgiebels hat darum nur dann Erfolg, wenn es gleichzeitig mit einem Sturmangriff auf die verbürgerlichten unteren Funktionäre verbunden ist. Wir müssen die proletarischen Reihen in Betrieb und Gewerkschaft und in den übrigen Massenorganisationen mit aller Rücksichtslosigkeit von allen verfaulten Elementen säubern. Wer noch zur SPD gehört, ist verfault und muß fliegen . . . und wenn er noch so radikal tut."

Wenn es sich bei diesen Zitaten auch "nur" um Auszüge aus den zahlreichen Massenzeitungen der KPD und nicht etwa um Aussagen führender Vertreter der KPD handelt, so kann man sich doch vorstellen, welche Auswirkungen diese Linie auf die angestrebte Schaffung der Einheitsfront von unten und in diesem Zusammenhang auf die Zusammensetzung der RGO hatte. Die Merkersche Variante der Sozialfaschismustheorie schloß nicht nur die von der KPD sowieso verurteilte Einheitsfront von oben gegen den Faschismus aus, sondern bedeutete in ihrer Konsequenz eine Ablehnung jeglicher Einheitsfront, also auch der von unten, wie sie von der KPD angestrebt wurde. Dies führte zu ideologischen Auseinandersetzungen, die zur Folge hatten, daß Paul Merker aus der Gewerkschaftsabteilung des ZK entfernt wurde (1930), gleichwohl aber Mitglied des ZK blieb.

---

(3) Die "nationalen Konferenzen **der** oppositionellen Gewerkschaftler", die in Wirklichkeit Konferenzen der Mitglieder und Sympathisanten der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) sind, beweisen, daß diese Organisation auch im Rahmen ihrer Gewerkschaftslinie konsequent daran festhält, die Existenz einer kommunistischen Bewegung außerhalb der eigenen Reihen zu leugnen.
Wie sehr sich die prinzipielle Haltlosigkeit des gesamten RGO-Theaterdonners, den die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) aufführt, auch auf ihre Einschätzung in Einzelfragen gewerkschaftlicher Arbeit auswirken, zeigen folgende Aussagen:
Auf der 1. Nationalen Konferenz . . . wurde eine Resolution beschlossen, in der es heißt:
"Auch international sind die Gewerkschaftsorganisationen nicht Klassenorganisationen, sondern Werkzeuge des Klassenverrats."

Wenn die Gewerkschaften nicht Organisationen der Arbeiterklasse mehr sind, wer bitte ist dann in den Gewerkschaften organisiert? Hier liegt eine völlige Vermischung der bürgerlichen Politik der Gewerkschaftsspitzen mit dem objektiven Charakter auch der reformistischen Gewerkschaften als elementarer Organisationen der Arbeiterklasse vor.

In der RPK Nr. 190/91, die sich mittlerweile vom ZO des KSV, in einen Informationsdienst von KPD,KJV, KSV und KOV gemausert hat und in der Tradition des Inprekorr stehen soll, was auf den Inhalt der RPK eher einen negativen als einen positiven Einfluß hatte, heißt es unter der verheißungsvollen Überschrift: Die Beziehung der Tarifkämpfe zum Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition:
"An vorderster Front haben die Kräfte, die heute die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufbauen, die Pflicht, den Schleier des Lohnkampfes zu zerreißen, den die Führung der DGB-Gewerkschaften um ihre Lohntarifverhandlungen gelegt haben. Der Lohnkampf der revolutionären Gewerkschaftsopposition findet überall dort statt, wo gegen Abbau der Effektivlöhne, für Effektivlohnerhöhungen unter der Zielsetzung der Vereinigung der Arbeiterklasse gekämpft wird. (. . .)
Mit dem Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition gehen wir vom Klassencharakter des kapitalistischen Betriebsfriedens aus, kämpfen für die tägliche Durchbrechung der reaktionären Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes, für die restlose Beseitigung aller Friedenspflichten und Schlichtungsabkommen. Wir führen den Streikkampf einheitlich und gleichzeitig für die Verbesserung aller Lohn- und Arbeitsbedingungen."

So einfach ist das also! Solch schlichten Zielen dient die "revolutionäre Gewerkschaftsopposition"! Abgesehen davon, daß es sich hier zunächst mal um einen Dialog zwischen "KPD" und "RGO" handelt, sind solche programmatischen Äußerungen wohl mehr geeignet, die unter Anleitung des Kommunistischen Oberschülerverbandes stehenden Gruppen zu beeindrucken, als diejenigen Kollegen, die in diesem Herbst tatsächlich gegen den "Abbau der Effektivlöhne, für Effektivlohnerhöhungen unter der Zielsetzung der Vereinigung der Arbeiterklasse gekämpft" haben.
In dem neuesten Presseerzeugnis der Gruppe "Rote Fahne" (KPD), der zunächst zweimonatlich erscheinenden "Revolutionären Gewerkschaftsopposition", die anscheinend als kommunistisches Pendant zum "Gewerkschaftsspiegel" wirken soll und in der unter Federführung der "Gewerkschafts-

Im Zusammenhang mit der immer wieder aufgestellten Behauptung, die Merker'sche Variante der Sozialfaschismustheorie trage die Hauptschuld an der Isolierung der RGO, stellt sich die Frage nach der qualitativen Differenz zwischen der Linie des ZK und der Merker'schen Position. Es fragt sich, ob es sich bei der Position Paul Merkers schlicht und einfach um eine Abweichung von einer "an sich" richtigen Linie des ZK handelte. Gerade diese Behauptung wird mit verschiedenen Beweisführungen immer wieder von den heutigen Nachahmern der RGO aufgestellt. Dazu ist folgendes zu sagen:

abteilung des ZK" "Analysen und Untersuchungen auf marxistisch-leninistischer Grundlage" veröffentlicht werden sollen, finden sich immerhin solch hoffnungsvolle Ansätze wie: "Wir haben analysiert, daß die Tatsache, daß die Kernschichten des Proletariats der SPD ihre Stimme gegeben haben, nicht bedeutet, daß diese Kollegen ihre Stimme einer Partei des Imperialismus und des Klassenverrats geben wollten. (. . .) Die Untersuchungen unserer Genossen im Betrieb und in den proletarischen Wohnvierteln haben ergeben, daß sehr viele Kollegen die SPD bereits im Bewußtsein des 'kleineren Übels' gewählt haben."
Die ganze Banalität dieser Analysen und Untersuchungen kann die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) auch nicht dadurch unter den Tisch wischen, daß sie trotzig erklärt:
"Die RGO wird nicht am Schreibtisch ausgekocht, sondern spiegelt den tagtäglichen Kampf in Betrieb und Gewerkschaft wider." und:
"Einen deutlichen Trennungsstrich zieht diese Zeitschrift auch gegenüber den abwechselnden "Links"- und Rechtswendungen zahlreicher Gruppen, Zirkel und Sekten der "ML-Bewegung", einschließlich den "Programmatischen Äußerungen" einiger intellektueller Debattierklubs."

Was diese Zeitung vor allem widerspiegelt ist die Tatsache, daß dem ganzen Gerede der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) von der "RGO" in den Betrieben praktisch nichts entspricht, ja gar nicht entsprechen kann. So ist in dieser Zeitung kein einziger Artikel enthalten, der nicht schon vorher in der "Roten Fahne" oder in Betriebszeitungen der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) veröffentlicht worden wäre. Außerdem widerspiegelt diese Zeitung einen scheinbar gesetzmäßigen Annäherungsprozeß der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) an Stil und Habitus der KPD/MLs. Es kommt zum Ausdruck, daß die RGO quantitativ nicht über die Mitglieder und direkten Sympathisanten der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) hinausgeht.

(4) "Die sozialfaschistische Bewegung ist ein Werkzeug zur Vorbereitung und Durchführung der faschistischen Diktatur, der Finanzoligarchie, ebenso wie die nationalfaschistische Bewegung. Sie ist der größere, stärkere Bruder der nationalfaschistischen Bewegung, ihre soziale Basis ist in erster Linie die Arbeiteraristokratie, deren Rolle in der Verteidigung des Finanzkapitals eine viel bedeutungsvollere ist, als die nationalfaschistische Bewegung. Denn die letztere stützt sich in erster Linie auf kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten, sowie auf entwurzelte Proletarierexistenzen. (. . .) Von ihnen ist jedoch die sozialfaschistische die fähigere, stärkere, brutalere und zuverlässigere. Die sozialfaschistische Bewegung ist also keineswegs eine bessere oder friedlichere Bewegung, als die nationalfaschistische. Sie ist der stärkere Teil der vorhandenen faschistischen Kräfte (. . .). Darum ist es nicht möglich, ihnen den Fußtritt zu geben oder sie durch die Nationalfaschisten zu ersetzen. Wenn es dem Finanzkapital möglich wäre, auf die Dienste der Sozialfaschisten zu verzichten, dann wäre gleichzeitig die Anschauung der Kommunistischen Internationale über die herannahende Welle großer revolutionärer Kämpfe und über die wachsende, akut revolutionäre Situation falsch." (Paul Merker, "Der Kampf gegen den Faschismus", Internationale Bd.11, S.264)
"Solange noch zahlreiche Kommunisten in den sozialfaschistischen Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären Kameraden sehen, die für das gleiche Ziel, den Sozialismus kämpfen und auf dem Wege dahin nur einen anderen Weg als die Kommunisten marschieren, solange noch zahlreiche Kommunisten nicht gerade in den unteren sozialfaschistischen Funktionären und besonders in den 'ehrlichen Reformisten' den Hauptfeind sehen, der die Ausbreitung der revolutionären Bewegung und ihre Organisierung auf das wirksamste behindert, solange zahlreiche Kommunisten in den sozialdemokratisch-organisierten Arbeitern immer noch irregeführte Arbeitsbrüder sehen und nicht bemerken, daß gerade sie das Fundament der Arbeiteraristokratie im Betrieb, des Sozialfaschismus überhaupt sind, . . . solange wird es keine wirkliche Zersetzung der Organisationen des Sozialfaschismus geben." (a.a.O.,S.266)
Die mit der Merkerschen Variante der Sozialfaschismustheorie verbundene völlige Gleichsetzung von NSDAP, Kapitalisten und SPD ist besonders aus dem folgenden Zitat ersichtlich:
"Die gesamte faschistische Bewegung ist gerichtet gegen die Kommunistische Partei, die Führerin der proletarischen Klasse und gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Die Klassenfronten sind also klar aufgerichtet. Auf der einen Seite die Finanzoligarchie, die korrumpierte, gekaufte Oberschicht der Arbeiteraristokratie und des Kleinbürgertums als ihre sozial- und nationalfaschistischen Trabanten, auf der anderen Seite die Kommunistische Partei und die Massen der unterdrückten Proletarier, Bauern und Mittelständler."

NEUES ROTES FORUM

3/72 (August) :
Thesen zur Faschismusfrage
Kampf zweier Linien in der Klassenanalyse
Interview mit einem Genossen der IRA(official)
Kapitalistischer Staat und kapitalistische "Planung"
4-5/72(Oktober):
Erklärung zu den Bundestagswahlen
Klassenkampf in der Übergangsperiode
Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion
Revisionismus und Sozialimperialismus am Beispiel ihrer Rolle in Indien
6/72 (Dezember):
Zu der Frage der Neuen Mittelklasse
Die Faschismustheorie des KB - Nord
Zur Gründung des KABD
Die Entwicklung Tansanias

1. Die Absetzung Paul Merkers brachte keineswegs einen Umschwung in der sektiererischen Linie mit sich, sondern die gröbsten Klötze kamen erst nach 1930, als Merker schon nicht mehr in der Gewerkschaftsabteilung arbeitete. Obwohl nach den sich häufenden Mißerfolgen von Vertretern der Komintern immer wieder auf die Notwendigkeit der gleichzeitigen Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften hingewiesen wurde (z. B. von O.Pjatnitzki, dem damaligen Generalsekretär der Komintern) hieß es z. B. noch im Sommer 1932 in der Industriegruppenzeitung "Bauprolet":
"Bauarbeiter! Tretet ein in den roten Einheitsverband! Ein weiteres Verbleiben in den reformistischen Gewerkschaften bedeutet ein Sichmitschuldigmachen an dem Verrat der Bürokratie an den Interessen der Arbeiterschaft." (zit.n. Kommentar,Bredel,S.159) (5).

2.Gerade in dem von Hermann Remmele in dem theoretischen Organ der KPD veröffentlichten Artikel "Schritt halten", der sich scharf mit den ultralinken Positionen Merkers auseinandersetzte, werden Aussagen getroffen, die zumindest qualitativ auf derselben Linie liegen. So wird der Begriff von den "kleinen Zörgiebels" nicht an sich kritisiert, sondern was bemängelt wird, ist lediglich ein ungeschicktes Operieren mit diesem Begriff.

"Bei der Stellungnahme gegen die offenen Spürhunde des Kapitals muß man jeweils zugleich die ganze sozialfaschistische Ideologie vor der gesamten Arbeiterschaft und Belegschaft aufrollen und vor allem die Ideologie, den Sozialfaschismus, die sozialfaschistische Partei für die Verräterrolle des einzelnen sozialfaschistischen Funktionärs verantwortlich machen. Nur wenn man so ganz korrekt und ganz detailliert die Rolle des Sozialfaschismus als Feindes der proletarischen Klassenfront aufweist, und die Bezeichnung Sozialfaschist oder Sozialfaschismus nicht als leere Beschimpfung statt des Wortes Sozialdemokrat und Sozialdemokratie vor dem Arbeiter erscheint, weckt man in der Arbeiterschaft das sachliche und motivierte Verständnis für den gemeinsamen Kampf gegen die Gefahr der sozialfaschistischen Verseuchung der Arbeiterschaft." (Internationale,Bd.11,S.204)

"Gerade dort, an jenen Plätzen und in den Betrieben, wo die "kleinen Zörgiebels" am stärksten und zynischsten ihr verräterisches, arbeiterfeindliches Unwesen treiben, wo wir also an Hand des Selbsterlebens der Arbeiter im Betriebe die stärkste Entlarvung und Stäupung der sozialfaschistischen Verräterein hätten erzielen können, gerade dort hat die Partei versagt, und die "kleinen Zörgiebels" gingen nicht nur ungestraft, sondern mit größerem Ansehen und starkem Gewinn aus dem Kampf hervor." (a.a.O.,S.207)

"Wir haben es hier mit dem faschistischen System der sozialfaschistischen Bürokratie von der Korruption in den Parlamenten und Regierungen bis hinab in den Betrieben zu tun. Das ist die Feststellung des Tatbestandes." (a.a.O. ,S.210)

Diese Aussagen eines führenden Mitgliedes der KPD, die aus einer Auseinandersetzung mit der ultralinken Position Merkers stammen, machen deutlich, daß es keine qualitative Differenz zwischen der Position Merkers und der des ZK gab. Das Bild rundet sich in dieser Frage noch weiter ab, wenn man liest, daß 1930 auf einer Plenarsitzung des ZK **nach** der Abberufung Merkers die rechte Gefahr als Hauptgefahr innerhalb der Partei bezeichnet wurde: "... *zeigen deutlich, daß der rechte Opportunismus die Hauptgefahr in der Partei bildet.*" (zit.n. Remmele, a.a.O.,S.209)

3.Insgesamt kann man Klarheit über den Charakter und die qualitative Bedeutung dieser Auseinandersetzung nur gewinnen, wenn man sich mit der Frage der Etappeneinschätzung der KPD und der Richtigkeit der "Sozialfaschismustheorie" auseinandersetzt. (siehe hierzu NRF 3/72) In diesem Zusammenhang muß man sich auseinandersetzen mit der Einschätzung der Weltwirtschaftskrise als letzter, unentrinnbarer Krise des Kapitals, mit der Einschätzung der Abwehrkämpfe gegen die Krise als eine "neue Offensive" und als "Vorgefechte" der proletarischen Revolution.
Weiterhin fragt es sich, wie es mit der Klarheit um die Rollen von Sozialdemokratie und Faschismus bestellt war. Hier zeigt sich, daß die Frage der unterschiedlichen Formen der Diktatur der Bourgeoisie, die hinter der Herrschaft von Sozialdemokratie einerseits und Faschismus andererseits nie klar erkannt wurde und beständig zu einer Vermischung führte.
"Es war der verhängnisvolle Fehler der KPD, daß sie die qualitative Differenz zwischen der Arbeitsgemeinschaft und der drohenden Zerschlagung jeder Organisation der Arbeiterklasse durch den Faschismus nicht herausarbeitete, und das Klassenversöhnlertum, das sie Arbeiterklasse gegenüber der Monopolbourgeoisie entwaffnete, mit der offenen, gewalttätigen Herrschaft der Bourgeoisie gleichsetzte, die die Fesseln der Arbeitsgemeinschaft sprengen wollte, um die Arbeiter **direkt** und gewaltsam zu unterwerfen. (...)
Diese Kennzeichnung der SPD (nämlich als Flügel des Faschismus durch Sinowjew,EKKI-Sitzung, Jan.1924,d.Verf.) übersah völlig, daß der Faschismus von vornherein eine Be-

(5) Der Kommentar, der sich an den Roman von Bredel "Maschinenfabrik N & K" anschließt und vom "Arbeitskollektiv 'Proletarisch-revolutionäre Romane'" verfaßt ist, enthält übrigens eine ganze Menge brauchbarer Kritikansätze an der RGO-Politik der KPD. Dies wundert einen umso mehr, als es sich hier offensichtlich um Sympathisanten der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) handelt. So heißt es dort u. a.:
"Von dieser Hauptlinie der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit (nämlich der in den Thesen "Über die Bolschewisierung" vom EKKI-Plenum 1925,d.Verf.) **wurde in den Jahren 1928 bis 1932 abgewichen.**" (a.a.O.,S.139)
"Erst in der Folge des Moskauer Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale von 1928, die zu Recht die selbständige Führung von Wirtschaftskämpfen propagierte, wurden aber dann in den Betrieben von der KPD eigene rote Listen zu den Betriebsrätewahlen aufgestellt. Dies führte in der Regel zum Ausschluß der Oppositionellen aus dem ADGB, der Massenausschluß kommunistischer Arbeiter führte zur Gründung der RGO als selbständiger Organisation im Jahre 1930 (...). Aufgrund einer falschen Bestimmung der Etappen der Faschisierung und der Diktatur der Bourgeoisie, einer falschen Einschätzung der revolutionären Reife der Situation, und der falschen Anweisung, der Hauptstoß des revolutionären Kampfes müsse gegen die 'sozialfaschistische Sozialdemokratie' geführt werden, die ebenso wie die Bürokratie des ADGB vollständig mit dem kapitalistischen Staatsapparat verschmolzen sei, führte die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition in die Isolation von den Arbeitermassen." (a.a.O.,S.155/56)
"Es war eine Fehleinschätzung der Kommunistischen Partei gewesen, von einer bereits vollzogenen, völligen Verschmelzung der Gewerkschaftsbürokratie mit dem Staatsapparat auszugehen, um darauf zu spekulieren, daß die Führung des ADGB nach ihrer Anerkennung der Notverordnungen der Schleicher- und Papen-Kabinette, nach ihrem Verzicht auf Tarifautonomie zugunsten staatlicher Regelung aller Lohnfragen, automatisch ihre Massenbasis unter den Arbeitern verlieren würde." (a.a.O.,S.160)
Das Rätsel, wie es zu diesen völlig richtigen Aussagen kommen konnte, ist schnell gelöst. Dieser Kommentar ist 1971 geschrieben, zu einem Zeitpunkt also, als die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) ihre Gewerkschaftslinie noch nach den eingangs zitierten drei RPK-Artikeln (RPK 109/10,112,126/27) bestimmte.

wegung gegen die Arbeitsgemeinschaft, gegen die bestimmte Form der Lösung der revolutionären Krise von 1918ff. gewesen ist und daß die SPD und der Faschismus als Instrumente der Bourgeoisie sich gegenseitig ausschlossen und in jeweils völlig verschiedenen historischen Perioden das Hauptinstrument der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse waren. Auch wenn die SPD- und Gewerkschaftsführung noch so brutal gegen jeden Durchbrechungsversuch der Arbeitsgemeinschaft von seiten der Arbeiterklasse vorgingen, sie verteidigten doch die Arbeitsgemeinschaft, also die Lösung der politischen Krise, die der Faschismus bekämpfte. Die SPD ist ein wichtiges politisches Instrument der Bourgeoisie bei der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, aber nicht schon deshalb wird sie zu einem Flügel des Faschismus, genausowenig wie die Herrschaft der Monopolbourgeoisie mit ihrer faschistischen Form identisch ist." (NRF 3/72,Thesen zur Faschismusfrage)

Aus der Fülle von Zitaten führender Kommunisten zwischen 1920 und 1933, die genau dies beweisen, sei hier nur noch eine Aussage Stalins aus dem Jahre 1924 angeführt. *"Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung durch die Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus. (. . .) Diese Organisationen schliessen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder."* (Stalin,1924,Werke Bd.6,S.253, Stuttgart 1952)

Im Rahmen dieser Fehleinschätzungen, die Allgemeingut in der Führung der KPD waren, hat Merker diese am Punkt Sozialfaschismus nur ad absurdum geführt. Klar ist auch, daß auf der Grundlage der allgemeinen Unklarheit über den Sozialfaschismus die KPD nicht in der Lage war, an den ultralinken Tendenzen eine tiefgreifende Kritik zu üben und diese so schnellstens zu überwinden. An der Personalisierung des Linksradikalismus auf die Person Merkers festzuhalten, hiesse auf die Mythen der revisionistischen DDR-Geschichtsschreibung hereinzufallen, die zwar auch von "sektiererischen Vorstellungen", die sich "durchsetzten" bzw. "entwickelten" zu berichten weiß, aber völlig unfähig ist, anzugeben, auf welchen Grundlagen und durch welche Fehler sich diese "sektiererischen Vorstellungen" entwickelten.

Ein besonders origineller Erklärungsversuch dafür, daß die linkssektiererische Linie nicht überwunden wurde, findet sich in dem 1. Band der "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" aus dem Verlag der Gruppe "Rote Fahne" (KPD).(6) In dem Vorwort der "Gewerkschaftsabteilung des ZK" kann man unter der Überschrift "Die Politik der RGI, ihre Anwendung durch die KPD unter Thälmann, und die historischen Lehren für den gegenwärtigen Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition folgendes lesen: *"Zwar wurde in der KPD-Führung der ideologische Kampf gegen die sektiererische Position der "Links"-Opportunisten geführt. Paul Merker wird 1930 schließlich als Vorsitzender der Gewerkschaftsabteilung des ZK abgesetzt (siehe dazu die Erklärung des Politbüros der KPD). Aber die sektiererischen Tendenzen in der KPD wurden damit keineswegs überwunden."*

Und nun folgt die Erklärung, warum diese Tendenzen nicht überwunden wurden:
"Statt daß zunächst in der Parteizentrale eine eindeutige und zum Beschluß führende ideologische Auseinandersetzung stattgefunden hätte, war diese Debatte monatelang in 'Betrieb und Gewerkschaft', dem Organ der RGO, öffentlich geführt worden. Und zwar so, daß die vor allem von Thälmann und Heckert verfochtene Linie und die Merkers gleichwertig nebeneinander standen. Statt die Absetzung Merkers zum Anlass einer umfassenden Ausrichtung der gesamten Partei und ihrer Anhänger gegen den 'Links'-Opportunismus gemacht worden wäre, wurde diese z.B. in 'Betrieb und Gewerkschaft' überhaupt nicht mitgeteilt." (RGO,Bd.1,S.76, Berlin (West) 1972)

---

(6) Die im November 1972 erschienen zwei Bände stellen bisher die einzige systematische Veröffentlichung der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) nach der "Weiterentwicklung" ihrer Gewerkschaftslinie im Januar 1972 (siehe RF 34) dar. Zunächst enthalten sie vor allem historische Dokumente der Entwicklung der Gewerkschaftslinie der Komintern, die zumeist aus "Die Kommunistische Internationale" entnommen sind. So interessant die Lektüre dieser Dokumente auch ist, so wenig stellt ihr bloßer Abdruck bereits eine Begründung für eine heute einzuschlagende Gewerkschaftslinie dar. Es wundert einen deshalb, wenn man in einer Verlagsankündigung in der "Roten Fahne" Nr.69 vom 15.11.1972 folgendes liest: "Das Erscheinen der zwei Bände fällt zusammen mit einer Entwicklung in den vergangenen Monaten, die von uns allen mit Nachdruck fordert, den Kampf für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse gewaltig zu verstärken, den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen Reformismus und Revisionismus beschleunigt voranzutreiben."
Hier wird so getan, als sei in der jetzigen Phase der "Kampf für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse" gleichbedeutend mit "dem Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition". Von der nach wie vor fehlenden Begründung für diese Linie wird "abstrahiert" und so getan, als sei schon alles klar. Vor dem Subjektivismus, der sich hinter dieser Art von ideologischer Anweisung einer Linie verbirgt, wird der übliche Nebelvorhang von Entschlossenheit und scheinbarer Prinzipienfeste aufgerichtet, um dann – unfreiwillig - noch im selben Artikel den Beweis für den Subjektivismus anzutreten. Denn da heißt es dann weiter: "Und soweit in den letzten Monaten unter der SPD/FDP-Regierung bereits wieder **offen faschistische Maßnahmen** gegen die Massen **ergriffen** wurden, haben sich die reformistischen Gewerkschaftsführer als Dulder oder gar aktive Träger dieser Maßnahmen erwiesen."
Außerdem enthält der erste Band noch eine Analyse der "Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPD". Auf den historischen Teil dieser Analyse wird im weiteren Verlauf des Artikels noch einzugehen sein. Die letzten vier (4 !) Seiten dieser Analyse enthalten auch einige Aussagen zur heutigen Situation. Zum einen finden sich da eine ganze Menge frommer Wünsche, wie z. B. "Unsere Partei wird darum kämpfen, daß die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht erneut zur Ressortarbeit verkommt . . ." und "Wir lassen uns nicht davon bestimmen, was sich auf der jeweiligen gewerkschaftlichen Ebene durchsetzen läßt, sondern setzen vielmehr die Massen in der Richtung bestimmter Kampfziele in Bewegung . . .". Zum anderen gibt es mehrere Aussagen, die zwar nicht weniger allgemein in Bezug auf ihre praktische Bedeutung sind, die aber deutlich zeigen, daß die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) aus der verfehlten Gewerkschaftspolitik der KPD nichts gelernt hat. So z. B.:
"Die Gewerkschaftsopposition gibt es gegenwärtig noch nicht. Es kann sie auch gar nicht geben, solange die gewerkschaftsoppositionellen Kräfte **noch ausschließlich über die Ablehnung von Teilen** der Politik der Gewerkschaftsführung (z. B. Prozentforderungen) zusammengehalten sind . . ."
Dazu kann man nur sagen: eine andere Art von oppositionellen Gewerkschaftlern wird es nie geben, denn die oppositionellen Gewerkschaftler, wie sie sich die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) für ihre RGO erträumt, werden als Kommunisten in den Massenorganisationen der proletarischen Partei organisiert werden. "Um die Masse der Arbeiterklasse zu gewinnen, organisieren sich die Kommunisten in Zellen, die im Betrieb die Belegschaft im Kampf organisieren. In den Gewerkschaften bilden die Mitglieder der Zelle die kommunistische Fraktion auf Betriebsebene, sie treten auf allen

Hier wird die politische Frage, was denn die Führung der KPD bewog, ihre Diskussionen öffentlich, gleichwertig in dem Organ der "RGO" zu führen, nicht politisch gestellt, sondern zum Verfahrensmangel erklärt. So kann sich die "Gewerkschaftsabteilung beim ZK" nur noch darüber wundern, daß es zu keiner umfassenden Ausrichtung gegen den Linksopportunismus kam und daß man den Differenzen offensichtlich derart geringe Bedeutung beimaß, daß man Merkers Abberufung aus der Gewerkschaftsabteilung noch nicht einmal öffentlich bekanntgab. So kann die Gruppe Rote Fahne (KPD) auch nur noch etwas entgeistert feststellen, daß Merker auch weiterhin im ZK verblieb: "Merker verblieb sogar nicht nur in der Partei, sondern auch im ZK!" (a.a.O.,S.87)

So eine wichtige Bedeutung wurde also offensichtlich den Merker'schen Abweichungen im ZK der KPD gar nicht zugemessen! Dies ist völlig klar, denn einerseits unterlag das ZK der KPD prinzipiell denselben Irrtümern über den "Sozialfaschismus", andererseits wurde ja noch 1930 der "rechte Opportunismus" als die "Hauptgefahr in der Partei" angesehen (siehe oben,Plenarsitzung des ZK, 1930). Die Erklärung der KPD für die nicht vollzogene Überwindung des linken Sektierertums, in der die politischen Fehler nicht benannt werden, sondern in Verfahrensmängel umgemünzt werden ist fromm, aber hilflos und sagt mehr aus über das eigene formale Verständnis von Parteiaufbau, als über die wirklichen Ursachen des unheilvollen RGO-Kurses.

Diese Position der Gruppe Rote Fahne (KPD) kommt aber nicht zufällig zustande, sondern hat ihre tiefe Ursache in der unklaren Stellung dieser Organisation zum "Sozialfaschismus". Diese Unklarheit kommt nicht nur darin zum Ausdruck, daß bisher von der Gruppe "Rote Fahne" (KPD) keinerlei Aussagen zur Sozialfaschismustheorie gemacht wurden(was einen besonders wundern muß bei einer Organisation, die sich ausdrücklich in die Tradition der KPD ab 1925 zu stellen versucht und erklärt, es gelte am grundsätzlich richtigen des nach 1928 eingeschlagenen Kurses festzuhalten), sondern auch in dem sporadisch immer wieder auftauchenden Begriff "sozialfaschistisch" in den Publikationen der "Partei" zur Charakterisierung bestimmter Maßnahmen der SPD.

So heißt es z.B. in der "Roten Fahne"Nr. 70 vom 21.11.72:" Sozialfaschistische Schlägertrupps schützen Brandt." Verschiedentlich ist in der "Roten Fahne" dieser Organisation auch die Rede vom "Sozialfaschisten Neubauer" und von "einzelnen Sozialfaschisten in der SPD". Nun geht es ja nicht darum, die Handlungen der SPD zu verharmlosen, Neubauer ist sicher auch ein übler Reaktionär und von dieser Sorte gibt es auch noch mehr in der SPD. Aber abgesehen davon, daß die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) offensichtlich gar keine klare Haltung zur "Sozialfaschismustheorie" der Weimarer KPD hat, ist der solchermaßen unreflektierte Gebrauch des Wortes "sozialfaschistisch" im Sinne eines scharfen Angriffs vorzüglich dazu geeignet, Unklarheiten über die jetzige Etappe zu schaffen. Das führt dann dazu, jede unterdrückerische Maßnahme des bürgerlichen Staatsapparates oder auch der Gewerkschaftsspitze als Schritte zum Faschismus bzw. zum Sozialfaschismus zu bezeichnen, was im Kern eine rechte Haltung ist. Indem jede Unterdrückungsmaßnahme als Schritt zum Faschismus bezeichnet wird, wird ein Verständnis von der

---

Ebenen der gewerkschaftlichen Meinungsbildung auch als solche auf. Das gilt für Mitgliederversammlungen und Vertrauensleutekörper. Es ist die Aufgabe der betrieblichen Gewerkschaftsfraktion, auf diesen Ebenen jeweils in konkreten Fragen und Kämpfen Mehrheiten für die klassenbewußte und kommunistische Linie zu gewinnen. Um diese Mehrheiten zu gewinnen, führen die Kommunisten mit allen Kollegen Beratungen und Besprechungen durch, deren Unterstützung der richtigen Linie in diesen konkreten Fragen und Kämpfen gewonnen werden kann. Sie versuchen aber nicht, diese Kollegen in einer besonderen "Gewerkschaftsopposition" zu organisieren, genausowenig wie die Kommunisten selber als oppositionelle Gewerkschaftler auftreten." (Gewerkschaftsresolution der KG (NRF), AZ Nr. 11).
Weiter heißt es bei der Gruppe "Rote Fahne" (KPD):
"Die Gewerkschaftsopposition gibt es gegenwärtig noch nicht. Es kann sie auch gar nicht geben, . . . solange sich in ihrem Rahmen noch alle scheinoppositionellen Gewerkschaftsfunktionäre ("linke" Sozialdemokraten, DKP/SEW-Revisionisten) verbergen können, die sich mit linken Phrasen zu tarnen suchen, deren Entlarvung als vorgeschobene Posten des Reformismus aber gerade ein entscheidendes Element des Aufbaus der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist."
Die in dieser Aussage enthaltene völlig undialektische Betrachtung linker sozialdemokratischer Vertrauensleute und anderer kleinerer Gewerkschaftsfunktionäre enthält einen völlig sektiererischen Gedankengang, nämlich den, daß "linke" Sozialdemokraten für die Kommunisten gefährlicher sind, als rechte. Nun gibt es zweifellos "linke" SPD-ler, deren Fortschrittlichkeit reine Demagogie ist. Aber trotzdem wird jeder Genosse, der im Betrieb steht, bestätigen können, daß man um die Zusammenarbeit mit linken sozialdemokratischen VL-Mitgliedern etc. überhaupt nicht herumkommt, sondern gerade offensiv zur politischen Loslösung dieser Kollegen von dem Einfluß der Gewerkschaftsspitze kommen muß. Es bei linken sozialdemokratischen Kollegen primär auf "deren Entlarvung als vorgeschobene Posten des Reformismus" anzulegen, ist völlig sektiererisch.

Als letztes Zitat der "Gewerkschaftsabteilung des ZK" nun noch:
"Der gesetzmäßige Abbau der Demokratie in den reformistischen Gewerkschaften wird auf einer höheren Stufe der Auseinandersetzung von Lohnarbeit und Kapital wiederum zum Ausschluß nicht einzelner, sondern von Massen revolutionärer Gewerkschaftler führen, bis zum Ausschluß ganzer Ortsverbände. Gegen diese unvermeidliche Perspektive des reformistischen Verrats wird es erforderlich sein, mit Hilfe eines organisatorischen Apparats der RGO (vom zentralen Komitee bis herunter zu RGO-Betriebsgruppen) die Ausgeschlossenen mit den revolutionären Mitgliedern der reformistischen Gewerkschaften auch organisatorisch zu vereinigen." Diese Aussage wird auch dadurch nicht richtiger, daß die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) im Anschluß daran beschwörend erklärt:
"Wer die Notwendigkeit . . . des Aufbaus der revolutionären Gewerkschaftsopposition leugnet, der leugnet die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution."
Zu dieser sich prinzipienfest gierierenden Metaphysik kann man nur sagen: "Von den genannten Aufgaben lenkt das Gerede vom Aufbau der Gewerkschaftsopposition lediglich ab. Es zeigt außerdem ein völlig opportunistisches Verständnis des Kampfes in den Gewerkschaften als eines Kampfes zwischen Regierung und Opposition, zwischen Mehrheit und Minderheit. In Wirklichkeit ist aber der Kampf in den Gewerkschaften der Kampf der Kommunisten um die Masse der Arbeiterklasse, die durch die Gewerkschaftsführung und die SPD **politisch** an die Bourgeoisie gebunden wird. Diesen Kampf müssen wir politisch und organisiert, d. h. als Partei führen. Ohne die Partei aufgebaut zu haben und starke kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften gebildet zu haben, vom Aufbau einer Gewerkschaftsopposition auch nur zu reden, ist reiner Opportunismus. Wenn aber die Pseudoparteien mit ihrem Geschrei von der Gewerkschaftsopposition hervortreten, dann soll das nur über ihre Unfähigkeit hinwegtäuschen, tatsächlich Zellen in den Betrieben und Fraktionen in den Gewerkschaften aufzubauen." (Gewerkschaftsresolution der KG (NRF), AZ Nr.11)

bürgerlichen Demokratie als quasi "friedlicher" Form der Herrschaft der Bourgeoisie hervorgerufen, während Unterdrückungsmaßnahmen im Rahmen der bürgerlichen Demokratie mit der "Faschisierung" gleichgesetzt werden. Genau diesen Trugschluß hat man bei der Gruppe Rote Fahne (KPD/ML) oft genug erlebt. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hat es dagegen vorgezogen, sich in dieser Frage nicht so genau festzulegen. So heißt es im "Rechenschaftsbericht des ZK an die 4. Parteikonferenz":
"In einer solchen Situation (gemeint:die Krise,d.V.) scheut sich die SPD wie die Geschichte aber auch die jüngste Vergangenheit beweisen, nicht, brutale Maßnahmen anzuwenden, wie z.B. Streikbruch durch Polizeieinsatz. Diese Terrormaßnahmen tragen jedoch gegenwärtig noch keinen systematischen Charakter.(...) Aus der Geschichte, wie aus der Analyse dessen, was sich vor unseren Augen abspielt, wissen wir, daß die Sozialdemokratie als Agentin der Monopole schon zu Beginn sich verschärfender Klassenkämpfe Maßnahmen und Bestimmungen erläßt, die faschistischen Charakter tragen.(...) Aber wir bezeichnen die gegenwärtige Regierung nicht als sozialfaschistisch". (Rechenschaftsbericht, S.57-59,Westberlin,o.J.)

Also einerseits wird die SPD/FDP-Regierung nicht als sozialfaschistisch bezeichnet, andererseits ..."aus der Analyse dessen, was sich vor unseren Augen abspielt,wissen wir, daß die Sozialdemokratie ...Maßnahmen erläßt, die faschistischen Charakter tragen."

Diese verwaschene Aussage stellt prinzipiell nichts anderes dar, als das was die Gruppe Rote Fahne (KPD/ML) mit ihrem Gerede vom "Sozialfaschismus" und der "Faschisierung der Gewerkschaften" auch verkündet hat. Es ist halt nur etwas halbherziger. Eine solche Haltung läßt sich nur auf ideologische Unklarheiten in der Frage der Sozialfaschismustheorie der Gruppe Rote Fahne (KPD) zurückführen. Hätte sich die Gruppe Rote Fahne (KPD) um diese Frage etwas mehr gekümmert, dann wäre sie auch im Laufe ihrer Studien über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in punkto RGO-Linie möglicherweise zu anderen Konsequenzen gelangt.

Denn, wie wir gesehen haben, ist die Gewerkschaftslinie der KPD ab 1928 in gar keiner Weise von der Sozialfaschismustheorie und der angenommenen "Faschisierung" der Gewerkschaften zu lösen, insgesamt muß die RGO-Politik der KPD als Funktion ihres allgemeinen Kampfes um die Einheitsfront von unten gegen Faschismus und Krieg gesehen werden.

Schon auf dem 10.EKKI-Plenum wurde dieser Zusammenhang von Thälmann klar herausgestellt:
"Die Streikstrategie und die selbständige Streikführung, die wir jetzt durchführen, sind in ihrer Gesamtheit eine bedeutende Antikriegsarbeit für die Zukunft. Sie bedeuten, daß wir bereits in dieser Entwicklung der steigenden imperialistischen Kriegsgefahr die Kräfte sammeln und eine revolutionäre Massenmobilisierung gegen den Imperialismus und seine sozialfaschistischen Bundesgenossen durchführen." Thälmann, Wirtschaftskämpfe, Taktik und Aufgaben, in: Thälmann,Bd.2. S.187) *"Stellen wir die Frage des Krieges. Die Gewerkschaften können zur Militarisierung ihrer eigenen Mitglieder eingesetzt werden. In dem Moment, wo die Gewerkschaften, wie es jetzt der Fall ist, immer mehr mit dem kapitalistischen Staatsapparat verwachsen, in dem Moment, wo sich die Methoden des Kampfes gegen den Kommunismus auf allen Gebieten verstärken müssen, in dem Moment ist es, beim Ausbau der Gewerkschaften zu Staatsorganen, wie es die reformistische Bürokratie will, absolut wahrscheinlich, daß sich die Militarisierung der reformistischen Gewerkschaften vollziehen wird. Wir haben bereits verschiedene Äußerungen der Sozialdemokratie zu verzeichnen, die ganz offen über diese Frage spricht. Beim Ausbruch des Krieges bedeutet die Gewerkschaft in den Händen der Bourgeoisie und des Sozialfaschismus die größte Gefahr für das revolutionäre Proletariat."* (a.a.O.,S.191)
Außerdem gibt Thälmann noch ein konkretes Beispiel für eine solchermaßen verlaufene Entwicklung: *" Wir haben in Italien unter dem faschistischen Regime Gewerkschaftsorganisationen, die zu Staatsorganisationen ausgebaut sind, die im Rahmen der Durchführung der Mussolini-Politik benützt werden, um das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen und das Finanzkapital auf allen Gebieten zu unterstützen."* (a.a.O.,S.194)

Die RGO-Politik aus diesem Zusammenhang zu lösen, heißt im Grunde, sie ihrer materiellen Grundlagen zu entziehen. Faktisch ist dies aber genau die Methode, die von der "Gewerkschaftsabteilung beim ZK der KPD" verfolgt wird, wenn in der ganzen "Analyse" zu Beginn ihrer Dokumentenbände über die "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" über die Sozialfaschismustheorie und den allgemeinen Kampf gegen Faschismus und Krieg, wie er von der KPD geführt wurde, kein Wort verlautet. Stattdessen wird in dem Abriß über die "Politik der RGO, ihre Anwendung durch die KPD unter Thälmann, und die historischen Lehren für den gegenwärtigen Aufbau der RGO" die Entwicklung der Gewerkschaftslinie von Komintern und KPD sozusagen als linear aufsteigende Linie dargestellt von lediglich prinzipiell richtigen Positionen auf dem II.Weltkongreß, die noch mit Mängeln behaftet waren, bis zur Ausbildung der richtigen Gewerkschaftslinie in Form der RGO-Politik, die aus Schuld von Abweichlern und durch "Fehler" dann scheiterte.

So z.B. heißt es zu den taktischen Plänen der Komintern zur Zeit des II.Weltkongresses, die stark erschütterte Position der Amsterdamer Gewerkschaften auszunutzen, um den rechten Flügel zu isolieren und den linken zur RGI herüberzuziehen *"Dem lag noch deutlich die Illusion zugrunde, nach einem befristeten Prozeß der politischen Auseinandersetzung mit den reformistischen Führern den Gewerkschaftsapparat erobern zu können."* (RGO-Bd.1, Analyse S.67) Daß diese Behauptung einfach falsch ist, läßt sich durch eine Aussage O.Pjatnizkis, des Generalsekretärs der Komintern beweisen. Dieser hielt den Anhänger Merkers auf dem 12.Plenum des EKKI 1932 entgegen: *"Nur unter einer wirklich revolutionären Situation wie 1923, wo die Mitglieder in Massen aus der Sozialdemokratischen Partei austraten, wo die Massen die Gewerkschaften verließen, und nur unter der Voraussetzung, daß wir anders als 1923 arbeiten und eine revolutionäre Stütze innerhalb der reformistischen Gewerkschaften haben, nur dann werden wir vielleicht einen bedeutenden Teil der Mitglieder und ganze untere Organisationen auf unsere Seite herüberziehen können."* (aus:"Der Kampf in den Gewerkschaften",S.110)

Diese Aussage beweist eindeutig, daß es in der Komintern nicht prinzipiell für unmöglich gehalten wurde, im Rahmen einer revolutionären Welle eine Gewerkschaft ganz oder teilweise zu erobern.Die Frage ist in diesem Zusammenhang nicht, ob so etwas prinzipiell eine Illusion ist, wie die Gruppe Rote Fahne (KPD) meint, sondern es ist eine Frage der Verankerung der Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften.

Anders liegen die Verhältnisse in der Phase der relativen Stabilisierung. Die Stabilisierung, die auch eine Befestigung der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse mit sich bringt und den größten Teil auf der Stufe des bloßen Trade-Unionismus verhaften läßt, führt automatisch auch zu einer Befestigung der Herrschaft der Klassenversöhnler im Gewerkschaftsapparat, die eine Eroberungsstrategie zur Illusion werden läßt. Genau diese Konsequenz hat die KPD nach 1925 auch gezogen, indem sie die Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen und den sytematischen

Aufbau kommunistischer Fraktionen auf allen gewerkschaftlichen Ebenen einleitete.

Insgesamt ist es eine völlig unmaterialistische Methode, die Entwicklung der Gewerkschaftslinie der Kommunisten während der Weimarer Republik von der objektiven Entwicklung abzulösen und eine lineare Linie zu immer größerer Klarheit zu behaupten. Schließlich ist es klar, daß die Kommunisten ihre Taktik auch in den Gewerkschaften danach bestimmen, ob eine revolutionäre Welle, die Phase der relativen Stabilisierung oder eine Krise bisher unbekannten Ausmaßes und eine Entwicklung zum Faschismus vorliegt. Wie die Gruppe Rote Fahne (KPD) dazu kommt, sich im Rahmen ihrer Orientierung an der Linie der KPD in der Weimarer Republik ausgerechnet in der heutigen Situation eine Taktik herauszusuchen, die unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise und der drohenden Entwicklung zum Faschismus angewandt wurde, ist für einen Materialisten ziemlich unverständlich. *"Das Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung ist ohne Zweifel eine entscheidende Stütze für die Bestimmung einer korrekten marxistisch-leninistischen Praxis. Verallgemeinerungen sind allerdings nur in dem Maße zulässig, wie untersucht wird, unter welchen historisch-konkreten Bedingungen eine Taktik entwickelt worden ist, inwieweit sie und die daraus abgeleiteten Kampfformen der Wirklichkeit angemessen waren und inwieweit der gegenwärtige Stand des Klassenkampfes deren Anwendung erlaubt."* (Lagarde, Bemerkungen zur Faschismusdiskussion, NRF 6/71)

Keine der solcherart formulierten Voraussetzungen für die "Verallgemeinerung" oder wie die Gruppe Rote Fahne (KPD) sagt, das "Festhalten" an der RGO;Taktik ist bisher von dieser Organisation erfüllt worden.

Die Kritik der Gruppe Rote Fahne (KPD) an dem RGO; Kurs zwischen 1928 und 32 verbleibt völlig in dem immanent;hilflosen Rahmen, der auch die Versuche einer Selbstkritik in der Komintern zwischen 1931 und 1934 kennzeichnet. Die Tatsache, daß z.B. Thälmann auf dem XII.EKKI-Plenum und Pjatnizki seit 1931 zunehmend die Mißerfolge kritisierten und die Notwendigkeit der Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften betonten, was aber kaum nennenswerte praktische Ergebnisse brachte, ändert nichts an der Tatsache, daß das Verständnis der wirtschaftlichen Abwehrkämpfe als "Offensive",als Vorgefechte der Entscheidungsschlacht etc. falsch war. Falsch war auch die Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Faschismus, die in der Sozialfaschismustheorie enthalten ist und von Merker nur noch zum Gipfel getrieben werden mußte. Ebenso falsch war die Vorstellung von der Faschisierung der Gewerkschaften. An diesen Punkten muß eine vorwärtstreibende Kritik an der RGO-Linie ansetzen und nicht erst an den Erörterungen über die organisatorische Vermittlung von RGO-Branchenleitung,Fraktionsleitung und Betriebszellenleitungen. So wichtig eine Erörterung der organisatorischen Fehler auch sein mag, so wenig ersetzt sie die Erörterung der politischen Fehler, die die Ursache für das Scheitern der kommunistischen Gewerkschafts-Taktik zwischen 1928 und 32 sind. Die Analyse der Entwicklung der Gewerkschaftspolitik der KPD, wie sie in dem Band 1 der "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" enthalten ist, stellt gemessen an dieser Aufgabe keinen Fortschritt dar, sondern ist in den entscheidenden Punkten durch Auslassungen,Fehler,Halbrichtigkeiten und ein gehöriges Maß an politischer Mythenbildung gekennzeichnet. (7)

U.B.

---

(7) Eine wirklich interessante Information ist allerdings in dem Band 1 über "Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" noch enthalten. Im Anschluß an die Analyse befinden sich eine Reihe von Kurzbiographien. Darunter ist auch eine von Walter Ulbricht, in der es u. a. heißt:
"Nach dem **Scheitern der Einheitsfront von unten** wandte sich Ulbricht 1931 und Anfang 1932 gegen die bisherige Einheitsfronttaktik und forderte ein stärkeres Zusammengehen mit der SPD gegen den Faschismus." (a.a.O.,S.109) Es wäre interessant zu wissen, in welchem Verhältnis diese Forderung Ulbrichts zur "Sozialfaschismustheorie" gestanden hat. Diese insgesamt wichtige Information, in der das Scheitern der Einheitsfrontpolitik von unten eingestanden wird, ist merkwürdigerweise nicht in der Analyse enthalten, sondern befindet sich mehr zufällig in der Kurzbiographie Ulbrichts.

DIE FRONT 1/73

Die "FRONT" - Zeitschrift zur Unterstützung des Kampfes der Völker des Nahen Osten
Herausgegeben vom SOZIALISTISCHEN PALÄSTINA-KOMITEE, Heidelberg
Erscheint im Verlag Neues Rotes Forum
Bestellungen über D.Hildebrandt, 69 HD, Postf.834

INHALT u. a.:

- Die Lehren des Junikrieges und der Weg der Widerstandsbewegung zur Nationalen Einheit
- Die FPDLP zu den letzten Verhaftungen in Israel
- Alle Demokratie dem Volk - Alle Opfer für das Vaterland
- Die arabische Reaktion
- Der Befreiungskampf des kurdischen Volkes im Irak
- Pressemeldungen über Nahost

Politischer Bericht des ZA der KG(NRF) für die Delegiertenversammlung vom 18.-20.Mai 1973

Der Zentralausschuß der KG (NRF) hat in den letzten Monaten verschiedene Dokumente vorgelegt, die sich mit der Entwicklung des Klassenkampfes im internationalen Maßstab, mit der Entwicklung des Klassenkampfes in der BRD und mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und in Westberlin auseinandersetzen.
Die wichtigsten dieser Dokumente sind:

Die Ergebnisse der Bundestagswahl und unsere Taktik	AZ Nr.10,Dez. 72
Lehren aus der Metalltarifrunde	AZ Nr.11,Jan. 73
Die Entwicklung der KG (NRF) und die nächsten Aufgaben beim Wiederaufbau der KPD	AZ Nr.11,Jan. 73
Bericht des ZA an die Kollektivleiter	nichtveröffentlicht.

Außerdem hat der ZA zu entscheidenden Fragen des Klassenkampfes Stellungnahmen erarbeitet. Zur Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften veröffentlichte er in AZ Nr. 11, Jan. 73 eine Resolution und in AZ Nr. 3 März 1973 Erläuterungen. In AZ Nr. 4, April 1973 veröffentlichte er eine Stellungnahme zur Politik der Aktionseinheit.

Diese Dokumente und Stellungnahmen des ZA sind Ausdruck seiner politischen Tätigkeit und müssen ebenso wie dieser politische Bericht als Materialien der Vorbereitung für die Delegiertenkonferenz und der Diskussion auf der Delegiertenkonferenz zugrundegelegt werden. Die Feststellungen und Festlegungen, die in diesen Dokumenten getroffen wurden, werden im Rechenschaftsbericht nicht im Einzelnen wiederholt. Der Rechenschaftsbericht stützt sich auf diese Dokumente, nimmt aber nicht noch einmal alle Gesichtspunkte auf, die in diesen Dokumenten niedergelegt sind.

Internationale Lage und die Entwicklung des internationalen Klassenkampfes

Die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft hat im gegenwärtigen Zeitabschnitt der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution folgende Hauptwidersprüche hervorgetrieben:

1. den Widerspruch zwischen den unterdrückten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits,
2. den Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern,
3. den Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie den Widerspruch unter den imperialistischen Staaten,
4. den Widerspruch zwischen den sozialistischen Staaten einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits.

Über die Entwicklung der proletarischen Weltrevolution wird an allen Fronten, die durch diese Widersprüche gesetzt sind, entschieden und die Politik der Kommunisten aller Länder wird durch die Existenz und Entfaltung dieser Widersprüche bestimmt.

Der Befreiungskampf der Völker Asiens, Lateinamerikas und Afrikas entfaltet sich stürmisch.

In den letzten Jahren haben vor allem die Kämpfe an der Front zwischen dem Imperialismus und dem Sozialimperialismus einerseits und den unterdrückten Nationen andererseits die These Mao Tse Tungs "Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution" voll und ganz bestätigt. Weder die beispielslosen Vernichtungsaktionen des US-Imperialismus noch die Kollaboration zwischen US-Imperialismus und SU-Imperialismus bei der Unterdrückung bzw. der Verhinderung der Befreiungskämpfe konnten verhindern, daß die kämpfenden Völker Indochinas den Volkskrieg aufnahmen und auf diesem Weg entscheidende Erfolge erzielten. Sie konnten nicht verhindern, daß das palästinensische Volk den gleichen mühevollen, aber allein erfolgversprechenden Weg eingeschlagen hat.

Auch in anderen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben die Völker die Waffen ergriffen, so in Guinea-Bissau, Angola und Mozambique im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus und seine imperialistischen Helfershelfer.

Bekanntlich hat der SU-Imperialismus alles getan, um die Entfaltung des Volkskrieges der Völker Indochinas zu hintertreiben. Er hat die Entfaltung des Volkskrieges der indochinesischen Völker von vornherein als Störung seiner Pläne betrachtet, sich mit dem US-Imperialismus weltweit zu arrangieren. So hat schon Chrustschow gegen die Entfaltung des Volkskrieges in Südvietnam Stellung genommen, weil seine Politik der "friedlichen Koexistenz" als **General**linie der Außenpolitik ganz allgemein gegen Befreiungskriege der unterdrückten Völker gerichtet war. So hatte er z. B. am 16. September 1959 zu Journalisten im

Nationalen Presseklub gesagt: *"Wir werden uns beharrlich bemühen, ... die glühenden Funken auszutreten, die einen Kriegsbrand entfachen könnten."* (zit.n. Generallinie,S. 221) Die Befreiungskriege der unterdrückten Nationen waren und sind für die SU-Revisionisten gerade solche Funken, die sie austreten möchten. Dies ist auch ihre Haltung zum Kampf des vietnamesischen Volkes. So unterstützten die SU-Revisionisten 1967 Johnsons Schwindel von "bedingungslosen Verhandlungen" und machten sich sogar zum Briefträger dieser unverschämten "Angebote" Johnsons (vgl. Die sowjetische revisionistische Führungsclique ist eine große Verräterin an der vietnamesischen Revolution, in: Peking Rundschau vom 9. Mai 1967), so versuchten sie und versuchen immer noch, die gemeinsame Front der drei Völker Indochinas in ihrem Kampf gegen den US-Imperialismus zu spalten, und so schrieben sie nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens für Vietnam frech: Der Waffenstillstand sei ein Erfolg der Politik der friedlichen Koexistenz und der Entspannung. In einem gemeinsamen Kommunique haben Nixon und Breschnew nach dem Nixonbesuch in Moskau ihre Kollaborationspolitik gegen die Befreiungskämpfe der Völker folgendermaßen niedergelegt: *"Die USA und die Sowjetunion haben eine besondere Verantwortung alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit keine Konflikte oder Situationen entstehen, die der Steigerung internationaler Spannungen dienen könnten."* Dieselbe Leitlinie der Kollaboration gegen die Völker hatte Chrustschow seinerzeit folgendermaßen ausgedrückt: *"Wir (die USA und die SU) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaum zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen."* (Chrustschow, Gespräch mit C. L. Sulzberger am 5.9.61 Prawda vom 10.9.61,zit.n. Generallinie,S. 273).

Die Erfolge der Völker Indochinas in ihrem Volkskrieg gegen den US-Imperialismus sind auch Erfolge über die Sozialimperialisten. Denn wenn es nach denen gegangen wäre, hätten die Völker Indochinas den Volkskrieg gar nicht aufnehmen dürfen. Der Kampf der Völker Indochinas und vor allem der Kampf des vietnamesischen Volkes, das lange Zeit die Hauptlast trug, haben gezeigt, daß auch ein kleines Land gegen die größte imperialistische Supermacht siegen kann, wenn es sich auf seine eigenen Kräfte stützt und den Weg des Volkskrieges einschlägt. Dieses Beispiel ist von großer Bedeutung für alle unterdrückten Nationen.

Obwohl alle Völker, die diesen Weg einschlagen, auf den Widerstand der beiden imperialistischen Supermächte stoßen, gibt es natürlich für jedes Volk auf dem Weg zu seiner Befreiung in jeder Etappe des Kampfes einen Hauptfeind. Für die unterdrückten Völker Asiens, Lateinamerikas und Afrikas ist dieser Hauptfeind gegenwärtig der US-Imperialismus. Die Völker dieser Länder sind durch die Kollaboration der beiden imperialistischen Supermächte nicht nur bedroht – sie können die Widersprüche zwischen diesen beiden Supermächten bis zu einem gewissen Grad ausnützen,wie das das vietnamesische Volk bewiesen hat. Das aber darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der sozialimperialistische Staat seinem Wesen nach nicht weniger aggressiv und gefährlich ist, als der US-Imperialismus. Das hat nicht nur seine bewaffnete Intervention in der CSSR gezeigt, die er durch Kolonialistentheorien wie der Theorie von der "begrenzten Souveränität" gerechtfertigt hat, sondern auch die offene Unterstützung der indischen Aggression gegen Pakistan, sowie seine Großmachtpolitik im Nahen Osten. Für die Kommunisten kommt es darauf an, das gemeinsame imperialistische Wesen der beiden Supermächte in ihrem Bestreben, die Welt in ihre Einflußsphären aufzuteilen und die Völker zu unterjochen, klar zu erkennen. Gleichzeitig müssen sie in jedem konkreten Kampf untersuchen, wer der Hauptfeind ist und die Widersprüche zwischen den beiden imperialistischen Supermächten ausnutzen.

Die unterdrückten Länder Asiens, Lateinamerikas und Afrikas sind gegenwärtig immer noch die Sturmzentren der Weltrevolution. Aber gerade die Kämpfe der Nationen dieser Kontinente tragen dazu bei, daß sich auch die inneren Widersprüche der imperialistischen Länder verschärfen. Die chinesischen Genossen haben 1963 folgendes festgestellt: *"Das Zentrum der globalen Widersprüche, das Zentrum der politischen Kämpfe in der Welt ist nicht unveränderlich, es verschiebt sich mit den Wandlungen im internationalen Kampf und in der revolutionären Situation. Wir sind überzeugt, daß durch die Entwicklung der Widersprüche und der Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie in Westeuropa und Nordamerika, den Entstehungszentren des Kapitalismus und dem Herzland des Imperialismus, eines Tages doch die große Stunde des gewaltigen Ringens schlagen wird. In jenem Augenblick werden Westeuropa und Nordamerika zweifellos zu Zentren der politischen Kämpfe der Welt werden, zu Zentren der globalen Widersprüche."* (Generallinie,S. 227) Seit die chinesischen Genossen das feststellten, sind wir "jenem Augenblick" bedeutend näher gekommen.

Der Aufschwung der Klassenkämpfe in Westeuropa und Nordamerika ist unübersehbar.

Der französische Mai von 1968 war das deutlichste Zeichen für den Neuaufschwung der Klassenkämpfe in Westeuropa. Er hat auch gezeigt, wie schnell sich auch gerade in den kapitalistischen Ländern die Klassenkämpfe zuspitzen können und wie wichtig es ist, daß das Proletariat und die Volksmassen durch eine marxistisch-leninistische Partei auf diese Zuspitzung der Klassenkampfsituation vorbereitet sind, wenn sie nicht zu einem vorübergehenden Rückschlag führen soll. Seit dem französischen Mai haben die Klassenkämpfe in Westeuropa an Breite und Tiefe gewonnen, wenn sie auch bisher nirgends zu einer entsprechenden neuen Zuspitzung geführt haben. Vor allem in Italien und England haben sich die Klassenkämpfe verschärft. In diesen Ländern befindet sich der Kapitalismus in einer offenen Krise. In England muß,nach dem endgültigen Verlust der Vorrangstellung in der Welt, ein neuer Weg eingeschlagen werden, der scharfe Klassenwidersprüche hervorruft und die arbeiteraristokratischen Strömungen im englischen Proletariat zerstört. In Italien sind ganz neue Schichten ins Industrieproletariat hineingeworfen worden. Die Rebellion dieser Schichten verbindet sich in den klassischen Industriezentren zunehmend mit der Kampferfahrung des traditionellen Industrieproletariats. Auch in den skandinavischen Ländern entwickeln sich große Streikbewegungen wie 1969 in Schweden und wie dieses Jahr in Dänemark. In der Bundesrepublik ist es mit der Friedhofsruhe der frühen 60iger Jahre vorbei. Die Septemberstreiks von 1969 waren nicht eine einmalige vermeidbare Reaktion auf "Fe hler" in der Konjunkturpolitik der Regierung und der Tarifpolitik der Kapitalistenverbände und Gewerkschaftsbürokratie, sondern erstes Anzeichen eines neuen Selbstbewußtseins des westdeutschen Proletariats, das sich seither auch in anderen Kämpfen gezeigt hat.

Wir können noch in keinem dieser Länder von der Entwicklung einer revolutionären Situation sprechen oder auch nur davon, daß in einem dieser Länder schon große Teile des Proletariats den Kampf für den revolutionären

Sturz der Bourgeoisie bewußt aufgenommen hätten. Dennoch ist dieses Neuerwachen der Arbeiterbewegung der entscheidende Wendepunkt in der europäischen Nachkriegsgeschichte, die von Niederlagen der Arbeiterklasse und von einem Abschwung der Arbeiterbewegung gekennzeichnet gewesen ist. Von Bedeutung für die Entwicklung der Klassenkämpfe ist auch, daß sie Hand in Hand geht mit revolutionären Entwicklungen in der neuen Mittelklasse, vor allem unter der Schuljugend und unter den Studenten, die sich auf die Arbeiterklasse zubewegen und ihren Kampf mit dem der Arbeiterklasse verbinden wollen. Es ist dies das erstemal in der Geschichte des westeuropäischen Kapitalismus, daß diese Schichten sich nicht nur enttäuscht von der Bourgeoisie abwenden, sondern in großer Zahl sich die Ziele der Arbeiterbewegung zu eigen machen.

Hinter der Entwicklung des Klassenkampfes in Westeuropa hinkt die Entwicklung des Klassenkampfes in den beiden imperialistischen Supermächten noch hinterher. In den USA gibt es zwar mehrere revolutionäre Bewegungen im Volk, die sich in der Friedensbewegung gegen die US-Aggression in Vietnam zusammengefunden hatten. Die Minderheiten finden sich nicht länger mit einem Leben in Unterdrückung und Armut ab. Die Veteranenbewegung wird durch die bestehende Wirtschaftslage in eine Arbeitslosenbewegung verwandelt. Der eigentliche Kern des US-Proletariats ist aber noch nicht in Bewegung gekommen.

Während es in verschiedenen revisionistischen Ländern (Polen,CSSR,Jugoslawien) bei verschiedenen Gelegenheiten zu Massenstreiks und Massenbewegungen mit teilweise revolutionärem Charakter gekommen ist, scheint dies bisher in der SU nicht der Fall zu sein. Auch die sich verschlechternde Versorgungslage, die durch die Rekapitalisierung der Landwirtschaft hervorgerufen wird, scheint bisher noch keine revolutionären Auswirkungen zu haben. Das russische Proletariat mit seiner revolutionären Vergangenheit wird sich jedoch auf die Dauer nicht mit dem Verlust der politischen Macht und der Verschlechterung seiner Situation abfinden, die nur deshalb noch nicht voll zum Ausdruck kommt, weil die Machthaber in der Sowjetunion auf Kosten der Ressourcen des Landes sich Hilfe bei den Imperialisten verschaffen.

Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten lassen sich nicht unterdrücken.

Während die Annäherung und Zusammenarbeit zwischen dem sozialimperialistischen Staat und den imperialistischen Staaten Fortschritte machen und eine deutliche Frontverschiebung nach sich ziehen, wachsen die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten. Den deutlichsten Ausdruck fanden sie bis jetzt in den verschiedenen Weltwährungskrisen. In diesen drückten sich die Kräfteverschiebungen zwischen den Verliermächten des II. Weltkrieges und den USA, und zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA aus. Japan und die BRD haben die Zeit genutzt, in der die USA durch den Krieg in Vietnam in ihren Möglichkeiten auf dem Weltmarkt eingeschränkt war. Die Herausbildung der EG bedeutet für die USA die Herausbildung eines Wirtschaftssystems, zu dem ihnen der Zugang erschwert ist. Die ständigen Sprüche der verschiedenen politischen Repräsentanten der einzelnen imperialistischen Staaten – "Einen Handelskrieg wird es nicht geben." (so jetzt wieder Brandt in den USA) – können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Handelskrieg schon begonnen hat und sich notwendig verschärfen muß, wenn die USA ihre frühere Position nicht freiwillig aufgeben wollen. Und wo hat es das jemals gegeben, daß ein imperialistischer Staat freiwillig auf seine Vormachtstellung verzichtet hätte? Auf der anderen Seite können die BRD, Japan und die EG natürlich nicht auf die von ihnen eroberten Weltmarktanteile verzichten. Der Handelskrieg ist also die notwendige Konsequenz aus der Tatsache, daß der Drang zur Profitproduktion im Kapitalismus grenzenlos ist, der Weltmarkt aber nicht unbegrenzt aufnahmefähig ist, wie es vorübergehend erscheinen mochte. Die Situation wird auf die Dauer dadurch verschärft, daß die SU immer mehr als imperialistischer Konkurrent auf dem Weltmarkt auftritt. Schon jetzt beklagen sich die westdeutschen Kapitalisten angesichts des Verlaufs der Hannover Messe über die Konkurrenz der SU und der Comeconländer (vgl. z. B. "Comecon-Länder profitieren", RNZ vom 2.5.73).

Die Verwandlung der SU aus einem sozialistischen Staat in einen sozialimperialistischen Staat, der Zusammenschluß der europäischen Länder in der EG, der Aufschwung Japans und die relative Schwächung des US-Imperialismus haben die früheren politischen Fronten verändert, wobei sich die neuen Fronten noch nicht ganz herausgebildet haben. Diesem Zustand entspricht die äußerst rege diplomatische Tätigkeit, die gegenwärtig von allen Chefpolitikern der imperialistischen Staaten und des sozialimperialistischen Staates entwickelt wird. All das stellt sich dar unter dem Deckmantel einer weltweiten "Entspannungspolitik". Tatsächlich bereiten sich aber ganz neue "Spannungen" vor, die die alten teilweise überlagern, teilweise ergänzen. Diese Situation ist gekennzeichnet sowohl durch die großangelegten betrügerischen "Friedenskonferenzen", wie sie gegenwärtig in Finnland und Österreich stattfinden, als auch durch die wachsenden Gegensätze in den bestehenden Bündnissystemen (vgl. Nixons außenpolitischen Bericht an den Kongreß). Wie immer sich die gegenwärtig äußerst komplizierten Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat selber "lösen" werden – es wird keine friedliche Lösung sein. Deshalb müssen die Kommunisten den Schwindel der sogenannten Entspannungspolitik entlarven und die Wachsamkeit der Völker gegenüber den verschiedenen imperialistischen Manövern schärfen.

Trotz ständiger Bedrohung durch den Imperialismus und Sozialimperialismus erstarken die sozialistischen Staaten und schreiten beim Aufbau des Sozialismus vorwärts.

Die chinesischen Volksmassen haben durch die siegreiche Große Proletarische Kulturrevolution die Grundlagen gefestigt, auf denen sie fortschreiten können beim Aufbau des Sozialismus. Das revolutionäre Hauptquartier um Mao Tse-tung hat die vorübergehende Unordnung, die die Kulturrevolution zweifellos bedeutete, der Restauration der kapitalistischen Ordnung vorgezogen, auf die das bürgerliche Hauptquartier um Liu Tschao-tschi hinarbeitete. Die Kulturrevolution ist inzwischen in eine Phase der Konsolidierung ihrer Erfolge eingetreten, die nur Menschen, die die Unordnung "als solche" lieben für einen Rückschritt gegenüber der Zeit von 1966/67 halten können. Die drei Bewegungen des Klassenkampfes, des Produktionskampfes und des wissenschaftlichen Experimentierens haben einen großen Aufschwung genommen. Eine breite Schulungsbewegung des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung – Ideen hat das ganze Land erfaßt und zeitigt schon ihre ersten Ergebnisse.

In der Umerziehung der Kader, die den kapitalistischen Weg gingen, wurden Fortschritte gemacht. Die Hochschulen sind endgültig aus Hochburgen der Bourgeoisie in Institutionen des Proletariats verwandelt worden. Diese innere Festigung hat auch der Hoffnung der US-Imperialisten auf eine Degeneration des Sozialismus in China und auf eine

Rückeroberung Chinas von dem imperialistischen Brückenkopf Taiwan einen Schlag versetzt. Der Nixonbesuch in China und das prinzipielle Zugeständnis, die US-Truppen von Taiwan abzuziehen, sind Ausdruck dieser Tatsache. Das bedeutet natürlich nicht, daß der US-Imperialismus sich mit der Existenz der Volksrepublik China abgefunden hätte. Es bedeutet aber, daß er seine bisherigen Kampfmittel gegen die Volksrepublik China für gescheitert erklärt hat.

Der Einzug der Volksrepublik China in die UNO ist ebenfalls ein bedeutender Erfolg nicht nur für die VRCh selbst, sondern für die Völker der Welt. Denn dieser Einzug der VRCh in die UNO trägt dazu bei, dieses ehemalige Instrument des US-Imperialismus und der Zusammenarbeit zwischen US-Imperialismus und Sozialimperialismus in eine Tribüne des internationalen Klassenkampfes und der Entlarvung und Verurteilung der imperialistischen Manöver der Supermächte zu verwandeln.

Die bisherige Einkreisungspolitik der USA gegen die VRCh ist teilweise gescheitert. Dazu haben vor allem die Siege der Völker Indochinas beigetragen. Die VRCh ist das feste Hinterland dieser Völker und hat sie immer selbstlos unterstützt. Auch die revolutionäre Außenpolitik der VRCh hat zur Schwächung der Einkreisungspolitik beigetragen. Gleichzeitig hat jedoch die SU ihre Einkreisungspolitik verstärkt. Sie weigert sich nicht nur die Grenzfragen mit der VRCh zu klären und die früheren Zusagen der SU einzuhalten, sondern sie hat auch den größten Teil ihrer Truppen an der chinesischen Grenze stationiert und unternimmt laufend Aggressionsakte gegen die VRCh. Ihr Manöver für einen asiatischen Sicherheitspakt ist ein neuer Schachzug zur Einkreisung der VRCh. Die Devise Mao Tse-tungs: "Die Revolution anpacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitung für den Kriegsfall fördern" ist die richtige Antwort auf diese Situation.

Die Volksrepublik Albanien hat von vornherein einen entsprechenden Weg wie die VRCh eingeschlagen. Diese beiden sozialistischen Staaten standen unter Führung ihrer kommunistischen Parteien in vorderster Front gegen die Spaltung des sozialistischen Lagers durch die SU-Revisionisten. Die Partei der Arbeit Albaniens hat auch sofort die allgemeine Bedeutung der Großen Proletarischen Kulturrevolution begriffen und ihre Lehren auf das eigene Land angewandt. Hier in Europa ist Albanien der feste Stützpunkt des Sozialismus, dessen ideologische und politische Bedeutung immer mehr zur Geltung kommt.

Andere sozialistische Staaten, die mehr oder weniger klar mit dem Revisionismus gebrochen haben und sich zumindest ihre Unabhängigkeit gegenüber dem sozialimperialistischen Staat bewahrt haben, sind Nordvietnam, Nordkorea und Rumänien. Die kommunistischen Parteien dieser Länder haben sich immer entschieden gegen die Spaltung des sozialistischen Lagers durch die SU-Revisionisten ausgesprochen, wenn sie auch nicht in jeder Frage mit der Linie der Revisionistenclique an der Spitze der KPdSU und der SU gebrochen haben. Sie haben alle Versuche der SU-Revisionisten, diese Länder in abhängige Länder zu verwandeln, entschieden zurückgewiesen.

Für die unterdrückten Völker und die revolutionären Teile des Proletariats in den imperialistischen Länder ist das Beispiel der sozialistischen Länder ein großes Vorbild. Vor allem haben die chinesische und die albanische Partei die Marxisten-Leninisten aller Welt ermutigt, mit den SU-Revisionisten zu brechen,wozu sie sonst mit all ihrer Ehrfurcht vor dem Land der Oktoberrevolution und der Partei Lenins nicht ohne weiteres in der Lage gewesen wären. Das chinesische Proletariat und das Proletariat der anderen sozialistischen Ländern haben dem internationalen Proletariat den Beweis geliefert, daß die Entwicklung der SU und der anderen revisionistischen Länder keineswegs zwangsläufig ist und haben seinen Willen gestärkt, unbeirrbar auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats und zur Errichtung des Sozialismus vorwärtszuschreiten.

Die Klassenkämpfe in der BRD

Die Hauptwidersprüche der gegenwärtigen Zeitspanne der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution wirken sich sämtlich objektiv und subjektiv auf die Klassenkämpfe in Westdeutschland aus. So hat sich gegen die US-Aggression in Indochina eine Solidaritätsbewegung mit den Völkern Indochinas herausgebildet, die längst Massencharakter angenommen hat. So wirken die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und zwischen dem imperialistischen Lager und dem sozialimperialistischen Staat sich entscheidend auf die Lage der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen aus. So haben die Kulturrevolution in China und der Aufbau des Sozialismus in China und Albanien einen entscheidenden Einfluß auf die junge revolutionäre Bewegung in Westdeutschland und tragen in der Arbeiterklasse zur Reinhaltung des Bildes vom Sozialismus bei. Die Grundlage,auf der sich diese internationalen Widersprüche in Westdeutschland auswirken, ist das Ausbeutungssystem in Westdeutschland selber mit seinem Hauptwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Die westdeutsche Kapitalistenklasse greift das Lebensniveau des Proletariats an.

Die Jagd nach Profiten auf Grundlage des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses treibt die Kapitalisten auf den Weltmarkt und zwingt sie zu Kapitalanlagen in aller Welt. Solange sie dabei auf keine schweren Hindernisse stoßen, wollen sie immer rascher vorwärtsgehen, um die günstige Lage auszunutzen. Sie verschärfen die Ausbeutung im Innern, haben aber gleichzeitig die Möglichkeit, die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse durch eine gewisse Erhöhung des Reallohns zu kompensieren. Gewisse Reformen können durchgeführt werden, die die soziale Lage der Arbeiterklasse verbessern und die verschärfte Ausbeutung erträglich erscheinen lassen. Mit Zwangsläufigkeit führt aber die Jagd nach Profiten zu Überproduktionserscheinungen und zur Überfüllung des Weltmarkts. Der Traum von der schrankenlosen Ausdehnung der Produktion, vom ununterbrochenen Vorstoß auf den Weltmarkt und von ungehindertem Eindringen in fremde Länder zerstiebt. Die Produktion kann nur aufrechterhalten und weitergetrieben werden, wenn die Konkurrenten niedergeschlagen werden. Die Weltmarktanteile können nur gehalten oder gesteigert werden, wenn die Konkurrenten unterboten und aus dem Feld geschlagen werden. Gelingt das nicht, dann ist an eine Ausdehnung der Kapitalanlage gar nicht zu denken. Der Warenabsatz stockt, das Geldkapital geht nicht zurück in die Produktionssphäre, die Produktion kommt zum Erliegen, es entsteht Arbeitslosigkeit.

So stellt sich aber die Lage für alle beteiligten Kapitalisten und Kapitalistengruppierungen dar. Keine weicht freiwillig zurück und kann es auch nicht bei Strafe des eigenen Untergangs. Notwendig verschärfen sie alle den Druck auf die Arbeiterklasse. Die angespannte Konkurrenzsituation läßt nicht länger irgendwelche Kompensationen für die verschärfte Ausbeutung zu. Der Angriff auf den Reallohn beginnt mit aller Schärfe. Wohin wir schauen, in welches Land wir blicken, überall ist dieser Angriff im Gange, ob er nun nur die Form der inflationären Ausplünderung der Massen auf dem Weltmarkt, oder zusätzlich die verschärfte Ausplünderung durch den kapitalistischen Staatsapparat

oder gar die Form des offiziellen Lohnstopps annimmt. Überall treibt die kapitalistische Konkurrenz die Kapitalisten und ihren Staatsapparat zu einem Angriff auf den Reallohn. Dies ist der Schritt von der Tendenz zur relativen Verelendung der Arbeiterklasse, die sich ständig durchsetzt zur absoluten Verelendung, die in allen schweren Krisen des Kapitalismus zu Tage tritt. Diese Tendenz zur absoluten Verelendung, d. h. zur Senkung des Reallohns ist die entscheidende Ursache für die Verschärfung der Klassenkämpfe in den imperialistischen Ländern im allgemeinen und in Westdeutschland im besonderen. Die drei Geisseln des Kapitalismus: die Ausbeutung und die Arbeitshetze im Betrieb, die ständige Grundlage der relativen Verelendung der Arbeiterklasse und die Ausplünderung auf dem Warenmarkt durch Preissteigerungen, sowie die Ausplünderung durch den Kapitalistenstaat mittels Steuern und Sozialabgaben treiben die Arbeiterklasse notwendig hinein in einen Kampf für die Erhaltung ihres gegenwärtigen Lebensniveaus. Unter den Schlägen dieser drei Geisseln gehen die reformistischen Illusionen in der Arbeiterklasse zu Bruch und die Unausweichlichkeit des Kampfes wird offensichtlich.

Unter welchen konkreten ökonomischen und politischen Bedingungen entwickelt sich dieser Kampf in Westdeutschland? Entscheidend ist, daß er nach einer Welle des fast ununterbrochenen Aufschwungs des westdeutschen Kapitalismus und eines fast ebenso ununterbrochenen Aufschwungs des Reallohns stattfindet. Die Arbeiterklasse ist durch keine längeren Perioden der Arbeitslosigkeit geschwächt. Gleichzeitig geht der Angriff auf den Reallohn vorläufig Hand in Hand mit einem Aufschwung der Konjunktur und der Auftragseingänge. Das verbessert objektiv und subjektiv die Bedingungen für den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage. Diese Bedingungen werden freilich nicht ewig dauern. Gerade wenn es den Arbeitern gelingen wird, ihre Lebenslage zu halten oder gar zu verbessern, dann wäre das nur der Sturmvogel der Krise, die sich unabhängig davon entwickelt. Umso wichtiger ist es, daß die Arbeiterklasse die gegenwärtigen noch relativ günstigen Kampfbedingungen nützt, um den Kampf einzuleiten und sich für schwerere Kämpfe zu rüsten. Das reformistische Bewußtsein in der Arbeiterklasse wirkt sich auf die Einleitung dieser Kämpfe in zweierlei Weise aus: auf der einen Seite führt es dazu, daß die Arbeiterklasse sich scheut, von sich aus den Kampf bedingungs- und kompromißlos zu führen. Auf der anderen Seite führt dieses reformistische Bewußtsein mit all seinen Rechtsvorstellungen und seiner Gutgläubigkeit gegenüber dem kapitalistischen Staat dazu, daß der Schritt von der Empörung zu Kampfmaßnahmen wahrscheinlich geringer ist als oft angenommen wird. Als Beispiel dafür können die Bewegungen in der Druckindustrie gelten, in der durchschnittlich die höchsten Löhne bezahlt werden und wo vielleicht gerade deshalb der Angriff auf den Reallohn auf die entschiedenste Abwehr gestoßen ist, die sich in einer großen Kampfbereitschaft und in ziemlich militanten Kampfformen niederschlug, in großen Streikversammlungen und Demonstrationen und in der Weigerung arbeiterfeindliche Artikel gegen den Lohnkampf der Druckarbeiter abzudrucken.

Unter diesen Bedingungen wird sich auch der Kampf in den Gewerkschaften rasch verschärfen, weil kein Mensch einsieht, wieso ausgerechnet die Arbeiter die Kosten des vorläufig noch erfolgreichen Konkurrenzkampfes des westdeutschen Kapitals bezahlen sollen, wie es die Kapitalistenverbände und der kapitalistische Staat wollen und wie es die Gewerkschaftsführung duldet und objektiv unterstützt.

In dieser Lage sind spontane Streiks durchaus wahrscheinlich und die Kommunisten müssen sich nicht nur auf diese Möglichkeit einstellen, sondern alles daransetzen, daß diese Streiks mit einem möglichst hohen Grad von Bewußtsein und von Organisation eingeleitet werden. Gleichzeitig müssen sie die Vorbereitung von selbständigen Streiks mit dem Kampf um die Gewerkschaften verbinden und dürfen sich davon durch keinerlei spontane Austrittsabsichten einer Reihe von kämpferischen Arbeitern und durch linksopportunistische Versuche auf neue Gewerkschaften hinzuarbeiten, abhalten lassen.

Politisch wird diese Entwicklung unter den Bedingungen einer SPD/FDP-Regierung zu einer Schwächung des Einflusses der SPD in der Arbeiterklasse führen, was aber gar nicht eine Stärkung der revolutionären Positionen zu bedeuten braucht. Diese Entwicklung wird nämlich zu einer Polarisierung auch in der Arbeiterklasse selber führen, wobei die Gefahr, daß ein Teil der Arbeiterklasse spontan nach rechts geht, nicht unterschätzt werden darf. Die Kommunisten müssen deshalb in dieser Situation alles daran setzen, ideologische Klarheit in der Arbeiterklasse zu schaffen, um die Arbeiterklasse möglichst geschlossen nach links zu führen und alle reaktionären Strömungen in der Arbeiterklasse entschieden zu bekämpfen. Es besteht die Gefahr einer Stärkung von nationalistischen und chauvinistischen Positionen in der Arbeiterklasse und im Volk.

Nationalismus und Chauvinismus werden bei der Verschärfung der internationalen Konkurrenz und der Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten zu einem besonders gefährlichen Instrument der Bourgeoisie, um die Arbeiterklasse an sich zu ketten. Der Kampf gegen Reformismus und Revisionismus, als Haupthindernisse auf dem Weg zur proletarischen Revolution muß deshalb ergänzt werden durch den Kampf gegen Nationalismus und Chauvinismus, in den die spontane Enttäuschung über die SPD/FDP-Regierung teilweise umschlagen kann.

Der Reformismus und der Revisionismus als opportunistische Strömungen in der Arbeiterklasse werden unter dem Deckmantel der sozialen Demagogie selbst verstärkt nationalistische und chauvinistische Züge annehmen in dem Maße, wie die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten sich verschärfen. Umso wichtiger wird die Propagierung des proletarischen Internationalismus, dessen Bedeutung schon auf der Ebene des Alltagskampfes aufgezeigt werden muß : verzichtet das Proletariat eines Landes auf den entschiedensten Kampf zur Verteidigung des Werts der Arbeitskraft, so schwächt es die Kampfbedingungen des Proletariats der anderen Länder. In Westdeutschland, wo das Proletariat aus Angehörigen der verschiedensten Nationalitäten zusammengesetzt ist, ist die Erziehung des Proletariats im Geiste des proletarischen Internationalismus die Voraussetzung schon für Erfolge im Alltagskampf.

Die SPD/FDP-Regierung erfüllt gegenwärtig die Aufgabe, die Bourgeoisie nach innen und außen bis auf die Zähne zu bewaffnen und gleichzeitig die Arbeiterklasse ideologisch, politisch und organisatorisch zu entwaffnen. Diese Funktion der SPD/FDP-Regierung muß schonungslos entlarvt werden. Gleichzeitig ist es falsch, aus der Tatsache, daß der Reformismus und Revisionismus als Strömungen in der Arbeiterklasse die Haupthindernisse sind bei der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution, und daß der Reformismus in den Augen der Massen durch die SPD repräsentiert wird, eine Theorie des Hauptstoßes gegen die SPD/FDP-Regierung abzuleiten. Durch eine solche Theorie wird die SPD/FDP-Regierung zu einer Art Kerenski-Regierung stilisiert, die nur noch gestürzt werden muß, damit das Proletariat die politische Macht ergreifen kann. Dies ist eine

äußerst schädliche Theorie, die der gegenwärtigen Klassenkampfsituation nicht entspricht und eine konsequente Überzeugungsarbeit der Kommunisten unmöglich macht. Solange die Arbeiterklasse nicht in der Lage ist, die politische Machtfrage zu stellen, richtet sich ihr politischer Kampf primär gegen**k konkrete** Arbeiter - und massenfeindliche Maßnahmen der Bourgeoisie, aber nicht primär gegen diese oder jene Regierung. Den Sturz der SPD/FDP -Regierung auf die Tagesordnung zu stellen - und darauf läuft die Parole: Hauptstoß gegen die SPD/FDP **-Regierung** hinaus - heißt die Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung stellen. Da dies gegenwärtig nicht möglich ist, fassen wir den ideologischen Kampf gegen den Reformismus in der Arbeiterklasse und den politischen Kampf gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der SPD/FDP -Regierung gegenwärtig nicht in der Parole „ Kampf der SPD-FDP -Regierung " zusammen. Als Aktionslosung ist sie verfrüht, als Propagandalosung ist sie zu eng.
Nach jahrelanger Versumpfung des Klassenkampfes und der Vernichtung der kommunistischen Arbeiterpartei, was praktisch darauf hinauslief, daß es jahrzehntelang keine organisierte kommunistische Agitation und Propaganda in der Arbeiterklasse gab, muß gerade der ideologische Kampf um die Meinung der Massen im Zentrum unserer Arbeit stehen. Das kann natürlich nicht bedeuten, daß wir den ökonomischen und den politischen Kampf vernachlässigen. Das muß aber bedeuten, daß unser Eingriff in alle Kämpfe darauf ausgerichtet sein muß, die ideologische Klarheit in der Arbeiterklasse zu verbessern. Unsere Kader müssen deshalb vor allem als Propagandisten des Marxismus-Leninismus ausgebildet werden.

Nicht zu Leuten, die abstrakt vom Marxismus-Leninismus daherreden; solche Leute sind keine Kader, sondern zu Leuten, die in der Lage sind, den Marxismus-Leninismus als Wegweiser in jeder Frage des Kampfes anzuwenden und als Waffe im Klassenkampf weiterzugeben.

Die gegenwärtige Lage läuft auf eine Verschärfung der Klassenkonfrontation hinaus. Aber die Arbeiterklasse ist für diese Situation wesentlich schlechter gerüstet als die Bourgeoisie. Während die Bourgeoisie in einer Vielzahl von Verbänden organisiert ist und in zwei großen politischen Parteien über mächtige Instrumente im Kampf um die Massen verfügt, ist die elementare Organisation der Arbeiterklasse, die Gewerkschaftsorganisation in den Händen von Klassenversöhnlern und das heißt praktisch: ihre Politik wird durch die Interessen des Klassenfeindes bestimmt. Politisch ist die Arbeiterklasse nicht nur gespalten, sondern zerstückelt. Die Arbeiterklasse ist also weitgehend führungslos und politisch uneinheitlich. Das zeigt, welche entscheidende Bedeutung dem Wiederaufbau der KPD als Kommunistischer Arbeiterpartei mit Massencharakter und Masseneinfluß zukommt, wenn die Arbeiterklasse sich nicht an verschiedene Schwänze der Bourgeoisie hängen soll. Die Diskussionen darüber, ob es die Partei schon gibt oder noch nicht,oder noch schlimmer, ob man die Partei aufbauen soll oder nicht, sind längst völlig gegenstandslos geworden. Offensichtlich braucht die Arbeiterklasse eine einheitliche marxistisch-leninistische Führung und offensichtlich gibt es diese Führung nicht. In Wirklichkeit geht die Auseinandersetzung darum und kann auch nur darum gehen, **auf welcher politischen Linie** die Partei wiederaufgebaut werden soll, weil die Partei nur in enger Verbindung mit der politischen Linie wiederaufgebaut werden kann. Diese Auffassung gewinnt in der Kommunistischen Bewegung an Boden. Die Erarbeitung des Programms schafft die Grundlagen für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in enger Verbindung mit der politischen Linie. Ohne klares Programm kann es keine politische Linie geben. Aber das Programm legt nur die Grundsätze nieder, die die politische Linie bestimmen müssen. Es kann die politische Linie nicht ersetzen, sondern nur ermöglichen.

Welches sind gegenwärtig die entscheidenden Fragen der politischen Linie und in welcher Weise muß der Wiederaufbau der Kommunistischen Partei mit der richtigen Linie verbunden werden? Die entscheidenden Fragen der politischen Linie sind:

- die Frage der Herstellung der Einheitsfront des Proletariats
- die Frage der Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes und
- die Frage des demokratischen Kampfes als entscheidendes Kettenglied bei der Herausbildung des politischen Klassenbewußtseins des Proletariats und der Vorbereitung des Proletariats auf den Sturz der Bourgeoisie, als Mittel die breiten Volksmassen um das Proletariat zu sammeln und für den Sturz der Bourgeoisherrschaft zu gewinnen.

Nur wenn wir in diesen Fragen die richtige politische Linie entwickeln und beibehalten, können wir die Partei erfolgreich aufbauen, die Voraussetzung für ihre Neugründung schaffen und auf dem Weg zur proletarischen Revolution der ganzen Arbeiterklasse voranschreiten.

Die Einheit des Proletariats kann nur dauerhaft verwirklicht werden, wenn die Arbeiterklasse aufgrund eigener Erfahrungen die Führung der Kommunisten anerkennt als ihre eigene Vorhut. Um aber dahin zu kommen, muß in jeder einzelnen Frage des Klassenkampfes zunächst punktuell die Aktionseinheit der Arbeitermassen hergestellt werden. 'Links'opportunistisch ist es, wenn geglaubt wird, die Kommunisten könnten unmittelbar die Massen hinter den allgemeinen Zielen der Kommunisten sammeln und sie könnten unmittelbar die Massen in den Kampf für diese Ziele führen. 'Links'opportunistisch ist es, wenn auf dem Weg zur Einheit des Proletariats grundsätzlich jede Verhandlung und Vereinbarung mit reformistischen und revisionistischen Organisationen abgelehnt und keine konkrete Politik der Aktionseinheit entwickelt wird. Rechtsopportunistisch ist es, wenn die Kommunisten zulassen, daß die Einheit auf reformistischer und revisionistischer Grundlage zustandekommt, daß sie die offene ideologische Auseinandersetzung um das Endziel des Proletariats ausschließt. Rechtsopportunistisch ist es, wenn der Einheit mit den reformistischen und revisionistischen Organisationen und Führern der Vorrang eingeräumt wird gegenüber der Einheit der Massen auf Grundlage richtiger Teilforderungen und Teilziele.
Nur über die Herstellung punktueller **AKTIONSEINHEITEN** auf Grundlage korrekter Teilforderungen und Teilziele werden die Kommunisten die Einheitsfront des Proletariats herstellen können. Bei der Herstellung der Aktionseinheit für diese oder jene Teilziele und Teilforderungen dürfen die Kommunisten nicht vor Verhandlungen und Vereinbarungen mit reformistischen und revisionistischen Organisationen zurückschrecken und sie dürfen auch nicht Verhandlungsangebote an solche Organisationen einzig zu dem Zweck machen, diese Organisationen zu entlarven (vgl. IV. Kongreß der KI).

Wir haben in der Politik der Aktionseinheit erst geringe Erfahrungen gesammelt. Aber wir können schon heute sagen, daß nur eine korrekte Politik der Aktionseinheit in der Lage ist, die Massen zu vereinheitlichen und in den Kampf zu führen. Durch eine korrekte Politik der Aktionseinheit gewinnen die Kommunisten das Vertrauen der Massen und schaffen die Voraussetzungen für eine feste und dauerhafte Einheitsfront des Proletariats unter der Führung der Kommunisten.

Innerhalb der kommunistischen Bewegung gibt es

gegenwärtig in der Frage der Politik der Aktionseinheit vor allem linksopportunistische Fehler.

Manche Genossen, wie die ML Südwest lehnen den Kampf für Teilforderungen und Teilziele grundsätzlich als rechtsopportunistisch ab. Sie verwechseln die Aufstellung von Teilzielen und Teilforderungen mit der Festlegung einer selbständigen Zwischenetappe vor der proletarischen Revolution. Wenn das Aufstellen von Teilforderungen und der Kampf für Teilziele rechtsopportunistisch wäre, dann wäre die Komintern während ihrer ganzen Geschichte und ihr Programm selbst rechtsopportunistisch gewesen. In dem Programm von 1928 heißt es:
"Wenn **kein revolutionärer Aufschwung** *vorhanden ist, müssen die kommunistischen Parteien, ausgehend von den Tagesnöten der Werktätigen,* **Teilforderungen und Teillosungen** *aufstellen und sie mit den Hauptzielen der Kommunistischen Internationale verknüpfen. (...) Die Taktik der* **Einheitsfront** *als Mittel des erfolgreichen Kampfes gegen das Kapital, der Klassenmobilisierung der Massen und der Entlarvung und Isolierung der reformistischen Führer ist so ein wesentlicher Bestandteil der Taktik der Kommunistischen Internationale* **während der ganzen vorrevolutionären Periode**". (Programm der Komintern, Protokoll des VI. Weltkongresses 1928, Bd. IV, S. 97)

Die Entlarvung und Isolierung der reformistischen und revisionistischen Führer ist aber nur möglich, wenn die Kommunisten ausgehend von den richtigen Teilzielen und Teilforderungen eine korrekte Aktionseinheitspolitik entfalten und nicht künstlich Bedingungen stellen, die den revisionistischen und reformistischen Führern von vornherein einen Ausweg lassen, **ohne** daß sie sich als Spalter der Einheit der Aktion entlarven müssen. Diesen 'links'opportunistischen Fehler haben die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) und die Gruppe "Roter Morgen" (KPD/ML) zum Prinzip erhoben, mit dem Erfolg, daß sie nirgends die Positionen der Revisionisten und Reformisten bei den Massen untergraben konnten. So hat z. B. die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) mehr oder weniger freiwillig die traditionelle Berliner Maidemonstration ohne weiteres dem Einfluß der Revisionisten überlassen, mit dem Effekt, daß diese Demonstration tatsächlich zunehmend unter den Einfluß der Revisionisten geriet. So vertrat ein Vertreter derselben Gruppe bei den Verhandlungen für die Stuttgarter Aktionseinheit gegen die Entrechtung im Öffentlichen Dienst die Auffassung, daß in die von uns vorgeschlagene Plattform unbedingt weitere Bedingungen aufgenommen werden müßten, "weil sonst die Jusos und die DKP-isten unterschreiben könnten". Hinter solchen 'links'opportunistischen Fehlern steckt der Verzicht auf den Kampf um die Massen. Die Revisionisten sollen nicht gestellt und geschlagen werden, um die Einheit der Massen herzustellen, vielmehr wird den Reformisten und Revisionisten aus dem Weg gegangen und die Spaltung der Massen verewigt.

Wir haben in unserer Politik der Aktionseinheit gewisse Erfolge erzielt und die Reformisten und Revisionisten tatsächlich in die Enge getrieben und teilweise geschlagen. Es ist klar, daß eine korrekte Linie 'links'- oder rechtsopportunistische Fehler nicht grundsätzlich ausschließt. Der relativ starke Einfluß der 'Links'opportunisten **innerhalb** der kommunistischen Bewegung macht den 'Links'opportunismus gegenwärtig zur Hauptgefahr in der Politik der Aktionseinheit und in der Einheitsfronttaktik. In dem Maße, wie sich unsere Massenpolitik entfaltet, wird der Rechtsopportunismus zur Hauptgefahr. Generell gilt, daß jeweils die Abweichung zur Hauptgefahr wird, gegen die der Kampf vernachlässigt wird. Dies war längere Zeit bei der 'linken' Abweichung der Fall, wo wir die Auseinandersetzung nur dadurch führten, daß wir praktisch eine weitgehend korrekte Politik machten, aber theoretisch den Kampf nicht öffentlich und scharf genug führten.

Kampf um die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes

Der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes, um die Massen für den Kommunismus zu gewinnen, muß vor allem in den elementaren Massenorganisationen des Proletariats geführt werden. Bei Existenz von Massengewerkschaften muß der Kampf für die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes in diesen Gewerkschaften mit dem Ziel der Eroberung dieser Gewerkschaften für den Kommunismus geführt werden.

Wir sind für die Einheitsgewerkschaften auch dann, wenn sie unter Führung der Revisionisten und Reformisten stehen und von Arbeiterverrätern beherrscht werden. Warum sind wir für die Einheitsgewerkschaften? Weil sie die besten Kampfarenen sind,um gegen den Einfluß der Reformisten und Revisionisten auf die gewerkschaftlich organisierten Massen zu kämpfen. Warum kämpfen wir nicht nur für die Eroberung der in den Gewerkschaften organisierten Massen, sondern auch für die Eroberung der Gewerkschaften? Weil die gewerkschaftlich **organisierten** Massen nicht gewonnen werden können, wenn wir nicht auch den Kampf um die **Organisation** selber führen. Man kann nicht die gewerkschaftlich organisierten Massen gewinnen wollen und gleichzeitig die gewerkschaftliche Organisation, in der sie organisiert sind, bekämpfen und zerstören wollen. Es ist ein sektiererischer Gedanke, den Kampf für die Eroberung der Massen vom Kampf für die Eroberung der Organisation trennen zu wollen. Der Kampf für die Eroberung der Organisation ist dem Kampf für die Eroberung der Massen untergeordnet und dient diesem. Aber auf ihn zu verzichten, weil er schwer ist und weil wir nicht wissen, wann wir ihn erfolgreich zu Ende führen können, bedeutet den Verzicht auf die Eroberung der Massen. Jeder Genosse, der von Gewerkschaftsarbeit ein bißchen Ahnung hat, weiß, daß es völlig ausgeschlossen ist, z. B. in Mitgliederversammlungen der Gewerkschaft eine Mehrheit für einen richtigen Beschluß zu gewinnen, wenn der Kampf für diesen Beschluß mit der Propagierung einer sonderbündlerischen Organisation verbunden ist. Natürlich werden wir vor der Revolution nicht den zentralen Apparat der Gewerkschaften erobern können und nicht einmal unbedingt den größten Teil des örtlichen und betrieblichen Apparats. Aber folgt daraus, daß der Kampf für die Eroberung des Apparats falsch ist und illusionär? Natürlich nicht: wenn wir für die Eroberung der Gewerkschaften eintreten, dann können wir auf den Kampf für die Eroberung des **Apparats** nicht verzichten. Der Apparat ist nun mal ein entscheidender Teil der Organisation. Im Gegensatz zum Staatsapparat besteht er nicht aus bewaffneten Formationen und auch nicht aus sachlichen Anhängseln wie Gefängnissen, die zerschlagen werden müssen. Im wesentlichen besteht er aus Menschen, die entweder Arbeiter sind oder aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind. Teile dieser Menschen können wir gewinnen und Teile dieser Menschen können durch andere Menschen ersetzt werden. Wenn wir darauf verzichten, dann verzichten wir in Wirklichkeit auf den Kampf um die Massen. Genau diese Folgen haben die Fehler der RGO-Politik gehabt, obwohl erfahrene Bolschewiki gegen diese offensichtlichen Fehler angekämpft haben (Pjatnitzki auf dem X. Plenum auf dem 12. und auf dem 13. Plenum der Exekutive der Komintern.) Nicht der Kampf um den Apparat, vor allem die betrieblichen und örtlichen, sowie bezirklichen und sogar zentralen Vertrauensleute und Delegiertenpositionen schafft Illusionen, sondern hinter dem Verzicht auf diesen Kampf stecken Illusionen über die

Schwierigkeiten, die gewerkschaftlich organisierten Massen zu erobern. Das ist nämlich auch keine leichte Aufgabe.

Die Eroberung der Gewerkschaften wurde auf dem II. Kongreß der Komintern 1920 als Hauptlinie für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften festgelegt. Diese Hauptlinie ist durch die Komintern niemals ausdrücklich revidiert worden, sondern Stück für Stück in der Praxis aufgegeben worden, bis schließlich aus der RGO, die keineswegs sofort als Keim neuer Gewerkschaften bestimmt wurde, naturwüchsig neue Gewerkschaften entstanden, die die Kommunisten von der Gewerkschaftsbewegung weitgehend isolierten.

Wenn die Kommunisten für die Arbeit in den Gewerkschaften keine klare Linie haben, dann haben sie überhaupt keine klare Linie für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Über die Notwendigkeit der Eroberung der gewerkschaftlich organisierten Massen für den Kommunismus gibt es gegenwärtig keine Differenzen in der kommunistischen Bewegung. Differenzen gibt es auch nicht in der Frage der Notwendigkeit der selbständigen Einleitung und Führung von Wirtschaftskämpfen. Daß die Gewerkschaften von Revisionisten und Reformisten, von Klassenversöhnlern und Klassenverrätern beherrscht sind, wissen ebenfalls alle, und daß die Unzufriedenheit der Gewerkschaftmitglieder mit der Politik der Gewerkschaftsbürokratie wächst, und daß es starke oppositionelle Strömungen gibt, bezweifelt auch niemand. Die Differenz besteht darin, ob unter den gegenwärtigen Bedingungen der **Existenz von Einheitsgewerkschaften ,die als Industrieverbände organisiert sind und Massencharakter haben**, die Eroberung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen unter der Leitlinie der Eroberung der Gewerkschaften oder der Schaffung von neuen Gewerkschaften erfolgen soll, ob unter der Parole der **Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes in den bestehenden Gewerkschaften** oder unter der Parole "Stärkt die (R)GO" als Voraussetzung für die Schaffung neuer Gewerkschaften, der Kampf durchgeführt werden soll.

Ob unter den Parolen "Für klassenbewußte, kampfstarke Gewerkschaften" und "Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse" oder unter der Parole "Zerschlagt den Gewerkschaftsapparat" die Auseinandersetzung mit den Klassenversöhnlern in den Gewerkschaften aufgenommen werden soll.

Der Rechtsopportunismus der RGO-Leute besteht darin, daß sie die Massen durch ihre Arbeit in den Gewerkschaften für eine neue Gewerkschaftsorganisation gewinnen wollen, statt für den Kommunismus und für die proletarische Revolution.

Der 'Links'opportunismus besteht darin, daß wir darauf verzichten, für die Gewerkschafts**einheit** auf dem Boden des Klassenkampfes in den bestehenden Gewerkschaften zu kämpfen. Dahinter steckt erstens ein völliges Unverständnis dafür, daß selbst noch die gegenwärtigen Einheitsgewerkschaften unter der Herrschaft der Klassenversöhnler und Klassenverräter eine wichtige Errungenschaft der Arbeiterbewegung sind, die es mit Zähnen und Klauen gegen die Spaltungsversuche der Klassenversöhnler und Klassenverräter zu verteidigen gilt. Dahinter steckt zweitens ein völliges Unverständnis dafür, daß die Massengewerkschaften im ganz wörtlichen Sinn **elementare** Klassenorganisationen sind, um die die Arbeiter kämpfen müssen, wenn sie irgendwelche Erfolge in ihrer Lebenslage erzielen wollen, und auf die sie nicht verzichten können, wenn sie nicht selbst die primitivsten Errungenschaften ihrer bisherigen Kämpfe verlieren wollen.

Der demokratische Kampf ist das entscheidende Kettenglied, das wir ergreifen müssen, um an den Sturz der Bourgeoisherrschaft und die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat heranzukommen.

Wenn die Arbeiterklasse sich nicht an die Spitze des demokratischen Kampfes stellt und in diesem Kampf auf jenen Punkt hinstrebt, wo der Kampf für Rechte umschlägt in den Kampf zur Eroberung der politischen Macht, dann wird sie die politische Macht nicht erobern, geschweige denn ausüben können. Kein einziges demokratisches Recht ändert etwas an der Ausbeuterherrschaft, aber ohne den Kampf für die demokratischen Rechte wird die Ausbeuterherrschaft nicht beseitigt werden können. Wie sollen ohne den Kampf für die Verwandlung aller Hoheitsfunktionen in Wahlfunktionen schon in der bürgerlichen Gesellschaft, nach der Eroberung der politischen Macht die Hoheitsfunktionen in Wahlfunktionen verwandelt werden? Wie soll ohne den Kampf gegen den von der Gesellschaft abgesonderten bürgerlichen Staatsapparat, verhindert werden, daß sich der proletarische Staatsapparat nicht ebenfalls in einen abgesonderten Apparat und damit in ein bürgerliches Unterdrückungsmittel verwandelt? Wie soll das Proletariat ohne den entschiedensten Kampf gegen die Unterdrückung durch den kapitalistischen Staatsapparat den kapitalistischen Staatsapparat zerschlagen können?

Wenn der demokratische Kampf das entscheidende Kettenglied ist, um an die proletarische Revolution heranzukommen, wie kann dieser Kampf dann von manchen Kommunisten grundsätzlich als revisionistisch oder nur als Defensivkampf (Gruppe "Rote Fahne"/KPD) begriffen werden? Weil diese Kommunisten sich damit zufriedengeben, daß der Kommunismus "her muß". Wie aber der Kommunismus "herkommt", interessiert sie herzlich wenig, weil sie die Träume schon so befriedigen, daß sie der Kampf für die Verwirklichung letztlich nicht interessiert.

Der demokratische Kampf ist ein Mittel zur Eroberung der politischen Macht, um den Sozialismus zu errichten. Er ist dem Kampf für die soziale Revolution untergeordnet. Dennoch ist seine Entfaltung eine Voraussetzung, um die Notwendigkeit der sozialen Revolution zu erkennen und die Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates vorzubereiten.

Wenn die Kommunisten dieses Kettenglied nicht ergreifen, werden sie die Arbeiterklasse nicht auf die Eroberung der politischen Macht vorbereiten und sie nicht in die Lage versetzen, die Hegemonie in den Volkskämpfen zu erringen.

Die Fortschritte der KG (NRF) in den letzten Monaten bestehen zweifellos in der zunehmenden Klärung dieser entscheidenden Fragen der politischen Linie. Ohne die Klärung dieser Fragen würde unser Eingriff in die wirtschaftlichen Kämpfe perspektivlos bleiben und notwendig zu Ökonomismus verkommen. Ohne Fortschritte in diesen Fragen kämen wir weder bei der Verbindung von Kommunismus und Arbeiterbewegung weiter, die im wesentlichen eine betriebliche und örtliche Aufgabe ist, noch bei der Vereinheitlichung der Kommunisten, die im wesentlichen eine Aufgabe auf zentraler Ebene ist. Die Verbindung von Kommunismus und Arbeiterbewegung und die Vereinheitlichung der Kommunisten sind aber die beiden Seiten des Parteiaufbaus. Wenn wir das letzte Jahr überblicken, dann zeigt sich, daß wir auf beiden Ebenen Fortschritte gemacht haben.

Im letzten Jahr ist die KG (NRF) auf die Zellenstruktur

umgestellt worden und einige Zellen haben nicht nur politische, sondern auch bedeutende organisatorische Fortschritte gemacht. Die Zellenstruktur ist die Voraussetzung für die Entfaltung des demokratischen Zentralismus in der Organisation, der Umwandlung von Beziehungen des persönlichen Vertrauens in Beziehungen formeller Entscheidungsebenen auf Grundlage demokratischer Wahlen, Beziehungen der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit und der Unterordnung der Grundeinheiten unter die Leitung. Der demokratische Zentralismus kann Demokratie und Zentralismus bloß dann zu einer untrennbaren Einheit verbinden, wenn die ganze Organisation auf Grundlage einer klaren politischen Linie arbeitet. Dies war im letzten Jahr zunehmend der Fall.

Die Vereinheitlichung der Kommunisten ist unter Mitwirkung der KG (NRF) im letzten Jahr soweit vorangetrieben worden, daß die Gründung einer Organisation, die in großen Teilen Westdeutschlands die Arbeit aufnehmen wird, unmittelbar bevorsteht. Grundlage dieser Organisation wird ein gemeinsames Programm und ein gemeinsames Statut sowie taktische Resolutionen sein, die in entscheidenden Fragen des Klassenkampfes die politische Linie festlegen. Es ist die Aufgabe unserer Delegiertenkonferenz auf Grundlage der vorliegenden Materialien, unsere eigene politische Linie zu überprüfen und Vorschläge für die politische Festlegung der neuen einheitlichen Organisation zu machen.

Thesen zur Politik der Aktionseinheit und die Auseinandersetzung über die Vietnamdemonstration am 14.1. in Bonn

Seit der großen Vietnam-Demonstration am 14.Januar in Bonn reißt die Auseinandersetzung über die Politik der Aktionseinheit vor allem innerhalb der kommunistischen Bewegung in der Bundesrepublik nicht ab. Die Aktionseinheit, die diese große Demonstration zustande brachte, hat fast alle Organisationen zu Stellungnahmen bewegt. Alle Fragen, die dabei auftraten, spitzten sich auf die Frage zu, wie die Aktionseinheit der Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der Völker Indochinas, die zum Teil unter bürgerlicher Führung steht, insbesondere der revisionistischen DKP und ihr nahestehender Organisationen, ohne opportunistische Zugeständnisse zu erreichen ist. Die Führer der DKP und der ihr nahestehenden IIVS (Initiative Internationale Vietnam-Solidarität) hatten eine breite Aktionseinheit abgelehnt und eine eigene Demonstration am 20.1. in Dortmund veranstaltet.
Im folgenden versuchen wir, die Politik der Aktionseinheit systematisch darzustellen und allgemeine Regeln aus den Erfahrungen zu entwickeln.

Es gibt immer noch viele, die meinen, Aktionseinheiten seien deshalb notwendig, weil die kommunistische Bewegung in Westdeutschland zersplittert ist. Zwar setzt sich allmählich die Einsicht durch, daß die Kommunistische Partei nicht über Aktionseinheiten wieder aufgebaut werden kann, und daß auch das Programm der Kommunisten nicht Stück für Stück aus den politischen Grundlagen von Aktionseinheiten aufzusummieren ist. Dennoch orientieren sich die Auseinandersetzungen um Aktionseinheiten bei vielen Kommunisten noch in der Hauptsache an dem Bedürfnis, sich über grundsätzliche programmatische und taktische Fragen der Kommunisten zu verständigen, anstatt an der Aufgabe, die die Aktionseinheiten stellen, nämlich in konkreten Kampfsituationen die Massen auf ein einheitliches Kampfziel zu vereinen.

Aktionseinheiten sind notwendig, weil die Arbeiterklasse und das Volk politisch uneins sind wegen des tiefgreifenden ideologischen, politischen Einflusses der Kapitalistenklasse. Diese Uneinigkeit kann nicht verhindern, daß die Arbeiterklasse und das Volk in Bewegung geraten, sei es zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen materiellen Interessen, ihrer demokratischen Rechte oder aus Protest gegen die Verbrechen des Imperialismus. Aber auch bei diesen Kämpfen wirkt der Einfluß der Bourgeoisie weiter, versucht die Bourgeoisie, diese Kämpfe zu spalten und die Uneinigkeit zu fördern. Sie tut dies nicht nur, indem sie an die bürgerlichen Vorstellungen, die in vielen Köpfen vorhanden sind, appelliert, sondern auch über den Einfluß, den bürgerliche politische Parteien in der Arbeiterklasse und im Volk haben und über die Positionen, die diese in den Gewerkschaften, in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, haben. Dort treten die Führer dieser Parteien, vor allem SPD und DKP, als Vertreter der Arbeiterklasse und des Volkes auf und versuchen, die Massenkämpfe auf die Mühlen der Bourgeoisie zurückzulenken.

Wir müssen davon ausgehen, daß der Einfluß der Bourgeoisie und der Einfluß dieser Führer und Organisationen in der Arbeiterklasse und im Volk nicht mit einem Schlag zu zer-

stören ist. Aber wir müssen in jedem Kampf verhindern, daß die falschen Führer sich mit falschen und irreführenden Parolen an die Spitze setzen und den Kampf sabotieren. Und wir müssen in jedem Kampf versuchen, auch die Teile für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen,die noch stark unter dem Einfluß der revisionistischen und reformistischen Führer und Organisationen stehen.
Die Politik der Aktionseinheit stellt die Einheit der Massen im Kampf für bestimmte Teilziele und Forderungen her. Sie versucht, diese Einheit der Aktion herzustellen, auch wenn in anderen Fragen noch tiefe politische Widersprüche in der Arbeiterklasse und im Volk bestehen.

Die Politik der Aktionseinheit, die Einheit über die Stoßrichtung der Aktion, hilft zugleich der Überwindung der politischen Spaltung und schafft die günstige Voraussetzung für den umfassenden ideologischen Kampf, den die Kommunisten führen, um die umfassende revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und das Bündnis der Arbeiterklasse mit allen ausgebeuteten und unterdrückten Teilen des Volkes herbeizuführen. Diese Einheit, die notwendig ist, um den Kampf für den Sieg des Sozialismus erfolgreich führen zu können, muß auf der Grundlage der proletarischen revolutionären Ideologie zustande kommen. Diese revolutionäre Einsicht wird durch jeden Massenkampf, auch wenn er nur Einheit über ein Kampfziel erreicht, gefördert.

Was ist eine Aktionseinheit? Eine Aktionseinheit ist die punktuelle Zusammenfassung von Kräften, die in vielen Fragen Differenzen und in manchen Fragen prinzipielle Differenzen haben.

Wann versuchen die Kommunisten, eine Aktionseinheit zu bilden? Wenn sie für bestimmte Kampfziele, für eine bestimmte Forderung nicht in der Lage sind, alle Teile einer Massenbewegung selbständig zu mobilisieren und unmittelbar in den Kampf einzubeziehen. Wenn sie für ein bestimmtes Kampfziel durch die Bildung einer Aktionseinheit größere Teile der Massen für den Kampf gewinnen können.

An wen richtet sich die Aufforderung zur Bildung einer Aktionseinheit? Sie richtet sich prinzipiell an die Massen selbst. Wenn sie Teile der Massen nicht durch den selbständigen Aufruf der Kommunisten mobilisieren oder erreichen können, sei es, weil diese Teile unter dem Einfluß der Revisionisten und Reformisten unmittelbar stehen, sei es, weil Teile der Massen die breitere Einheit selbst zur Bedingung ihrer aktiven Beteiligung am Kampf machen wollen, müssen die Kommunisten die Aufforderung zur Aktionseinheit notwendig auch an die reformistischen und revisionistischen Führer und Organisationen richten.

Was hat jede Politik der Aktionseinheit zur Voraussetzung? Daß die Massen selber die Aktionseinheit wollen. Die Aufforderung an die revisionistischen und reformistischen Führer und Organisationen ist aufgrund dieser Voraussetzung ein Mittel, auch solche Teile der Massen für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen, die nicht unmittelbar Mitglieder oder Anhänger dieser Organisationen sind.

Auf welcher Grundlage müssen die Kommunisten die Aktionseinheit anstreben? Auf der Grundlage des bestimmten Kampfziels und der zur Erreichung dieses Ziels notwendigen Mittel und Kampfformen.

Setzt die Politik der Aktionseinheit Kompromisse in prinzipiellen Fragen voraus? Nein. Sie besteht jedoch darin, die politische Grundlage der Aktionseinheit wirklich auf ein bestimmtes Ziel auszurichten, und keine darüber hinausgehenden Bedingungen zu stellen. Gleichzeitig besteht sie darin, jede Verwässerung oder Verballhornung dieses Ziels mit aller Schärfe, selbst auf die Gefahr des Nicht-Zustandekommens oder des Bruchs der Aktionseinheit, abzuwehren.

Wie verfahren die Kommunisten im Kampf um die Aktionseinheit? Sie führen diesen Kampf öffentlich und vor den Augen der Massen.

Ist die Aktionseinheit eine Aktionseinheit von Organisationen? Nein. Es ist die Aktionseinheit der Massen, die die Kommunisten in bestimmten Fällen nur durch Verhandlungen und ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Organisationen zustande bringen. Das drückt sich auch darin aus, daß jede erfolgreiche Aktionseinheit bedeutend mehr Kräfte mobilisiert, als die beteiligten Organisationen zusammengenommen je einzeln mobilisieren können. Das zeigt sich auch darin, daß die Politik der Aktionseinheit, auch wenn die Aktionseinheit von reformistischen und revisionistischen Führern abgelehnt oder gespalten wird, dennoch große Teile der Mitglieder dieser Organisationen für diesen Kampf gewinnen kann.

Die Kommunisten dienen mit ihrer Politik der Aktionseinheit den Massen. Müssen sie deshalb auf die Führung der Massen in der Aktionseinheit verzichten? Nein. Ihre Führung bewährt sich gerade darin, daß sie für die Aktionseinheit der Massen und gegen jeden Spaltungsversuch kämpfen. Die Kommunisten kämpfen zugleich für die Bedingungen, daß die Massen sich über ihre Kampferfahrungen verständigen können, Einsicht in die nächsten Kampfziele gewinnen und lernen, jeden Kampf mit dem Kampf für den Sozialismus zu verbinden. Hierzu verteidigen die Kommunisten das Recht auf Freiheit der Agitation und Propaganda und die Selbständigkeit ihrer Organisation, die nicht in der Aktionseinheit aufgehen darf.

Kann es einen Gegensatz zwischen der Propaganda der Kommunisten und den Grundlagen der Aktionseinheit geben? Diesen Gegensatz gibt es nur, wenn die Kampfziele falsch und opportunistisch bestimmt sind, oder wenn die Kommunisten ihre Propaganda losgelöst von den wirklichen Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes in sektiererischer Weise entfalten.

Was heißt das für die Plattform, die die Kommunisten als politische Grundlage der Aktionseinheit schaffen müssen? Sie bestimmt die politische Grundlage, auf der die Kommunisten sich mit den Massen verbinden. Sie ist fehlerhaft und opportunistisch, wenn sie den Kampf für ein bestimmtes Teilziel mit anderen opportunistischen Zielen verbindet, z. B. den Kampf für die Wiedereinstellung eines entlassenen Lehrers als Kampf für die bürgerliche Verfassung bestimmt, oder wenn sie den Kampf gegen die US-Aggression in Vietnam mit Friedensappellen verbindet, die den Unterschied zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg verwischen. Die Plattform muß diese opportunistische Stoßrichtung ausschließen, und darüber hinaus müssen die Kommunisten dafür kämpfen, daß auch außerhalb der Plattform diese opportunistische Stoßrichtung ausgeschlossen bleibt. Eine Plattform ist ebenfalls falsch, wenn sie das richtig bestimmte Kampfziel an Kampfmittel bindet, die den Kampf verunmöglichen, schwächen oder sabotieren, z. B. Kampf gegen die Abschiebung von Ausländern verbunden mit der Forderung nach ordentlichen Gerichtsverfahren.

Die Plattform ist nicht dadurch revolutionär, daß sie die umfassenden Ziele und Bedingungen der proletarischen Machtergreifung ausdrückt. Sie muß die Entfaltung einer revolutionären Arbeit in den Massen ermöglichen.

Die Kommunisten machen den Inhalt ihrer weiterführenden revolutionären Propaganda nicht zur Bedingung der Aktionseinheit! Da die Aktionseinheit Kräfte mit prinzipiellen politischen Differenzen zusammenfaßt, müssen auch solche Inhalte ausgeschlossen bleiben,die nicht notwendig und unmittelbar mit den bestimmten Kampfzielen verbunden sind und nur von vornherein auf einen Bruch der Aktions-

einheit mit opportunistischen Organisationen abzielen. Ein solches Vorgehen macht die Politik der Aktionseinheit von vorneherein unglaubwürdig und dient weder der Aktionseinheit noch der Isolierung der revisionistischen und reformistischen Führer durch die Entwicklung der Massenkämpfe selbst.
Die Erfahrungen der Einheitsfrontpolitik der KPD, die in dieser Frage direkt auf die Politik der Aktionseinheit angewendet werden können, lehren eindeutig, daß eine Aktionseinheitspolitik, die sich die Entlarvung der Revisionisten und Reformisten zum Hauptziel macht, schädlich ist.
Vielmehr ist der Inhalt der Aktionseinheit die Einheit auf ein bestimmtes Kampfziel, wobei die Kommunisten auch Verhandlungen mit dem Teufel nicht fürchten, wenn sie dadurch an die Massen herankommen und die Einheit der Aktion herstellen können. Die Kommunisten können Aktionseinheiten eingehen, weil sie vor den Massen und in der Massenbewegung nicht geschlagen werden können; sie müssen Aktionseinheiten anstreben, solange sie nicht die revisionistischen und reformistischen Organisationen und deren Führer vor den Massen und in der Massenbewegung geschlagen haben.

Warum war für die Demonstration in Bonn eine Politik der Aktionseinheit nötig, die sich auch an die revisionistischen und reformistischen Organisationen und Führer richtete? Die Kommunisten sind auf überregionaler Ebene noch nicht in der Lage, die Massenbewegung gegen die imperialistische US-Aggression in Indochina selbständig für eine zentrale Demonstration zu mobilisieren. In vielen Städten haben die Revisionisten und Reformisten die Solidaritätsbewegung noch in der Hand, oft sind sie sogar in ihrer Vorherrschaft völlig unangefochten, weil es in diesen Städten keine organisierten Marxisten-Leninisten gibt oder nur Sektierer. Um an diese Teile der Solidaritätsbewegung überhaupt heranzukommen, ist es unbedingt notwendig gewesen, den reformistischen und revisionistischen Führern und Organisationen ein Aktionseinheitsangebot zu machen. Dies Aktionseinheitsangebot mußte in einem Aufruf an die Massen bestehen, der den revisionistischen und reformistischen Organisationen zur Unterschrift vorgelegt werden mußte.

Wollten die Massen die Aktionseinheit? Ja. Jeder Genosse, der unter den Massen arbeitet, weiß, daß der Drang nach einer gemeinsamen zentralen Demonstration, die die Stärke der ganzen Bewegung zum Ausdruck bringen konnte, zu diesem Zeitpunkt ungeheuer groß war. Unter diesen Bedingungen mußten die Kommunisten unbedingt die Initiative ergreifen.

Wie mußte die Initiative aussehen? Da die Kommunisten nicht in der Lage waren, selbständig die gesamte Protest- und Solidaritätsbewegung zu mobilisieren, mußten sie zu einer Aktionseinheit auffordern, die den Kampf gegen die imperialistischen US-Aggressoren und ihre direkten Helfershelfer, sowie die Unterstützung für das vom vietnamesischen Volk erkämpfte 9-Punkte-Abkommen zur Grundlage hatte; sie konnten nicht versuchen, die Solidarität mit den umfassenden Zielen und Kampfmitteln der Völker Indochinas zur Bedingung der Aktionseinheit zu machen. Diese politische Grundlage der Aktionseinheit war richtig, weil sie dem Ziel, den Kampf der Massen nicht nur propagandistisch und aufklärerisch, sondern als materielle Kraft zur Unterstützung des Kampfes der Völker Indochinas in dieser entscheidenden Etappe maximal breit zu entfalten, am besten diente. Diese Zielsetzung der Aktionseinheit war in dieser politischen Situation auch die einzig richtige. Sie bringt die antiimperialistischen Kämpfe der Massen hundertmal mehr voran als eine hauptsächlich propagandistische Demonstration, die sich oft nur an die Massen richten kann, anstatt sie in den Kampf zu führen.

War es richtig und prinzipiell zulässig, die Bedingung für die Teilnahme an der Aktionseinheit zu begrenzen auf die Stoßrichtung gegen den imperialistischen US-Aggressor und seine direkten Helfershelfer sowie für die Durchsetzung des 9-Punkte-Abkommens? Ja. Die richtige Anleitung eines Teilkampfes überhaupt und erst recht jedes Aktionseinheitsangebot an reformistische und revisionistische Organisationen setzt immer eine Begrenzung dieser Art voraus, z. B. auch im Kampf gegen die politische Verfolgung im Öffentlichen Dienst machen wir nicht die Anerkennung der Diktatur des Proletariats zur Bedingung der Aktionseinheit. Das wäre in einer Aktionseinheit zur Solidarität mit dem Kampf der Völker Indochinas gleichbedeutend mit der Forderung, die Anerkennung der neudemokratischen Revolution und des Volkskrieges zur Bedingung der Aktionseinheit zu machen.
Das Aktionseinheitsangebot an die Revisionisten und Reformisten war reell. Sie weigerten sich zwar, den Volkskrieg als das einzige Mittel der Völker Indochinas, den US-Aggressor zu besiegen, anzuerkennen, sie können aber nicht umhin, die US-Aggression zu verurteilen und das 9-Punkte-Abkommen, welches das vietnamesische Volk erkämpft hat, anzuerkennen. Diese Stoßrichtung war zugleich auch die minimale notwendige Bedingung für die Aktionseinheit.

War es richtig, die Parole "Sieg im Volkskrieg" in der selbständigen Agitation und Propaganda der Kommunisten zu begründen und in der Aktionseinheit mitzuführen? Die Parole "Sieg im Volkskrieg" ist zum Ausdruck der umfassenden Solidarität mit den Zielen und notwendigen Mitteln des Befreiungskampfes der Völker Indochinas geworden, sie faßt diese Solidarität zusammen. Es kann in dieser Frage kein Zugeständnis an die Revisionisten und Reformisten gemacht werden, das die positive und umfassende Solidarisierung mit dem Volkskrieg der Völker Indochinas ausschlösse. Daraus haben wir in den Verhandlungen kein Hehl gemacht. Die Parolen: "Sieg im Volkskrieg! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker,vereinigt Euch!" dürfen nicht ausgeschlossen werden, auch wenn sie nicht die Grundlage, die Bedingung der Aktionseinheit bilden konnten. In der Aktionseinheit stellen wir die Bedingung der Freiheit der Agitation und Propaganda, soweit diese nicht gegen die Stoßrichtung des Aufrufs, die Grundlagen der Aktionseinheit, gerichtet ist. Und es ist die Aufgabe der Agitation und Propaganda der Kommunisten, die umfassenden Ziele und Formen des Kampfes herauszustellen und als Konsequenz des Kampfes gegen den US-Imperialismus aufzuzeigen.
Das ist die Aufgabe unserer Flugblätter, unserer Transparente und unserer Rede und nicht die Aufgabe des Aufrufs der Aktionseinheit. So sind wir auch verfahren. Und aufgrund dieser richtigen Linie ist es auch gelungen, daß die Demonstration mehrheitlich unter den Parolen der kämpferischen Unterstützung des gerechten Volkskrieges des vietnamesischen Volkes gestanden hat, daß die Mehrheit die umfassenden Ziele des Volkskrieges auch in der Aktionseinheit unterstützte.

War es richtig, Parolen gegen den Sozialimperialismus aus der Aktionseinheit auszuschließen? Der russische Sozialimperialismus macht selbstverständlich in Indochina wie überall in der Welt eine imperialistische Politik. Aber der Sozialimperialismus ist in Indochina nicht der Aggressor, auch nicht in Kambodscha. Er sabotiert den revolutionären Befreiungskampf in Indochina, er versucht, die Einheitsfront der Völker Indochinas zu sabotieren und unterstützt in Kambodscha die Lon Nol-Clique. Dennoch können die Völker Indochinas den Widerspruch zwischen US- und SU-Imperialismus ausnutzen und auch wir nutzen diesen Widerspruch, um an die von den Revisionisten und Reformisten geführten Massen heranzukommen. Daß dies notwendig und richtig ist, müssen wir den Massen offen darlegen. Wir schlagen den Imperialismus nicht an einer Front und auf einmal, sondern an verschiedenen Fronten in einem langen und

komplizierten Kampf, unter Ausnutzung aller Widersprüche. Es war unsere Aufgabe, alle Kräfte gegen den US-Aggressor und für die Unterstützung des 9-Punkte-Abkommens zusammenzufassen und auf dies Kampfziel zu konzentrieren. Dies bedeutete nicht nur die maximale Unterstützung für den Befreiungskampf der Völker Indochinas, sondern war zugleich der tiefe und äußerst richtige Wunsch der Massen, aller Teile der Solidaritätsbewegung, sowohl der wirklich revolutionären, als auch derer, die noch unter revisionistischen oder überhaupt bürgerlichem Einfluß stehen. Vor dieser Einheit hatten nur die revisionistischen Führer und die Linkssektiererhäuptlinge Angst.

Es war richtig und prinzipiell zulässig, den Angriff auf den Sozialimperialismus aus dem Aufruf, der Plattform der Aktionseinheit, auszuschließen. Dies nicht deshalb, weil wir den Massen verschweigen, was die wirklichen Interessen der Sowjetunion sind, wenn sie dem vietnamesischen Volk Waffenhilfe leistet. Sie will selbst in Indochina Fuß fassen und Indochina ihrem politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsbereich unterwerfen. Ihre Unterstützung ist Teil ihrer imperialistischen Globalstrategie. Gleichwohl kann das vietnamesische Volk diese Unterstützung ausnützen. Es wird das Bündnis mit der Sowjetunion für sich entscheiden, weil sich der Volkskrieg in erster Linie auf die eigene Kraft des Volkes stützt. Die Frage, wer-wen wird hier derzeit mit anderen Mitteln entschieden als im Kampf gegen den US-Imperialismus. Eine abstrakte Globalstrategie gegen den Imperialismus, die die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern nicht nutzt, ist falsch. Sie hätte z. B. Stalin und Mao Tse-tung nicht erlaubt, Bündnisse mit dem US-Imperialismus und mit dem britischen und französischen Imperialismus im Kampf gegen den deutschen und japanischen Imperialismus einzugehen. Entsprechend ist es auch uns möglich, die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker Indochinas auf den Kampf gegen den US-Imperialismus zu konzentrieren. Das schließt keineswegs aus, daß wir nicht in allen Fällen, wo sich die imperialistische Politik der Sowjetunion offen zeigt, diese angreifen und ihre Machenschaften bloßstellen.

In der Aktionseinheit war es aber nicht nur richtig, den Kampf auf den Angriff gegen den US-Imperialismus zu konzentrieren, sondern es war darüber hinaus notwendig, den Angriff gegen den Sozialimperialismus auszuschließen und auch zu verhindern, daß einzelne Organisationen diesen Angriff innerhalb der Aktionseinheit vorbringen. Der Angriff gegen den Sozialimperialismus hätte nicht nur verhindert, die Stoßrichtung der Aktionseinheit eindeutig gegen den US-Aggressor zu konzentrieren, sondern zugleich eine breite Aktionseinheit verhindert und damit den Massenkampf geschwächt. Der Angriff gegen den Sozialimperialismus hätte es den Revisionisten von vornherein ermöglicht, die Aktionseinheit zu verhindern und die Flucht nach vorn anzutreten und unsere Initiative als Spaltung zu diffamieren. Dabei geht es uns nicht darum, einige revisionistische Führer zu gewinnen. Vielmehr hätten die revisionistischen Führer unter dieser Bedingung maximal verhindern können, daß große Teile der Solidaritätsbewegung, die von ihnen geführt oder beeinflußt werden, sich an der Aktionseinheit beteiligen.

Für die Revisionisten ist der Angriff gegen den Sozialimperialismus der willkommene Anlaß zur Sabotage der Aktionseinheit, ein Anlaß, der ihre Sabotage deshalb erfolgreich gegenüber Teilen der Massen macht, weil der Angriff gegen den Sozialimperialismus in dieser Situation auch als Nebenstoßrichtung die Hauptstoßrichtung gegen den US-Imperialismus tatsächlich schwächt.

Für die Linkssektierer ist der Angriff gegen den Sozialimperialismus in dieser politischen Situation das letzte Mittel, um eine Aktionseinheit zu verhindern, die auch den Revisionisten offensteht. Sie müssen gegen eine Aktionseinheit vorgehen, innerhalb derer ihre linkssektiererischen Positionen keine Chance haben und ihr angemaßter Führungsanspruch durch die Realität lächerlich gemacht wird. Der Nebenstoß gegen den Sozialimperialismus soll beweisen, was sie erreichen wollen, nämlich daß Aktionseinheiten mit Revisionisten prinzipiell unmöglich sind.

Während die Kommunisten die Spaltung des antiimperialistischen Kampfes durch den Sozialimperialismus und den Revisionismus bekämpfen, um sich mit den von den Revisionisten beeinflußten Massen im Kampf zu vereinen und die Spalter zu isolieren, wollen die Linkssektierer die Spaltung beweisen. Aber sie beweisen nur, daß sie nicht in der Lage sind, die Massenkämpfe zu führen, ja nicht einmal sich in die Massenkämpfe einzureihen.

Es wäre ein großer Fehler gewesen, in dieser Frage irgendein Zugeständnis an die Linkssektierer zu machen, auch nicht nachdem die revisionistischen Führer die Aktionseinheit abgelehnt hatten. Diese opportunistische Forderung hatten die Linkssektierer gestellt. Aber, indem wir den Angriff gegen den Sozialimperialismus ausgeschlossen haben, haben wir nicht den Revisionisten ein Zugeständnis gemacht, wie diese Forderung unterstellt, sondern die Aufgaben der Aktionseinheit korrekt bestimmt, und ermöglicht, daß große Teile der Solidaritätsbewegung, die von den Revisionisten geführt und beeinflußt werden, sich an der Aktionseinheit gegen den US-Aggressor und für die Anerkennung des 9-Punkte-Abkommens beteiligten. Das war unsere Aufgabe. Damit haben wir den Kampf der Völker Indochinas in der bestimmten Etappe ihres Kampfes maximal unterstützt und gleichzeitig die Loslösung der Massen von den Revisionisten und Reformisten gefördert, obwohl ihre Führer die Aktionseinheit verweigerten und zu spalten versuchten.

Wir haben die Parolen gegen den Sozialimperialismus ausgeschlossen, weil die Zulassung des Angriffs auf den Sozialimperialismus die Stoßrichtung verfälscht, die Zusammenfassung der Kräfte verhindert und die Aktionseinheit geschwächt hätte.

Vergleichen wir unser Verhalten in und bei der Bildung der Aktionseinheit mit den Erfahrungen, die wir hier systematisch darzustellen versucht haben, so können wir auch erkennen, welche Fehler wir gemacht haben. Dies müssen wir offen kritisieren:

Unser Hauptfehler bestand darin, in unserer Propaganda unser Vorgehen in der Aktionseinheit nicht so erläutert zu haben, wie es in diesen Thesen nun geschieht. Die Propaganda der Kommunisten muß jeden Schritt, den Kommunisten vorschlagen und gehen, im Zusammenhang der revolutionären Politik der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut erläutern, damit die nächsten notwendigen Schritte im Kampf sichtbar werden. Diese Aufgabe haben wir nur sehr ungenügend erfüllt.

Die Aktionseinheit für die Demonstration in Bonn hat unsere Erfahrungen und Kenntnisse für die Entfaltung einer korrekten Massenlinie enorm weitergebracht. Viele Fragen sind uns erst im Verlauf der Aktionseinheit, manche sogar erst danach klargeworden. Trotz einzelnen Fehlern in der Verhandlungsführung (vgl. AZ Nr. 11, Januar 1973) war diese Aktionseinheit ein großer Erfolg. Spaltung und Sabotage durch Revisionisten auf der einen, Linkssektierer auf der anderen Seite konnten die Aktionseinheit nicht nur nicht zerstören, sondern die korrekte Massenlinie der Kommunisten hat sich gegenüber den Spaltern als die entscheidende und siegreiche Kraft erwiesen. Die Erfahrungen in der Politik der Aktionseinheit sind von großer Bedeutung für alle kommenden demokratischen und antiimperialistischen Massenkämpfe. Wir haben gelernt, daß Kämpfe um Teilforderungen und Teilziele notwendig sind für die Entfaltung der Massenkämpfe auf dem Weg zur proletarischen Revolution und wir haben gelernt, das Mittel der Politik der Aktionseinheit erfolgreich anzuwenden.

Zentralausschuß der KG (NRF)
31. März 1973
(aus: Arbeiterzeitung Nr.4, April 1973)

Imperialismus und Weltmarktbewegung

Rezension des Buches von Christel Neusüß

Wir verzichten im folgenden auf eine detaillierte Kritik des Buches von C.Neusüß, das seinem Untertitel nach beansprucht, eine "Kritik der Leninschen Imperialismustheorie" zu leisten und welches in seinem zweiten Teil die "Grundzüge einer Theorie des Verhältnisses zwischen den kapitalistischen Metropolen" entwerfen will.

Wir wollen ansatzweise aufzeigen, daß die Verfasserin Marxens allgemeine Theorie des Kapitals falsch darstellen muß, um ihre Kritik an Lenins Imperialismustheorie auf "marxistische" Beine zu stellen. Dementsprechend muß auch ihre Darstellung der Leninschen Imperialismustheorie diese notwendig verkehrt wiedergeben. Ebenso gilt es der Frage nachzugehen, welcher politischen Grundlage sich diese scheinbar bloß methodischen und inhaltlichen Mißverständnisse des Marxismus-Leninismus verdanken.

Die Aufgabenstellung von C. Neusüß.

Der Argumentationsgang von C.N. zur Gesamteinschätzung der Imperialismustheorie ist - auf einen Nenner gebracht - folgender:
Lenins Imperialismustheorie sei die Beschreibung einer konkret-historischen krisenhaften Situation des Kapitals auf dem Weg zu seiner adäquaten Gestalt als Weltkapital. Sie beschreibe in etwa die Zeit zu Beginn des 19. Jh. bis zum Aufschwung der Produktivkräfte des Kapitals ungefähr um 1923. Die Imperialismustheorie könne den Aufschwung der Produktivkräfte nach 1923 insbesondere aber nach 1945 nicht mehr erklären und werde daher durch die "praktische Entwicklung" kritisiert.

Lenin habe einerseits einige richtige Momente der Weltmarktentwicklung des Kapitals aufgegriffen, nämlich "Formen der Internationalisierung des Kapitals" (203), wie die des "Finanzkapitals" , andererseits habe er diese konkreten-historischen Formen falsch verallgemeinert, da sie inzwischen anderen Formen Platz gemacht hätten.

Diese neue Form der Internationalisierung des Kapitals, nämlich die "multinationalen Konzerne" , hätten nicht mehr wie das Finanzkapital bloß die "Internationalisierung der Zirkulation", sondern die "Internationalisierung der Produktion" zum Inhalt. Die Dogmatisierung der Imperialismustheorie in den heutigen kommunistischen Parteien, die in der falschen Verallgemeinerung durch Lenin ihren Ausgang nehme, verhindere eine materialistische Analyse der gegenwärtigen Entwicklungsphase im Konstitutionsprozeß des Kapitals zum reellen Weltkapital.

"Wie wir zu zeigen versucht haben, taugt die Leninsche Imperialismustheorie nicht zum Instrument der Analyse aller dem ersten Weltkrieg nachfolgenden Phasen der Weltmarktbewegung des Kapitals. Statt dem Kapitalismus einfach eine neue Qualität zuzusprechen, wie dies heute in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus geschieht, muß der Versuch gemacht werden, die Nichtidentität von Erscheinungsweise und Wesen der kapitalistischen Gesellschaft ernstzunehmen und die historischen Erscheinungsformen, wozu auch auf der Ebene des Nationalstaats möglicherweise erscheinende monopolistische Formen der Organisation des Kapitals gehören als - wenn auch verkehrte - Darstellungsformen des Hinstrebens der realen historischen Entwicklung des Kapitals **zur vollen Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaftsformation und ihrer ökonomischen Verhältnisse und Gesetzmäßigkeiten auf der Ebene des Weltmarkts zu erklären.**"(96)

Die Verfasserin will also nicht, wie sie dagegen Lenin unterstellt, eine besondere historische Situation der internationalen Kapitalbewegung beschreiben, sondern ein systematisches Instrumentarium schaffen, um die reale Weltmarktbewegung des Kapitals durch verschiedene krisenhafte Situationen hindurch adäquat analysieren zu können.

Diese theoretische Aufgabe hält die Verfasserin gerade jetzt für legitim, da "... gerade in nichtrevolutionären Phasen der kapitalistischen Entwicklung die wissenschaftliche Analyse dazu gezwungen (ist) (!) in den historischen Erscheinungsformen den gesetzmäßigen, d. h. den naturwüchsigen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise aufzufinden sowie die Bewegungen der Klassen als Charaktermasken der ökonomischen Verhältnisse zu begreifen" (96). - Dies bedeutet nichts geringeres, als daß C. N. die von ihr unterstellte Unwissenschaftlichkeit der Imperialismustheorie Lenins, die sie als "logische Konsequenz der mangelnden Reflexion Lenins auf die Wertkategorie von Beginn seiner theoretischen Arbeit an" (93) betrachtet, mit der revolutionären Situation vor und im ersten Weltkrieg zu entschuldigen versucht. Da Lenin seine Imperialismustheorie unter Verhältnissen entworfen habe, welche dem Proletariat unmittelbar ohne die Vermittlung durch den wissenschaftlichen Sozialismus als revolutionär vor Augen gestanden hätten. Ein peinliches Unterfangen, die Wirklichkeit der Oktoberrevolution mit der fixen Idee von der Unzulänglichkeit der Imperialismustheorie in Einklang zu bringen.

Zurück zur Aufgabenstellung von C. N.: ihre zentrale Fragestellung ist die nach den "historischen Ausdrucksformen der 'inneren Organisation der kapitalistischen Produktionsweise' auf dem Weltmarkt" , d. h. " auf welche Weise die wirkliche Bewegung der Konkurrenz den Produktionsagenten ihren Zusammenhang **über den Weltmarkt** aufzwingt".(98f.)

Um dieser bemerkenswerten Aufgabe nachzukommen, greift C. N. zu der Methode, die Marxsche Analyse des Kapitals im Allgemeinen nach ihrem Geschmack zu wenden. Diese "Darstellung und Entfaltung der Marxschen Kategorien in Bezug auf die Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals" (94) muß dazu herhalten, der Leninschen Imperialismustheorie eine "wissenschaftliche Methode der Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals" (94) entgegenzustellen.

Durchschnittsprofitrate und nationales Kapital

I. Ausgangspunkt der Fehlinterpretation der Analyse des Kapitals im Allgemeinen ist die beharrliche Auffassung C. N., daß Marx bei der Ableitung der Durchschnittsprofitrate voraussetzt, *"... daß dieser Prozeß im historisch gesetzten Rahmen des bürgerlichen Staats erfolgt. Das gesell-*

schaftliche Gesamtkapital, nicht als Summe der Einzelkapitale, sondern als Realität (!), entwickelt er (d. h. Marx, d. Verf.) auf der Grundlage der politischen Zusammenfassung der Kapitale im Nationalstaat". (99f.) Aus dieser Unterstellung leitet nun C. N. sogleich ihre wissenschaftliche Aufgabenstellung ab: *"Wenn also Marx bei der Darstellung der Bildung der Durchschnittsprofitrate (. . .) vom nationalen Gesamtkapital ausgeht, also von einer historischen Besonderung des Kapitals 'im allgemeinen', so ist darin impliziert, daß die Untersuchung des Unterschieds zwischen dem nationalen Gesamtkapital und dem Kapital in seiner Existenz auf dem Weltmarkt genau an diesem Punkt einsetzen muß, wo die politische Organisation der Kapitale im Staat selbst eine Schranke ihrer Konkurrenz auf dem Weltmarkt darstellt, eine Schranke, welche die Konstitution der Einzelkapitale zum Gesamtkapital historisch zunächst auf die nationale Ebene begrenzt, wenn auch der Bewegungsprozeß des Kapitals immer darüber hinaustreibt. Die entscheidende Frage für uns ist also die Untersuchung des Unterschieds der Konkurrenz im Innern eines Landes und auf dem Weltmarkt und der historischen Formen der im Begriff des Kapitals selbst gesetzten Tendenz zur Aufhebung dieser Unterschiede, zur Konstitution als Gesamtkapital auf Weltmarktebene"* (102). Wir können C. N. nur beipflichten, wenn sie schreibt: "Marx selbst hat diesen Unterschied nicht expliziert" und wir sind auch der Meinung, daß dieser Unterschied gar nicht in die Analyse des Kapitals im Allgemeinen eingeht. Wir können ihr deshalb auch nicht mehr folgen, wenn sie behauptet, Marx setze *". . . die Konstitution des Zusammenhangs der nationalen Kapitale über ihre Weltmarktbewegung und die Konstitution des Gesamtkapitals durch die Konkurrenz auf nationaler Ebene unvermittelt gegenüber"* (102).

C. N. behauptet hier nämlich nichts weniger, als daß Marx in der Verwandlung des Mehrwerts in den Profit und den Durchschnittsprofit den allgemeinen Begriff des Kapitals in seiner historischen Besonderung als nationales Kapital, also eben gerade nicht mehr den allgemeinen Begriff entfalte.

Zur Darstellung der Entwicklung der Durchschnittsprofitrate in der allgemeinen Theorie ist gerade nicht notwendig, die Analyse auf eine nationale Durchschnittsprofitrate einzuengen, genausowenig, wie der allgemeine Kapitalbegriff sich auf ein nationales Kapital bezieht. Im Gegenteil, vorausgesetzt wird der Weltmarkt, von der Existenz der nationalen Kapitale wird abstrahiert, was je Momente darstellt, die erst bei der konkreteren Betrachtung hereinkommen. *"Die exakte Entwicklung des Kapitalbegriffs ist nötig, da er der Grundbegriff der modernen Ökonomie, wie das Kapital selbst, dessen abstraktes Gegenbild sein Begriff, die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Aus der scharfen Auffassung der Grundvoraussetzung des Verhältnisses müssen sich alle Widersprüche der bürgerlichen Produktion ergeben, wie* **die Grenze, an der es über sich selbst hinaustreibt."** (Marx,GR 237,Herv.d.Verf.)

Die Betrachtung des **"Bewegungsprozesses des Kapitals, als Ganzes"** (K III), wie sie im dritten Band des Kapitals vollzogen wird, betrachtet nicht ein nationales Kapital unter Abstraktion seiner "Weltmarktexistenz" (C. N.), sondern entwickelt *"die Gestaltungen des Kapitals ... worin sie auf der Oberfläche der Gesellschaft, in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz und im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten selbst auftreten."* (K III,33)

Wir zitieren diese knappen Sätze für die Auseinandersetzung mit dem Neusüß-Text, um den inhaltlichen und methodischen Rahmen der Entwicklung des Profits und des Durchschnittsprofits bei Marx aufzuzeigen, von dem Neusüß gerade behauptet, daß Marx "... hier die abstrakte Darstellung des allgemeinen Kapitalbegriffs explizit auf seine **historische Besonderung** im Nationalstaat" (100,Fußnote 197) beschränke. Im übrigen bleibt völlig unverständlich, was das denn sein soll, "die historische Besonderung des allgemeinen Begriffs" , als ob sich dieser in verschiedene nationale Kapitale 'besondere'.

Diese Verdrehung Marxens ist für C. N. die wesentliche Voraussetzung, um ihre Kritik an Lenins Imperialismustheorie scheinbar auf marxistische Grundlage zu stellen.

Bevor wir dazu übergehen, ist noch zu zeigen, daß ihre Darstellung der allgemeinen Theorie des Kapitals notwendig eine Kritik an Marx selbst enthalten muß. Dies ist eine Konsequenz, die Neusüß nur halbherzig zu ziehen vermag, würde dies sie doch ihres marxistischen Gewandes entkleiden.

Denn wäre ihre Darstellung richtig, würde die Marxsche Darstellung eine unzulässige Abstraktion in der Gesamtanalyse enthalten, die später unbedingt wieder aufzuheben wäre. Darin besteht übrigens exakt das wissenschaftliche Vorhaben von C. N..Dies würde aber bedeuten, daß das Kapital für C. N. in Teilen neu zu formulieren wäre unter Berücksichtigung der Weltmarktbewegung des Kapitals, da diese ja in der Marxschen Betrachtung nicht eingeht. Für die Verfasserin müßte die Einbeziehung der Weltmarktbewegung des Kapitals, sollte diese zu neuen Formbestimmungen des Kapitals führen, die Konsequenz haben, daß diese auch explizit in die Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals aufgenommen werden müßte. Wir meinen dagegen, daß C. N. den wesentlichen Unterschied zwischen historisch konkreter Analyse und der Analyse des Kapitals im Allgemeinen, wo es um die Herausarbeitung der Gesetze der Kapitalbewegung in ihrem idealen Durchschnitt geht, verwischt; daß die Marxsche Analyse des Kapitals im Allgemeinen indifferent bleibt gegenüber der historisch-nationalen Existenzweise des Kapitals und gleichsam als Instrument zu dessen Analyse dient. Dem widerspricht nicht, daß Marx hier des öfteren von der Durchschnittsprofitrate eines Landes spricht etc., bloß haben diese Stellen nichts mehr als illustrativen Charakter.

Marx abstrahiert also gerade von den historischen Friktionen wie dies zunächst auch für nationale Schranken gilt. *"So wichtig das Studium solcher Friktionen für jede Untersuchung über den Arbeitslohn (und entsprechend für andere Bereiche,d. Verf.), so sind sie jedoch für die allgemeine Untersuchung der kapitalistischen Produktion als zufällig und unwesentlich zu vernachlässigen. In solcher allgemeinen Untersuchung wird überhaupt immer vorausgesetzt,* **daß die wirklichen Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen,** *(Herv.d. Verf.) oder was dasselbe, werden die wirklichen Verhältnisse nur dargestellt, soweit sie ihren eignen allgemeinen Typus ausdrücken."* (K III,152)

Was C. N. Marx nämlich schlicht unterstellt ist, daß Marx seine Analyse vor den Widersprüchen der historischen und letztendlich auch systematischen Erscheinungsformen der Herausbildung des Kapitals auf dem Weltmarkt retten will. Ähnlich wie bei Lenin bietet sie auch hier eine bestenfalls peinliche Erklärung an, die, daß zu Marxens Zeiten die Weltmarktbewegung noch nicht akut gewesen wäre. Man lese dagegen folgenden Satz von Marx: *"Was ist also unter dem heutigen Gesellschaftszustand der Freihandel? Die Freiheit des Kapitals. Habt ihr die paar nationalen Schranken, die noch die freie Entwicklung des Kapitals einengen, eingerissen, so habt ihr lediglich seine Tätigkeit völlig entfesselt."* (MEW 4,455)

Der unmaterialistische Kern von C. N.'s Theorie

Man könnte nach dem bisher dargelegten der Ansicht sein, der Fehler von C. N. beruhe lediglich auf einem methodischen Mißverständnis der Marxschen Theorie, darauf, daß

sie das dialektische Prinzip der Abstraktion mißverstanden habe und es als mechanische Bewegung vom "Abstrakten zum Konkreten", wo, wie in der bürgerlichen Modellbildung Stück um Stück Momente der Wirklichkeit in die Analyse mithineingenommen würden, begreife. Dies wird auch deutlich, wenn sie behauptet, *"daß es der außerordentlich hohe Grad der Abstraktion von den wirklichen Verhältnissen gewesen sein muß, der Marx dazu veranlaßte, hier die abstrakte Darstellung des allgemeinen Kapitalsbegriffs explizit auf seine historische Besonderung im Nationalstaat zu beschränken"* (100,Fußnote 197), woraus sich ergibt, daß sie die Marxsche Methode als die der Isolierung mißversteht.

Mißverständnisse in der Methode entlarven sich aber gern als im Kern unmaterialistische Theorie und insoweit Bürgerliches. C. N. schreibt: **"Erst als Weltkapital entspricht das Kapital voll seinem Begriff"** und entsprechend ist für sie der Gang der kapitalistischen Entwicklung die **reale** Bewegung des Kapitals sich seinem Begriff anzunähern, bis es sich als Weltkapital auf seinen Begriff gebracht hat. Wenn C. N. sagt, daß es sich hier um eine "sehr reale Tendenz handelt, der allerdings viele Faktoren entgegenwirken, so daß sie niemals, wie wir meinen, voll verwirklicht werden kann" (204), so ist dies letztlich bloß rethorisch versichernd gemeint und bleibt ihrer eigenen Theorie rein äußerlich.

Aber auch hier ist zunächst festzuhalten, daß der Begriff des Kapitals sich weder auf das nationale noch auf das Weltkapital bezieht, sondern die Logik des Kapitalsverhältnisses überhaupt entfaltet.

Damit sind wir am Kern unserer Differenz zur Verfasserin angelangt. Für Neusüß ist die Bewegung des Kapitals die, sich seinem Begriff anzunähern, Weltkapital zu werden, für uns ist die Bewegung des Kapitals die Bewegung und Entwicklung seiner Widersprüche. Ist der Begriff des Kapitals die Entfaltung des Widerspruchs von gesellschaftlicher Arbeit unter privater Form, auf der Ebene des Kapitals, der von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, so entspricht das Kapital nicht als Weltkapital seinem Begriff, sondern sein historischer Prozeß ist die Entwicklung dieser Widersprüche, ihre Bewegung in immer neuen Erscheinungsformen und ihre Verschärfung, die zur Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse treibt.

Für die Verfasserin präsentiert sich daher die kapitalistische Entwicklung in durchaus unmarxistischem Sinne, nämlich als Entwicklung zum Weltkapital als ein Prozeß, der mit Widersprüchen und Schranken verbunden ist.

Wir meinen auch, daß es eine Tendenz des Kapitals ist, den Weltmarkt herauszubilden, sich als Weltmarkt herzustellen und alle dieser Tendenz entgegenstehenden Schranken niederzureißen. Doch ist dieses nicht selbst der Prozeß, innerhalb dessen sich das Kapitalverhältnis immer reiner herausarbeitet, seine Widersprüche also verschärft, vielmehr bloß das "allgemeine Milieu".

"Die Universalität, nach der es unaufhaltsam hintreibt, findet Schranken an seiner eigenen Natur, die auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung es selbst als die größte Schranke dieser Tendenz werden erkennen lassen und daher zu seiner Aufhebung durch es selbst hintreiben." (GR ,313)

Es geht doch nicht darum gleichsam die 'Geographie' des Kapitals zu verfolgen, wenn man von der allgemeinen Theorie spricht, sondern hier wie auch auf der konkreten Ebene gerade um diese "eigene(n) Natur" des Kapitals, die Darstellung dieser Natur als eines "lebendigen Widerspruchs" (Marx), den es für je konkret-historische Situationen einzuschätzen gilt.

Wir meinen daher, daß Marx und Lenin die kapitalistische Entwicklung darstellen als die Entwicklung des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen des Kapitals, als die Entwicklung, Heraustreibung und Zuspitzung aller kapitalistischen Widersprüche in einem historischen Prozeß, der vermittelt ist über die historische Tendenz des Kapitals sich die ganze Welt zu unterwerfen.

C.N. und Lenins Imperialismustheorie

Für die Verfasserin stellt sich die Aufgabe so dar: Der Gang der kapitalistischen Entwicklung ist die Entwicklung des Kapitals zum Weltkapital. Innerhalb dieses Prozesses lassen sich nur noch Phasen ausmachen, innerhalb derer sich dem Kapital in diesem Herausbildungsprozeß verschiedene **Schranken** als zu überwindende in den Weg stellen. Sie geben gleichzeitig die Kriterien ab, um innerhalb der kapitalistischen Entwicklung historisch besondere Phasen ausmachen zu können, ansonsten gilt für sie der Satz "man befand sich im Kapitalismus 'überhaupt' " (G.Lukacs,Geschichte und Klassenbewußtsein).

Die entscheidende Schranke, die hierin gegeben ist, ist für Neusüß die nationale, die der nationalen Existenzweise des Kapitals. Folglich entwickelt sich für sie das Kapital zunächst innerhalb des nationalen Rahmens. Die Weltmarktbewegung des Kapitals beschränkt sich auf die Sphäre der Zirkulation und treibt im Finanzkapital deren "Internationalisierung" hervor, Wird die nationalstaatliche Existenz zur Schranke der weiteren Entwicklung des Kapitals, entwickelt das Kapital die Tendenz zu deren Überwindung. Es treibt die "Internationalisierung der Produktion" , in Form der "multinationalen Konzerne" , die reelle Durchsetzung des Wertgesetzes als "Internationalisierung der Produktivkräfte" auf dem Weltmarkt hervor.

Welches Verständnis der Imperialismustheorie muß daraus resultieren' Für die Verfasserin muß diese notwendig eine bestimmte Phase innerhalb dieser Entwicklung und darum eine vorübergehende darstellen. Sie muß und wird daher auch nach den Kriterien der Verfasserin eingeordnet.

Für sie analysiert die Imperialismustheorie jenen Zeitraum, in der " das Kapital eine Phase der Stagnation seiner Entwicklung erreicht (hatte), welche historisch durch das **besondere Verhältnis von Nationalstaat und Kapital** bedingt war, und welche Lenin nur insofern (!) falsch interpretierte, als er sie als **endgültigen** (gesperrt bei C. N.) Zustand ansah ..." (39). Bei Lenin wurde also der Imperialismus "nur als Konkurrenz der nationalstaatlich begrenzten Kapitale ... dargestellt." (96) Daraus resultiert die Kritik: *"Lenin sah nicht und konnte vielleicht auch nicht sehen, daß die Produktion des* **relativen Mehrwerts** (bei C.N. gesperrt) *auf Weltebene, die Entwicklung der Produktivkraft als Gesamtprozeß des sich tendenziell unter Überschreitung der nationalen Schranken herstellenden Weltkapitals historisch noch bevorstand und* **daß gegenüber dieser Entwicklung die nationalen Schranken ein vorübergehenden** *Charakter hatten."* (39)

Setzte dieser Prozeß "seit 1923" ein, so sei seitdem *"der Inhalt des Konkurrenzkampfes der großen Monopole auf dem Weltmarkt ... eben nicht mehr die Teilung der Welt, sondern die Produktion des relativen Mehrwerts durch Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit. Und dies ging mit einem allgemeinen Aufschwung einher"* , den die Imperialismustheorie nicht mehr erklären könne.

Die Schlußfolgerungen der Verfasserin muß man formal logisch natürlich als richtig anerkennen, aber halt bloß logisch und nicht inhaltlich, da sie von einer völlig mißgestalteten Imperialismustheorie ausgehen, als Konsequenz des Neusüßschen Verständnisses der Entwicklung des Kapitalismus.

Lenin geht aber in der Imperialismustheorie nicht von der für C. N. zentralen Frage aus "wie weit das Kapital in seiner Weltmarktbewegung heute fortgeschritten ist" (11), sondern analog formuliert,von der Frage, wie weit der Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, wie weit die dem Akkumulationsprozeß des Kapitals inhärenten Widersprüche fortgeschritten sind, als einem Prozeß, der sich allerdings innerhalb der Tendenz, das Weltkapital herzustellen, realisiert. Lenin beginnt mit der Konzentration des Kapitals,worin sich eine bestimmte Qualität der Entfaltung der Widersprüche des Akkumulationsprozesses ausdrückt, mit dem Monopol, und nicht mit der geographischen Ausuferung des Kapitalismus. Daher kann Lenin auch zu der bekannten Formulierung über den allgemeinen Charakter des Imperialismus kommen: *"Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überall hin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen."* (AW III,S.867) Er kann den Imperialismus als auf die Spitze getriebenen Kapitalismus, als einen "Überbau über dem alten Kapitalismus" analysieren. *"Zerstört man seine Spitze, so tritt der alte Kapitalismus zutage."*

Lenin entfaltete also den Imperialismus als letztes und höchstes Stadium des Kapitalismus genau da, wo dies der wissenschaftliche Sozialismus seit Marxens Zeiten zu tun hat: An der Entwicklung der Widersprüche des Kapitals. C. N. dagegen setzt am Stand der "Weltmarktentwicklung" des Kapitals an, so daß die Widersprüche des Kapitals nur noch als nachgeschleifte, als Schranken und Störfaktoren in der Entwicklung erscheinen.

Diese Differenz zwischen Lenin und der Verfasserin bezeichnet Lenin auch exakt in seiner Kritik an Kautsky: *"Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung in der* **Richtung** *(bei Lenin gesperrt) auf einen einzigen, alle Unternehmungen und alle Staaten ausnahmslos umfassenden Welt-Trust verläuft. Doch tut sie dies unter solchen Umständen, in einem solchen Tempo, unter solchen Widersprüchen, Konflikten und Erschütterungen - . . . -,daß unbedingt,* **noch ehe es** *(gesperrt) zu einem einzigen Welttrust . . . kommt, der Imperialismus unvermeidlich zusammenbrechen, der Kapitalismus sich in sein Gegenteil verwandeln wird.* (Lenin,Vorwort zu Bucharin,Imperialismus und Weltwirtschaft,S.11) Gerade aber die Entwicklung dieser Widersprüche einzuschätzen und zu analysieren als der "inneren Natur" des Kapitals, ist Gegenstand der materialistischen Analyse und einzig mögliche Grundlage der Strategie und Taktik des Proletariats. Die Verfasserin ist allein von der **Richtung** - hin zum Weltkapital - und deren allesverschlingendem Charakter gebannt, worin die Widersprüche als bloße Mißverständnisse der Weltgeschichte erscheinen.
Was aber ist diese Differenz anderes als jene zwischen marxistischer Theorie und einer in der Tendenz eher an die klassische bürgerliche Ökonomie anschließenden Geschichtsauffassung.

C. N.'s Verständnis der Krisen des Kapitals

Nachdem die Verfasserin Marx zum Theoretiker des 'Bildungsprozeßes' des Weltkapitals zurechtgerückt hat, stellt sich für sie die zentrale Aufgabenstellung: Was sind die Abweichungen der wirklichen Verhältnisse von ihrem Begriff?

Für Lenin ist die Notwendigkeit der Krisen im Kapitalismus in letzter Ursache Ausdruck auf dem Weltmarkt, der Internationalisierung der Produktion entgegenstellen. Hierbei steht im Mittelpunkt die historische Schranke der nationalstaatlichen Existenz des Kapitals. "Die entscheidende Frage für uns ist also die Untersuchung des Unterschieds der Konkurrenz im Innern des Landes und auf dem Weltmarkt." (C. N.) Solche Schranken sind für sie verschiedene Naturbedingungen, das Nebeneinander von kapitalistischen und nichtkapitalistischen Produktionsweisen etc., also in der Tat alles Momente, die die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit und der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb des Kapitalismus modifizieren. An diesen, nicht dem Kapitalverhältnis immanenten Schranken, gewinnt sie dann auch konsequenterweise ihren Krisenbegriff. Krisen sind für sie der Ausdruck von Schranken, die sich der Durchsetzung des Kapitals zum Weltkapital entgegenstellen, wenngleich sie, wie noch zu zeigen sein wird, selbst darauf insistiert, daß die Krisen aus dem tendenziellen Fall der Profitrate abgeleitet werden müßten.

Krisen, die aber nicht mehr aus dem Reproduktionszusammenhang des Kapitals in ihrer **Notwendigkeit** aufgezeigt werden, sondern nur als "Friktionen" in der Entfaltung der Konkurrenz des Kapitals erscheinen, haben herzlich wenig mit den Krisen in der "Kritik der Politischen Ökonomie" zu tun. Vielmehr verfährt sie in einer Weise, die Marx schon an der "Politischen Ökonomie" Ricardos kritisierte: *"Wenn alle Sphären gleiche Möglichkeit der kapitalistischen Produktion und ihrer Erweiterung - Teilung der Arbeit, Maschinerie, Ausfuhr in entfernte Märkte etc. . . . massenhafte Produktion - einschlössen, wenn alle Länder die miteinander handeln, gleiche Fähigkeit der Produktion . . . besäßen"*, dann gäbe es nach Ricardo keine Krise. Marx antwortet: also findet Krise statt, *". . .weil alle diese frommen Wünsche nicht stattfinden."*

Genauso argumentiert C. N.,gäbe es keine Schranken im Entwicklungsprozeß des Kapitals zum Weltkapital, so gäbe es keine Krise. Frommer Wunsch.

In ihrer Kritik an Lenin hat sie aber noch ein anderes Krisenverständnis parat. Für Lenin ist die Notwendigkeit der Krisen im Kapitalismus in letzter Ursache Ausdruck einer Produktionsweise, die den Widerspruch einschließt, die Produktion als Produktion von Tauschwerten zum Selbstzweck zu erheben und damit von den Gebrauchswerten und gesellschaftlichen Bedürfnissen der Volksmassen notwendig abstrahiert. Andererseits ist aber die Unabhängigkeit der Produktion von Tauschwerten von der Konsumtion der Massen bloß eine relative. Der Kapitalismus bedeutet für Lenin "die Entwicklung der Produktion hauptsächlich auf der Linie der Produktionsmittel" (LW 3,44). Die Produktion um der Produktion willen ist wohl der Ausdruck des Kapitalverhältnisses, der aber in beständigen Widerspruch dazu gerät, daß es solches nicht geben kann, daß die Unabhängigkeit der Produktion von der individuellen Konsumtion keine schrankenlose ist.*"Es wäre jedoch falsch, die Unabhängigkeit im Sinne eines vollständigen Losgelöstseins der Produktion von der individuellen Konsumtion zu verstehen."* (LW 3,43) Für das Kapital drückt sich dieser sein Zweck im ständigen Wachsen seiner organischen Zusammensetzung und damit einhergehend im tendenziellen Fall der Profitrate aus. Diese seine Entwicklungstendenz erzeugt aber die zunehmende "Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen . . . (als) der letzte Grund aller wirklichen Krisen".(Marx,K III) Dieser Prozeß kann bloß ungleichmäßig auch innerhalb des gesellschaftlichen Kapitals verlaufen. Die Verschiedenheit der organischen Zusammensetzung der einzelnen Produktionssphären, ihre verschiedene Produktivität (. . .), also auch ihre verschiedene "technische Zusammensetzung" erscheint als "stoffliche Disproportionalität" (Lenin).

Sehen wir zu, wie dieser Sachverhalt, den Lenin, ohne explizit vom tendenziellen Fall der Profitrate reden zu müssen, ausführlich entwickelt, von C. N. zerrissen wird. Für sie hat Lenin unter "Ungleichmäßigkeit" die rein stoffliche Disproportionalität zwischen den verschiedenen Produktionssphären verstanden. Da Lenin allein die Gebrauchswertseite im Blick habe und von der Wertseite abstrahiere, bestehe seine Herleitung der Ungleichmäßigkeit und der Krise darin, daß er "nur eine Seite der warenproduzierenden Gesellschaft

hervor(hebe), nämlich das Nichtvorhandensein eines gesellschaftlich erstellten Plans ..." Andererseits beinhalte für Lenin das Monopol den Plan, die Planmäßigkeit und damit die Tendenz zur Krise. Darum fährt die Verfasserin fort: *"Krisen im imperialistischen Stadium des Kapitalismus sind also Folge des Nebeneinanderexistierens von Konkurrenz und Monopol..."*

Offensichtlich meint sie hier, daß Krisen Folge der Konkurrenz und nur darum bei Lenin noch möglich wären, weil das Monopol noch nicht absolut herrsche. Bei ihrem noch darzustellenden Monopolverständnis muß sie Lenin konsequenterweise für einen Harmoniker halten.
Offensichtlich ist aber die Mechanik der Christel Neusüß nicht die von Lenin. Denn weder abstrahiert dieser von der Wertbewegung, noch stellt er das Monopol der Konkurrenz gegenüber, ohne deren inneren Zusammenhang aufzuzeigen, der doch allererst das Wesen des kapitalistischen Monopols begreifen läßt.
Sie unterstellt Lenin, das Monopol sei die Aufhebung der Krise. Lenin sagt, das Monopol verschärfe die Krise, die Krise verstärke die Monopolisierungstendenz. Wie sich dies auflöst wollen wir zurückstellen, da sich auch gerade daran der seltsame Monopolbegriff der C.N. zeigt. Wir fährt sie in ihrer Kritik fort? Lenin legt die Auswirkungen der zunehmenden Krisenhaftigkeit des imperialistischen Kapitalismus auf die materielle Lage des Volkes dar, und zeigt, welche Kämpfe und Bewegungen und opportunistische Strömungen daraus resultieren. Dabei zeigt er den wachsenden Widerspruch zwischen dem Reichtum des Kapitals (was nichts anderes als auf den hohen Akkumulationsstand des Kapitals verweist) und den beschränkten Konsumtionsmöglichkeiten der Massen auf, die Ungleichheit in der Entwicklung zwischen Industrie und Landwirtschaft. C. N. kann darin nur noch eine moralische, dem Kapitalverhältnis äußerliche Anklage sehen. So meint sie, daß bei Lenin der Widerspruch der kapitalistischen Verhältnisse in der Tendenz "zu einer moralischen Kategorie" verkomme, die Analyse reduziere "sich hier im Ansatz auf die Anklage".(42f.) C. N. hat natürlich Recht, wenn sie sagt, man dürfe die kapitalistische Gesellschaft nicht mit ihr äußerlichen, 'moralischen' Kategorien kritisieren. Bloß ist dies gar nicht der Punkt, an dem sie sich von Lenin abgrenzt.

Äußerlich,unwesentlich ist für das Kapital die lebendige Arbeit, das Proletariat als revolutionäres Subjekt. Wesentlich ist sie ihm bloß als auszubeutendes Objekt. Dies ist der theoretische wie praktische Standpunkt des Kapitals. Aber die revolutionäre Theorie muß ja gerade aufzeigen,welche Bedingungen in der Entwicklung der Widersprüche des Kapitals die Herausbildung des Proletariats zur Klasse für sich ermöglichen, als der materiellen Grundlage der Entfaltung der revolutionären Taktik. Damit wird aber gerade das dem Kapital unwesentliche zum wesentlichen.

Was C. N. also als "moralisch" denunziert, erweist sich als der Sachverhalt, daß sie die Entwicklung der Widersprüche als Widersprüche zwischen Klassen, nur vom Standpunkt des Kapitals als dem **unmittelbaren** Subjekt der Geschichte zu begreifen vermag. Von da führt freilich kein noch so subtiler methodologischer Weg zur Beantwortung der Frage, wie denn das Proletariat zur revolutionären Klasse für sich werde. Zwischen dem "politökonomischen Aspekt" und dem "revolutionstheoretischen Aspekt", in die sie die Imperialismustheorie zerlegt, kann es keine Vermittlung mehr geben. Zulässig in diesem Zusammenhang ist für sie nur die Frage, wie wirkt sich die Krise auf die Verwertungsbedingungen, auf die Profitrate des Kapitals aus. Der Rest ist ihr Moral. Der Subjektivismus ,den sie Lenin vorwirft, erweist sich so als Objektivismus für den es einEntrinnen aus den Klauen des Kapitals bloß gibt, wenn das Kapital an seinen eigenen **ökonomischen Widersprüchen** zerbrochen ist, am Fall der Durchschnittsprofitrate des Kapitals. Hier, in ihrem zweiten Krisenverständnis legt sie eine offene Zusammenbruchstheorie zu Tage, die bloß eine andere Seite ihrer mechanischen Geschichtsauffassung ist.

Die Abtrennung des Monopols von der Konkurrenz

Wir haben den Unterschied zwischen dem Ansatz der Imperialismustheorie Lenins und Neusüß's eigenem Ansatz und ihrer, diesem sich verdankende Leninkritik dazustellen versucht.

Lenin begreift das Monopol als den "Kern der Sache", als die Zusammenfassung und den Ausdruck einer qualitativ bestimmten Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche und beschreibt damit nicht einfach bestimmte historische Erscheinungsformen.

Neusüß meint zunächst:" die einfache bloße Gegenüberstellung von Konkurrenz und Monopol zur Begründung des Kapitalismus infolge technologischer Stagnation (!) und Notwendigkeit der kriegerischen Auseinandersetzung führt ... in die Sackgasse." Dem kann man zustimmen. Bloß, Lenin hat eine solch einfache "Gegenüberstellung" nicht vorgenommen, wie die Verfasserin es ihm unterstellt.

Allgemein ist für Lenin das Monopol die Form, in der allein die progressiv vergesellschaftete Produktion sich noch als indirekt vergesellschaftete (private Aneignung), bewegen, entwickeln, die Produktivkräfte zum Zweck der Mehrwertproduktion entfalten kann.(1)

Wesentlich ist der Akkumulationsprozeß des Kapitals der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, worin sich die Maßlosigkeit des Kapitals realisiert. Zweck ist die Verwertung des vorhandenen Kapitals, die Entwicklung der Produktivkräfte bloßes Mittel. Damit aber verwirklicht das Kapital diese Tendenz bloß, indem es die Produktivkräfte immer ungeheurer entwickelt,alle Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zuspitzt und verschärft. Lenin stellt daher wie schon erwähnt das Monopol auch als Resultat dieses Prozesses dar. Keineswegs gelingt es dem einzelnen Kapital sich als den gesellschaftlichen Reichtum schlechthin, als das gesellschaftliche Monopol zu setzen. Aber es entwickelt unter der allgemeinen Form der Konkurrenz die Produktivkräfte soweit, daß sie innerhalb der Konkurrenz, also doch wohl innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an ihre Grenze gelangen, ihre weitere Entwicklung diese sprengen würden.

---

(1) Zuvor sei noch bemerkt: C. N. versucht mit einer gewissen Hartnäckigkeit Marx gegen Lenin auszuspielen. Gegen Lenins Imperialismus als letztes und höchstes Stadium der kapitalistischen Entwicklung wendet sie ein: "Eine Unterscheidung zwischen Aufstiegs- und Niedergangsphase des Kapitalismus, also eine Epocheneinteilung, in welcher die Entwicklung zunächst gradlinig (!) aufwärts geht, dann gradlinig abfällt, gibt es für Marx nicht."(43) Dies belegt sie mit einem entsprechenden Zitat aus den Grundrissen (S.636) , wo Marx an die Darstellung des Falls der Rate des Profits anschließend den " violent overthrow" des Kapitalismus benennt. Allerdings entwickelt Marx in den Grundrissen sehr klar den Ausgangspunkt, an den Lenins Imperialismustheorie anschließt:" Sobald es (das Kapital,d.Verf.) anfängt sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und bewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügelung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankünder seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind." (GR,S.545)

Das "kapitalistische Monopol" wird durch diese Widersprüche als eine Form hervorgetrieben, in der diese Widersprüche eine zeitweilige, vorübergehende, letzte Lösung finden. Dies wie immer, die einzige Art, in der die kapitalistischen Widersprüche ihre Lösung finden können. D. h. aber nichts anderes, als daß innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unter der Form der Konkurrenz und auf deren Grundlagen Formen herausgetrieben werden, die gerade die weitere Entwicklung der Produktivkräfte als Mittel der Kapitalverwertung ermöglichen und gerade damit das sicherste Mittel sind, ihr auch endgültig ein Ende zu bereiten.

Denn das Monopol ist einerseits gerade die Möglichkeit, die kapitalistischen Produktionskräfte weiter zu entwickeln, die ungeheuer angeschwollene Kapitalakkumulation fortzusetzen und der "direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz" , weil es die Konkurrenz als die allgemeine Form der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise negiert, aufhebt als allgemeine, gerade um sie und damit die weitere Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verhältnisse zu ermöglichen.

Und dieser Widerspruch muß sich äußern und äußert sich: Durch die Konkurrenz, auf deren Grundlage hervorgetrieben bedeutet das Monopol gerade die Möglichkeit weiterer Kapitalakkumulation, weiterer Entfaltung der Produktivkräfte, und als Monopol selber ist es auch schon Tendenz zu deren Negation, also Aufhebung der Entwicklung der Produktivkräfte,Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, selbst die allgemeine Form der gesellschaftlichen Entwicklung, gesellschaftliches Monopol,also sozialistisches. Aber als kapitalistisches ist es in seinen Grenzen, als denen des Kapitals, der Konkurrenz gebannt, erweitert sie im Staatsmonopol, bleibt dennoch kapitalistisches Monopol. Keineswegs ist also für Lenin das Monopol diejenige historische Form des Kapitals, in welcher das Kapital an die Grenzen seiner Akkumulationsfähigkeit stößt, vielmehr ist es gerade die Form, in der die Akkumulation über die ungeheure Vergesellschaftung der Produktion weiter vorangetrieben werden kann, indem über den Staat, über Kriege, Krisen und gesteigerter Ausbeutung alle Widersprüche verschärft werden. "Wie sehr der monopolistische Kapitalismus alle Widersprüche verschärft hat, ist allgemein bekannt." (Imp.Brosch.S.132) Da Neusüß Lenin unterstellt, für ihn sei das Monopol **unmittelbar** das Ende der kapitalistischen Akkumulation, kann sie ihren Angriff auf die Imperialismustheorie auch scheinbar plausibel folgendermaßen begründen: indem sie die Aufschwungsperiode des Kapitalismus nach 1923 und nach dem zweiten Weltkrieg gegen Lenin ausspielt: *"Der Kapitalismus hatte noch keineswegs den Endpunkt seiner Entwicklung erreicht* (nach dem ersten Weltkrieg,d.Verf.) *.Nach einer langen Phase schwerer ökonomischer und politischer Krisen, die in der Weltwirtschaftskrise und im zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt fanden, begann eine neue Phase flotter Kapitalakkumulation auf Weltmarktebene, welche sich erst Anfang der 70er Jahre ihrem Ende zuzuneigen scheint."* (26) In diesem Sinne sieht sie Lenins Imperialismustheorie durch die praktische Entwicklung "kritisiert" und meint daher, daß dieser Aufschwung der Produktivkräfte durch die Imperialismustheorie nicht mehr verstanden und eingeschätzt werden kann. Demgegenüber ist der Imperialismus, das Monopol, gerade darum letztes Stadium des Kapitalismus, weil es die weitere Kapitalverwertung ökonomisch noch ermöglicht unter einer Form, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zersetzt, ohne sie damit aufzulösen. Damit ist gerade innerhalb der Imperialismustheorie das Problem wie, um welchen Preis das Kapital die Produktivkräfte weiter entwickeln kann nicht unlösbar, sondern gerade angegeben, nämlich um den Preis, zu Formen Zuflucht zu nehmen, zum Monopol, zum Staatsmonopol, die im Widerspruch zur Konkurrenz stehen, aber gerade ihre Aufhebung und damit die des Kapitals verhindern. Um den Preis also einer Verschärfung des Widerspruches von gesellschaftlicher Produktion unter privater Form, um den Preis der Verschärfung aller Widersprüche, um den Preis imperialistischer Kriege und der Auflösung der bürgerlichen Demokratie als dem politischen Ausdruck der freien Konkurrenz.

Diese konkrete Dialektik Lenins, die das Kapitalverhältnis als "lebendigen Widerspruch" in seinem monopolisischen Stadium entfaltet, kann Neusüß nur als Mechanik verstehen, da sie selbst nur ein "ja ja, nein nein" kennt. Daß für Lenin also die "Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus" ausschließt, daß für Lenin der Monopolkapitalismus " im großen und ganzen . . . bedeutend schneller (wächst) als früher" kann sie nur noch als die "Unsicherheit und Widersprüchlichkeit Lenins in Bezug auf eine historische Hypostasierung der von ihm für die Situation vor und im ersten Weltkrieg festgestellten Fäulnistendenz" betrachten. "Die widerspruchsvolle Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft" (so C.N.), die die Verfaserung nur noch als einen Widerspruch bei Lenin sieht, weicht bei ihr einer selbst undialektischen, mechanischen Betrachtungsweise. Versucht sie von vornherein nicht den "inneren Zusammenhang" von Monopol und Konkurrenz bei Lenin zu klären, sondern unterstellt sie ihm von vornherein, daß dieser Zusammenhang auf "bloßer Gegenüberstellung" beruhe, so vulgarisiert sie mit Lenin bloß sich selbst.

Einmal diesen Zusammenhang zerrissen, muß es der Verfasserin leicht fallen, einen Lenin zu kritisieren, dem sie einen Monopolbegriff als "Kern der Sache" unterschoben hat, von dem sie zurecht meint, daß er alles und nichts erkläre. Verfolgen wir diesen Gang ihrer Buches weiter.

Auf der Grundlage ihres eigenen Leninkonstrukts wirft sie Lenin vor, daß bei ihm in Gegensatz zu Marx die Preise nicht durch die Werte bestimmt seien, sondern daß das Monopol die Fähigkeit habe, "Monopolpreise festzusetzen". Damit wäre bei Lenin in der Tendenz nicht mehr die sich hinter dem Rücken der Produzenten durchsetzenden Gesetze des Kapitals, sondern die subjektive Willkür und Profitgier der Monopolisten das bestimmende Element der kapitalistischen Entwicklung. Kurz: Die Wesenslogik des Kapials verschwände hinter der psychischen Motivation der Monopolherren.

Die Verfasserin verkennt zunächst, daß die "Naturgesetzlichkeit" der Preisbildung bei Lenin nicht aufgehoben ist. Vielmehr weiß auch C. N., daß in der Preisform selbst die Möglichkeit des Monopolpreises enthalten ist." Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße liegt in der Preisform selbst." (Marx, K I,117). Keineswegs legen also die Monopolherren die Preise nach ihrer subjektiven Willkür fest, vielmehr ist in der Preisform die Möglichkeit des Monopolpreises, monopolistischer Extraprofite enthalten. Entweder ist es also die Preisform selbst, die C. N. irritiert oder es handelt sich um eine plumpe Unterstellung, indem die in der Preisform enthaltene allgemeine Möglichkeit des monopolistischen Extraprofits von dieser gelöst wird, als subjektive Lust der Monopolisten, der Lenin aufsitze, ausgegeben wird.

Allerdings, da sie das Monopol nicht mehr als aus dem Akkumulationsprozeß des Kapitals hervorgetrieben begreift, braucht sie erst auch gar nicht mehr der Frage nachzugehen, wie der Monopolpreis möglich wird, C. N. kann aus ihrer Verstümmelung Lenins dann folgern: *"Der Konkurrenzkampf wandelt sich zum politischen Machtkampf, die Profitmacherei wird zur bloßen Manie, zur Beutegier."* Genauso offensichtlich ist aber auch diese Schlußfolgerung bloße Konsequenz ihrer schon vollzogenen Trennung von Konkurrenz und Monopol, da es keine Frage ist, daß auch der Monopolpreis nur auf der Grundlage nichtmonopolistischer Produktionssphären möglich ist. Hierin konkretisiert

sich noch einmal, daß das Monopol als kapitalistisches überhaupt erst auf der Grundlage der Konkurrenz, als diese voraussetzend und gleichwohl ihr Gegensatz, verständlich wird.

Völlig verquer ist darum ihre Schlußfolgerung, bei Lenin erscheine " als letzte Erklärung der historischen Prozesse ... das empirisch feststellbare Herrschafts- und Machtstreben der Monopole und des Finanzkapitals ... wobei diese Erscheinung nicht mehr auf **die ihr zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten des Akkumulationsprozesses zurückgeführt wird**". In der Tat, hier kritisiert sie wohl nur sich selbst.

Imperialistische Konkurrenz

Der von ihr Lenin unterschobene Widerspruch von Monopolprofit und Gewaltcharakter des Monopols führt sie zu der These, daß " die neue Qualität der Konkurrenz auf dem Weltmarkt gegenüber der sogenannten freien Konkurrenz ... also für Lenin darin (besteht), daß sie dem Inhalt nach nur noch die Funktion (!) hat, die Welt unter die verschiedenen nationalen Kapitale aufzuteilen." Da das Monopol bei Lenin dem Zwang enthoben sei, die Produktivkraft der Arbeit zu entwickeln, könne es nur noch darum gehen, die Aufteilung der Welt und die Sicherung der Produktionssphäre mit dem Mittel der Gewalt zu entscheiden.

"Der Weltmarkt hat damit nach Lenin eine grundsätzlich andere Qualität als ein Markt, auf dem die Kapitale durch freie Konkurrenz zusammengeschlossen sind, da die Konkurrenz der Kapitale auf dem Weltmarkt in der imperialistischen Phase des Kapitalismus einen grundsätzlich anderen Inhalt hat, die das Monopol als Monopol nicht aufheben kann," (30) *" im Begriff der imperialistischen Konkurrenz faßt Lenin diese neue Qualität zusammen."*

Während so die Verfasserin, der Inhalt, die Qualität des Marktes der freien Konkurrenz in der Entwicklung der Produktivkräfte in der Form der Konkurrenz bestanden habe, bestehe der Inhalt des Weltmarktes bei Lenin in der Teilung der Welt in der Form des Krieges.

"Unter dieser Voraussetzung kommt Lenin zu dem Ergebnis, daß Kriege zwischen den kapitalistischen Staaten notwendige Folge des Entwicklungsstandes der kapitalistischen Produktionsweise sind, sobald diese in ihr 'monopolistisches Stadium' eingetreten ist."

Dieser Interpretation Lenins schließt die Verfasserin auch prompt eine Kritik Lenins scheinbar mit Marx an. Habe Marx die Gewalt und ihre Rolle in der kapitalistischen Produktionsweise " aus der jeweiligen Verwertungssitation des Kapitals" abgeleitet, so geschehe dies bei Lenin nicht mehr. Er leite die Rolle der Gewalt nicht mehr aus der zyklischen Verwertungssituation des Kapitals, "sondern aus seiner neuen Existenzform als Monopol und von daher aus den Kräfteverhältnissen der verschiedenen nationalen Monopole und Staaten zueinander" ab (31). Daraus folge, daß Lenin durch den "Widerstreit zwischen Konkurrenz und Monopol auf dem Weltmarkt ... zu einer entscheidendenRevidierung der Marxschen Theorie komme(n), auch wenn er diese Revision nicht explizit ausspricht, sondern seine Analysen als Explikation der von Marx angegebenen Entwicklungstendenzen des Kapitals begreift."(32)

Versuchen wir einmal diese Argumentation aufzuknoten. Ist das Monopol dem Zwang enthoben, die Produktivkraft der Arbeit zu entwickeln, wie die Verfasserin behauptet? Wir haben zu zeigen versucht, daß es gerade umgekehrt ist, daß das Monopol gerade eine Form ist, die bei Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die weitere Entfaltung der Produktivkräfte erlaubt. Gerade in ihm drückt sich am klarsten die Vermitteltheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen aus. Also ist auch die monopolistische Weltmarktkonkurrenz zunächst eine, wie auch immer durch das Dazwischentreten des Staates modifizierte, Konkurrenz von Kapital; Aber was ist der Inhalt der Weltmarktkonkurrenz? Doch nichts anderes als der Inhalt der Konkurrenz überhaupt, die Verwertung des Kapitals, der Profit des Kapitals als Zweck, unter der Form des Monopolprofits.

Neusüß meint, der Inhalt der Konkurrenz wäre die Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit - und hier zeigt sich ihre Konfusion, denn allemal war dies bloßes Mittel zur Verwertung des Kapitals. Und auch in der imperialistischen Konkurrenz bleibt der Inhalt derselbe. Heißt dies, daß die Mittel des Zwecks unverändert bleiben müßten, sich nicht modifizieren könnten?

Neusüß meint, der Inhalt der imperialistischen Konkurrenz wäre die Teilung der Welt. Aber wie bei der Konkurrenz überhaupt so irrt sie auch hier. Was sie als Inhalt angibt, ist bloßes Mittel zur Verwertung des Kapitals. Die imperialistische Konkurrenz hat die Verwertung des Kapitals zum Inhalt wie die Konkurrenz überhaupt.Die Teilung der Welt wird zum Mittel der Verwertung des Monopolkapitals und ist insofern Charakteristikum der imperialistischen Konkurrenz. Und wie steht es mit der Form? Die Verfasserin, die den Inhalt so kräftig durcheinandergeworfen hat, betreibt mit der Formseite wahre Kunststücke. Die imperialistische Konkurrenz vollziehe sich in der **Form des Krieges** nicht mehr in der **Form der Konkurrenz,** so daß bei Lenin die Kritik der Politischen Ökonomie zur Raubtheorie, zur politologischen Machtanalyse verkomme (...). Was sie damit meint kann wohl bloß heißen, auf dem Weltmarkt fungiere das Kapital nicht mehr als Kapital, sondern nur noch als Raub- und Plünderungsverhältnis, eine andere Seite gebe es für Lenin nicht mehr. Folgte man dieser Lenindarstellung der Verfasserin, so hätte Lenin die These der *Permanenz der imperialistischen Kriege* entwickelt und nicht die der Unvermeidlichkeit der aus den imperialistischen Konkurrenz resultierenden Kriege. Dies sind aber zwei völlig verschiedene Dinge, von der Permanenz der imperialistischen Kriege zu reden, würde heißen, von ihrer ständigen konkreten Notwendigkeit. Von ihrer Unvermeidlichkeit zu reden, heißt dasselbe wie von der Unvermeidlichkeit der kapitalistischen Krisen zu reden, nämlich von ihrer **abstrakten Möglichkeit** von ihrer Notwendigkeit unter bestimmten konkreten Bedingungen. D. h. davon zu reden, daß die imperialistische Bourgeoisie unter bestimmten Bedingungen,die insgesamt mit der Entwicklung der (ökonomischen) Konkurrenz auf dem Weltmarkt zusammenhängen, gezwungen ist, die weitere Verwertung des Monopolkapitals mit dem Mittel des imperialistischen Krieges als Fortsetzung ihrer imperialistischen Politik zu sichern. Hier wie überall ist die Konkurrenz des Kapitals nicht bloß Marktkonkurrenz, sondern Konkurrenz um die Anlagesphären des Kapitals (Kapitalexport), um die Sicherung der Bedingungen der Reproduktion (z. B. Rohstoffquellen). Wo immer der Imperialismus sich diese Bedingungen nicht durch die stumme Gewalt der ökonomischen Zwänge sichern kann, muß er zum Mittel der politischen Gewalt greifen. Und gerade dieses gilt in verschärftem Maß, wenn die ganze Welt, in welchen neoimperialistischen Formen auch immer, aufgeteilt ist. Keineswegs heißt dies aber morgen oder übermorgen oder wie C. N. unterstellt, halt immer, müsse der Imperialismus sich über den Krieg erhalten.

Überhaupt zeigt sich in der Argumentation der Verfasserin ein merkwürdiges Verständnis des Verhältnisses von Ökonomie und Politik. C. N. sagt Lenin revidiere Marx, da er die Rolle der Gewalt nicht mehr aus dem Verwertungsprozeß des Kapitals, sondern aus dem Monopol ableite. Aber hier verwechselt Neusüß das allgemeine Verhältnis mit seinen konkreten historischen Ausformungen. Allgemein ist das Kapital nicht bloß in der Phase der ursprünglichen Akkumu-

lation sondern permanent gewalttätig. Die unmittelbare politische Gewalt und Unterdrückung immer seine Tendenz. Diese erscheint konkret immer dann, wenn das Kapital nicht über die ökonomischen Zwänge seine Herrschaft auszuüben vermag. Aber diese allgemeine Tendenz gilt für das Monopol in ungeheuer verschärftem Maße. Warum? Weil es als Negation der Konkurrenz auch die ihr entsprechende Herrschaftsform der bürgerlichen Demokratie negiert, weil es als imperialistisches zur Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung nichtkapitalistischer Produktionsweisen gezwungen ist, weil es die abstrakte Notwendigkeit darstellt, seine Zwecke auf dem Weltmarkt in der Konkurrenz um die Anlagesphären des Kapitals mit dem Mittel der Gewalt einzulösen. Daher ist die Gewalt als dem Kapitalverhältnis immanent für das Monopol allgemeine Tendenz, was scharf von der konkreten Form zu trennen ist, in der sich dieses realisiert. Marx und Lenin – offensichtlich im Gegensatz zu C. N. – können aus dem zyklischen Verwertungsverlauf des Kapitals bloß ableiten, was dem Kapitalverhältnis schon immanent ist und sich im krisenhaften Entwicklunsprozeß bloß äußert. Gerade aber diese allgemeine Charakteristik der Rolle der Gewalt für das Kapital gilt für das Monopol in ungeheuer verschärften Maße.

Wir sehen also, es ist nicht der "Widerstreit zwischen Konkurrenz und Monopol". der Lenin zu einer "Revidierung der Marxschen Theorie" kommen läßt, sondern ein zurechtkonstruierter Lenin wird mit einem revidierten Marx kritisiert.

Exkurs

In einem Exkurs zu "Kapital als Raub- und Plünderungsverhältnis" (S.33ff.) versucht C. N. der Leninschen Imperialismustheorie einen scheinbar plausiblen Argumentationszusammenhang unterzuschieben, welcher gerade den wesentlichen Kontext von sprunghafter Entwicklung des industriellen Kapitals – Verwertungskrise – und Verselbständigung des Bankkapitals verdeckt, statt ihn aufzuhellen.In ihrer fixen Idee, den Leninschen Ansatz von seiner ökonomischen Grundlage zu trennen, muß nun noch Marx selbst herhalten, indem sie behauptet, *"daß die Phänomene, die Lenin unter dem Begriff der imperialistischen Konkurrenz und der Fäulnistendenz des Kapitalismus beschreibt, den Kategorien und historischen Formen analog (!) sind, welche Marx für das Handelskapital in der Phase der ursprünglichen Akkumulation entwickelt. Lenin knüpft hier zwar nicht an Marx an, doch was sich aus der Existenzform des Handelskapitals und seiner Herrschaft ergibt, nämlich Aufteilung der Welt als Inhalt der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, kriegerische Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen Staaten als Form, die Konstitution des Kapitalverhältnisses als Raubverhältnis und des Staates als Raubstaat, genau dies ist der Inhalt der Leninschen Imperialismusanalyse."* (37) Der Kapitalismus falle *"am Ende seiner Entwicklung in einen Zustand zurück, welcher seinen Beginn kennzeichnet: Der Konkurrenzkampf wandelt sich zum politischen und militärischen Machtkampf. die Profitmacherei selbst wird zur bloßen Manie, zur Beutegier."* (37) Die besonderen Gestalten, die der Kapitalismus in seinem höchsten Stadium aus sich heraustreibt, werden von C. N. auf ein paar unmittelbare Erscheinungen zusammengestrichen. Dabei unterstellt sie Lenin eine mechanische Konstruktion: Phase der Herausbildung des Kapitalismus: Aneignung von Reichtum vermittelst der Zirkulation (Handel,Raub, Plünderung) – Phase der Blütezeit des Kapitalismus: Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums vermittelst kapitalistischer Produktion (industrielles Kapital) und Entwicklung der Produktivkräfte, – Phase des Niedergangs: Rückkehr zu den barbarischen Formen der Aneignung gesellschaftlichen Reichtums vermittelst der Zirkulation (Raub jetzt "als funktionslose nur noch parasitäre Form der Bereicherung"(38)).

Wie wird hier verfahren?
Erscheinungen, die mit dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus verbunden sind, werden zum wesentlichen Inhalt ernannt und dann ist es natürlich ein leichtes, die Frage von C. N., "ob Lenin die Gesamtheit der historischen Erscheinungsformen der damaligen (!) Entwicklungsphase des Kapitalismus richtig interpretiert hat" (38) entsprechend mit "nein" zu beantworten. Demgegenüber müssen wir jedoch gerade herausstellen, daß mit der "Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie" – daß also mit der "Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals" (Lenin,Imp.Broschüre,S.51) – ein zentraler Begriff in der Imperialismustheorie, der von C. N. im ersten Teil ihrer Arbeit, der der "Kritik der Leninschen Imperialismustheorie" gewidmet ist, nicht einmal erwähnt wird – die Zusammenhänge in einem ganz anderen Licht erscheinen.

Handels- und Wucherkapital, kurz die Zirkulationsbewegung von Geld zu mehr Geld, die zu Beginn der Herausbildung des Kapitalismus aus nichts anderem resultierte als aus Übervorteilungsmanövern und damit bloß "vermittelnde Bewegung zwischen Extremen, die es (das Handelskapital,d.Verf.) nicht beherrscht, und Voraussetzungen, die es nicht schafft" (K III,342) war, wiederholt sich nicht einfach bei der Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium. Die **selbständige** Gestalt des Handelskapitals ist nämlich "... gleichbedeutend mit Nichtunterwerfung der Produktion unter das Kapital, also mit Entwicklung des Kapitals auf Grundlage einer ihm fremden und von ihm unabhängigen gesellschaftlichen Form der Produktion" (K III,340). Gerade das ist aber nicht der Fall bei der kapitalistischen **Produktions**weise in ihrem höchsten Stadium, dem Imperialismus. Der Weg ist vielmehr so, daß "sobald sich das Kapital der Produktion selbst bemächtigt und ihr eine ganz veränderte und spezifische Form gegeben hat", das Handelskapital "nur als Kapital in einer **besonderen** Funktion" , als **eine** der Formen des Kapitals in seiner Reproduktionsbewegung erscheint.

Die Rolle des Finanzkapitals

Neusüß argumentiert wie wir gesehen haben mit der empirischen Erscheinungsform der "multinationalen Konzerne" gegen die Imperialismustheorie Lenins. Verblüffen muß ihre Kritik, umgeht sie doch konsequent die Rolle des Finanzkapitals.

Wir wollen im folgenden zu zeigen versuchen, inwiefern Lenins Begriff des "Finanzkapitals" exakt die Kapitalakkumulation in ihrem am höchsten entfalteten Stadium und damit in ihrer letzten Phase auf der Grundlage der Marxschen Theorie zusammenfaßt.

Der Herausbildungsprozeß des Finanzkapitals ist der Prozeß, in welchem aus den Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses die wachsende Bedeutung des Geld- und Bankkapitals erwächst. Dieses ist wesentlich auch Ausdruck der je erreichten Kapitalgröße und die damit wachsende Bedeutung den vorhandenen Kapitalwert nicht bloß zu verwerten, sondern auch zu erhalten. "Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion entwickelt sich jedoch gleichzeitig das Kreditsystem. Das Geldkapital, das der Kapitalist noch nicht in seinem eignen Geschäft anwenden kann, wird von andren angewandt, von denen er Zinsen dafür erhält." (K II,323) Die wachsende Bedeutung des Geldkapitals bildet die Form des Geldkapitals bis auf eine Stufe heraus, die bis zur Beherrschung des industriellen Kapitals führt. "Und da im Fortgang der kapitalistischen Produktion sich die Stufenleiter jedes individuellen Produktionsprozesses, und mit ihm die Minimalgrö-

ße des vorzuschießenden Kapitals erweitert, so kommt jener Umstand zu den andren, **die die Funktion des industriellen Kapitalisten mehr und mehr in ein Monopol großer Geldkapitalisten, vereinzelter oder assoziierter, verwandeln.**" (K II ,111;Hervorhebung,d.Verf.)

Diese Beherrschung des industriellen Kapitals durch das Geld als Bankkapital findet erst auf einer Stufenleiter der Akkumulation statt, auf der sich das industrielle Kapital nicht mehr als solches auf der Höhe der Akkumulationsbewegung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals halten kann. "Diese Fähigkeit des Geldes als Kapital – die Fähigkeit den Durchschnittsprofit zu erzeugen – veräußert der Geldkapitalist an den industriellen Kapitalisten ..." (K III,364), "der Gebrauchswert des Geldes ist: als Kapital fungieren zu können und als solches unter durchschnittlichen Umständen den Durchschnittsprofit zu produzieren." (ebenda) Damit bilden sich die Finanzkapitalisten, das Finanzkapital als die beherrschende Kapitalform heraus. "Mit dem Wachstum des stofflichen Reichtums wächst die Klasse der Geldkapitalisten; es vermehrt sich einerseits die Zahl und der Reichtum der sich zurückziehenden Kapitalisten, der Rentiers; und zweitens wird die Entwicklung des Kreditsystems gefördert und damit die Zahl der Bankiers, Geldverleiher, Finanziers etc. vermehrt ..." (K III,527).

Dieser Prozeß beinhaltet die Tendenz zur Unterwerfung des industriellen Kapitals unter das Bankkapital, das einerseits abhängt vom industriellen Kapital, von dem Mehrwert, den dieses produziert, und der allererst den Gewinn des Bankkapitals ermöglicht. Andererseits hängt das industrielle Kapital in seiner weiteren Verwertungsbewegung von der Konzentration des Mehrwerts in seinen zersplitterten Formen in der Hand des Bankkapitals, als einer bloß verselbständigten Form des Kapitals überhaupt ab.

Das Bankkapital als Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum überhaupt, in Geldform, ist die mystifizierteste Gestalt des Kapitals, worin jegliche Herkunft des Profits aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß verschwunden ist. Daher erscheint auch die Bewegung des Bankkapitals, von Geld zu mehr Geld als losgelöst von der Ausbeutung. "Aller Zusammenhang mit dem wirklichen Verwertungsprozeß des Kapitals geht so bis auf die letzte Spur verloren, und die Vorstellung vom Kapital als einem sich durch sich selbst verwertenden Automaten befestigt sich." (K III,484)

Diese Entwicklung faßt Lenin absolut korrekt im Begriff des **Finanzkapitals** als der spezifischen Form des Monopolkapitals zusammen, worin ein Stand der Entfaltung des Kapitalverhältnisses sich ausdrückt, der Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitals und des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, der die höchste und letzte Phase des Kapitalverhältnisses überhaupt beschreibt. Es ist auch klar, daß diese theoretische Zusammenfassung des Kapitalverhältnisses in seiner höchsten Phase wie sie Lenin im Begriff des Finanzkapitals vornimmt nicht a la Neusüß mit irgendwelchen empirischen Erscheinungsformen wie z. B. den "multinationalen Konzernen" kritisieren läßt, oder gar so, daß die Kapitalisten heute ihre eigene Hausbank hätten. Da kritisiert dann nicht die praktische Entwicklung die Theorie, sondern die marxistisch-leninistische Theorie den vulgären Theoretiker.
C.N.'s Behauptung, die Tendenz zum reellen Weltkapital hebe das Finanzkapital auf und schaffe die "multinationalen Konzerne" würde die Annahme beinhalten, das Kapital falle auf eine Entwicklungsstufe zurück, die ja gerade die Herrschaft des Finanzkapitals hervorgetrieben hat. Solcher Unsinn spricht für sich selbst. Genauso ist dann offensichtlich der "mulitnationale Konzern" als eine Erscheinungsform unter das Finanzkapital subsumiert, worin sich ausdrückt, daß die Frage nationaler oder multinationaler Konzern überhaupt nichts mit dem allgemeinen Wesen des Finanzkapitalismus, des Imperialismus zu tun hat, sondern seine konkreten Bewegungsformen darstellt.
Gerade die Entwicklung der Produktivkräfte auf der von der Verfasserin dargestellten Ebene des Kapitals über seine nationalen Schranken reell hinwegzutreiben, setzt einen Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der Kapitalakkumulation zwischen den kapitalistischen Metropolen voraus, wie er gerade in der Herrschaft des Finanzkapitals zum Ausdruck kommt. Genauso offensichtlich ist, daß C. N's Behauptung, Lenins Imperialismustheorie beschreibe die Phase der "Internationalisierung der Zirkulation" völlig an der Sache vorbeigeht und ein unwesentliches Problem zum wesentlichen macht, in dem die Unterwerfung des industriellen unter das Bankkapital verschwindet.

So betrachtet hat u. E. die Verfasserin mit all den Verdrehungen von Marx und Lenin ihrer Leninkritik jede materialistische Grundlage durch die Vulgarisierung von Marx entzogen.

Schluß

Wir haben in der vorliegenden Rezension des Buchs von Christel Neusüß zu zeigen versucht, daß C. N. eine scheinbar marxistische Kritik an Lenins Imperialismustheorie liefern will, die sie nur um den Preis einer Revision der marxistischen Theorie erhält.

In ihrer ökonomischen Verkürzung der Imperialismustheorie erscheint das Proletariat, das revolutionäre Subjekt, nur noch als bloßes Objekt des Kapitals, das dessen Akkumulationsprozeß nachgeschleift wird und letztlich nur noch durch den über den Fall der Profitrate vermittelten Zusammenbruch des Kapitalismus sich aus dem Kapitalverhältnis befreien kann.

Abhängig von der Kapitalbewegung, sind die Möglichkeiten des Proletariats sich als Klasse für sich herauszubilden auch **unmittelbar** von der Krisenentwicklung des Kapitals abhängig. Für C. N. sind Krisen und Katastrophen als Form der Durchsetzung der kapitalistischen Entwicklungsgesetze *"die Grundlage der Klassenerkenntnis des Proletariats von der Unversöhnlichkeit seiner Interessen mit denen der Bourgeoisherrschaft und von der Notwendigkeit ihres revolutionären Sturzes ..."* (25) Wird die Herausbildung der revolutionären Politik des Proletariats so als unmittelbar durch die Kapitalentwicklung diktiert betrachtet, so erscheint sie als bloßer Reflex der Bewegung des Kapitals. Das wichtige Moment von Katastrophen und Krisen für die Herausbildung des proletarischen Klassenbewußtseins wird verabsolutiert und zum alles beherrschenden Moment gemacht. Nicht mehr das allgemeine Wesen des Kapitalverhältnisses, sondern bloß noch bestimmte Erscheinungsformen des Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital ermöglichen hier dem Proletariat die Einsicht in die Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisherrschaft. Die proletarische Strategie und Taktik fällt hier einem Objektivismus zum Opfer, der die selbständige Klassenpolitik des Proletariats in eine von der Kapitalbewegung abhängige Größe verwandelt. Obwohl C. N. darauf nicht eingeht, ist doch die andere Seite der Medaille, daß sie notwendig die Rolle der Bewußtheit und der proletarischen Partei zu Gunsten eines ökonomischen Spontaneismus nicht mehr erfassen kann. Denn entweder erreicht die Krise ein Ausmaß, das das Proletariat zum Kampf zwingt, oder sie tut's halt nicht.

Als zweites versuchten wir zu zeigen, daß C. N. letztlich wohl noch "politökonomisch", keineswegs aber materialistisch verfährt, nicht mehr die Entwicklung der Widersprüche zum Prinzip der Sache macht und von daher auch nicht mehr eine Grundlage für die Bestimmung der proletarischen

Strategie und Taktik geben kann.

Dieser Versuch einer Kritik der Imperialismustheorie, den sie unternimmt, "weil sie heute noch für alle Versuche innerhalb der kommunistischen Parteien, die reale historische Entwicklung zu erklären, von entscheidender Bedeutung ist", kann nur als Versuch verstanden werden, gegenüber der marxistisch-leninistischen Bewegung in Westdeutschland einen Dogmatismusvorwurf zu konstruieren. Die Methode ist so alt wie die marxistisch-leninistische Bewegung überhaupt und besteht darin, Marx gegen Lenin auszuspielen. In der Tat halten wir gegenüber solchen Kritiken und Dogmatismusvorwürfen an der Orthodoxie in Fragen der Methode fest, daran, *"daß aber alle Versuche, sie zu überwinden oder zu 'verbessern' nur zur Verflachung, zur Trivialität, zum Eklektizismus geführt haben und dazu führen mußten."* (Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein,S.13)

Die Konstruktion des Dogmatismusvorwurfes, der seine absurdesten Blüten in Armanski's "Thesen zur Revisionismuskritik" hervortreibt, wie sie in "Probleme des Klassenkampfes Nr. 5" vorliegen, einer Zeitschrift und politischen Gruppierung, der Christel Neusüß nahesteht, ist aber gar nicht anders erklärbar als vor dem Hintergrund des Aufschwungs der marxistisch-leninistischen Bewegung in Westdeutschland. Gerade in einer solchen Herkunft erweist sich aber diese Kritik schlicht als der Versuch, außerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung diese zu torpedieren.

Wenn uns z. B. Armanski in väterlichem Tone " den niedrigen Stand ... (unserer) Theoriebildung" vorwirft (Prokla Nr. 5), um damit unseren 'Dogmatismus' zu entschuldigen, indem er ihn als Praxis ohne revolutionäre Theorie darstellt, ein Vorwurf, dem C. N. sicher zustimmen würde, so begnügen wir uns damit festzuhalten, daß ein 'niedriger Stand der Theoriebildung' für die kommunistische Bewegung sicherlich besser ist als ein hoher Stand an unmarxistischer Theorie.

E.R.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

WAHRHEIT

Kommunistische Arbeiter-Korrespondenz

Lest das Organ des KBB!

Die "Wahrheit" ist eine vom Kommunistischen Bund Bremen (KBB) herausgegebene politische Zeitung, die sich die Aufgabe gestellt hat, regelmäßig auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen einzugehen und sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus zu beleuchten. Sie führt den Kampf gegen die lokale Borniertheit der Zirkel, indem sie versucht, vom Standpunkt der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung auszugehen, die Auseinandersetzung um die entscheidenden strategischen und taktischen Fragen der westdeutschen Revolution voranzutreiben und die praktischen Schritte zum Wiederaufbau der KPD zu propagieren. Die "Wahrheit" erscheint monatlich und kostet im Jahresabonnement DM 8,– inkl. Porto.

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 2 Februar 1973

- Währungskrise – Krise des kapitalistischen Systems
- Trotz Lohnraub: Kampfkraft der Arbeiterklasse wächst!
- Das Waffenstillstandsabkommen in Vietnam
- Betriebsordnung in China

Nr. 3 März 1973

- 125 Jahre "Kommunistisches Manifest"
- Gewerkschaftsausschlüsse
- Streiks der Stahlarbeiter
- Großbritannien: Kampf gegen Lohnstopp!

Nr. 4 April 1973

- Maiplattform
- Die Einheit der westdeutschen Kommunisten und die KPD/ML (Roter Morgen)
- Zur Wohnungsfrage
- Frauenbefreiung in China

Dazu in jeder Nummer weitere Artikel und Betriebsberichte.

Bestellungen sind zu richten an: Michael Tilgner, 28 Bremen 15, Postfach 150106. Zahlungen im voraus auf das Postscheckkonto Nr. 34 62 64 – 209, Postscheckamt Hamburg.

GELTUNG DES WERTGESETZES IM SOZIALISMUS

Im Kampf zwischen kapitalistischem und sozialistischem Weg, bürgerlicher und proletarischer Linie nimmt die Auseinandersetzung über die Problematik des Wertgesetzes im Sozialismus eine wichtige Stellung ein. Das ist kein Zufall, denn hinter dieser Auseinandersetzung verbirgt sich letztenendes die Frage, ob das Proletariat vorwärtsschreiten soll in der unmittelbaren Vergesellschaftung der Produktion, oder ob es als bewußtes Subjekt der Geschichte abdanken soll zugunsten von ökonomischen Gesetzen, die hinter seinem Rücken den gesellschaftlichen Charakter der Produktion durchsetzen.

Was ist überhaupt das "Wertgesetz"? In warenproduzierenden Gesellschaften regelt das Wertgesetz vermittelt über den Äquivalententausch und die Konkurrenz letztenendes die gesellschaftliche Produktion, indem es die Produkte sämtlicher Privatarbeiten als Produkte allgemein gesellschaftlicher Arbeit gleichsetzt und damithinter dem Rücken der Privatproduzenten den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit zur Geltung bringt, als "ein Naturgesetz, das auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten beruht" (Friedrich Engels, Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie, MEW Bd.1,S.515). Die Bedingung für die Geltung dieses "Naturgesetzes s" ist die naturwüchsige Arbeitsteilung unter Privatproduzenten. Wird diese Arbeitsteilung aufgehoben, dann nehmen die Produkte nicht mehr Warenform und die Arbeitszeit nicht mehr Wertform an und an die Stelle des Wertgesetzes als Regulator der gesellschaftlichen Produktion, tritt unmittelbar die Ökonomie der Zeit. Es besteht nun eben der Trick der Revisionisten darin, daß sie behaupten, die Ökonomie der Zeit, in die sich schließlich jede Ökonomie auflöst (vgl. Grundrisse S.89) mit der Geltung des Wertgesetzes gleichzusetzen, um dann hieraus die Notwendigkeit der Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen abzuleiten, in denen sich das Wertgesetz verwirklicht. Von der Tatsache ausgehend, daß **jeder** Produktionsweise die Ökonomie der Zeit zugrunde liegt, werden sie zu Apologeten der kapitalistischen Produktionsweise, in der die Ökonomie der Zeit als Zwangsgesetz an den Produzenten exekutiert wird. Marx hat am Beispiel Robinson Crusoe gezeigt, daß selbst in dessen einfacher und durchsichtiger Ökonomie alle "wesentlichen Bestimmungen des Werts" enthalten sind (Kapital I,S.91), **ohne** aber die Wertform anzunehmen. Marx fährt fort, nachdem er andere Beispiele der Produktion angeführt hat, in denen die Ökonomie der Zeit sich nicht als Wertgesetz durchsetzt: *"Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinsons Arbeit wiederholen sich hier, nur gesellschaftlich statt individuell. Alle Produkte Robinsons waren sein ausschließlich persönliches Produkt und daher unmittelbar Gebrauchsgegenstände für ihn. Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsmitgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution."* (Kapital I, S.93) Der **Inhalt** der Wertbestimmungen bleibt also im Sozialismus ebenso erhalten wie in jeder anderen gesellschaftlichen Produktion (vgl.Kapital I., S.85f.). Nicht nur das: *"nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion"* bleibt *"die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird."* (Kapital III, S.859) Oder: *"Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller und geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum, hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, bleibt also erstes Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz. Dies ist jedoch wesentlich verschieden vom Messen der Tauschwerte (Arbeiten oder Arbeitsprodukte) durch die Arbeitszeit."* (Grundrisse, S.89) Die Ökonomie der Zeit im Sozialismus ist, obwohl in ihr alle inhaltlichen Bestimmungen des Wertes enthalten sind, wesentlich verschieden vom Wertgesetz als Regulator der

warenproduzierenden Gesellschaft, da im Sozialismus die verschiedenen Gebrauchswerte und die dazu notwendige Arbeit gerade nicht gleichgesetzt wird, sondern ausgehend vom **verschiedenen** Gebrauchswert der Produkte die gesellschaftliche Arbeit planmäßig verteilt wird. Das erste ökonomische Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion ist die Negation des Wertgesetzes, genau wie die gemeinschaftliche Produktion die Negation der Privatproduktion ist. Daraus folgt: Der Sozialismus beruht auf ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, der Ökonomie der Zeit und der planmäßigen Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion. Diese objektiven ökonomischen Gesetze müssen bewußt beachtet werden, aber diese Beachtung der ökonomischen Gesetzmäßigkeit des Sozialismus kann keineswegs in der "Ausnutzung des Wertgesetzes" beruhen.

Stalin hat in seinen"ökonomischen Problemen des Sozialismus"den objektiven Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus herausgearbeitet als auch ihre wesentliche Differenz zum Wertgesetz. Gleichzeitig hat er in der Untersuchung der konkreten Produktionsverhältnisse der SU herausgearbeitet, in welchem Bereich die Bedingungen schon existieren, unter denen das Wertgesetz aufgehört hat zu gelten (staatlicher Sektor) und unter denen es eingeschränkt fortgilt (Beziehungen zwischen dem staatlichen Sektor und dem Kollektivsektor und Beziehungen zwischen Produktion und Konsumption). Genosse G.R. (und auch Genosse Lindner) kritisiert nun Stalin, weil er die Geltung des Wertgesetzes für den staatlichen Sektor bestritten hat und schließt aus der fortexistierenden Isolierung der staatlichen Betriebe untereinander, aus der unvollkommenen Vergesellschaftung auch des staatlichen Bereichs und der Nichtplanbarkeit der gesellschaftlichen Nachfrage auf die Geltung des Wertgesetzes auch in diesem Sektor. Als Beleg für diese These nennt G.R. die Krisenerscheinungen der SU-Ökonomie Anfang der 5oiger Jahre. G.R. kritisiert, Stalin hätte nicht gesehen, daß auch innerhalb des staatlichen Bereichs Warenproduktion stattfinde, sei deshalb fälschlicherweise von einer umfassenden Planbarkeit der staatlichen Produktion ausgegangen, die die Widerspruchsstruktur im staatlichen Sektor unterschlagen habe. Diese Kritik ist m.E. falsch und beruht ihrerseits auf einer falschen Bestimmung des Verhältnisses der neuen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus und der fortexistierenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Warenproduktion in der Übergangsperiode. Mit der Verstaatlichung der Produktion schafft sich das Proletariat die Möglichkeit, die Ökonomie der Zeit und die planmäßige Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit direkt und ohne Dazwischenkunft des Wertgesetzes in die eigene Hand zu nehmen und die staatlichen Betriebe auf der Grundlage gemeinschaftlicher Produktion unmittelbar aufeinander zu beziehen. Schwierigkeiten und Widersprüche ergeben sich dabei nicht aus dem Fortwirken des Wertgesetzes, sondern aus der ideologischen und politischen Unreife des Proletariats und seiner Organe und aus der Sabotage bürgerlicher Elemente. Der Klassenkampf des Proletariats besteht hier gerade darin, alle ideologischen und politischen Hindernisse zu beseitigen, die es daran hindern, die Produktionsverhältnisse immer mehr zu vervollkommnen, um den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus immer besser zu entsprechen. Tatsächlich bestand der Fehler der KPdSU unter Stalin denn auch keineswegs darin, das Wertgesetz nicht genügend beachtet und die Warenform der Produkte auch im staatlichen Sektor nicht erkannt zu haben (das werfen ihm die Revisionisten vor), sondern darin, den Klassenkampf nicht richtig angeleitet zu haben. Daß verschiedene Betriebsleiter und sonstige Staatsangestellte, daß verschiedene Parteiangehörige nicht entsprechend den Notwendigkeiten des Aufbaus des Sozialismus arbeiteten, sondern auf ihren eigenen Vorteil sahen, daß das Proletariat von dieser privilegierten Schicht unterdrückt und apathisiert wurde, hat doch nichts mit der Vernachlässigung des Wertgesetzes zu tun. Hier entwickelte sich nach und nach eine privilegierte Schicht, die nur darauf lauerte, die politische Macht zu erobern und sich zur herrschenden Klasse aufzuwerfen. Gegen diese Schicht mußte der Klassenkampf entfaltet werden und zwar nicht nur um die proletarische Diktatur zu verteidigen und zu festigen, sondern auch, um die Produktivkräfte weiter entwickeln zu können gemäß den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus. Denn diese Schichten standen der Ökonomie der Zeit und der planmäßigen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit im Wege und demoralisierten das Proletariat. Nur im Kampf gegen diese bürgerlichen Schichten und Kräfte konnte sich auch das Proletariat erziehen, um seine historische Aufgabe immer besser zu erfüllen. Es waren Klassenwidersprüche, die das Proletariat am weiteren Aufbau des Sozialismus hinderten und Stalins Fehler bestand gerade darin, daß er sie nicht genügend als solche begriff und das Proletariat nicht zum Kampf gegen sie aufrief, so daß sie die Macht ergreifen konnten und mit ihren bürgerlichen Allheilmittelchen wie Ausnutzung des Wert-Gesetzes und Entfaltung der Ware-Geld-Beziehung an die Stelle der neuen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus die alten Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Warenproduktion setzen konnten, indem sie das sozialistische Staatseigentum in kapitalistisches Staatseigentum rückverwandelten. G.R. überschätzt auf der einen Seite das Fortwirken der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus und unterschätzt auf der anderen Seite die Herausbildung einer bürokratischen bürgerlich-privilegierten Schicht, die das eigentliche Hindernis der weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist. Gleichzeitig erwähnt er die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus mit keinem Wort, so daß er den "Primat der Politik" idealistisch mißversteht. "Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik" (Lenin, AW III, S.6o4). Ohne politisch richtig an die Sache heranzugehen wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und **folglich** auch **ihre Produktionsaufgaben** nicht lösen können." (a.a.O.,S.605)

Die Politik des Proletariats ist als konzentrierter Ausdruck der Ökonomik Hebel, seine Produktionsaufgabe zu lösen. Es geht für das Proletariat in der Übergangsperiode nicht einfach darum politisch gegen fortexistierende Gesetze des Kapitalismus anzukämpfen, sondern vor allem darum, die Bedingungen zu schaffen, unter denen das Proletariat seine Produktionsaufgabe gemäß den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus lösen kann. Das geschieht im Kampf gegen alle bürgerlichen Elemente, die sich in den bestehenden Unvollkommenheiten einrichten wollen und vor allem in der Revolutionierung des Überbaus.

Joscha Schmierer

KRITIK AM ARTIKEL "DIE RESTAURATION DES KAPITALISMUS IN DER SOWJETUNION"

Ich will in den folgenden Bemerkungen auf einige Punkte eingehen, in denen sich in dem Artikel "Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion" Fehler oder Unklarheiten befinden.(1)
Erstens ist noch einmal auf das Wertgesetz einzugehen, um dann genauer bestimmen zu können, welche Rolle es in der Übergangsperiode spielt und wie es zu überwinden ist. Zweitens ist der systematisch grundlegende Punkt herauszuarbeiten, daß der Aufbau des Sozialismus nur das Werk der Massen selbst sein kann. Drittens ist auf das Wesen des sozialistischen Plans einzugehen. Viertens ist noch einmal darauf einzugehen, wie das Wertgesetz überwunden werden kann und muß, und welche Rolle dafür materielle, im Stand der Produktivkräfte gründende Bedingungen spielen. Fünftens ist die Kritik an Stalins Behandlung der Warenproduktion im staatlichen Sektor zu korrigieren.

1. Jeder Gesellschaftsformation liegt die Notwendigkeit zugrunde, daß die gesellschaftliche Arbeit verteilt werden muß ("Gesetz der Ökonomie der Zeit") und daß sie so auf die einzelnen Produktionszweige verteilt werden muß, daß die Reproduktion der Gesellschaft gewährleistet ist, d. h. daß den Bedürfnissen der Gesellschaft (wie gut oder wie schlecht auch immer) Rechnung getragen wird (man kann dies das "Gesetz der Reproduktion" nennen; im Kapitalismus nimmt es die Form der Krise an, im Sozialismus wird es als "Gesetz der proportionalen Entwicklung" durchgesetzt). Je nachdem, in welchen Formen sich diese beiden Gesetze durchsetzen, unterscheiden sich die verschiedenen Gesellschaftsformationen. "Daß diese **Notwendigkeit** der **Verteilung** der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die **bestimmte Form** der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur ihre **Erscheinungsweise** ändern kann, ist self-evident. Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die **Form** worin jene Gesetze sich durchsetzen." (Marx an Kugelmann, 11. Juli 1868)

Die grundlegende Form, die die Gesetze der Ökonomie der Zeit und der Reproduktion in der bürgerlichen Gesellschaft annehmen, wird als Wertgesetz bezeichnet. Es kann folgendermaßen erklärt werden:
In jeder Gesellschaft, also auch in der bürgerlichen Gesellschaft, gibt es Arbeitsteilung. Die einzelne Arbeit oder auch die Gesamtarbeit eines einzelnen Betriebes ist darum nur ein Glied im Zusammenhang aller Arbeiten. Das macht den gesellschaftlichen Charakter einer jeden einzelnen Arbeit aus. Nach Marx *"zeigt sich der gesellschaftliche Charakter (der Arbeit) darin, daß es (das Individuum) im Inhalte seiner Arbeit durch den gesellschaftlichen Zusammenhang bestimmt ist, und es nur als Glied desselben arbeitet, d. h. für die Bedürfnisse aller anderen."* (Grundrisse, S.910f.) Um die verschiedenen Arbeiten also wirklich als das, was sie sind, als gesellschaftliche Arbeiten durchführen zu können, müßten die individuellen Produzenten über den gesamten Arbeitszusammenhang und sämtliche Produktionsbedingungen verfügen können, von denen jede einzelne Arbeit abhängt. Sie müßten also gemeinschaftlich produzieren. In der bürgerlichen Gesellschaft geht das jedoch nicht. Diese Gesellschaft beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsbedingungen (Grund und Boden, Produktionsmittel, Arbeitskraft). Jeder individuelle Produzent (in der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft, im Kapitalismus, ist das der individuelle Kapitalist – der einzelne kapitalistische Betrieb –, der mit seinem Kapital auch über die diesem Kapital subsummierten Arbeitskräfte verfügt) verfügt nur über seine Produktionsmittel und seine Arbeitskraft. Mit anderen Worten: der individuelle Produzent verfügt **nicht** über diejenigen Produktionsbedingungen, von denen **seine** Bedürfnisbefriedigung abhängt, denn diese gehören anderen individuellen Produzenten. Der individuelle Produzent kann deshalb seinem individuellen Interesse nicht unmittelbar Geltung verschaffen. Für die gesellschaftliche Arbeit, die im Zusammenhang der Arbeitsteilung Gebrauchswerte erzeugt, bedeutet das, daß sie nicht als solche – wie Marx sagt: als konkrete Arbeit – zum Maßstab der individuellen Produktion gemacht werden kann; die Arbeit kann nicht unmittelbar als gesellschaftliche durchgeführt werden. Stattdessen sind die individuellen Produzenten gezwungen, die konkrete Arbeit **zum Mittel** der Realisierung ihrer besonderen Bedürfnisse zu machen. Unter der Herrschaft des Privateigentums wird also die gesellschaftliche Arbeit nicht mehr um der Gebrauchswerte willen, die sie objektiv erzeugt, durchgeführt, sondern sie dient als Mittel für Interessen, denen sie objektiv nicht dient. Das besondere Interesse des individuellen Produzenten kann sich daher nur noch so Geltung verschaffen, indem es alle anderen besonderen Interessen zum Mittel seiner Befriedigung macht. Dieser Umstand macht aus dem besonderen Interesse des individuellen Produzenten sein **Privat**interesse und aus seiner Arbeit **Privat**arbeit. Die gesellschaftliche Arbeit wird zum Mittel privater Bereicherung.

Dadurch, daß die einzelnen Arbeiten als Privatarbeiten betrieben werden müssen, verlieren sie jedoch nicht ihren gesellschaftlichen Charakter. Nach wie vor existiert die objektive Notwendigkeit, daß die Privatarbeiten sich als gesellschaftliche Arbeiten bewähren müssen; sie müssen sich als Produktion von Gebrauchswerten bewähren, nach denen Nachfrage durch andere als ihre unmittelbaren Produzenten

(1) vgl. Neues Rotes Forum 4–5/72

selbst besteht. Hieraus resultiert ein grundlegender Widerspruch der bürgerlichen Produktionsweise. Er besteht darin, daß die individuellen Produzenten (die einzelnen Betriebe) gezwungen sind, in ihrem Privatinteresse zu arbeiten, gleichwohl aber objektiv für andere Privatinteressen arbeiten müssen.
Dieser grundlegende Widerspruch, nämlich die Notwendigkeit, die gesellschaftliche Produktion im Interesse privater Bereicherung durchführen zu müssen, scheint zunächst eine Realisierung der Gesetze der Ökonomie der Zeit und der Reproduktion auszuschließen. Tatsächlich verunmöglicht er eine bewußte und planvolle Produktion, die sich am gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und deren Zweck, Gebrauchswerte zu erzeugen, orientiert. Trotzdem muß jedoch diesen Gesetzen Geltung verschafft werden, weil die Gesellschaft sonst nicht einmal kurze Zeit überleben könnte. Wie stellt sich also der Zusammenhang der **Privat**arbeiten so her, daß sich die Gesellschaft (jedenfalls für einige Zeit) am Leben erhalten kann? Wie stellt dieser Zusammenhang sich her, obwohl er eigentlich,also planvoll und bewußt, gar nicht hergestellt werden kann?

Diese Frage beantwortet Marx im "Kapital" (nicht nur in den ersten Kapiteln, sondern die gesamte Analyse dient der Darstellung der Formen, die der grundlegende Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft annimmt, und dem Nachweis, daß sich dieser Widerspruch notwendig zur Herrschaft des Kapitals über die unmittelbaren Produzenten zuspitzen muß). In den ersten Kapiteln des "Kapitals" wird diese Frage zunächst noch abstrakt gestellt und beantwortet; sie heißt dort: Welche Formen muß die gesellschaftliche Arbeit annehmen, wenn sie von Privatproduzenten zum Mittel der Realisierung ihres Privatinteresses gemacht wird? Marx beantwortet diese Frage, indem er zeigt, daß die gesellschaftliche Arbeit dann die Form der **Tauschwerte** produzierenden Arbeit annehmen muß. Dies ist der Inhalt des Wertgesetzes. Das Wertgesetz drückt aus, daß der gesellschaftliche Charakter der Privatarbeit sich in der Form von Tauschwertproduktion Geltung verschaffen muß, und daß daher der gesellschaftliche Zusammenhang der Privatarbeiten sich durch den Warentausch auf einem Markt herstellen muß.

2. Unter der Herrschaft des Wertgesetzes entwickelt sich die Privatproduktion notwendig zur kapitalistischen Produktion. Dabei ist der Zusammenhang zwischen privater und kapitalistischer Produktion kein bloß äußerlicher, sondern die Herrschaft des Wertgesetzes bedeutet bereits bei entwickelter Produktion die Herrschaft des Kapitals über die unmittelbaren Produzenten. Denn wenn das Wertgesetz zum bestimmenden Gesetz einer ganzen Produktionsweise geworden ist, so bedeutet das bereits die Notwendigkeit der Konkurrenz und des Zwangs zur Akkumulation von Tauschwerten um der Produktion von mehr Tauschwerten willen. Die Konkurrenz ist nichts anderes als der Versuch, sich **als Privatproduzent** die gesellschaftlichen Bedingungen der eigenen Produktion anzueignen, um sich als Privatproduzent zu erhalten. Dies muß aber die Form der Akkumulation, der Vergrößerung der privaten Verfügung über gesellschaftliche Bedingungen der Produktion, annehmen. Zum bestimmenden Prinzip der ganzen Produktionsweise wird daher unter der Herrschaft des Wertgesetzes unmittelbar die Akkumulation von Tauschwerten um der Produktion von mehr Tauschwerten willen; das ist das Prinzip der Kapitalverwertung. Diesem Gesetz sind die unmittelbaren Produzenten unterworfen, wenn sie es nicht bewußt gemeinschaftlich bekämpfen; sie sind ihm unterworfen, auch wenn sie wie in den revisionistischen Staaten selbst zum Agenten der Kapitalverwertung gemacht werden sollen. Denn das die Privatproduktion zwangsmäßig leitende Interesse ist selbst ein gesellschaftlich bestimmtes Interesse. Den Privatproduzenten bzw. den einzelnen Betrieb wird ihr Verhalten von den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen vorgeschrieben. Darum sind auch die unmittelbaren Produzenten gezwungen, sich in den Dienst der Privatproduktion – in den Dienst "ihres" Betriebes, des sogenannten "Betriebsinteresses" – zu stellen; oder aber sie müssen den Kampf gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse aufnehmen, die den einzelnen Produzenten das Privatinteresse aufzwingen. Der entscheidende Punkt besteht also darin, daß die bestimmten Interessen der privaten Produktion selbst gesellschaftlich bestimmte Interessen sind; sie sind durch einen gesellschaftlichen Zusammenhang bestimmt, über den **als Zusammenhang** niemand verfügt; die private Produktion ist deshalb durch die naturwüchsige Entwicklung ihrer gesellschaftlichen Bedingungen bestimmt. Marx entwickelt dies als Kritik an der bürgerlichen Vergesellschaftungsform in den "Grundrissen" folgendermaßen: *"Die (bürgerlichen) Ökonomen drücken das so aus: Jeder verfolgt sein Privatinteresse und nur sein Privatinteresse; und dient dadurch, ohne es zu wollen und zu wissen, den Privatinteressen aller, den allgemeinen Interessen. Der Witz besteht nicht darin, daß, indem jeder sein Privatinteresse verfolgt, die Gesamtheit der Privatinteressen, also das allgemeine Interesse erreicht wird. Vielmehr könnte aus dieser abstrakten Phrase gefolgert werden, daß jeder wechselseitig die Geltendmachung des Interesses des anderen hemmt, und statt einer allgemeinen Affirmation vielmehr eine allgemeine Negation aus diesem bellum omnium contra omnes resultiert. Die Pointe liegt vielmehr darin, daß das Privatinteresse selbst schon ein gesellschaftlich bestimmtes Interesse ist und nur innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Bedingungen und mit den von ihr gegebnen Mitteln erreicht werden kann; also an die Reproduktion dieser Bedingungen und Mittel gebunden ist. Es ist das Interesse der Privaten; aber dessen Inhalt, wie Form und Mittel der Verwirklichung, durch von allen unabhängige gesellschaftliche Bedingungen gegeben."* (Grundrisse,S.74).
Unter der Herrschaft des Wertgesetzes sind die bestimmten Interessen der privaten Produktion durch die Konkurrenz und den Zwang zur Akkumulation bestimmt. Dies wird von den Revisionisten unterschlagen, wenn sie meinen, das Wertgesetz lasse sich in den Dienst einer auf Bedürfnisbefriedigung der Massen ausgerichteten Produktionsweise stellen. Und deswegen muß hier die Kritik am bürgerlichen Wesen der revisionistischen Ideologie, wie es in dem angeführten Zitat von Marx gekennzeichnet wird, einsetzen.

Tatsächlich ist es genau anders, als die Revisionisten behaupten. Wenn das Wertgesetz nicht bewußt bekämpft wird, macht es seinen die ganze Produktionsweise bestimmenden Charakter gerade dadurch geltend, daß es die unmittelbaren Produzenten und ihre auf Gebrauchswerte gerichteten Interessen gesellschaftlichen Bestimmungen – nämlich der Tauschwertproduktion und der Kapitalverwertung – unterwirft. Deswegen muß die Verwirklichung des Sozialismus unbedingt zur bewußten Überwindung des Wertgesetzes voranschreiten. Die ökonomische Herrschaft des Kapitals kann nur ausgemerzt werden, wenn das Prinzip der Produktion von Gebrauchswerten bewußt auf **allen** Ebenen der Gesellschaft verwirklicht wird (und nicht nur in einer abstrakten "Rahmenplanung", wie sie heute in den revisionistischen Staaten üblich ist, der aber die gesellschaftlichen Bedigungen ihrer Verwirklichung bereits weitgehend entzogen sind). Der Sozialismus kann nur aufgebaut werden, wenn sich die unmittelbaren Produzenten selbst die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Produktion aneignen, um ihre Interessen von der Bestimmtheit durch den gesellschaftlichen Naturwuchs befreien zu können und um sie **dadurch** zu den bestimmenden Interessen für die **gesellschaftliche** ‚Gebrauchswerte erzeugende Produktion machen zu können.

Aus den Bedingungen der ökonomischen Herrschaft des Kapitals folgt also, daß die bewußte Durchführung der gesellschaftlichen Produktion nur das Werk der Massen, der unmittelbaren Produzenten, selbst sein kann. Das ist auch ge-

meint, wenn Engels das Wertgesetz als ein "Naturgesetz, das auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten beruht" bezeichnet. Die Beteiligten selbst müssen sich von der Bestimmtheit ihrer Interessen durch das Kapitalverhältnis befreien und sich bewußt zum Herrn der **gesellschaftlichen** Produktion machen. Diesen Weg können die Massen nur selbst gehen; er kann nicht stellvertretend für sie beschritten werden. Lenin schreibt: *"Die Hauptaufgabe des Proletariats und der von ihm geführten armen Bauernschaft in jeder sozialistischen Revolution – also auch in der von uns am 25.Oktober 1917 begonnenen sozialistischen Revolution in Russland – (ist) die positive oder auch schöpferische Arbeit, die darin besteht, ein außerordentlich kompliziertes und feines Netz von neuen organisatorischen Beziehungen herzustellen, die die planmäßige Produktion und Verteilung der Produkte erfassen, wie sie für die Existenz von Dutzenden Millionen Menschen notwendig sind. Eine solche Revolution kann nur bei selbständigem historischem Schöpfertum der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem der Mehrheit der Werktätigen, erfolgreich verwirklicht werden. Nur wenn das Proletariat und die arme Bauernschaft genügend Bewußtsein, Überzeugungskraft, Selbstaufopferung und Beharrlichkeit aufbringen, wird der Sieg der sozialistischen Revolution gesichert sein."* (Lenin, Werke Bd.27,S.231)

Daß die planvolle Produktion von Gebrauchswerten nur durch die selbstbewußte revolutionäre Initiative der Massen selbst durchgesetzt werden kann, läßt sich noch einmal an den Auffassungen und Taten der Revisionisten klarmachen. Auch die Revisionisten reden von einer Beteiligung der Massen an der planvollen Produktion. Sie reden sogar sehr viel davon. Sie tun das jedoch unter Verhältnissen, wo sich längst eine herrschende Schicht von Bürokraten, eine Bourgeoisie neuen Typs, von den Massen abgesondert und sich gegen die Massen gestellt hat. Diese Bürokratie arbeitet die Pläne für die Produktion und die Verteilung aus (sofern sie nicht schon nur noch dem gesellschaftlichen Naturwuchs der Entwicklung der Produktivkräfte folgt). Die Massen werden zu Werkzeugen degradiert, die die Pläne und Vorstellungen der Bürokraten ausführen sollen. Folgerichtig wird von den Revisionisten die Notwendigkeit der Beteiligung der Massen auch nur aus den technischen Mängeln der zentralen Planung und Leitung der Produktion erklärt, aus deren mangelnder Reichweite, die zur Dezentralisierung zwingt, und aus der Unmöglichkeit, alle Details zentral und im Voraus planen und überschauen zu können. Deutlich, wenn auch nur in der verzerrten Sprache der Revisionisten, wird das Verhältnis der Massen zur Planungsbürokratie auch in folgendem Zitat des Revisionisten Nemtschinow: *"Die sowjetische Öffentlichkeit betrachtet heute den Wirtschaftswissenschaftler als Sozialingenieur, der dazu berufen ist, ein System wirtschaftlicher Maßnahmen auszuarbeiten, das eine ununterbrochene und beschleunigte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion im Interesse der Herbeiführung eines Überflusses an materiellen und kulturellen Gütern sichert."* (Sowjetwissenschaft, Jg.1960, S.111). Abgesehen davon, ob die sowjetischen Massen tatsächlich noch der Überzeugung sind, daß die Bürokratie, von der sie politisch und sozial unterdrückt werden, ihnen einen "materiellen und kulturellen Überfluß" bescheren wird, zeigt das Zitat jedenfalls, daß längst nicht mehr die Massen selbst ihre Produktion bewußt und in ihrem eigenen Interesse organisieren. Daraus resultiert das Hauptproblem für die revisionistischen "Sozialingenieure": Wie lassen sich die unmittelbaren Produzenten für die Produktion interessieren? Um dieses Problem zu lösen, haben die Revisionisten die bürgerliche .Fundamentalideologie auf ihre Fahnen geschrieben: "Was der Gesellschaft nützt, muß auch jedem Betrieb Vorteile bieten" (Lehrbuch Politische Ökonomie, Sozialismus, aus dem russ., Ffm 1972,S.199); und sie haben die verschiedenen Anreizsysteme erfunden und ausprobiert, um das Privatinteresse volkswirtschaftlich bestimmend werden zu lassen. Aber das Problem haben die Revisionisten trotzdem nicht lösen können. Das Desinteresse der Massen an einem gesellschaftlichen System, das nicht das ihre ist, nimmt vielmehr noch zu und setzt sich bereits in den Reihen der Bürokratie selbst fort. So schreibt z. B. der Revisionist Kulew: *"Bekanntlich interessieren sich die Absatzorganisationen der Ministerien überhaupt nicht dafür, wie die von ihnen gelieferten Erzeugnisse verwendet werden."* (Sowjetwissenschaft, Jg.1960,S.166).
Und zwar haben die Revisionisten das Problem deswegen nicht lösen können, weil sie den zugrundeliegenden Widerspruch – ihre Verselbständigung von und gegen die Massen – nicht auflösen können; weil sie vielmehr alles daransetzen, um die unmittelbaren Produzenten und deren Interessen wieder kapitalistischen Formbestimmtheiten zu unterwerfen. Die Revisionisten können diesen Widerspruch nicht auflösen, weil sie ihm ihre Existenz verdanken. Im Scheitern der verschiedenen materiellen Anreizsysteme spiegelt sich nur die Tatsache, daß die gesellschaftliche Produktion der Massen längst aufgehört hat, eine Produktion der Massen in ihrem eigenen Interesse zu sein. Durch die materiellen Anreizsysteme der Revisionisten wird tatsächlich ein Interesse stimuliert, das nicht das Interesse der Massen ist; es wird ihre Unterwerfung unter ein gesellschaftliches System stimuliert, das nicht das ihre ist. Darum die Notwendigkeit für die Revisionisten, den kapitalistischen Weg bis zu Ende zu gehen und nicht die Prämie, sondern das Existenzrisiko des unmittelbaren Produzenten zum tragenden Pfeiler zu machen.

So liefert der Machtantritt der Revisionisten den besten Beweis dafür, daß der Sozialismus nur durch die Massen selbst aufgebaut werden kann. Alle Widersprüche führen schließlich auf eine Trennung der unmittelbaren Produzenten von den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Produktion zurück. Sie können daher nur aufgehoben werden im Kampf der Volksmassen selbst, indem diese sich die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Produktion erkämpfen und aneignen. Darum besteht in der revolutionären Masseninitiative selbst das Wesen des Sozialismus. Sozialistischer Aufbau und Entfaltung und Verwirklichung dieser Initiative sind identisch.

3. In der produktiven Verwirklichung der revolutionären Initiative der Massen liegt also das Wesen des sozialistischen Aufbaus; die Massen müssen ihre Produktion selbst in die Hand nehmen und als unmittelbar gesellschaftliche – ohne Dazwischenkunft des Wertgesetzes – organisieren. Damit sie diese Aufgabe in Angriff nehmen können, müssen die Massen sich die nötigen politischen Voraussetzungen erkämpfen. Die politische Revolution des arbeitenden Volkes unter der Führung des Proletariats muß durchgeführt werden. Diese Revolution bedeutet noch nicht die Errichtung des Sozialismus, aber durch sie erkämpfen sich die Massen die Bewegungsfreiheit, die sie für die produktive Umsetzung ihrer revolutionären Initiative brauchen. Die arbeitenden Massen erkämpfen sich die politische Macht über die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Produktion; Grund und Boden, Produktionsmittel und Ressourcen werden verstaatlicht.

Nachdem sich die Massen die politischen Voraussetzungen für die Umwälzung erkämpft haben, beginnt die wichtigste Aufgabe: die Organisierung der Produktion. Dies ist "die wichtigste und schwierigste Seite der sozialistischen Revolution" (Lenin,Werke Bd.27,S.229). Um die Produktion zu organisieren, müssen die Massen sich selbst organisieren; sie schaffen sich Organe für die Organisation der Produktion, sie schaffen sich den proletarischen Staatsapparat. Der proletarische Staatsapparat wird von den Massen benutzt, um den Klassenkampf weiterzuführen und um die Produktion zu organisieren.

Um die gesellschaftliche Produktion planvoll durchführen

zu können, brauchen die unmittelbaren Produzenten den Plan. *"Alle unmittelbar gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arbeit auf größrem Maßstab bedarf mehr oder minder einer Direktion, welche die Harmonie der individuellen Tätigkeiten vermittelt und die allgemeinen Funktionen vollzieht, die aus der Bewegung des produktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringen."* (Marx,Kapital I,S.350) Ohne Plan könnten die ökonomischen Gesetze des Sozialismus – das Gesetz der Ökonomie der Zeit in der Form eines umfassenden Sparsamkeitsregimes und das Gesetz der Produktion in der Form des Gesetzes der proportionellen Entwicklung – nicht planvoll zur Geltung gebracht werden. Praktisch steht die Frage so: Wie müssen sich die unmittelbaren Produzenten organisieren und welche Aufgaben haben ihre Organe (der proletarische Staatsapparat) zu erfüllen, damit die unmittelbaren Produzenten in die Lage versetzt werden, das Prinzip der Gebrauchswertproduktion **lokal** ,an jeder besonderen Stelle im System der Arbeitsteilung, zu verwirklichen? Diese Frage wird in dem Artikel "Die Restauration ..." durch das Prinzip des demokratischen Zentralismus beantwortet.

Das ist richtig; falsch war jedoch, den demokratischen Zentralismus unter dem Gesichtspunkt der Planverwirklichung zu bestimmen, wobei ein im Kern bürgerlicher Planungsbegriff zugrundegelegt wurde. Die hauptsächlichen Fehler und Unklarheiten des Artikels resultieren tatsächlich aus einer falschen Vorstellung vom Wesen des sozialistischen Plans.

In dem Artikel wird der Plan als eine zentral koordinierte Summe von zentralen Direktiven für die Produktion und Verteilung begriffen. Dieser Planbegriff wird dann folgendermaßen verwendet: planvoll, also unmittelbar gesellschaftlich wird eine Produktions- oder Verteilungstätigkeit dadurch, daß es für sie eine zentrale Direktive gibt und daß sie gemäß der zentralen Direktive durchgeführt wird; andernfalls handelt es sich um "außerplanmäßige" Produktions- und Verteilungstätigkeiten, die **daher** Ausdruck der Fortexistenz des Wertgesetzes sind. Legt man diesen Planbegriff zugrunde, so ist sofort klar, daß auch im staatlichen Sektor es noch lange Zeit "außerplanmäßige" Produktion und Verteilung geben muß, daß daher dort auch das Wertgesetz noch eine regulierende Rolle spielen muß. Und andererseits ist unklar, wie überhaupt das Wertgesetz überwunden werden kann.

Dieser Planbegriff und die Vorstellungen von Planung, die er impliziert, sind zu kritisieren; es ist der Planbegriff der Revisionisten und seinem Wesen nach Ausdruck bürgerlicher Planungsvorstellungen. Der Grund ist: dieser Planungsbegriff hat bereits die **prinzipielle** Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Aufgaben der Planung und Leitung der Produktion **zur Voraussetzung** . Das ändert sich auch dann nicht, wenn die unmittelbaren Produzenten an der Erarbeitung eines solchen Plans beteiligt werden. Im Prinzip steht die Frage nicht so, ob die unmittelbaren Produzenten an der Erarbeitung eines solchen Plans beteiligt werden, sondern ob der Plan ihrer selbstbewußten Durchführung der gesellschaftlichen Produktion dient. Wenn der Plan nicht die produktive Entwicklung der revolutionären Initiative der Massen entwickelt, indem er zu ihrem Instrument wird, muß er sich notwendig in ein Instrument zu ihrer Unterdrückung und zur Restauration des Kapitalismus verwandeln. Denn dann verhindert er die Aneignung des gesellschaftlichen Zusammenhangs der Produktion durch die Massen, dann entfaltet er den gesellschaftlichen Naturwuchs, der das Kapitalverhältnis seinem Wesen nach bereits enthält, und dann kann er nur noch Hebel zur Entwicklung dieses Kapitalverhältnisses sein.

Versteht man den sozialitischen Plan richtig, als ein Instrument der Massen für die Organisierung der gesellschaftlichen Produktion, dann kann die falsche Erklärung des Wertgesetzes in der Übergangsperiode korrigiert werden. Dann wird klar, daß der unmittelbar gesellschaftliche Charakter keineswegs mit einer unmittelbar zentral gesteuerten Durchführung der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung verwechselt werden darf. Nicht schon die bloße Tatsache, daß für bestimmte Produktions- und Verteilungsaufgaben keine zentralen Direktiven bestehen, oder daß dabei von der Durchführung zentraler Direktiven abgewichen wird, beweist, daß dann "außerplanmäßig" gearbeitet bzw. die Arbeit nicht unmittelbar gesellschaftlich vollzogen wird. Versteht man den Plan als ein Instrument der unmittelbaren Produzenten, dann heißt die entscheidende Frage nicht mehr: Gelingt es in absoluter Übereinstimmung mit dem Plan (in der Form, wie er von den Planungsbehörden ausgearbeitet wird) zu produzieren und zu verteilen? Denn nicht der Plan ist das grundlegende Gesetz des Sozialismus, sondern die planvolle gesellschaftliche Produktion bzw. das Sparsamkeitsregime und das Gesetz der proportionalen Entwicklung. "Man darf unsere Jahres- und Fünfjahrespläne nicht mit dem objektiven ökonomischen Gesetz der planmäßigen proportionellen Entwicklung der Volkswirtschaft verwechseln." (Stalin,Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Moskau, 1952, S.10)Sondern die entscheidende Frage lautet: Gelingt es den unmittelbaren Produzenten, ihre Arbeit mit Hilfe des Plans direkt auf die gesellschaftlichen Ressourcen und Bedürfnisse und die Ertodernisse einer erfolgreichen Vollendung des Klassenkampfes zu beziehen und die individuelle Produktion und Verteilung der arbeitsteilig produzierten Produkte entsprechend zu organisieren? Kriterien wären etwa:
- Gelingt es, die Ausschußproduktion geringzuhalten?
- Gelingt es, die Verteilungskosten (aufgrund von Lagerhaltung,Engpässen,usw.)gering zu halten?
- Gelingt es, Engpässe, die die Entwicklung der Produktion hemmen, zu verhindern?
- Gelingt es, Produkte herzustellen, die die Bedürfnisse des Volkes befriedigen? All dies wird den unmittelbaren Produzenten nur dann gelingen, wenn sie nicht "einfach nach Plan" arbeiten und mit Hilfe eines falsch verstandenen demokratischen Zentralismus - in Wirklichkeit bürokratischen Zentralismus - dafür abgerichtet werden; sondern wenn sie den demokratischen Zentralismus als Prinzip ihrer Organisierung benutzen, um ihrer produktiven Initiative und Selbständigkeit die richtige Richtung zu geben, um den Gebrauchswert zum leitenden Prinzip der Produktion zu machen.

4. In dem Artikel "Die Restauration..." wird richtig festgestellt, daß das Wertgesetz zwar mit einem Schlag als ein die ganze Produktionsweise bestimmendes Gesetz außer Kraft gesetzt werden muß,daß es aber nicht mit einem Schlag völlig überwunden werden kann, auch nicht im staatlichen Sektor. Jedoch werden die Ursachen für das Fortwirken des Wertgesetzes nicht richtig angegeben; das wurde im vorigen Abschnitt bereits kritisiert. Aus diesem Fehler resultierte eine falsche Vorstellung über den Weg, den die unmittelbaren Produzenten gehen müssen, um das Wertgesetz zu überwinden. In dem Artikel wird die Sache so dargestellt, als wäre die Reichweite der planvollen Produktion und Verteilung begrenzt **wegen** der noch notwendigen Fortexistenz des Wertgesetzes. Das ist falsch, weil so der prinzipielle Unterschied in den Bedingungen für das Fortwirken des Wertgesetzes in der Übergangsperiode im Gegensatz zum Kapitalismus unterschlagen wird.

Die Bedingungen für das Fortwirken bzw. für die Überwindung des Wertgesetzes lassen sich auf verschiedenen Ebenen analysieren. Auf prinzipieller Ebene wurden diese Bedingungen oben schon behandelt: die unmittelbaren Produzenten müssen sich ideologisch und organisatorisch in die Lage versetzen, sich die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Produktion anzueignen, um sie planmäßig durchführen

rin, daß sie die Bedeutung entwickelter Produktivkräfte für die Verwirklichung des Sozialismus betonen, sondern er besteht darin, daß sie diese materiellen Bedingungen der produktiven Masseninitiative **gegenüberstellen.** Darum nimmt die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus auch falsche Formen an, wenn sie darum geführt wird, was die Hauptseite ist; ob die Entwicklung der Produktivkräfte oder die Entwicklung der revolutionären Initiative der Massen die Hauptseite für den Aufbau des Sozialismus ist. (In dieser Form führen die Revisionisten gewöhnlich die Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus, und dieser Form der Auseinandersetzung sitzt teilweise auch der Artikel "Die Restauration . . ." auf.) Die Revisionisten erweisen sich tatsächlich als Materialisten, wenn sie die Entwicklung der Produktivkräfte zur Hauptseite erklären, aber sie erweisen sich als Materialisten im Interesse einer kapitalistischen Entwicklung,der sie ihre Existenz verdanken. Demgegenüber ist derjenige ein Idealist, der sich in der Kritik des Revisionismus darauf beschränkt, die Bedeutung des Bewußtseins der Massen hervorzukehren und der Entwicklung der Produktivkräfte entgegenzustellen. Diese Position ist idealistisch, weil sie davon abstrahiert, daß das Bewußtsein der Massen selbst aus ihrer produktiven Betätigung hervorgeht.

"Jede Demokratie,wie überhaupt jeder politische Überbau (der unumgänglich ist,solange die Aufhebung der Klassen nicht vollendet,solange die klassenlose Gesellschaft nicht geschaffen ist), dient in letzter Instanz der Produktion und wird in letzter Instanz durch die Produktionsverhältnisse der jeweiligen Gesellschaft bestimmt." (Lenin, Werke Bd.32,S.70) Deswegen ist die Entwicklung der materiellen Gewalt der revolutionären Masseninitiative – die die Produktionsverhältnisse revolutioniert, **indem sie** die Produktionsaufgabe bewußt angeht – der **einzige** Weg, der zum Aufbau des Sozialismus führen kann, und damit natürlich gerade zu einer neuen Entfaltung der Produktivkräfte. Daß diese Entwicklung selbst wiederum materielle, im Stand der Produktivkräfte begründete Voraussetzungen hat, die nicht einfach vernachlässigt werden dürfen (z. B. daß eine isolierte, zerstreute Kleinproduktion nicht ohne weiteres verstaatlicht und einer planvollen Produktion durch die unmittelbaren Produzenten selbst zugeführt werden kann), ändert an diesem richtigen Prinzip nichts.

Erst wenn man hieran prinzipiell festhält, versteht man auch den "Primat der Politik über die Ökonomie" richtig. Er besagt nicht, daß die Politik die Hauptseite und der ökonomische Aufbau die Nebenseite im sozialistischen Aufbau bildet. Überhaupt werden Politik und Ökonomie nicht einfach gegenübergestellt und abwechselnd zur Haupt- oder Nebenseite erklärt, sondern die "Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie" (Lenin, Werke Bd.32,S.73). Das politisch richtige Herangehen an die Durchführung der ökonomischen Aufgaben, das in der produktiven Entfaltung der Masseninitiative besteht, ist die einzige Form für einen erfolgreichen sozialistischen Aufbau.

Dies richtige und für den Aufbau des Sozialismus grundlegende Prinzip muß je nach dem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte in einer differenzierten Bestimmung der Aufgaben der Produzenten konkrete Gestalt annehmen. Das ist wichtig, denn das Proletariat und die revolutionären Volksmassen übernehmen als Erbe des Kapitalismus ungleich entwickelte Produktivkräfte. Z. B. in der russischen Revolution eine hochkonzentrierte industrielle Großproduktion, sehr stark zerstreute kleinindustrielle, handwerkliche und Heimbetriebe, und schließlich eine sehr zersplitterte, wenig entwickelte bäuerliche Produktion (deren Zersplitterung durch die Revolution auf dem Land noch vorangetrieben werden mußte). Dies hat zur Folge, daß in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unterschiedliche Bedingungen für die Bildung und produktive Umsetzung revolutionärer Masseninitiative herrschen. Je nach dem erreichten Stand der Produktivkräfte sind die Aufgaben der Produzenten auf besondere Weise zu bestimmen.

Um den jeweils richtigen Weg für die Durchführung der Produktion bestimmen zu können, muß man sich auf das von Stalin formulierte "Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte" (Stalin, Ökon.Probleme . . .,S.8) stützen. Dies Gesetz gilt für alle Produktionsweisen. Aber während es sich im Kapitalismus naturwüchsig hinter dem Rücken der Produktionsagenten Geltung verschafft und schließlich die revolutionäre Schaffung neuer Produktionsverhältnisse erzwingt, wird es in der Übergangsperiode und im Sozialismus Gesetz bewußten Handelns. Das bedeutet: der je besondere Charakter der Produktivkräfte definiert nach **Form und Inhalt** die Aufgaben der Produzenten; die Produzenten müssen ihre Aufgaben so bestimmen, daß sich die **gesellschaftliche** Produktion ungehindert entwickelt; auf diese Weise werden den Produktivkräften adäquate Produktionsverhältnisse geschaffen und werden die richtigen Schritte zum Aufbau des Sozialismus getan.

Erst wenn man das "Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte" bewußt zur Grundlage des Herangehens an die Produktion macht, lassen sich Fehler und Willkür vermeiden. Dieses Gesetz hat auch in der Übergangsperiode und im Sozialismus "objektiven Charakter", wie Stalin sagt, es macht sich "unabhängig vom Willen der Menschen" geltend (S.3f.). Die Produzenten können dieses Gesetz außer Kraft setzen und an seine Stelle ein neues Gesetz stellen, aber sie können es bewußt zur Geltung bringen. Wenn sie das nicht tun, werden sie in der Durchführung ihrer Produktion scheitern und den Sozialismus nicht aufbauen können. Z. B. kann eine zersplitterte bäuerliche Kleinproduktion nicht sofort verstaatlicht werden. Sowohl die bäuerlichen Produktivkräfte als auch die Bewegung der Bauern, die darin ihren materiellen Grund hat, müssen sich für die Herstellung unmittelbar gesellschaftlicher Produktion auf dem Land erst noch bilden. Aber auch die industrielle Produktion wird nicht sofort insgesamt verstaatlicht. Das lehrt der Verlauf der russischen Revolution. In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution wurde – teils aus äußerem Zwang, teils aufgrund von Fehlern der revolutionären Staatsmacht – fast die gesamte Industrie verstaatlicht, bis hin zu den Kleinbetrieben. Aber die Massen waren nicht imstande, die verstaatlichten Betriebe auch praktisch in ihre Regie zu nehmen. Das Resultat war, daß viele Betriebe nicht produzierten und zugrundegingen. Die revolutionären Massen werden also nur diejenigen Betriebe verstaatlichen, deren Produktion sie praktisch in die Hand nehmen können, oder die der Bourgeoisie genommen werden müssen, um den Klassenkampf erfolgreich zuende führen zu können. In jedem Fall werden jedoch die "Kommandohöhen", die große Industrie, die Banken usw., die für die Volkswirtschaft maßgebend sind, verstaatlicht. Wo die Produktion noch nicht verstaatlich werden kann, bleibt sie zum Teil noch privat oder wird, nach Möglichkeit, genossenschaftlich organisiert, um die Produzenten an den Sozialismus heranzuführen.

5. Weil in dem Artikel "Die Restauration . . ." nicht von den Aufgaben der unmittelbaren Produzenten in der Übergangsperiode ausgegangen wird, kommt es dort nicht nur zu einer fehlerhaften Erklärung des Fortwirkens des Wertgesetzes, sondern auch zu der falschen Alternative: Wirkt das Wertgesetz noch und gibt es Warenproduktion oder wirkt es nicht mehr und wird planvoll produziert? Diese Alternative wird aber tatsächlich den Aufgaben der Produzenten, wie sie aus der bewußten Verwirklichung des "Gesetzes der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte" folgen, nicht gerecht, und sie führt in dem Artikel auch zu einer falschen

rin, daß sie die Bedeutung entwickelter Produktivkräfte für die Verwirklichung des Sozialismus betonen, sondern er besteht darin, daß sie diese materiellen Bedingungen der produktiven Masseninitiative **gegenüberstellen.** Darum nimmt die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus auch falsche Formen an, wenn sie darum geführt wird, was die Hauptseite ist; ob die Entwicklung der Produktivkräfte oder die Entwicklung der revolutionären Initiative der Massen die Hauptseite für den Aufbau des Sozialismus ist. (In dieser Form führen die Revisionisten gewöhnlich die Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus, und dieser Form der Auseinandersetzung sitzt teilweise auch der Artikel "Die Restauration ..." auf.) Die Revisionisten erweisen sich tatsächlich als Materialisten, wenn sie die Entwicklung der Produktivkräfte zur Hauptseite erklären, aber sie erweisen sich als Materialisten im Interesse einer kapitalistischen Entwicklung,der sie ihre Existenz verdanken. Demgegenüber ist derjenige ein Idealist, der sich in der Kritik des Revisionismus darauf beschränkt, die Bedeutung des Bewußtseins der Massen hervorzukehren und der Entwicklung der Produktivkräfte entgegenzustellen. Diese Position ist idealistisch, weil sie davon abstrahiert, daß das Bewußtsein der Massen selbst aus ihrer produktiven Betätigung hervorgeht.

"Jede Demokratie,wie überhaupt jeder politische Überbau (der unumgänglich ist,solange die Aufhebung der Klassen nicht vollendet,solange die klassenlose Gesellschaft nicht geschaffen ist), dient in letzter Instanz der Produktion und wird in letzter Instanz durch die Produktionsverhältnisse der jeweiligen Gesellschaft bestimmt." (Lenin, Werke Bd.32,S.70) Deswegen ist die Entwicklung der materiellen Gewalt der revolutionären Masseninitiative – die die Produktionsverhältnisse revolutioniert, **indem sie** die Produktionsaufgabe bewußt angeht – der **einzige** Weg, der zum Aufbau des Sozialismus führen kann, und damit natürlich gerade zu einer neuen Entfaltung der Produktivkräfte. Daß diese Entwicklung selbst wiederum materielle, im Stand der Produktivkräfte begründete Voraussetzungen hat, die nicht einfach vernachlässigt werden dürfen (z. B. daß eine isolierte, zerstreute Kleinproduktion nicht ohne weiteres verstaatlicht und einer planvollen Produktion durch die unmittelbaren Produzenten selbst zugeführt werden kann), ändert an diesem richtigen Prinzip nichts.

Erst wenn man hieran prinzipiell festhält, versteht man auch den "Primat der Politik über die Ökonomie" richtig. Er besagt nicht, daß die Politik die Hauptseite und der ökonomische Aufbau die Nebenseite im sozialistischen Aufbau bildet. Überhaupt werden Politik und Ökonomie nicht einfach gegenübergestellt und abwechselnd zur Haupt- oder Nebenseite erklärt, sondern die "Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie" (Lenin, Werke Bd.32,S.73). Das politisch richtige Herangehen an die Durchführung der ökonomischen Aufgaben, das in der produktiven Entfaltung der Masseninitiative besteht, ist die einzige Form für einen erfolgreichen sozialistischen Aufbau.

Dies richtige und für den Aufbau des Sozialismus grundlegende Prinzip muß je nach dem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte in einer differenzierten Bestimmung der Aufgaben der Produzenten konkrete Gestalt annehmen. Das ist wichtig, denn das Proletariat und die revolutionären Volksmassen übernehmen als Erbe des Kapitalismus ungleich entwickelte Produktivkräfte. Z. B. in der russischen Revolution eine hochkonzentrierte industrielle Großproduktion, sehr stark zerstreute kleinindustrielle, handwerkliche und Heimbetriebe, und schließlich eine sehr zersplitterte, wenig entwickelte bäuerliche Produktion (deren Zersplitterung durch die Revolution auf dem Land noch vorangetrieben werden mußte). Dies hat zur Folge, daß in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unterschiedliche Bedingungen für die Bildung und produktive Umsetzung revolutionärer Masseninitiative herrschen. Je nach dem erreichten Stand der Produktivkräfte sind die Aufgaben der Produzenten auf besondere Weise zu bestimmen.

Um den jeweils richtigen Weg für die Durchführung der Produktion bestimmen zu können, muß man sich auf das von Stalin formulierte "Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte" (Stalin, Ökon.Probleme . . .,S.8) stützen. Dies Gesetz gilt für alle Produktionsweisen. Aber während es sich im Kapitalismus naturwüchsig hinter dem Rücken der Produktionsagenten Geltung verschafft und schließlich die revolutionäre Schaffung neuer Produktionsverhältnisse erzwingt, wird es in der Übergangsperiode und im Sozialismus Gesetz bewußten Handelns. Das bedeutet: der je besondere Charakter der Produktivkräfte definiert nach **Form und Inhalt** die Aufgaben der Produzenten; die Produzenten müssen ihre Aufgaben so bestimmen, daß sich die **gesellschaftliche** Produktion ungehindert entwickelt; auf diese Weise werden den Produktivkräften adäquate Produktionsverhältnisse geschaffen und werden die richtigen Schritte zum Aufbau des Sozialismus getan.

Erst wenn man das "Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte" bewußt zur Grundlage des Herangehens an die Produktion macht, lassen sich Fehler und Willkür vermeiden. Dieses Gesetz hat auch in der Übergangsperiode und im Sozialismus "objektiven Charakter", wie Stalin sagt, es macht sich "unabhängig vom Willen der Menschen" geltend (S.3f.). Die Produzenten können dieses Gesetz außer Kraft setzen und an seine Stelle ein neues Gesetz stellen, aber sie können es bewußt zur Geltung bringen. Wenn sie das nicht tun, werden sie in der Durchführung ihrer Produktion scheitern und den Sozialismus nicht aufbauen können. Z. B. kann eine zersplitterte bäuerliche Kleinproduktion nicht sofort verstaatlicht werden. Sowohl die bäuerlichen Produktivkräfte als auch die Bewegung der Bauern, die darin ihren materiellen Grund hat, müssen sich für die Herstellung unmittelbar gesellschaftlicher Produktion auf dem Land erst noch bilden. Aber auch die industrielle Produktion wird nicht sofort insgesamt verstaatlicht. Das lehrt der Verlauf der russischen Revolution. In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution wurde – teils aus äußerem Zwang, teils aufgrund von Fehlern der revolutionären Staatsmacht – fast die gesamte Industrie verstaatlicht, bis hin zu den Kleinbetrieben. Aber die Massen waren nicht imstande, die verstaatlichten Betriebe auch praktisch in ihre Regie zu nehmen. Das Resultat war, daß viele Betriebe nicht produzierten und zugrundegingen. Die revolutionären Massen werden also nur diejenigen Betriebe verstaatlichen, deren Produktion sie praktisch in die Hand nehmen können, oder die der Bourgeoisie genommen werden müssen, um den Klassenkampf erfolgreich zuende führen zu können. In jedem Fall werden jedoch die "Kommandohöhen", die große Industrie, die Banken usw., die für die Volkswirtschaft maßgebend sind, verstaatlicht. Wo die Produktion noch nicht verstaatlich werden kann, bleibt sie zum Teil noch privat oder wird, nach Möglichkeit, genossenschaftlich organisiert, um die Produzenten an den Sozialismus heranzuführen.

5. Weil in dem Artikel "Die Restauration ..." nicht von den Aufgaben der unmittelbaren Produzenten in der Übergangsperiode ausgegangen wird, kommt es dort nicht nur zu einer fehlerhaften Erklärung des Fortwirkens des Wertgesetzes, sondern auch zu der falschen Alternative: Wirkt das Wertgesetz noch und gibt es Warenproduktion oder wirkt es nicht mehr und wird planvoll produziert? Diese Alternative wird aber tatsächlich den Aufgaben der Produzenten, wie sie aus der bewußten Verwirklichung des "Gesetzes der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte" folgen, nicht gerecht, und sie führt in dem Artikel auch zu einer falschen

Kritik an Stalins Analyse der Wirkungsweise des Wertgesetzes für den staatlichen Sektor.

Zunächst: Stalin hat nicht behauptet, wie in dem Artikel fälschlicherweise unterstellt wurde, daß das Wertgesetz auf die Betriebe des staatlichen Sektors bereits zu wirken aufgehört hat. Stalin schreibt: *"Aber die Wirkung des Wertgesetzes ist nicht auf die Sphäre der Warenzirkulation beschränkt. Sie erstreckt sich auch auf die Produktion.* (Damit ist die industrielle Produktion des staatlichen Sektors gemeint.d.Verf.) *Allerdings hat das Wertgesetz in unserer sozialistischen Produktion keine regulierende Bedeutung, aber immerhin wirkt es auf die Produktion ein, und das darf man bei der Leitung der Produktion nicht außer acht lassen. Es handelt sich darum, daß für die Konsumption bestimmte Produkte, die für die Deckung des Aufwands an Arbeitskraft im Produktionsprozeß notwendig sind, bei uns produziert und realisiert werden als Waren, die der Wirkung des Wertgesetzes unterliegen. Hier zeigt sich gerade die Einwirkung des Wertgesetzes auch auf die Produktion."* (S.24) Hier wird ganz klar gesagt, daß das Wertgesetz auch auf die staatlichen Betriebe einwirkt und daß die staatlichen Betriebe noch vom Markt, auf dem und sowie sich ihre Waren dort realisieren müssen, abhängig sind. Andererseits sagt Stalin, daß die Produktionsmittel, die im staatlichen Sektor hergestellt werden, bereits keine Waren mehr sind. Denn: *"Erstens werden Produktionsmittel nicht an jeden Käufer 'verkauft', sie werden nicht einmal an Kolchose 'verkauft'; sie werden lediglich vom Staat an seine Betriebe verteilt. Zweitens geht der Eigentümer der Produktionsmittel, der Staat, bei ihrer Übergabe an diesen oder jenen Betrieb keinesfalls des Eigentumsrechts an den Produktionsmitteln verlustig, sondern behält es im Gegenteil in vollem Maße. Drittens werden die Betriebsdirektoren, die vom Staat Produktionsmittel erhalten haben, nicht nur keineswegs zu deren Eigentümern, sondern werden vielmehr als Bevollmächtigte des Sowjetstaats bestätigt, die die Produktionsmittel gemäß den vom Staat vorgeschriebenen Plänen ausnutzen sollen."* (S.62f.) Stalin unterscheidet also verschiedene Formen des Fortwirkens des Wertgesetzes. Mein Fehler bestand erstens darin, daß ich den staatlichen Sektor mit dem Sektor der Produktionsmittelerzeugung identifiziert habe, was nicht den Tatsachen entspricht. Vielmehr wurde bereits während und nach dem 1.Fünfjahresplan (Anfang der 30er Jahre) praktisch die gesamte Industrie, auch die kleine lokale Industrie, verstaatlicht; und davon bildeten die Produktionsmittel erzeugenden Industrien nur einen Teil. Also auch die Betriebe, die Konsumptionsmittel industriell herstellten und darum noch weitgehend vom Markt abhängig sind, warenbereits verstaatlicht. Zweitens bestand mein Fehler darin, aus der These, daß die Produktionsmittel keine Waren mehr sind, darauf geschlossen zu haben, daß die staatlichen Betriebe, die Produktionsmittel produzieren, überhaupt keinen Wirkungen des Wertgesetzes mehr unterliegen. Aber auch das ist nicht der Fall und wurde von Stalin auch nicht behauptet. Stalin bezieht seine These ausdrücklich nur auf die Produktionsmittel im engeren Sinn, auf die Produktionswerkzeuge (S.65). Und er konstatiert, daß auch die Rohstoffproduktion, von der die Produktionsmittel erzeugenden Betriebe ja auch abhängig sind, noch Wirkungen des Wertgesetzes unterliegen (S.66).

Wenn Stalin gleichwohl sagt, daß die Produktionsmittel nicht mehr als Waren produziert werden, dann ist damit nur gemeint, daß in ihrer Produktion das Prinzip der Gebrauchswerteproduktion **voll** durchgesetzt werden kann und – im Prinzip – auch wird. Der Grund liegt darin, daß die Nachfrage nach Produktionsmitteln im Gegensatz zu der nach Konsumptionsmitteln nicht mehr marktvermittelt erscheint, sondern im Plan. (Tatsächlich wurden bis zur Auflösung der Maschinen-Traktoren-Stationen durch Chrustschow im Prinzip alle Produktionsmittel verteilt und nicht verkauft.) Deswegen können Produktionsmittel von vornherein als Gebrauchswerte, also unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Bedürfnisse für ganz bestimmte Produktionsmittel, hergestellt werden.

Im Gegensatz zur Kritik in dem Artikel "Die Restauration ..." muß also gesagt werden, daß Stalin an die Frage der Warenproduktion im staatlichen Sektor prinzipiell richtig herangegangen ist. Stalin zeigt das richtige Prinzip, daß die Wirkungen des Wertgesetzes unter dem systematischen Aspekt der umfassenden Verwirklichung der gesellschaftlichen Gebrauchswerteproduktion zu analysieren sind. Eine marxistische Kritik an Stalin kann also nicht die Bedeutung des Wertgesetzes hervorheben und seine "Ausnutzung" verlangen, sondern muß sich gegen die mangelnde Entfaltung des Klassenkampfes auf der Basis der Mobilisierung der Massen, gegen die faktische Unterdrückung und Verhinderung von Masseninitiativen richten.
G.R.

ROTE ROBE

Die ROTE ROBE bringt zweimonatlich auf ca. 40-50 Seiten Beiträge zur materialistischen Kritik des bürgerlichen Rechts, Analysen zur Entwicklung des staatlichen Herrschaftsapparats, Berichte zu politischen Prozessen.

Heft 3/73 behandelt u.a.:
-Meinungsfreiheit im Betrieb
-Anwaltsstand
-Beschlagnahme von chilenischem Kupfer
-Mahler-Urteil
-Referendarstreik

Einzelheft DM 2.- Jahresabonnement DM 9.80 plus Porto
Probeheft anfordern !
ROTE ROBE -Verlag
69 Heidelberg Werrgasse 7, Tel. 06221/43863

Fortsetzung von S.2

Diese Organisation wird auch eine kommunistische theoretische Zeitschrift herausgeben. Mit dem Gründungsakt einer einheitlichen Organisation, mit der wir unseren bisherigen beschränkten lokalen Rahmen sprengen, werden die Auseinandersetzungen um den Weg der westdeutschen Revolution und um aktuelle und grundsätzliche Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus nicht beendet. Im Gegenteil. Die Schaffung dieser neuen Organisation wird gerade der Hebel sein, auf nationaler Ebene die Auseinandersetzung um die politische Linie zu der Klarheit voranzutreiben, die Voraussetzung für den weiteren Weg des Parteiaufbaus in Westdeutschland ist. Der Wiederaufbau der Kommunistischen Partei muß mit ihrer politischen Linie eng verbunden sein. Neben der politischen Zeitung wird das theoretische Organ es leisten müssen, die Diskussion unter den Kommunisten offen zu führen und die Debatte über die noch ungelösten Fragen der westdeutschen Revolution breit zu entfalten.

Wir meinen, daß damit die Aufgaben, die das Neue Rote Forum bisher in beschränkter Weise mit nur schwachen Kräften angehen konnte, auf ganz anderer Ebene und mit klarerer Stoßrichtung von dem neuen theoretischen Organ übernommen werden. Mit seinem Erscheinen wird das Neue Rote Forum eingestellt. Wir fordern alle unsere Leser auf, diese Zeitschrift anstelle des Neuen Roten Forums weiter zu beziehen und ihre Arbeit zu unterstützen. Für eine Übergangszeit kann sie über unsere Adresse bestellt werden!

In diesem Heft veröffentlichen wird Stellungnahmen des Zentralausschusses der Kommunistischen Gruppe (NRF), von denen zwei schon in deren Zentralem Organ, der ARBEITERZEITUNG, abgedruckt worden waren. Diese Stellungnahmen des ZA und der Rechenschaftsbericht an die Delegiertenkonferenz dienen der Herausbildung und Festigung der politischen Linie mit dem Ziel zum Aufbau der Kommunistischen Partei beizutragen. Die wachsende Klarheit der Kommunisten in den wesentlichen Fragen des demokratischen Kampfes, der Aktionseinheitspolitik und des gewerkschaftlichen Kampfes macht es möglich, die politische Auseinandersetzung an Hand nationaler Fronten zu führen und den bloßen Gruppenstreitigkeiten endlich ein Ende zu bereiten.

Mit den Beiträgen von Joscha Schmierer und G. R. haben wir die Diskussion über Probleme der Übergangsperiode noch einmal prinzipiell aufgenommen. Wir werden auf dieser Grundlage weiter die Diskussion führen, um vor allem auch in der Analyse der historischen Entwicklung der revisionistischen Länder voranzukommen.

Redaktion

Berichtigungen zum Rechenschaftsbericht des Zentralausschusses der KG (NRF):

Im Rechenschaftsbericht sind folgende Änderungen nach Redaktionsschluß vorgenommen worden und müssen berichtigt werden:

1. S.32, 1.Spalte, 1.Absatz. Der letzte Satz heißt jetzt:
   "..., daß diese Schichten sich nicht nur enttäuscht von der Bourgeoisie abwenden, sondern in großer Zahl für die Ziele der Arbeiterbewegung gewonnen werden."

2. S.33, 1.Spalte, 5.Absatz. Der erste Satz heißt jetzt:
   " Andere sozialistische Staaten, die mehr oder weniger klar mit dem Revisionismus gebrochen haben und sich ihre Unabhängigkeit gegenüber dem sozialimperialistischen Staat bewahrt haben, sind Nordvietnam, Nordkorea und Rumänien."

3. S.33, 2.Spalte, 2.Absatz. Anfügen an Satz 3:
   "..., wobei der Reformismus und Revisionismus die revolutionäre Entwicklung des Proletariats und anderer in Bewegung geratener Schichten spürbar zurückhält." Fortfahren statt "So..." einfügen "Dagegen...".

4. S.38, 2.Spalte, 2.Satz einfügen:
   "Grundlage dieser Organisation **und ihrer Politik** ..."

NEUES ROTES FORUM

Theoretisches Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg

Verlag: Verlag Neues Rotes Forum
69 Heidelberg, Lutherstr.44a

Redaktion: Joscha Schmierer
Dietrich Hildebrandt (verantwortl.)

Druck: Caro-Druck Heidelberg

Anzeigen: über Verlagsadresse
Auflage: 18 000

Das Neue Rote Forum ist in den VLB-Buchläden erhältlich. Im Abonnement 2.50 DM plus Porto. Bestellungen an den Verlag.

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

RECHTSHILFEFONDS

Bank für Gemeinwirtschaft (Heidelberg)

20 73 60 09

Wir gehen nach vorn!

Bericht über den Streik der Profilwalzwerker bei Mannesmann im März 1973

Mit diesem Buch – "Wir gehen nach vorn" – veröffentlicht der VERLAG KOMMUNISTISCHE TEXTE zum ersten Mal in der Bundesrepublik einen authentischen Streikbericht eines marxistisch-leninistischen Kollegen. Es handelt sich um den siegreichen Streik der Profilwalzwerker Anfang März bei Mannesmann in Duisburg. Der Autor gibt zunächst einen eindrucksvollen Bericht über das Entstehen und den Verlauf des Streiks. Aus eigener Erfahrung berichtet er über die Tricks der Bosse, den Streik zu zerschlagen, über die Abwiegelungsmanöver der IGM-Bonzen und über die unerschütterlich feststehende Streikfront der Profilwalzwerker.
Im zweiten Teil des Buches versucht der Kollege eine Analyse der politischen Gruppen und Parteien zu geben, die in irgendeiner Weise den Streik beeinflußt haben. Diese Analyse bezieht sich vornehmlich auf das Verhalten der politischen Gruppen während des Streiks. Es wird also keine vollständige und abgeschlossene Analyse der gesamten Linie bestimmter Organisationen geliefert. Aber das Buch trägt einen kleinen Teil dazu bei, die Ideologie und die Politik folgender politischen Gruppen und Parteien besser einzuschätzen: DKP, KPD(ML) RM, KPD(AO), Marxisten-Leninisten Duisburg, Spartacus, KPD (ML) RF.

Der Verlag

VERLAG KOMMUNISTISCHER TEXTE GmbH
44 Münster Hafenstraße 83

Beiträge zum Problem der 'Umweltverschmutzung' und des 'Umweltschutzes'

Nr. 2

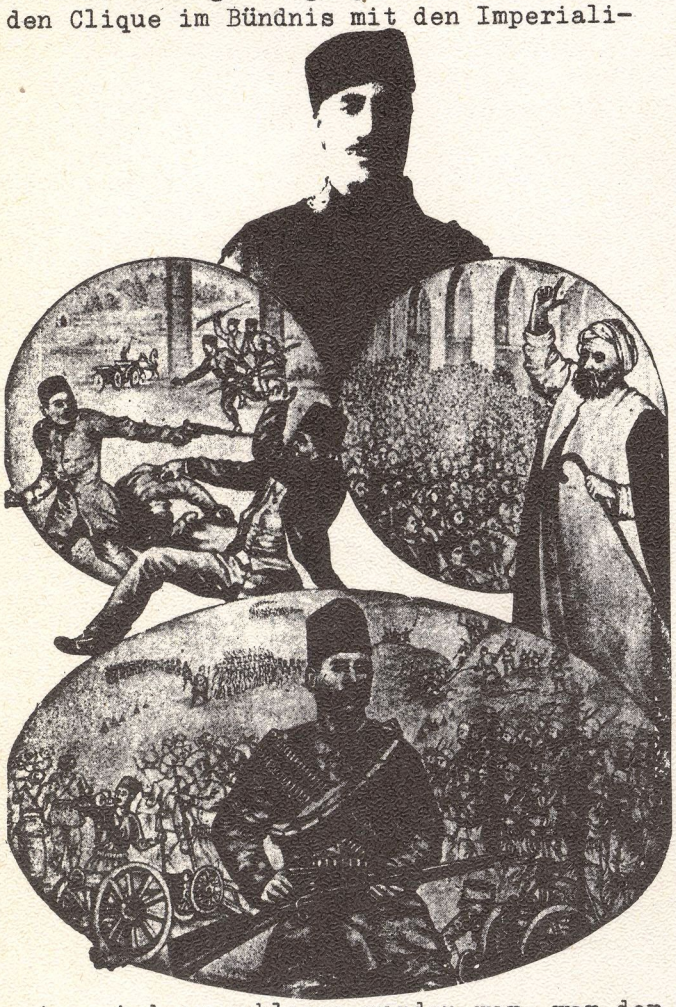
- Stockholmer Umweltschutzkonferenz – Niederlage des Imperialismus S. 9
- UNCTAD III- Neue Entwicklungsstrategie- zunehmende Abhängigkeit vom Imperialismus S. 24
- Chinas Position zur Entwicklungshilfekonferenz UNCTAD III S. 32
- Die Vernichtung der Umwelt- eine Seite der US-Agression in Indochina S. 42
- Meadows- Bericht: Die Grenzen des Wachstums- Grenzen des Kapitalismus S. 47
- DKP contra Umweltverschmutzung S. 54

Preis: 1.50 DM

Die Broschüre ist zu beziehen über
Politische Buchhandlung Rupp-Grunow,
69 Heidelberg, Untere Straße 9,
Werner Süßmuth.

DIE KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG IRANS 1

Vor 53 Jahren wurde die kommunistische Partei Irans gegründet. Doch das persische Volk, das der schlimmsten ökonomischen und politischen Unterdrückung von Seiten des Imperialismus, des Feudalismus und des Kadjarenhofes ausgesetzt war, führte bereits seit mehr als 2o Jahren einen heldenhaften Widerstandskampf. Obwohl jede nationale oder Befreiungsbewegung von der herrschenden Clique im Bündnis mit den Imperialisten niedergeschlagen worden war, war der bewaffnete Kampf die zentrale Frage für alle persischen Revolutionäre.



Nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland veränderte sich die Lage zugunsten der Revolutionäre, da Sowjetrußland die Kämpfe der persischen Werktätigen entschlossen unterstützte. Die Macht der Reaktion wurde erheblich geschwächt und die revolutionäre Bewegung nahm einen gewaltigen Aufschwung, der zur Gründung der kommunistischen Partei Irans am 22.Juni 192o in Enzeli führte.

Die Partei verfolgte zwar eine grundsätzlich richtige Politik hinsichtlich der antiimperialistischen Einheitsfront, aber ihre Bemühungen in der Schaffung einer Arbeiter- und Bauernarmee und einer von ihr angeführten Einheitsfront blieben trotzdem fruchtlos. Diese Schwächen der Partei und die später entstandenen Fehler resultierten aus der damals in der Parteileitung herrschenden "links"-opportunistischen Linie. Sie verhinderte ein Zustandekommen der Einheitsfront mit der nationalen Bourgeoisie und führte schließlich dazu, daß die Gilanrevolution von der Zentralregierung zerschlagen werden konnte. In der Folge wurde die Partei durch rechtsopportunistische Führer und entstehendes Liquidatorentum geschwächt, aber mit der Einberufung des 2.Parteitages der KPI im Jahre 1927 sollte einer der Höhepunkte der kommunistischen Bewegung Irans erreicht werden. Obwohl die rechtsopportunistische Linie kritisiert und das wahre reaktionäre Wesen des Reza Schah entlarvt worden ist, beging die Partei in der Bestimmung des Weges der Revolution Fehler. Im Gegensatz zur korrekten Handlungsweise der KPCh mit Mao Tsetung an der Spitze, schlug sie nicht den Weg der Einkreisung der Städte vom Lande her ein, schuf keine Volksarmee und errichtete keine revolutionären Stützpunktgebiete, sondern verlegte den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in die Städte.

Dieser erste Band unserer Persien-Reihe endet mit der Zerschlagung der Partei im Jahre 1933. Wir möchten jetzt schon darauf hinweisen, daß hierzu eine Dokumentation mit Reden, Aufsätzen, zeitgenössischen Analysen und Parteidokumenten erscheint!

DIE KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG IRANS, erster Teil 189o-1933. 24o Seiten, ausführliche Anmerkungen, Register, Bibliographie, Karte und 32 Seiten Dokumentarphotos. DM 13.oo

VERLAG 20.MAI
8 MÜNCHEN 80 POSTFACH 801932